



20. Januar 1930

## PAUL KAMPFFMEYER · DIE LEBENSARBEIT EDUARD BERNSTEINS

 Am 6. Januar 1930 huldigte der internationale Sozialismus dem wegweisenden Genossen Eduard Bernstein, der an diesem Tag 80 Jahre alt wurde. Fast ausnahmslos sandten ihm die Vertreter der Bruderparteien der deutschen Sozialdemokratie ihre dankerfüllten Gratulationen zu. Und die Führer der verfolgten Sozialdemokratie des Auslands mischten ihren Glückwünschen besonders herzliche Töne bei; denn sie wußten, daß der so weitsichtige und tolerante Bernstein immer kampfbereit und tapfer den Genossen beigeprungen war, die unter despotischen Eingriffen ihrer Gegner zu leiden hatten.

In ihren Glückwunschartikeln betonten die deutschen Zeitungen vielfach den wissenschaftlichen Charakter der literarischen Tätigkeit Bernsteins. Und das mit Recht. Diesem Menschen lag der wissenschaftliche Forscher im Blut. Es ist kein Zufall, daß Eduard Bernstein 3mal den Anstoß zu einer neuen theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie gab. Er leitete das Studium Eugen Dührings in der Sozialdemokratie ein, er verdrängte den Lassalleanismus durch den Marxismus in einer 10jährigen Massenpropaganda der theoretischen Grundgedanken Marx' und Engels' im Sozialdemokraten, er kritisierte die soziale Katastrophentheorie und schuf der deutschen revisionistischen Bewegung ein Programm des sozialistischen Aufbaus. Weil Bernstein eine durchbrechende Forschernatur war, deshalb wurde er ein führender Kopf in der revisionistischen Bewegung. Und weit über die Kreise der wissenschaftlich arbeitenden Sozialisten hinaus würdigte man in der Gelehrtenrepublik zum Geburtstag Bernsteins seine wissenschaftlichen Leistungen.

Sehr erfreulich waren die vielen Gratulationen, die Eduard Bernstein von dieser Republik zuzingen. In ihnen prägte sich deutlich die Erkenntnis aus, daß Eduard Bernstein der Wissenschaft sehr wertvolle Anregungen gegeben hat. Daß die Marx-Engelssche ökonomische Geschichtsauffassung zu einem die heutige Geschichtsphilosophie und Geschichtsschreibung in Atem haltenden Problem wurde, ist nicht zum wenigsten der Tatsache zu verdanken, daß Bernstein durch seine unablässige Propaganda der ökonomisch-historischen Grundgedanken im Sozialdemokraten diese dem Massenbewußtsein förmlich

einverleibte. Er zwang dadurch die Wissenschaft zur Stellungnahme zur ökonomischen Geschichtsauffassung. Überdies steuerte er selbst sehr bedeutende Kapitel zur Geschichte bei. Im Britischen Museum in London schrieb er sein tiefgründiges, oft aufgelegtes Werk über Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution. Die soziale Geschichte Berlins bereicherte Bernstein wesentlich durch seine 3bändige Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Auf das Werden des Knechts zum Gesellen im Mittelalter warf er aufhellendes Licht in seiner Geschichte der deutschen Schneiderbewegung. Bernstein erwarb sich ferner das Verdienst das Lebenswerk Ferdinand Lassalles durch seine 3bändige, trefflich kommentierte Ausgabe der Gesammelten Reden und Schriften Lassalles weiten Volkskreisen vermittelt zu haben. Er vertiefte später seine Einschätzung Lassalles durch die Schrift Ferdinand Lassalle, eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers. Zur Geistesgeschichte des Marxismus trug wesentlich seine Herausgabe des Briefwechsels zwischen Marx und Engels bei. Sehr wertvolle Materialien zur Geschichte des Sozialismus lieferten die von ihm 1901 bis 1905 herausgegebenen 5 Bände der Dokumente des Sozialismus. In ein angrenzendes Arbeitsgebiet schlugen seine gesammelten Abhandlungen Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. Und sein wichtiger Vortrag Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?, der 1901 vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte herausgegeben wurde und die entscheidende Berliner Periode Bernsteins, die der Zusammenarbeit mit dieser Zeitschrift, einleitete, versucht in großen Zügen eine kritische Grundlegung der Wissenschaft vom Sozialismus zu geben.

Eduard Bernstein erstrebte eine lebendige Verbindung des Sozialismus mit dem aufstrebenden Studententum. Für das Eröffnungsheft des Sozialistischen Akademikers, des Vorläufers der Sozialistischen Monatshefte, der am 1. Januar 1895 zu erscheinen begann, schrieb Bernstein (im Gegensatz zu anderen offiziellen Parteipublizisten, die dieses Organ von Anfang an nicht aufkommen lassen wollten: was ihnen freilich nicht gelungen ist) einen Artikel Der Sozialismus und die Studenten, der also schloß:

»Ich habe schon angedeutet, daß selbst der Gang der ökonomischen Entwicklung immer mehr Akademiker in die Reihen der Sozialdemokratie treibt. Dazu kommt das Privilegium der Jugend neue Ideen leichter zu erfassen, mit in der Vorhut des gesellschaftlichen Fortschritts zu kämpfen. Die eigentümliche Sonderstellung der Akademiker ist indes sogar geeignet sie auf Abwege zu führen, sei es auf solche des überschäumenden Tetendranges, sei es auf solche zünftlerischen Charakters. Die Kampfpresse der Sozialdemokratie kann den Vorgängen in der akademischen Welt, die ja doch für sie sekundärer Natur sind, nicht immer Aufmerksamkeit schenken, und auch die wissenschaftlichen Organe der Partei können sie nur gelegentlich als symptomatische Erscheinungen behandeln. Hier hätte also ein speziell auf Akademiker berechnetes Organ seinen Platz. Die Akademiker über ihre Stellung zu den Kämpfen unserer Zeit zu belehren oder durch Meinungs austausch Klärung darüber herbeizuführen, die akademische Jugend darauf zu verweisen, daß die sozialdemokratische Bewegung unserer Tage von ihr keine heroischen "Taten" sondern tüchtige Leistungen auf den Fächern ihres Wissensgebiets erwartet, ihr klar vor Augen zu halten, daß Unterbrechen des Studiums im vermeintlichen Interesse des darben den Volkes heute schlimmer ist als Donquixoterie, nutzlos für die Bewegung und sinnlos für den Betreffenden selbst, kurz die Illusionen ebenso wie den Zunftgeist der Studierenden zu bekämpfen, sie zu lehren die Arbeiter und die Arbeiterbewegung zu verstehen, als Dolmetscher der Auffassungen hier wie dort zu dienen, das sind Aufgaben, die nach meiner Ansicht wohl der Mühe lohnen, und zu ihrer Erfüllung wünsche ich dem Sozialistischen Akademiker bestens Glück.«

In diesen Zeilen umschrieb Bernstein ein Arbeitsprogramm für sozialistische Akademiker, das noch in unseren Tagen eine aktuelle Bedeutung hat.

Mit der Ausgestaltung der wissenschaftlichen, ökonomisch-sozialen Theorie verknüpfte Eduard Bernstein organisch den Ausbau der ökonomisch-sozialen Praxis. Und diese Verbindung beider Tätigkeiten befähigte ihn die Aufgaben einer systematisch auf die Umgestaltung des Kapitalismus hinzielenden sozialistischen Bewegung festzulegen und deren praktische Lösung einzuleiten. Diese Bewegung wird in der Geschichte des Sozialismus als Revisionismus bezeichnet. Und er umgreift vor allem gerade auch die historische Wirksamkeit Eduard Bernsteins. In den sich vor mir auftürmenden Parteizeitungen ist dieser eigentliche Inhalt der schöpferischen Tätigkeit Eduard Bernsteins nur oberflächlich gestreift. Und doch hat Bernstein mehr denn 15 Jahre in regelmäßiger engster Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften mit revisionistischer Theorie und Praxis die große Öffentlichkeit innerhalb wie außerhalb der Partei beschäftigt; das waren die Jahre seiner politisch aufbauenden Tätigkeit, in denen sein Name Weltgeltung bekam.

Über die Entwicklung Eduard Bernsteins selbst zum Revisionisten seien hier nur einige historische Ausführungen gemacht.

Bernsteins theoretischer Sinn offenbarte sich schon in seinen jungen Jahren. In liberal-demokratischen Kreisen erzogen, fand sein reger, sich an politischen und sozialen Problemen schnell entzündender Geist kein Genüge an den Forderungen einer rein formalen Demokratie. Der Hochverratsprozeß gegen die Braunschweiger Ausschußmitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands öffnete ihm tiefe Einblicke in das Wesen der sich neu entfaltenden sozialen Demokratie. Anfang 1872 führte der Lassalleaner Friedrich Wilhelm Fritzsche ihn und seine Mitgenossen des Vereins Utopia in das praktische Wirken der Sozialdemokratie ein. Dann wurde er mit dem ganzen Reichtum von Ansprachen, Dokumenten und Broschüren überschüttet, die in dem Leipziger Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht und Hepner vor einer aufmerksam lauschenden größten Öffentlichkeit ausgebreitet wurden. Die Sozialdemokratische Partei hatte in jenen Tagen noch eine ausgesprochen lassalleanische Färbung. In dem Werk Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen bemerkt Bernstein darüber:

»Lassalle galt uns Eisenachern als ein Schüler von Marx, der einige von dessen Ideen den Massen in volkstümlicher Sprache vermittelt und verschiedenes dabei verflacht habe. So hatte Liebknecht, den wir für den berufenen Interpreten von Marx hielten, das Verhältnis dieser beiden Männer hingestellt, und so erschien es auch mir, als ich das von Marx und Engels verfaßte Kommunistische Manifest las und mit dem von mir vorher schon gelesenen Arbeiterprogramm Lassalles verglich.« Starke Zweifel an dem einseitigen Staatssozialismus Lassalles regte in Bernstein zuerst Eugen Dühring an. Dadurch wohl kam er später zu einer besonderen Wertung der sich auf Selbstverwaltung gründenden ökonomisch-sozialen Organisationen der Arbeiterklasse. In seiner Selbstdarstellung heißt es: »Die Gegnerschaft zu den liberalen Parteien hatte viele Sozialisten veranlaßt dem Staat unbesehen Tugenden anzudichten, die man wohl mit dem Begriff Staat verbinden konnte, die aber der Staat, mit dem wir es zu tun hatten, wirklich nicht aufwies. Es gab nun wohl Sozialisten, die sich der Gefahr bewußt waren, welche dieser Staatskultus im politischen Kampf zur Folge haben konnte, und ihn im Hinblick auf sie bekämpften. Aber diese Ablehnung aus Opportunitätsrücksichten genügte mir nicht. Mir kam es darauf an die Arbeiter davor zu warnen von dem zu erobernden Staat zu erwarten, er werde das ganze Wirtschaftsgetriebe der modernen Staaten von oben herab durch Gesetze, Verordnungen und Zentralkörper in Kürze zur höchsten Wirtschaftlichkeit entwickeln. Daß das nicht die Ansicht von Marx war, war aus der von ihm verfaßten Denkschrift des Generalrats der Internationale über den Bürgerkrieg in Frankreich zu ersehen.«

Als Bernstein in seinen Züricher Jahren (jener ersten Zeit des Sozialistengesetzes, aus der sein hier beigegebenes Bild stammt) engste Fühlung mit den Ideengängen des Marxismus nahm, sah er zunächst über die Bedeutung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse für den Aufbau des Sozialismus hinweg. Er stand damals unter dem Zwang der Vorstellung, der Kapitalismus werde katastrophal und schnell zusammenbrechen. Er nahm ferner an, die Gewerkschaften wären auf die Dauer nicht dem sich steigernden Druck der industriellen Reservearmee gewachsen. Die Lösung des sozialistischen Problems dachte er sich rein politisch: Nach dem ökonomischen und sozialen Zusammenbruch des Kapitalismus vollzog eben der Staat tiefe einschneidende Maßnahmen an der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Eduard Bernstein, aus dem Züricher Kreis gemäßelter und verfolgter Sozialdemokraten durch einen Beschluß des schweizerischen Bundesrats herausgetrieben, nimmt in England nach und nach engere Fühlung mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Britischen Reichs. Und unter ihrem Einfluß stellen sich seine geistigen Augen anders ein:

»Hatte sich mir ohnehin in England das Wirtschaftsgetriebe der modernen Gesellschaft ganz anders dargestellt als in der Schweiz, so erhielt ich nun auch einen ganz andern Begriff von den Zusammenhängen und der Ausdehnungskraft ihrer Wirtschaft. Höchbergs Wort fiel mir wieder ein [»Du irrst dich, die bürgerliche Wirtschaft ist viel anpassungsfähiger als du meinst«]. Andererseits erhielt ich auch ein anderes Bild von der sozialen Lage und den Bewegungen der Arbeiterklasse. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter (allerdings vornehmlich, wenn auch nicht ausschließlich, der gelernten Arbeiter) hatten eine ziffernmäßige Stärke erlangt, hinter der die der festländischen Bewegungen noch weit zurückgeblieben war, und eine Anerkennung im öffentlichen Leben gewonnen, die auf dem Festland nur einzelnen ausnahmsweise zugestanden wurde. Bei ihren Lohnkämpfen hatten sie stets einen Teil der bürgerlichen Presse für sich, ihr Anspruch auf die Rolle eines mitbestimmenden Faktors bei der Normierung der Löhne und Arbeitsbedingungen war grundsätzlich allgemein als berechtigt anerkannt und wurde von vielen Behörden regelmäßig berücksichtigt. Ließ bei alledem die Lage der großen Mehrheit der Arbeiter in England noch sehr viel zu wünschen übrig, so zeigte sich doch eine Entwicklung im Werden, die gleichfalls gegen die katastrophale Zuspitzung sprach. Infolgedessen konnte denn auch derjenige Flügel der Sozialisten Englands, der unter Berufung auf Marx an der Theorie von der Entwicklung zur Katastrophe festhielt und seine Politik ihr anpaßte, die von Hyndman geleitete Sozialdemokratische Föderation, trotz eingehendster Propagandearbeit ihrer Mitglieder, es nicht über das Dasein einer Sekte hinausbringen. Im Angesicht von alledem fühlte ich mich veranlaßt meinen deutschen Parteigenossen klar zu machen, daß sie guttun bei Entscheidungen über ihre Politik den Gedanken an die bevorstehende Katastrophe ganz aus dem Spiel zu lassen und auch ihre Sprache von Wendungen freizuhalten, die in jenem Gedanken wurzeln.«

Als Bernstein seine aufsehenerregenden Artikel über die Probleme des Sozialismus zu veröffentlichen begann, hatten bereits eine links- und eine rechtsrevisionistische Bewegung weite Parteikreise aus dem gewohnten Gleis des Parteidenkens geworfen. Die linksrevisionistische Bewegung hatte die Notwendigkeit der Eroberung der ökonomischen Macht nachzuweisen gesucht: Jede aufsteigende Klasse habe sich bisher zuerst ökonomisch und nicht politisch emanzipiert. Die wirtschaftliche Knechtschaft einer Klasse sei immer die Grundlage ihrer politischen Knechtschaft gewesen. Die Arbeiterklasse habe sich zu revolutionären Gewerkschaften zusammenzuschließen und durch direkte Aktionen (Generalstreiks) von den Produktionsmitteln Besitz zu ergreifen. Dieser linksrevisionistische Versuch einer Lösung der sozialen Frage war reichlich utopistisch gedacht; immerhin leitete er die Aufmerksamkeit

proletarischer Gruppen auf das Problem der Eroberung der wirtschaftlichen Macht und auf die Bedeutung der Gewerkschaften bei dieser Eroberung. Die rechtsrevisionistische Bewegung stellte in Georg von Vollmar die gesellschaftliche Entwicklung nicht als katastrophal dar, nicht als eine Ablösung abgeschlossener unvermittelter Einheiten, sondern als ein allmählich sich vollziehendes organisches Wachsen. Den Staat betrachtete Vollmar als einen sich stetig verändernden Machtapparat, und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse vollzog sich nach seiner Meinung nicht auf einen Schlag sondern stückweise. Den kapitalistischen Konzentrationsprozeß beschränkte er auf Handel und Industrie, die Bauernklasse sah er nicht als für den "naturnotwendigen" Untergang bestimmt an, und er suchte sie ökonomisch und politisch durch ein Bauernschutzprogramm und durch die staatliche Förderung der Landeskultur zu unterstützen. Diese Ansichten waren direkte Einbrüche in die ökonomisch-soziale Theorie des Erfurter Programms.

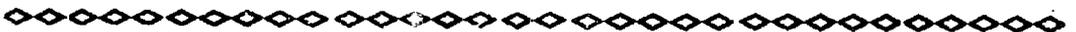
Mit der Kritik der Zusammenbruchstheorie scharte sich am Ende des Jahrhunderts um die Sozialistischen Monatshefte eine Gruppe Theoretiker und Praktiker der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die über die Entwicklung des Kapitalismus ähnliche Gedanken wie Bernstein aussprachen. Ein Adolph von Elm maß der Gewerkschaftsbewegung eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung bei; und dieser Führer rückte auch die Genossenschaftsbewegung in ein ganz neues Licht. Carl Legien näherte sich beträchtlich dem Gedanken der wirtschaftlichen Demokratie, für deren Eroberung er der Gewerkschaftsbewegung eine besondere ausschlaggebende Rolle zuwies. Die Grenzen der bloßen politischen Macht wurden in kritischen Artikeln stark betont, und der Webbsche Gedanke, daß die Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse zu einem Genossenschaftsverband einerseits und einer Föderation von Gewerkvereinen andererseits den Arbeitern tatsächlich die Herrschaft im Staat einräumen würde, begann seinen Werbefeldzug. Die Agrarreform mit einem durchgreifenden Bauernschutz betrieb Eduard David in den Sozialistischen Monatsheften mit Hochdruck, und bald darauf begann hier Arthur Schulz in tiefdringenden Abhandlungen die ganze Agrarpolitik der Partei neu zu gestalten. Vor allem aber war es die Arbeit Max Schippels, die der gesamten Wirtschaftspolitik des Sozialismus neue Ziele setzte. Es ist das Verdienst Eduard Bernsteins eine Reihe der wesentlichsten revisionistischen Gedanken zur Erweiterung der ökonomischen und politischen Macht der Arbeiterklasse zu einem Programm des sozialistischen Aufbaus in seinen Voraussetzungen des Sozialismus zusammengefaßt zu haben. Er betonte dort mit größtem Nachdruck die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Selbstverwaltungsorganisationen für die praktische Gestaltung des Sozialismus.

Der Kampf um den Revisionismus forderte von seinen Bekennern große Opfer. So erzählte Edmund Fischer vor 10 Jahren, in seinem Artikel zum 70. Geburtstag Bernsteins, in den Sozialistischen Monatsheften dieses Erlebnis: »Als nach dem Erscheinen der Voraussetzungen des Sozialismus ein sozialdemokratisches Blatt sich offen zu Bernsteins Anschauungen bekannte, sagte ein Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Mittagstisch im Reichstag: »Gott sei Dank, nun kriegen wir den [gemeint war der Redakteur des betreffenden Blattes, der heute Minister ist] auch los.« Auf meine Bemerkung, ob denn die "Bernsteini-ner" alle aus der Partei ausgeschlossen werden sollten, erfolgte die einstimmige Antwort der anwesenden Fraktionsmitglieder: »Aber selbstverständlich!« So war die Auffassung fast allgemein.«

Die "Bernsteinianer" wurden nicht ausgeschlossen. Sie setzten ihre Arbeit für die erhöhte Einschätzung der wirtschaftlichen Machtmittel der Arbeiterklasse tatkräftig fort. Sie kämpften die Anschauungen nieder, die 1893 auf dem Kölner Parteitag zu einer gefährlichen Unterschätzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit geführt hatten. Der Mannheimer Parteitag erklärte 1906 die Gewerkschaften als unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie seien nicht minder notwendig als die Sozialdemokratische Partei. Der Parteitag zu Hannover 1899 setzte sich über die genossenschaftsfeindliche Resolution des Berliner Parteitags von 1892 hinweg und erkannte offen an, daß durch die Genossenschaften eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse herbeigeführt werden könne. Aber noch maß dieser Parteitag den Genossenschaften keine entscheidende Bedeutung für den proletarischen Befreiungskampf bei. Im Jahr 1909 prägte der Internationale Kongreß zu Kopenhagen den Satz, daß die Konsumvereine dazu berufen seien die Arbeiter zur vollständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen, um dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten zu helfen. Und 1910 betrachtete der Magdeburger Parteitag die konsumgenossenschaftliche Tätigkeit als eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfs. Er schätzte die Konsumgenossenschaften als ein »wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf« ein. Der Ausbau der Organisationen wirtschaftlicher Macht war eine Grundforderung der Revisionisten. Nach langen schweren Meinungskämpfen wurde die Partei zu ihr bekehrt. Und nun vollzog sich dieser Ausbau unter der Leitung der Männer, die eben wegen ihres Revisionismus verschrien, fast verfehmt waren.

Wenn wir am 80. Geburtstag Eduard Bernsteins seine Lebensarbeit überschauen, dann müssen wir feststellen, daß er theoretisch und taktisch als Sieger aus der stürmischen Bewegung der letzten 30 Jahre hervorgegangen ist. Die soziale Katastrophentheorie ist aus dem Heidelberger Programm gestrichen worden. Der Satz des Erfurter Programms wurde nicht wiederholt, daß die Produktivkräfte bereits den kapitalistischen Produktionsverhältnissen über den Kopf gewachsen seien. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß ist auf Industrie, Handel und Verkehr eingeschränkt worden; die Landwirtschaft ist aus diesem Prozeß ausgeschaltet, von der untergehenden Bauernklasse ist keine Rede mehr. Die Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft (Landeskultur) ist ein besonderer Programmpunkt geworden. Und die Sozialdemokratie besitzt heute ein Agrarprogramm mit besonderen Bauernforderungen. Das sozialdemokratische Programm sagt den nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften staatliche Förderung zu. Der wirtschaftliche Kampf ist in das Heidelberger Programm aufgenommen, er wird als ein grundsätzlicher, gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichteter Kampf bezeichnet.

Das sozialistische Aufbauprogramm, das Bernstein in seinen Voraussetzungen des Sozialismus vor mehr als 30 Jahren aufstellte, scheint für den heutigen Tag geschrieben zu sein. Nur wenige können von sich sagen, daß das, was sie vor einem Menschenalter niedergeschrieben haben, erst heute volle Aktionskraft erlangt hat. Eduard Bernstein kann es tun. Und das ist der eigentliche Triumph seiner Lebensarbeit.



## HERMAN KRANOLD · NACH DEM YOUNGPLAN

**S**EIT dem Kriegsende ist Deutschlands Außenpolitik durch Zugzwang charakterisiert. Beständig droht ein sofortiges großes Übel, wenn nicht innerhalb kurzer Zeit irgendeine Forderung der früheren Kriegsgegner angenommen wird. Manchmal allerdings wird uns eine etwas längere Frist zum Entschluß gelassen. So jetzt, da es sich darum handelte den Dawesplan durch den Youngplan zu ersetzen. Dieser Youngplan stellt in mancher Beziehung eine grundsätzlich neue Regelung der Reparationsfrage dar. Er ist nicht nur der Dawesplan minus so und so viele hundert Millionen Mark in den einzelnen Jahren und minus den Besserungsschein für die Reparationsempfänger, sondern er enthält mindestens 3 grundsätzlich neue Elemente: nämlich einmal die allerdings wohl mehr theoretisch als praktisch wichtige Begrenzung der Anzahl der Jahreszahlungen, sodann die für Deutschland und Frankreich verhängnisvolle Beschränkung und Befristung der Sachlieferungen und schließlich die Kopplung der Höhe der Reparationslast mit der Höhe der Zahlungen für Zins und Tilgung auf die interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten von Amerika. Alles dies ist hier schon öfter dargelegt worden.

Jede langandauernde außenpolitische Zwangslage einer sehr selbstbewußten und neuerdings auch für Außenpolitik sich interessierenden Nation ist ein abnormer Zustand. Immer wieder werden die Gefühle in außenpolitischen Angelegenheiten aufgepeitscht. Geschwollene Stirnadern, fliegender Puls, hochgehender Atem und geballte Fäuste sind der Normalzustand eines großen Teils des deutschen Volks von heute geworden, sobald von außenpolitischen Angelegenheiten die Rede ist. Vor dem Krieg kam dies anfallsweise freilich auch vor. So war man in Deutschland antirussisch beim Russisch-Japanischen Krieg, antienglisch beim Burenkrieg (wobei weder die Buren der Erregung wert waren, noch das Gefühl zum Träger einer kontinentalen Politik taugte), und jederzeit war man treu bereit auf jede antifranzösische Stimmungsmache für des Reiches Herrlichkeit hineinzufallen; nur so konnte es kommen, daß um Marokko und das Kongogebiet eine Schlacht mit verkehrter Front geschlagen wurde. Wenn aber nicht gerade ein solcher Erregungsanfall herrschte, so konnten die Leitenden ihre Außenpolitik im allgemeinen so betreiben wie sie wollten, ohne daß sie darin von der Öffentlichen Meinung gestört wurden. Weder Erregung noch Nachdenken, weder Ziel noch Sachkenntnis konnten der Außenpolitik Wilhelms II, sei es als Kritik oder als Opposition, gefährlich oder hinderlich werden, die Öffentliche Meinung konnte in diesen Dingen in Deutschland noch nicht einmal nach dem Rezept von George Bernard Shaws General Mitchener totgeschossen werden, weil man nicht etwas an die Wand stellen kann, was es gar nicht gibt. Heute ist das anders. Heute feiert zwar die Geheimdiplomatie ihre Feste noch mit der selben unbefangenen Vergnüglichkeit wie vor dem Krieg; wer das sehen will, der braucht nur in Viscount d'Abernons Memoiren nachzulesen, wie sich jahrelang in holdem Wechsel bald die Führer der Rechten, bald die Führer der Linken an seiner weißen Weste die Sorgen vom Herzen weinten und sich dann wunderten, daß er alles getreulich nach London berichtete, was ihm da vorgeschluckt wurde. Insofern ist aber allerdings eine Wandlung in Deutschland eingetreten, als heute die Öffentliche Meinung fortwährend in die diplomatischen Amtsstuben hineinflutet und dort Jahr für Jahr unablässig die selben Sedimente absetzt.

Erregung über die "Feinde" ist der Normalzustand, und ein großer Teil der Presse nährt ihn Tag für Tag. Tatsächlich besteht von der linkensten "kommunistischen" Abweichung bis zu den rechtsten Transhitlerianern in der Sache selbst volle Einigkeit darüber, daß Pflicht und Interesse des Deutschen es erheischen ununterbrochen Schandtaten des "Feindbunds" zu entdecken und auszuschreien, wobei sich dann jeder nach seiner Gemütsart den ihm angemessensten "Feind" als Hauptziel seiner Volksaufklärung aussucht. Dauernd wird die Besetzung deutschen Gebiets durch fremde Truppen Stoff zu solcher Aufklärungsarbeit bieten. Krach mit einer fremden Soldateska passiert Zivilisten selbstverständlich noch sehr viel leichter als Krach mit einheimischem Militär. Auch dieses hat bekanntlich, solange es bestand, nicht versäumt auf solchem Gebiet Lorbeeren zu sammeln. Aber nie billigt man anderen zu, was man für sich selbst ganz naiv in Anspruch nimmt. Der "Kommunist" erregt sich über Dragonaden im Rheinland, aber nicht in Georgien, und der Deutschnationale prüft grundsätzlich Meldungen über die "schwarze Schmach" nicht nach, ist aber heute noch bereit den berühmten Zaberner Leutnant zu verteidigen. So wird aus wahren und falschen Behauptungen dauernd Nahrung für den Haß gewonnen.

Seit dem November 1918 überwiegt bei uns, von angelsächsischer Seite ziel-sicher hervorgerufen und geschürt, der Haß gegen die Franzosen und neuerdings auch gegen die Polen (die glorreiche Polenproklamation von 1916 ist vergessen). Dieser Haß ist ein so schlechter politischer Ratgeber, wie er überhaupt es nur immer sein kann. So erklärt sich schließlich eine linksbürgerliche und sozialistische Presse, die den Haßgesang gegen Frankreich mit Vorliebe in jene Formen des französischen politischen Feuilletons kleidet, die die Verfasser bestenfalls in langjährigem Flanieren auf dem Pariser Pflaster gelernt haben. Das Seitenstück dazu ist das ebenso verbreitete blinde Vertrauen zu England und Amerika. Man begründet es mit der Glorifizierung des bei ihnen herrschenden innenpolitischen Systems, wie es ist oder wie man es sich vorstellt. So finden Rechte wie Linke ihnen sympathische Demokratien bei den Engländern und Amerikanern und decken ihren Bedarf an Vorbildern im Despotismus bei den Italienern. So ist für die Linke ein Vorbild einer Politik der Völkerversöhnung noch immer Lichnowsky, der in seiner bekannten Denkschrift den Briten ausdrücklich die Aufgabe zusprach als Weltreich die Völker zu beherrschen, die Unterworfenen zu schonen und Krieg gegen die zu führen, die Widerstand leisten. So macht der Finanzrat Alfred Hugenberg, der Schirmherr der Nationalen Opposition sein möchte, in Momenten, die er für entscheidend hält, einen förmlichen Kotau vor den Amerikanern, die er zu Schiedsrichtern über Europa ausrüft; und wenn er in den thüringischen Wahlkampf "eingreift", so singt er den erstaunten Wählern das hohe Lied vom englischen Parlamentarismus, ohne seinem Vorbild Baldwin den Kunstgriff abzulauschen, daß jenseits der Nordsee der Führer der Opposition im Unterhaus seine Gesetzentwürfe selbst zu vertreten pflegt.

Demgegenüber verschlagen die objektiven Tatsachen als Mittel Gesinnung herbeizuführen sehr wenig. Man kann so oft wie man will darauf hinweisen, daß gerade die Franzosen am wenigsten die Nutznießer unserer Lasten sind, daß der weit überwiegende Teil der Reparationszahlungen schließlich in amerikanischen Kassen endet, daß Frankreich zwar die Verwüstungen des Kriegs erlitten hat, nicht einmal aber für diese richtig entschädigt wird, während England und Amerika ihre Kriegspensionen aus den Reparationen

bezahlen können. Ein großer Teil der an Frankreich und Belgien gezahlten Gelder dient nur dazu, um die Schulden zu verzinsen und zu tilgen, die diese Nationen bei den wüstesten kapitalistischen Kriegsgewinnern Amerikas haben aufnehmen müssen. Freilich sind die Verwüstungen in Frankreich repariert. Das Kriegsgebiet ist wiederaufgebaut, genau so gut wie die versenkten englischen Handelsschiffe wiedererstanden sind. Der Unterschied ist nur, daß diese England durch Ablieferung der deutschen Handelsflotte in natura ersetzt wurden, und kein Pfennig Schulden das Britische Reich dafür belastet, während der Wiederaufbau der französischen Kriegsgebiete noch immer erst bezahlt werden soll. Nichts verschlägt es auch, daß die Polen keine Wirtschaftsgefahr für uns sind. Als wir im Osten große Gebiete an Polen abtreten mußten, wurde von der deutschen Propaganda betont, daß Deutschland schweren Schaden leiden würde, wenn die Schweine und Kartoffeln aus Posen und Westpreußen und die Kohlen aus Oberschlesien ihm ferngehalten würden. Heute wiederum spricht die selbe Propaganda von einer Lebensgefahr für den deutschen Osten, wenn der deutsche Bauer, der das abgetretene Gebiet nicht verlassen hat, seine Schweine an den selben Berliner Händler verkaufen möchte, an den er sie bis 1914 verkauft hat. Nichts verschlägt es demgegenüber, daß immer wieder die engen Interessenzusammenhänge der Nationen des europäischen Festlands nicht nur bewiesen werden sondern auch organisatorisch und wirtschaftlich sich durchsetzen. Die Einheit der Energiewirtschaft, der Kali- und Eisenproduktion, der Industrie der natürlichen und künstlichen Spinnstoffe, der Farben und Leichtmetalle ist bereits zum Teil hergestellt, zum Teil sichtbar im Kommen. Daß der deutsche Roggen nicht saniert werden kann, wenn man den polnischen Roggen nicht saniert; daß die Konkurrenz auf dem Schweinemarkt zwischen Deutschland und Polen durch ein deutsch-polnisches Verarbeitungssyndikat beseitigt werden kann; daß es unsinnig ist in Ostdeutschland leistungsunfähige Kohlenindustriellen durch Subventionen aufzupumpen, die den Rest der ostdeutschen Fertigindustrie zu zerschlagen drohen: das setzt sich allmählich als Politik der Regierenden trotz aller Propaganda durch. Aber die Öffentliche Meinung ficht es nicht an. Niemand spricht davon, woher es wohl kommt, daß Kali heute fast das einzige Produktionsmittel ist, das der Landwirtschaft zum alten Goldmarkpreis zur Verfügung steht, und daß infolgedessen auch die übrigen künstlichen Düngemittel weit unter dem allgemeinen Preisniveau stehen; niemand von all den weltwirtschaftskundigen Journalisten zeigt uns, wieviel die Länder des europäischen Festlands jährlich das anglo-amerikanische Monopol auf Gummi, Baumwolle, Öl, Nickel und so manches andere Produkt kostet. Dafür rechnet uns aber das Magazin der Wirtschaft bis aufs Prozent genau vor, wieviel billiger das Eisen gewesen wäre, wenn der deutsch-französische Eisenbund nicht geschaffen wäre, weil bekanntlich, wenn die Großisenindustrie durch schlechte Preise zur Hälfte ruiniert wird, die Nägel billiger werden, ebenso die Stahlfedern, die Hufeisen, die Pflüge, die Großkraftmaschinen und Lokomotiven. Der psychologische Zusammenhang der Dinge hat eben zu einer antipolnischen und antifranzösischen Psychose geführt, die, weil sie jede rationale Politik verhindert, als eine der schlimmsten Folgen der außenpolitischen Lage Deutschlands bezeichnet werden muß und unter dem Youngplan genau so weiter bestehen wird wie unter dem Dawesplan, unter einer Rechtsregierung im Reich genau so wie unter einer Linksregierung, wenn man ihr nicht auf *jedem* Gebiet entgegenarbeitet.



UNTER den objektiven Wirkungen, die vom Youngplan zu erwarten sind, steht in erster Linie natürlich die Ermäßigung der Reparationszahlungen. In Deutschland beträgt das Niveau der jährlichen Gesamtlasten, die die Öffentliche Hand von den wirtschaftenden Menschen erhebt (nach Abzug der Einnahmen der produktiven öffentlichen Betriebe wie Eisenbahnen usw., aber einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung), 15 Milliarden Mark. Wahrscheinlich ist diese Zahl noch etwas zu niedrig gegriffen; denn die Zahlen für 1928 und 1929, die dieser Angabe zugrunde liegen, berücksichtigen nicht, daß in dieser Zeit jedes Jahr 1 Milliarde Mark laufender Ausgaben aus Schuldenaufnahme gedeckt worden ist. Die Ermäßigung der Reparationslasten beläuft sich auf zunächst etwa 700 Millionen Mark, später allmählich weniger. Nun ist es natürlich heute, wenn man gewissenhaft ist, kaum möglich etwas darüber zu sagen, ob dauernd die danach noch verbleibende Last getragen werden kann. Daß es eine Last, und zwar eine sehr hohe, ist, geht aus der Größenordnung der Zahlen ohne weiteres hervor; denn 30 Reichsmark pro Kopf und Jahr sind kein Pappenstiel. Die künftige relative Bedeutung dieser Last freilich ließe sich nur beurteilen, wenn man eine ganze Reihe von Sachen wüßte, die man eben nicht weiß. Um nur eins zu nennen: Da die ganze Belastung aus dem Youngplan in letzter Berechnung auf Feingoldmengen abgestellt ist, so würde jede Entdeckung eines neuen Klondyke oder Sacramento zur Kaufkraftentwertung der Jahreszahlungen und damit zu einer stark fühlbaren Erleichterung der Last führen. Außerdem enthält das Werk vom Haag einen Besserungsschein zugunsten Deutschlands, nämlich die Bestimmung, daß alle Ermäßigungen der Zinsen und Tilgungsraten für Frankreichs Schuld an die Vereinigten Staaten von Amerika in den ersten 37 Jahren ganz Deutschland zugute kommen. Natürlich ist also unter diesen Umständen die Verminderung der Jahreslast durch den Youngplan noch immer eine erhebliche Erleichterung der Lage Deutschlands. Fraglich ist nur, ob sie etwas nützen kann; denn auch im Rahmen des Youngplans noch ist die Belastung mit Zinszahlungen an England und Amerika und mit toten Kosten der eigenen Staatsverwaltung enorm hoch. Wo die Reparationen aufgebracht werden, da sind die Steuern hoch, die Löhne niedrig, der Beschäftigungsgrad schwankt in wilden Zacken. Wo sie durchfließen, herrscht, wie in Frankreich, dumpfe dauernde Depression, an der aller private Kapitalreichtum des Landes wenig ändern kann. Wo aber die Reparationen enden, da sind die Löhne hoch, die Steuern und sozialen Lasten niedrig. Dies gilt offensichtlich für die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Arbeiterklasse in ganz erheblichem Umfang, namentlich dank der rigoros durchgeführten Einwanderungsbeschränkung, Nutznießer der amerikanischen Reparationsbezüge ist. Dies gilt auch für England, dessen Arbeitslosigkeit, vom Kohlenbergbau abgesehen<sup>1</sup>, verhältnismäßig konstant und nicht viel höher ist als sie vor dem Krieg zu sein pflegte. Das europäische Festland aber hat das alles zu tragen.

Beständig zersetzen sich in Deutschland ganze Parteien infolge wellenartig in sie hineinschlagender außenpolitischer Gefühlspartien. Der Steuerdruck

1) Im englischen Kohlenbergbau liegt ein Sonderproblem vor. Er ist besonders stark technisch überaltert, auf der Seite der Unternehmer völlig unzureichend organisiert und durch den Übergang der Seeschifffahrt zu flüssigen Brennstoffen um einen lohnenden Teil des Exports gebracht, der ihm vor dem Krieg erst die Möglichkeit gab zu verdienen. Deshalb sind auch alle Versuche unter Erhaltung aller Betriebe abzuhelfen oder durch Staatssubventionen aufzuhelfen fehlgeschlagen. Näheres siehe in der von mir übersetzten und mit Anmerkungen versehenen Schrift *Addisons Praktischer Sozialismus* (Breslau 1929).

nährt den Putschismus, er hat einen Grad erreicht, der mit einem gedeihlichen politischen Leben nicht mehr zu vereinen ist. So bilden sich ausschließlich standeswirtschaftlich orientierte Parteien wie die Christlich-nationale Bauernpartei, die Wirtschaftspartei oder das Vierteldutzend Aufwertungsparteien. Die wilden Erschütterungen des Arbeitsmarkts und die Unmöglichkeit ihn nachhaltig durch Auswanderung zu entlasten führen zu einer in der Praxis leider außerordentlich wirksamen Überbewertung der Existenzsicherheit. Wer in Deutschland etwas auf sich hält, strebt zur lebenslänglichen Anstellung als Beamter oder Dauerangestellter; eine Altersversorgung durch soziale Versicherung genügt ihm nicht, da er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten bezweifelt. Das Selbsterhaltungsstreben der Bürokratie, das schon Max Weber ahnungsvoll so trefflich geschildert hat, hat zu einer sonst in der ganzen Welt unerhörten rechtlichen und faktischen Ausdehnung des Begriffs der wohl erworbenen Beamtenrechte geführt, die das schwerste Hindernis jeder Verwaltungsreform ist. Die Zahl derer, die für und von Verwaltungsarbeit leben, kann bei uns praktisch nur durch Absterben vermindert werden; baut man Behörden ab, so bezahlt man die Beamten weiter, nun aber dafür, daß sie nicht mehr Akten schreiben sondern nationalsozialistische Versammlungen inszenieren. In geometrischem Verhältnis dazu steigt der Aufwand für Bauten zum Bergen von Akten. Mit dem Polizeipräsidium einer modernen Großstadt, den Landesfinanzämtern usw. verglichen sind die Tuilerien, Fontainebleau und der Lateran kümmerliche Notbauten; zur bloßen Verwaltung der Häuser, in denen die Reichsminister ihrer Ämter walten, hat man eine eigene Zentralbehörde in Berlin geschaffen. Man verstehe mich nicht falsch: Alles dies ist nicht schlimmer im Bereich der Öffentlichen Hand als im Bereich der Privatwirtschaft. Vielmehr wird von den öffentlichen Gewalten nur das böse Beispiel der Privatwirtschaft schüchtern nachgeahmt. Man muß diese deutsche Privatwirtschaft im tatsächlichen Bestand in sich aufnehmen, um zu wissen, daß bei der Öffentlichen Hand, im Vergleich zur Privathand, Verschwendung und Bestechung sich immer noch in sehr engen Grenzen halten. Sich in produktiven, vom Staat kontrollierten Selbstverwaltungsverbänden zu organisieren und dadurch für eine wirtschaftliche (nicht im bloß Technischen steckenbleibende) Rationalisierung den Weg freizumachen, das bringt die "Wirtschaft" anscheinend nicht fertig. Sie klagt darüber, daß beim Beamten Mißerfolg kein Disziplinar delikt ist. Wo aber werden Generaldirektoren entlassen, weil sie das Aktienkapital ihrer Gesellschaft verloren haben? Tritt man ihnen doch nicht einmal nahe, wenn sie die Wertpapiere der von ihnen geleiteten Bank buchstäblich aus der Rocktasche verlieren. In das selbe Kapitel gehört die Überbewertung der Sozialpolitik gegenüber der Wirtschaftspolitik, ohne daß gerade die sozialpolitisch an sich mit Recht so Eifrigen bedenken, daß man Schnitte vom Brot nur verteilen kann, wenn man zuvor das Brot gebacken hat. Daher der immer wieder mit einer früher rührenden, heute nachgerade lächerlichen Naivetät ausgestoßene Doppelschrei der Privatindustrie nach Subventionierung der schlechtgehenden Unternehmungen aus der Staatskasse und nach Herunterdrückung der öffentlichen Ausgaben. Alles dies führt zur Parteibildung oder zur Parteiumbildung, und diese Fesselung und übermäßige Vermehrung der Parteien erschwert die an sich schon schwierigste Form des parlamentarischen Systems, nämlich die Koalitionspolitik, so daß es kein Wunder ist, wenn von einer Stetigkeit in der politischen Entwicklung Deutschlands nicht die Rede sein kann.

**M**AN muß dieses Übel an der Wurzel fassen, auch nach dem Youngplan: An die Zersplitterung Europas muß Hand gelegt werden, wenn man die unfruchtbare Vorbelastung Europas beseitigen will. Die Überlegenheit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika infolge ihrer von Europa bezahlten Steuerprivilegien äußert sich jetzt, wie zum allgemeinen Erstaunen plötzlich sogar die Schwerindustrie entdeckt zu haben scheint, darin, daß jede Absatzstauung auf dem amerikanischen Markt eine Welle des Dumpings nach Europa hervorbringt. Der selbe Ford, der, solange er geschäftliche Erfolge hatte, der große Baal aller fortschrittlichen Leute im deutschen Bürgertum war, scheint an den Grenzen seines amerikanischen Markts angekommen zu sein, und genau so sein Hauptkonkurrent, die General Motors. Prompt (und leider muß es gesagt werden, billig) organisieren sie das Automobildumping nach Europa: Teils verfrachten sie ihre Automobile in Stücken und montieren sie hier, teils exportieren sie nicht die Automobile selbst sondern das Kapital, das an ihnen verdienen soll. Dieses Beispiel paßt für alle Gebiete, in denen amerikanischer Wettbewerb heute schon eine Rolle spielt.

Und Europa macht sich die Abwehr unendlich schwer. Es ist von einem Netz von Binnenzöllen durchzogen, dessen Verwaltung jedes Jahr  $\frac{1}{2}$  Milliarde kostet, wobei der allerkleinste Teil dieser Kosten auf die wenigen Häfen, der Hauptteil auf die Landgrenzen mit ihrer schwierigen Schmuggelkontrolle entfällt. Die Binnenzölle treiben die Gestehungskosten der Fertigungsindustrie in die Höhe, ohne daß damit europäischen Wirtschaftsinteressen gedient würde. Diese europäischen Binnenzölle können aber nur fortfallen, wenn der europäische Kontinent sich zu einer Wirtschaftseinheit gestaltet. Allerdings, wenn man die Europäische Zollunion will, so muß man auch europäische Zölle wollen: gegen Außereuropa, das heißt praktisch gegen die angelsächsischen Weltreiche. Es ist unmöglich heute auf diesen Zollschutz für wichtige produktive Kräfte in Europa zu verzichten. Aber ein europäischer Zolltarif wird sich auf das Lebenswichtige beschränken können und nur Zölle festsetzen, die die gesamte europäische Produktion schützen, nicht etwa in jedem staatlichen Splittergebilde Europas landwirtschaftliche und industrielle Autarkie anstreben. Es ist zum Beispiel absolut nicht nötig, daß in sämtlichen Staaten Europas eigene Lokomotivindustrien über Wasser gehalten oder neu geschaffen werden. Die technisch hervorragend geleiteten Stätten des europäischen Lokomotivbaus sind nur deshalb unfähig geworden Arbeiter dauernd zu beschäftigen und anständig zu bezahlen, weil wir derartig viel Lokomotivfabriken haben, daß keine mehr zu einem ordentlichen Umsatz und infolgedessen zu einer angemessenen Verzinsung und Amortisation der Werkzeugmaschinen, die sie in riesigem Umfang braucht, kommen kann. Es ist geradezu erschütternd zu sehen, daß die Reichsbahn jetzt ihre Lokomotivaufträge für ein ganzes Jahr verteilt und dabei der größten berücksichtigten Fabrik 18, der kleinsten 1 Lokomotive in Auftrag gegeben hat. Man kann sich die Wirtschaftlichkeit dieser Zwergaufträge ungefähr vorstellen. Und so in vielen Industriezweigen. Als in den Jahren 1920, 1921, 1922 die Franzosen Kohle haben wollten, hat man nicht nur ihnen so weit wie möglich jede Lieferung verweigert, statt sie auf möglichst lange Zeit zur Abnahme von möglichst viel Kohle unter Anrechnung auf die Reparationen zu verpflichten, sondern auch in der sinnlosesten Weise in die Vergrößerung der

bestehenden und die Anlage neuer Kohlenschächte, in die Übersiedlung von Massen von Arbeitern in die Kohlengebiete und in den Wohnungsbau für sie Mittel der Öffentlichen Hand hineingepumpt, mit dem Erfolg, daß heute eben der Kohlenbergbau unrentabel, ein Großteil seiner Arbeiter dauernd unbeschäftigt ist, und die Wohnungen an anderen Stellen fehlen. Nur eine Zusammenfassung der Industrien unter staatlicher Kontrolle wird es möglich machen, daß der produktionsell nicht gerechtfertigte äußere Aufwand der Industrie beseitigt und die Konkurrenz um Generaldirektoren zu Phantasiegehältern eingestellt, daß die Produktionsfähigkeit der Industrie planmäßig und in richtigem Verhältnis zur Größe des möglichen Absatzes entwickelt wird.

Nicht zum letzten beruht aber die Konkurrenzunfähigkeit Europas darauf, daß es von ausländischen Rohstoffmonopolen abhängt. Wenn man darauf hinweist, so wird man meistens mit mitleidigem Achselzucken zu den Merkantilisten ältesten Schlags geworfen. Die Valorisierung des Kaffees durch Brasilien, der ägyptischen Baumwolle, des Platins, der Diamanten, des Kautschuks und vieler anderer tropischer Produkte, die in den letzten Jahren mit mehr oder weniger großem Dauererfolg, aber jedesmal mit ungeheurer Belastung der europäischen Verbraucher durchgeführt wurde, könnte auch dem in diesen Dingen Blinden gezeigt haben, daß es sich dabei keineswegs um merkantilistisches Gerede handelt. Wie stark man derartiges in der amerikanischen Welt empfindet, das lehrt der Fall des Kautschuks, dessen Weltmonopol anderswo als in den Vereinigten Staaten von Amerika und seinem ökonomischen Vormachtrayon liegt. Dies ist für das Land, in dem 80 % aller Automobile der Welt laufen, natürlich besonders wichtig. Während aber früher Südamerika, hauptsächlich Brasilien, einen sehr großen Teil der Weltkautschukerzeugung lieferte, ist es jetzt als Produktionsgebiet dieses Rohstoffs ganz in den Hintergrund getreten. Der Plantagenkautschuk des britischen und niederländischen Südostasiens beherrscht praktisch monopolistisch den Weltkautschukmarkt. Daher die fast krampfhaften Versuche der Vereinigten Staaten in Brasilien, das sie zu gutem Teil (schon als Hauptkunden der dortigen Kattceproduktion und als Kapitalisten der Eisenbahnen und binnenländischen Dampferlinien) bereits jetzt beherrschen und bald ganz zu beherrschen hoffen, und in benachbarten geeigneten Gebieten Südamerikas eine große Kautschukproduktion zustandezubringen, nachdem das gleiche Projekt auf den ihnen gehörigen Philippinen sich bis auf weiteres als kaum ausführbar erwiesen hat. Infolgedessen eine ganze Serie von Expeditionen zur Erforschung der Bedingungen für die Errichtung einer Kautschukgroßkultur im Amazonasgebiet, teils privat teils von der Regierung der Vereinigten Staaten finanziert. Einer der neuesten Belege dafür ist der überaus interessante Bericht, den Carl D. La Rue erstattet hat. Darin gleich zu Anfang folgende bezeichnende Sätze: »Die Vereinigten Staaten sind jetzt der größte Verbraucher von Kautschuk, während die Plantagenkultur des Kautschuks ihr Zentrum im Orient hat, in Indien, Ceylon, Burma, den Vereinigten Malayenstaaten, den Straits Settlements, Sumatra, Java und Borneo. Diese weite Trennung des Verbrauchs von der Versorgungsquelle hat manchen besorgt gemacht. So hat man die Notwendigkeit dargelegt Bezugsgebiete näher der Heimat zu haben, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn die entfernteren durch Krieg abgeschnitten werden ... Außerdem wurde die Beherrschung dieses Rohstoffs, der für unser Verkehrswesen so ungeheuer wichtig ist, durch fremde Mächte durch ein kürzlich erlassenes Gesetz zur

Einschränkung der Produktion [gemeint ist das 1929 wieder aufgehobene Stevensongesetz zu Valorisierung des reichsbritischen Kautschuks] betont, das auf die Beherrschung des Kautschukpreises abzielt. Diese und andere Erwägungen führten seit 1923 zur Einleitung einer Reihe von Untersuchungen über die Quellen der Rohgummiversorgung durch das Landwirtschafts- und das Handelsamt der Vereinigten Staaten.«<sup>2</sup>

Demgegenüber kann nur eine entschlossene Erschließung der den Europäern noch zugänglichen Gebiete Afrikas mit vereinten europäischen Kräften helfen. Frankreich und Belgien haben das Kapital, Deutschland und Italien die Menschen, um dies zu tun. Spanische Kolonialgebiete können noch dem Europäertum gegen das Angelsachsentum gerettet, der belgische Kongo wieder europäisiert und aus der anglo-amerikanischen Finanzzone herausgelöst werden. Auch die portugiesischen Gebiete müssen nicht englisch werden; sie können von Europäern unter portugiesischer Herrschaft entwickelt werden. Erst recht haben Frankreichs und Italiens Kolonialgebiete noch fast alles vor sich. Nahezu alle pflanzlichen, tierischen und mineralischen Rohstoffe, die Europas Industrie heute aus Amerika oder aus dem britischen Weltreich beziehen muß, und für die es, wie der Kautschuk gezeigt hat, im wörtlichsten Sinn tributpflichtig gemacht werden kann, lassen sich in diesen europäischen Gebieten in Afrika erzeugen. Es kommt nur auch dort darauf an Kapital und Arbeit planmäßig zu verteilen und statt der Rivalitäten das Werk zu pflegen. Dann wird Existenzsicherheit erreicht werden, weil die Wirtschaft stabil wird, und dann wird auch jene Lage kommen, die schließlich für die Bewertung der ganzen, nach dem Youngplan zu erwartenden Entwicklung den Ausschlag gibt: daß nämlich dieser Plan zugunsten Europas und damit zugunsten Deutschlands revidiert wird.

**D**AS bedeutet keineswegs, daß eine solche Politik auf eine Gewalttat hinarbeitet, auf einen Krieg oder auf eine einfache Schuldzahlungsverweigerung. Weit entfernt sind wir davon in Verträgen nur Papierfetzen zu sehen. Aber ob in einem Abkommen steht, daß es revidiert werden kann oder nicht, ist dann gleichgültig, wenn die Vertragsteile sich darüber einig sind, daß es revidiert werden soll; und es gibt Situationen, in denen diese Einigkeit erreicht wird. Es ist müßig darüber zu streiten, ob das Verfahren die Revision des Vertrags in Gang zu setzen, nach dem Vertrag von Versailles oder nach dem Abkommen von Spa, London oder nach dem Dawesvertrag oder nach dem Youngvertrag und den das Gegenstück dazu bildenden Schuldtilgungsverträgen Frankreichs, Italiens usw. mit Amerika leichter oder schwerer in Bewegung zu setzen ist. Beim Vertrag von Versailles war es sicher am allerschwersten, und trotzdem hat es eine Situation gegeben, in der alle bereit waren bis auf die Sätze des Dawesvertrags den ersten Vertrag herunterzurevidieren. Nach dem Dawesvertrag war die Ingangsetzung der Revision erst gegeben, wenn Deutschland aus Gründen des Valutaschutzes nicht mehr transferieren konnte, und der Generalagent für die Reparation ein Bankkonto von 1 Milliarde Goldmark in Deutschland selbst angesammelt hatte. Hat man das abgewartet? Hat er dieses Bankkonto? Am 30. November 1929 betrug sein Guthaben per Saldo 166 Millionen Mark, das heißt noch nicht eine Monatsrate des Reparationsplans. Trotzdem fand abermals eine Revision statt, weil, als sie in Gang gesetzt wurde, die Situation zugunsten Deutschlands lag, weil damals zeit-

2) Siehe *La Rue The Hevea Rubber in the Amazon Valley /Washington 1926/* Seite 3.

weise Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich bestand, und weil in derartigen Situationen die angelsächsischen Vertragspartner nicht einfach Nein sagen können. Darauf kommt es auch beim Youngplan an. Und deshalb muß der Gegensatz zwischen den Ländern des europäischen Kontinents abgebaut werden. Dies kann mit Aussicht auf Dauer nur durch Beseitigung der Not geschehen, in der alle diese Länder stecken, und in der sie alle geneigt sind im Nachbarn nur den Feind zu sehen. Deshalb ist für Deutschland die Aufgabe seine Handlungsfreiheit wiederzugewinnen gleichbedeutend mit der Aufgabe auf lange Frist europäische Versöhnungspolitik, europäische Bündnispolitik, europäische Wirtschaftspolitik zu treiben. Daß dazu auch die entsprechende innere Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört, daß ein Land politisch und wirtschaftlich auf die Dauer nicht bündnisfähig ist, das seine Zahlungsfähigkeit zum Jahresultimo von den Großbanken erbetteln muß, das sollte klar sein und wird vielleicht auch allmählich klar werden.

## LUDWIG QUESSEL · ENGLAND IM HAAG

**D**ER 2. Haager Konferenz, die ihre Arbeiten am 3. Januar aufnahm, ging die Bekanntgabe zweier deutsch-angelsächsischer Abkommen voraus, von denen man sagen kann, daß sie nicht nur in Paris peinliches Aufsehen erregt haben. Was beide Abkommen kennzeichnet, sowohl das mit Amerika über die Bezahlung der amerikanischen Besatzungskosten, wonach diese nicht über die Reparationsbank sondern direkt an das amerikanische Schatzamt entrichtet werden sollen, als auch das mit England über den Verzicht Deutschlands auf den Liquidationsüberschuß in der Höhe von 260 Millionen Mark, ist die alte deutsche Neigung angelsächsischen Wünschen weit entgegenzukommen, und zwar immer (eine merkwürdige Erscheinung im Völkerleben) ohne die geringste Gegenleistung von englischer oder amerikanischer Seite.

Bei dem Abkommen mit Amerika erregte besonders der Umstand Besorgnis, daß es alle Berechnungen des Youngplans änderte, ohne deshalb aber Deutschland eine sichtbare Erleichterung seiner Zahlungsverpflichtungen zu bringen. Zur Begründung dieses Abkommens, das bei den kontinentaleuropäischen Gläubigerstaaten begreiflicherweise auf Mißtrauen stieß, ist angeführt worden, daß Amerika größten Wert darauf lege seine Besatzungskosten, von denen man weiß, daß sie im Verhältnis zu denen der kontinentalen Besatzungsmächte von geradezu enormer Höhe sind, direkt von Deutschland zu erhalten, damit doch ja keine Vermengung der amerikanischen Forderungen aus dem Waffenstillstands- und Friedensvertrag mit der Frage der interalliierten Schulden entstehe. Gerade gegenüber der Forderung Amerikas auf die Erstattung seiner übertrieben hohen Besatzungskosten hätte sich Deutschland darauf berufen müssen, daß Wilson in seinen 14 Punkten den Gedanken niedergelegt habe, es solle im kommenden Frieden »keine Kontributionen und keine als Strafe auferlegte Entschädigungen« geben, und daß das Verbleiben amerikanischer Truppen am Rhein, nachdem Washington die Unterzeichnung des Versailler Vertrags abgelehnt hatte, mit dem Völkerrecht und der Monroe-doktrin absolut nicht zu vereinbaren war. Ist auch jene Erklärung des amerikanischen Staatsoberhauptes von den anderen kriegführenden Staaten nicht anerkannt worden, so kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß sie Amerika rechtlich und moralisch bindet, und deshalb eine Abweichung von

ihr zum mindesten als unfair bezeichnet werden muß. Man erlebte nun das seltsame Schauspiel, daß fast die ganze deutsche Presse, statt diesen klaren rechtlichen Sachverhalt scharf herauszuarbeiten, Tränen der Rührung darüber vergoß, daß die Vereinigten Staaten ihr Abkommen über die Eintreibung ihrer enorm hohen Besatzungskosten ohne besondere Sicherungen (Sanktionen) lediglich, wie man las, »auf Treu und Glauben« abgeschlossen hätten. Wir glauben gern, daß dem so war: weil nämlich Forderungen, die so schwer gegen unbestrittenes Völkerrecht verstoßen, wirklich nicht gut mit Sanktionen ausgestattet werden konnten. Wenn der Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben von Amerika wirklich beachtet worden wäre, hätte es auf Grund der Wilsonschen Erklärung unbedingt auf die Erstattung der Besatzungskosten verzichten müssen. Wir wollen die Hoffnung, daß das rechtliche und moralische Bewußtsein in Washington sich doch noch regen wird, einstweilen noch nicht völlig aufgeben und erwarten, daß die amerikanische Regierung, wenn der Youngplan europäisches Völkerrecht geworden ist, auf ihr Forderungsrecht aus diesem Abkommen verzichten wird.

Noch weniger erfreulich als das deutsche Abkommen mit Amerika ist das mit England. Es juristisch und moralisch zu rechtfertigen ist in Deutschland überhaupt nicht versucht worden. Es handelt sich in der Tat hier um einen einfachen Verzicht auf ein deutsches Forderungsrecht aus dem Versailler Vertrag gegen England, weil die britische Regierung ihre Verpflichtungen aus dessen Liquidationsbestimmungen nicht erfüllen will, um die britischen Steuerzahler zu schonen. Selbst die sozialdemokratische Presse zeigte sich von diesem Abkommen mit der Labourregierung wenig erbaut. Eine scharfe Verurteilung fand dieses Werk der Wilhelmstraße in der Rechtspresse. Die Deutsche Tageszeitung vom 21. Dezember 1929 kennzeichnete es wie folgt: »Für die Verhandlungen war es besonders ungünstig, daß die Engländer den Liquidationsüberschuß in der Höhe von 280 Millionen in einer durchaus unfairen, ja unehrlichen Weise schon im Staatshaushalt verbraucht haben. Dieses Verhalten, das sich in nichts von den in Sowjetrußland beliebten Methoden unterscheidet, fällt noch dem frühern Schatzkanzler Churchill zur Last. Das befreit aber natürlich die Arbeiterregierung und im besondern den jetzigen Schatzkanzler Snowden in keiner Weise von dem Makel einen solchen Raub, der Englands Ruf als "ehrlicher Kaufmann" und seine Eignung als Treuhänder aufs schwerste belastet, nachträglich bis aufs äußerste gedeckt und verteidigt zu haben. Die besondere Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß Deutschland von neuem in aller Form den unerhörten Raub des deutschen Privateigentums, diesmal an einer weithin sichtbaren Stelle, legalisiert und dafür eine Summe als Abfindung entgegennimmt, die geeignet ist die eigentliche Handlungsweise der Engländer und die wirkliche Bilanz zu verschleiern . . . England hat . . . lediglich auf die 40 Millionen Mark des noch nicht liquidierten Eigentums verzichtet, die bei Annahme des Youngplans ohne weiteres an uns fallen mußten. Aber auch dieser Verzicht ist nicht einmal vorbehaltlos und eindeutig. Es ist durchaus möglich, daß diese Summe sich durch Auslegungskünste noch erheblich vermindert. Auch die Freigabe der beschlagnahmten amerikanischen Wertpapiere, die in deutschem Privatbesitz waren (etwa 70 Millionen Mark wert) ist alles andere als ein wirkliches und großzügiges Entgegenkommen. England prozessierte schon wegen dieser Papiere mit den Vereinigten Staaten, und es stand zu erwarten, daß dieser Prozeß verloren ging, und diese Effekten so wie so auf diesem Wege an die deutschen Besitzer zurückgelangten. Außerdem hätte England in keinem Falle nach dem Youngplan auf diese Summen Anspruch erheben können. Schließlich sind auch die 100 Millionen, die zum Ausgleich von Härten verteilt werden, gar nichts Neues; zum großen Teil ist dieser Fonds schon früher verteilt worden, aber nicht an die geschädigten Deutschen sondern fast nur an Halbenländer und Staatenlose. Es wäre also vollkommen irreführend diese 100 Millionen etwa als englische Gegenkonzession in die Rechnung einsetzen zu wollen.«

Auch wenn man der Meinung ist, daß die Kritik der Deutschen Tageszeitung stark von Parteipolitik beeinflußt ist, wird man sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß Großbritannien die finanzielle Notlage Deutschlands beim Abschluß dieses Abkommens robust zu seinen Gunsten ausgenutzt hat. Erwähnt muß ferner werden, daß einem Teil der britischen Presse der große Vorteil, den sich England auf Kosten Deutschlands verschafft hat, noch nicht ausreichend scheint. Wieder tauchte, wie schon bei früheren Gelegenheiten, in der britischen Presse der Gedanke auf jenes Gesetz der unverhüllten Gewalt, das den Namen Reparation Recovery Act führt, neben dem Youngplan aufrechtzuerhalten, so daß England auch in Zukunft in der Lage sei jedes Jahr 26 % des Werts der deutschen Ausfuhr nach England zu beschlagnahmen und auf Reparationskonto zu verbuchen. Das Wolffsche Bureau berichtete hierüber am 5. Januar aus London wie folgt:

»Der politische Korrespondent der Sunday Times sagt, die endgültige Wahl des Sitzes der Internationalen Bank dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, da die Bank nur noch die Bedeutung eines Bureaus für die mit dem Youngplan zusammenhängenden Transaktionen besitze. Snowden und Graham dürften ihre Aufmerksamkeit auf die Sachlieferungen konzentrieren. Es werde anscheinend geplant den Reparation Recovery Act beizubehalten und darauf zu bestehen, daß frühzeitig Mitteilung über alle bedeutenden Sachlieferungskontrakte gemacht wird, damit die britischen industriellen Interessen geschützt werden können.«

Richtiger als in den Ausführungen der Sunday Times kann die wahre Gesinnung Englands gegenüber Deutschland kaum dargestellt werden.

Sie kam auch, trotz starken Bemühungen der deutschen anglophilen Presse Englands Gegnerschaft gegen die deutsche Wirtschaft möglichst zu vertuschen, in der Haltung der britischen Delegation gegenüber Deutschland im Haag zum Ausdruck. Während in französischen Kreisen immerhin die Notwendigkeit erkannt wurde die deutsche Wirtschaft zur Erfüllung des Youngplans möglichst zu kräftigen, strebt man in England dem entgegengesetzten Ziel zu. Als Dank Englands für das Abkommen über den Verzicht Deutschlands auf den Liquidationsüberschuß unternahm es England am 11. Januar den deutschen Widerstand zu brechen. Wie das geschah, hat Rolf Brandt im Berliner Lokalanzeiger vom 12. Januar 1929 geschildert. Seine Schilderung sei, unbeschadet der parteipolitischen Färbung, wiedergegeben, weil Redewendungen des britischen Schatzkanzlers in ihr wörtlich festgehalten sind:

»Es war leicht zu erkennen, daß die Ungeduld des britischen Schatzkanzlers, die sich von Tag zu Tag steigerte, zu einer Explosion führen mußte. Es war für Snowden eine unmögliche Vorstellung, daß auch einmal andere Interessen als englische zäh verteidigt wurden. Für Deutschland schien er solche Verhandlungsmethode überhaupt für unzulässig zu halten. So kam es heute Vormittag zu dem schon gemeldeten schweren Zusammenstoß, im Verlaufe dessen sich Snowden zu immer schärferen Angriffen steigerte. Er sagte: »So gefällig die holländische Gastfreundschaft auch ist, ich habe doch nicht die Absicht mein ganzes Leben im Haag zuzubringen.« Er zählte dann die noch strittigen Fragen auf, eine Aufstellung, die natürlich ergeben mußte, daß fast alle Fragen noch strittig waren, denn die Alliierten hatten in Wirklichkeit nur in einem einzigen Punkte den deutschen Standpunkt geteilt. Snowden sagte dann aber, wenn die deutschen Delegierten mit Vollmachten als Unterhändler ausgestattet sind, dürfen sie nicht unaufhörlich ihre Regierung um Rat fragen oder Persönlichkeiten, so bedeutend deren Funktionen auch sein mögen, wie es die deutsche Delegation gegenüber Doktor Schacht tut. Er fuhr dann wörtlich fort: »Wir werden unsere Lösungen in einem Protokollentwurf schriftlich niederlegen, wir werden Ihnen diesen Entwurf überreichen, und Sie werden uns dann bis heute Nachmittag mitteilen, ob Sie ihn annehmen oder ablehnen. Wenn Sie aber die Fortsetzung des Dawesplanes der Inkraftsetzung des Youngplanes vorziehen, bitte, wir stehen zu Ihrer Verfügung.«

Soweit sich aus der verwirrenden Fülle der Nachrichten über die geheimen Verhandlungen im Haag deren wirklicher Verlauf ersehen läßt, haben die Erklärungen Snowdens vom 11. Januar, deren kategorische Formen in der Tat einem Ultimatum sehr nahekommen, die deutsche Delegation zur Nachgiebigkeit gezwungen. Dafür spricht die Tatsache, daß der Ministerpräsident André Tardieu am 14. Januar in einer Sitzung des französischen Kabinetts mitteilen konnte, daß man im Haag eine Verständigung mit Deutschland erreicht hätte, in der folgendes festgesetzt worden sei: 1. die Anerkennung des definitiven Charakters der mit dem Youngplan in Kraft tretenden neuen Reparationsregelung, 2. die Bestimmungen über den ungeschützten Teil der deutschen Jahreszahlungen, 3. die Modalitäten für die Rückzahlung der Deutschland im Fall eines Moratoriums gestundeten Beträge, 4. die Fälligkeitstermine der monatlichen Zahlungsraten, 5. der Rechtszustand, der eintreten würde, falls Deutschland den Youngplan zerreißen oder sich böswillig seinen Verpflichtungen entziehen sollte, 6. die Maßnahmen zur Erleichterung der ersten Operationen zur Mobilisierung der deutschen Reparationsschulden.

Das scharfe Vorgehen der Labourregierung gegen die deutsche Delegation am 11. Januar, das alsbald zur Einigung über die von Tardieu angeführten 6 Punkte führte, ist allerdings in der Folge durch das Schachtsche Zwischen spiel im Haag völlig in den Hintergrund gedrängt worden. Was nun dieses betrifft, so ist sachlich an Schachts Auftreten im Haag interessant, daß der deutsche Reichsbankpräsident vom Reichskabinett Hermann Müller die selbe Stellungnahme gegenüber der Reparationsbank verlangt, wie sie Washington beobachtet. Man weiß, daß die Federal Reserve Board von Washington wegen der Monroedoktrin es abgelehnt hat sich an der Reparationsbank zu beteiligen, und an ihre Stelle mehrere amerikanische Privatbanken, insbesondere das Haus Morgan, getreten sind. Dieses angelsächsische Beispiel hat Hjalmar Schacht und die ihm nahestehenden Kreise, die unerschütterlich in Amerika den Retter Deutschlands sehen, offenbar stark beeinflusst. Daher seine Weigerung Deutschlands Notenbank mit der Reparationsbank in Verbindung zu bringen und andererseits seine bereitwillige Zustimmung zu der im Youngplan vorgesehenen Möglichkeit eine Gruppe deutscher privater oder halböffentlicher Finanzinstitute mit der Finanzierung der Reparationsbank zu beauftragen. Es verdient festgehalten zu werden, daß der Sozialdemokratische Pressedienst, der Schachts subalternes Nachahmen des amerikanischen Vorbilds merkwürdigerweise als einen »Anfall von Zäsarenwahnsinn« bezeichnete und die Frage aufwarf, »warum die deutsche Delegation mit Schacht überhaupt noch verhandele«, von der volksparteilichen Presse alsbald zur Ordnung gerufen wurde. So gab das Darmstädter Tagblatt am 16. Januar folgende Meldung einer Berliner Zentrale der Deutschen Volkspartei wieder: »In Berliner Finanzkreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß Doktor Schacht seinen Vorstoß im Haag nicht ins Blaue hinein unternommen habe sondern hinten herum sehr eng mit den amerikanischen Finanzmagnaten, namentlich mit Pierpont Morgan, zusammenarbeite. Diese etwas eigenartige Konstruktion wird damit begründet, daß auch die amerikanischen Bankiers sich von der Unhaltbarkeit der Belastungen über den ursprünglichen Youngplan hinaus überzeugt hätten und Herrn Doktor Schacht veranlassen wollten durch sein Vorgehen eine Zurückverweisung des ganzen Kompromisses an die Sachverständigen zu erreichen, wobei es dann vielleicht den amerikanischen Bankiers möglich gewesen wäre andere Bedingungen zu erzielen, die sich mehr im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands hielten. Wieweit diese Vermutungen zutreffend sind, läßt sich natürlich schwer feststellen. Auffällig ist immerhin, daß diese Gerüchte offenbar auch im Haag geteilt werden



Die Entscheidung des Indischen Nationalkongresses ist die logische Folge aus der Entwicklung der indischen Freiheitsbewegung in den letzten Jahren und kann kaum wundernehmen. Die große Non-cooperation-Bewegung von 1921 brach zusammen, als ihr Schöpfer Gandhi plötzlich Halt rief: wegen der Tötlichkeiten in der Stadt Tschauri-Tschaura, die die gewaltlose Bewegung in eine blutige zu verändern drohten. Gandhi wurde kurz danach gefangen genommen. Unter der Führung des inzwischen verstorbenen Bengalenführers Tschitta Randschan Das beschloß nun der Kongreß die Freiheitsbewegung auf einer völlig neuen Grundlage zu führen. Der Nationalkongreß, der sich bis dahin vom sogenannten Indischen Parlament und den Gesetzgebenden Versammlungen in den Provinzen ganz ferngehalten hatte, somit auch keine Verantwortung für die Verwaltung des Landes trug, die er verdamnte, schickte nunmehr wieder Abgesandte ins Parlament. Diese sollten innerhalb des Hauses Opposition machen und beweisen, wie wenig selbst eine indische Mehrheit in dieser demokratischen verantwortlichen Körperschaft erreichen konnte, wie begrenzt ihre Aussichten waren, wie beengt ihre Autorität.

Das Montagugesetz von 1919 hatte jenes Parlament geschaffen, das erste politische Recht, das man Indien in Anbetracht seiner Dienste im Weltkrieg gewährte: in Erfüllung des feierlichen Versprechens Englands Indien selbständig zu machen. In jenem Gesetz war auch die Einsetzung einer Kommission vorgesehen, die nach gründlicher Prüfung darüber befinden sollte, ob und in welchem Umfang weitere politische Rechte gewährt werden könnten, wie die bisherigen Einrichtungen gearbeitet hätten, und ob man sie gar wieder zurücknehmen solle. Das Montagugesetz stand von Anfang an unter ungünstigen Gestirnen. Sein Vater, der liberal gesinnte Sir Edwin Montagu, hatte es mit großem Geschick durch das in allen indischen Fragen so gleichgültige britische Unterhaus gesteuert und konnte ihm selbst kein langes Leben voraussagen. Wie wenig die Montagureformen für Indien bedeuteten, wird einem durch die völlige Einflußlosigkeit des Indischen Parlaments klar, ebenso durch die Haltung Englands gegenüber dem General Dyer. Dyer ist für die Tragödie von Amratsar verantwortlich, wo Tausende von indischen Männern, Frauen und Kindern, unbewaffnet und nichtsahnend, im Namen des Gesetzes niedergemacht wurden, im Namen des Gesetzes, das Rede- und Pressefreiheit verbietet. Dyer wurde nicht bestraft sondern sogar gelobt, er bezieht eine Pension aus der indischen Staatskasse, und sein Denkmal steht heute noch (allerdings ständig überwacht) in Indien.

Die 10jährige Übergangszeit, die das Montagugesetz 1919 vorgesehen hatte, nahte sich ihrem Ende. Das indische Nationalbewußtsein erwachte in einer Stärke, die vorher unglaublich war. Indien war überzeugt, daß die britische Verwaltungsmaschine die Interessen Indiens kaltblütig weiter vernachlässigen werde. Trotz allem Wirrwarr und allen Gegensätzen hatte sich ein einheitlicher, fester politischer Wille in Indien geformt, der sich unmißverständlich gegen die Fremdherrschaft richtete und hartnäckig Forderungen stellte. In diesem Moment trat der Lord Birkenhead, damals konservativer Minister für Indien (er hat mittlerweile sein Bureau von Westminster nach dem Geschäftsviertel verlegt), eines Tages vor das Parlament und verkündete die Ernennung der vorgesehenen Kommission; sie bestand aus 2 Konservativen, 2 Liberalen und 2 Mitgliedern der Labour Party. Die Simonkommission (so nach ihrem Vorsitzenden genannt) sollte die Wirkung der Reformen prüfen und weitere Schritte oder Rückschritte empfehlen.

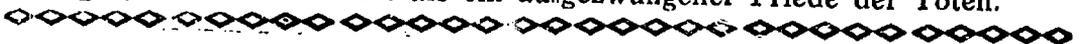
Die Art und Weise, wie diese Simonkommission ernannt wurde, ist von grundlegender Bedeutung für jede Betrachtung der indischen Sachlage überhaupt. Die Methode nämlich alle 3 englischen Parteien für das Finden einer Lösung der indischen Frage verantwortlich zu machen und damit das Problem zu einem überparteilichen, einem Problem des Empire, zu machen, das vom Wechsel der Parteien in England unberührt bleibt, dieser Gedanke war klug ausgedacht und genial ausgeführt. Die nationalen Probleme des Britischen Reichs berührt es nur wenig, welche Partei gerade an der Regierung ist, und gibt es ein nationales englisches Problem, so ist es das indische. Es braucht daher nicht wunderzunehmen, daß ein Mitglied einer so radikalen Partei wie der Independent Labour Party, Wedgwood Benn, der britische Minister für Indien, so wunderbar mit dem konservativen Vizekönig von Indien, Lord Irwin, zusammenarbeiten kann. Die Zusammensetzung der Kommission zeigte auch, daß Regierungswechsel in England nicht Regierungswechsel in Indien bedeutet: Das britische Parlament hielt es nicht einmal für nötig die Meinung Indiens in Fragen zu hören, die Indien doch direkt angehen. Ganz Indien protestierte: Swaradschisten und Liberale, Hindus und Mohammedaner, die Provinzialräte und das Indische Parlament. Die Simonkommission wurde boykottiert. In jeder Stadt wurden bei ihrem Eintreffen die Läden geschlossen, Umzüge mit Plakaten »Geht nach Hause, Ihr 7 Simonleute!« füllten die Straßen. Die Empörung Indiens tat sich so deutlich kund, daß man in England zugeben mußte, die Simonkommission sei ein Mißerfolg gewesen. Dafür traten nun Inder aller Parteischattierungen zusammen und legten ihre gemeinsamen Mindestforderungen in einem Dokument nieder, dem berühmten Nehrubericht. Es liegt in der Natur des Zustandekommens gemeinsamer Forderungen, daß dieser Bericht nicht so weit gehen konnte wie der Kongreß selbst. Gleichwohl erklärte auf das inständige Bitten Gandhis der Kongreß der Annahme des Berichts zustimmen zu wollen, wenn England seinen guten Willen beweise und innerhalb eines Jahres diese Forderungen bewillige. Die Weigerung Englands auf dem vorgeschlagenen Weg einen Schritt vorwärtszugehen, seine diplomatischen Versuche die ganze Frage zu vertagen und durch unbestimmte und zu nichts verpflichtende Erklärungen Zeit zu gewinnen, das alles hat Indiens Entschluß Neujahr 1930 entschieden.

Alle Parteien Indiens sind einig, daß, um die zahllosen sozialen Übel abzuschaffen, unter denen Indien leidet, um die Erziehung zu heben, die Unwissenheit zu beseitigen, um bessere Methoden in der Landwirtschaft anzuwenden, um mehr Reichtümer aus dem Boden zu holen und dadurch die grausame Armut der Massen zu mildern, um die indische Industrie zu entwickeln, um die kostspielige britische Verwaltung (eine Verwaltung, wo ein beliebiger Tommy des Zivildienstes ein fetteres Gehalt bezieht als ein britischer Kabinettsminister und dafür mehr Ehrbezeigung verlangt als der deutsche Kaiser vor dem Krieg) durch eine eigene billigere zu ersetzen: daß, um alles dieses und noch viel mehr tun zu können, man Macht braucht. Alle politischen Meinungsverschiedenheiten gehen nur um das Tempo, um die Methoden, wie diese Macht zu erringen sei. Zu allem andern schreitet die politische Entwicklung in Indien so schnell fort, daß die Extremen von gestern die Gemäßigten von heute sind, und die Extremen von heute die Gemäßigten von morgen sein werden. Das sind keine Theorien, die Entwicklung vollzieht sich unter unseren eigenen Augen. Selbst der so extrem scheinende Schritt des Kongresses, der Unabhängigkeit fordert, hat nicht alle Kreise zufrieden-

zustellen vermocht. Subhasch Bos und Aijengar finden den Kongreßbeschuß ungenügend und fordern sofortige Einsetzung einer indischen Regierung neben der britischen. Sie sind heute noch in der Minderheit. Aber wer zweifelt, daß fast die ganze Jugend hinter ihnen steht, daß die Zukunft des Kongresses ihnen gehört, und nicht jenen, deren ein Leben lang genährter Glaube, eine Nation könne ihre Freiheit geschenkt bekommen, sie noch heute auf eine baldige Verständigung hoffen läßt? In Europa, wo immer wieder im Zusammenhang mit Indien Worte wie Zusammenarbeit, friedliche Verständigung, Kompromiß, Entgegenkommen auftauchen, ist es nötig klar und offen auszusprechen, daß Indien heute der Meinung ist, eine Dominalverfassung sei eine unnatürliche und auf die Dauer nicht arbeitsfähige Regierungsform für Indien. Was bindet denn die beiden Länder an einander? Ihre Verbindung hat eine Geschichte geschaffen, die trübe Erinnerungen weckt. Ist Indien einmal frei, so denkt es nicht daran im diplomatischen Spiel Großbritanniens mitzuspielen, nimmermehr wird es ihm helfen seine Herrschaft über den Osten aufrechtzuerhalten, der jede Berechtigung fehlt.

Die Unabhängigkeitserklärung hat die gegenwärtige britische Regierung in eine sehr unangenehme Situation gebracht. Und da es eine Regierung der Arbeiterpartei ist, so muß man als Sozialist das bedauern. Aber es war nichts anderes möglich. Das um Selbstbestimmung ringende Indien konnte der Labourregierung das Dilemma, in das sie als sozialistische und als gesamtbritische Vertretung gerät, nicht ersparen. Die Konferenz am Runden Tisch, die in London nach Erstattung des Gutachtens der Simonkommission abgehalten werden sollte, hat der Kongreß zurückgewiesen wie auch seine Mitglieder vom Indischen Parlament zurücktreten lassen. Das sind nur Vorbereitungsmaßnahmen für das große Programm der Gehorsams- und Steuerungsverweigerung, das die britische Herrschaft auf indischem Boden herausfordern will. Inzwischen sind die Liberalen Indiens um ein großes Stück vorangestoßen worden und verlangen sofortige Einführung der Dominalverfassung. Taktisch ist das Spiel vorzüglich geführt. Ein Erfolg der Konferenz brächte weitgehende politische Rechte und ließe gleichzeitig eine durch nichts gebundene Partei bestehen, die mehr fordern kann. Ein Scheitern bewiese, daß die englischen Versprechungen nicht ernst gemeint sind, und müßte die enttäuschten Gemäßigten den Swaradschisten zuführen.

Aber nicht taktische Motive allein haben zu der Unabhängigkeitserklärung geführt. Der Wunsch nach Freiheit ist in Indien heute übermächtig. In den Schrei nach Unabhängigkeit, der am lautesten tönt, mischen sich andere Schreie, die heute durch den Kampf gegen einen Dritten zurückgehalten werden, die aber später sich in die vorderste Front drängen werden und Aufmerksamkeit erzwingen. Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die Beziehungen zu den indischen Fürsten, die Minoritäten, die durch eine irregeleitete religiöse Propaganda möglich machen, daß man sie gegen einander ausspielt: alle diese Fragen müssen gelöst sein, bevor man wirklich von einem freien Indien sprechen kann. Aber um die Lösung zu finden, muß zu allererst die dritte Partei verabschiedet werden, deren Stärke in der Verschärfung dieser Gegensätze liegt. Wie die Dinge zurzeit liegen, ist es den Indern nicht so wesentlich, ob ihre eigene Regierung ebenso gut ist wie eine fremde. Denn, wie Gandhi sagte, eine Freiheit, die uns erlaubt die eigenen Köpfe blutig zu schlagen, ist uns mehr wert als ein aufgezwungener Friede der Toten.



## BALTHASAR WEINGARTZ · DIE LABOURREGIERUNG IN DER SACKGASSE



B Koalitionsregierung oder Minderheitsregierung, ob der Premierminister Hermann Müller oder James Ramsay MacDonald heißt, es bleibt dabei: Regieren ist eine heikle Sache. So mancher Minister glaubt zu führen und wird doch nur vom Strudel der Ereignisse mitgeschleppt. Sir Henry Campbell Bannerman, längst begraben und halb vergessen, war nicht nur ein braver liberaler Staatsmann sondern ein guter Demokrat, der 1906 nach der Niederlage der Russischen Revolution als englischer Premierminister den Mut fand in einer großen Versammlung auszurufen: »La Douma est morte, vive la Douma!« Als Regierungsmaxime erfand er den behäbigen Imperativ "Abwarten und sehen!". Das war wenigstens ein offenes Bekenntnis. Manche Minister, die nach ähnlichem Rezept handeln, finden nicht den Mut das öffentlich zu sagen. Darum schreibt wohl Paul Levi: »Das alles verlangt ein Programm. Ein Programm!«<sup>1</sup> An einem Aktionsprogramm fehlt es der Labourregierung wahrlich nicht. Doch gerade ihr Programm bringt sie in Kalamitäten. Es verfolgt sie auf Schritt und Tritt. Auch das ist Schicksal. Programme werden in der Opposition ausgearbeitet. Ist man zur Regierung berufen, sehen die Dinge anders aus. Gar eine Arbeiterpartei hat da viel größere Schwierigkeiten zu überwinden als bürgerliche Parteien: Sie soll, so sagt man, den Dingen an die Wurzel gehen, jene haben nur für das Gedeihen des Äußern zu sorgen. Auf Grund der festgefüigten Parteiverhältnisse kann die "Stimme des Volkes" in Deutschland nicht so an die Oberfläche dringen wie in England. Das erscheint sonderbar, ist aber so. Trotzdem wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands angeblich viel mehr vom proletarischen Klassenbewußtsein beseelt als die Labour Party. Der Engländer wird vom Bewußtsein und von Prinzipien nicht satt. Ungeduldig werden die Erfolge der Labourregierung abgewogen. Wie wir wissen, kam diese Ungeduld auf dem Kongreß der Labour Party recht drastisch zum Ausdruck<sup>2</sup>. Daß sie sich aber auch im Parlament zur offenen Opposition auswirken würde, haben die deutschen Parteigenossen, nach den ihnen gewohnten Begriffen, kaum erwartet.

Schneller als man vermutete ist die Labourregierung, trotz ihren außenpolitischen "Erfolgen", in Schwierigkeiten geraten, die geeignet sind ihren Lebenslauf zu verkürzen. Der "acid test" kam schon bei der am 29. November 1929 dem Parlament zugeleiteten Arbeitslosenversicherungsbill, wo die Regierung vom linken Flügel der Partei, den Clydesiders, wie die schottische Gruppe unter Führung James Maxtons und John Weathleys genannt wird, in eine Sackgasse getrieben wurde und der Niederlage nur dadurch entging, daß sich die konservativen und liberalen Abgeordneten bei den kritischen Abstimmungen der Stimme enthielten. Ging die Regierung bei Behandlung der erwähnten Vorlage an der Opposition der eigenen Parteiangehörigen fast zugrunde, so stand sie bei der Behandlung des Kohlengesetzes vor einer ganz andern Situation. Hier brachten sie die Liberalen unter Führung Lloyd Georges beinahe zum Sturz. Zweifellos ließ es die Regierung in beiden Fällen an der notwendigen Regie fehlen, wenn auch die Zwickmühle, in der

1) Siehe Levi Zeitgenosse Schacht, im Klassenkampf 1929 Seite 743.

2) Siehe Weingartz Die Labourregierung im Spiegel der Kritik ihrer Partei, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 893 und folgende.

sie sich jedesmal befand, solche Regie nicht leicht machte. Während sie bei der ersten Vorlage quasi unabhängig von der eigenen Partei in die Arena steigen wollte, um sich, wie MacDonald mehrmals betonte, in der Rolle eines Staatsrats oder besser als Führer einer wahren Volksgemeinschaft zu präsentieren, trat sie bei der Behandlung der Kohlenfrage als Vertreter der rückständigsten Unternehmerinteressen auf, was für Lloyd George ein gefundenes Fressen war; er hat die Gelegenheit auch weidlich zur Anpreisung seiner Parteistuppe ausgenutzt. In beiden Fällen verließ die Regierung nicht ohne Wunden das Schlachtfeld. Die Hiebe, die sie bei der Beratung der Arbeitslosenversicherungsvorlage erhielt, ließen sich noch verschmerzen, kamen sie doch von der eigenen Partei. Nicht so einfach war die Sachlage beim ändern Gesetz. Die ihr hier beigebrachten Wunden sind ernsterer Natur. Schon spricht man von einem neuen Wahlkampf, der nicht mehr lange auf sich warten lassen könne. Jedenfalls waren die von den Liberalen versetzten Schläge von solcher Wucht, daß zwischen 2 Dingen gewählt werden muß: entweder in der Kommissionsberatung in einigen Wochen im Kampf unterzugehen oder aber sich den liberalen Wünschen zu beugen, das heißt aus der Labourbill ein liberales Gesetz zu machen. Wie man sieht, ist die Lage für die Regierung durchaus nicht rosig.

**U**BER die Bedeutung der von der Regierung dem Parlament zugeleiteten Arbeitslosenversicherungsvorlage, die nicht nur von der Maxton-Weathley-Gruppe aufs schärfste bekämpft wurde sondern vor allem von der starken Gewerkschaftsgruppe, dem Rückgrat der Partei, hieß es in der Wochenausgabe des Manchester Guardian vom 22. November 1929:

»Die Vorlage . . . ist durchaus nicht so schlecht wie es die Labourkritik . . . dartun möchten. Die Versicherungspflicht wird vom 16. auf das 15. Lebensjahr heruntersetzt, eine Änderung, die ernsthafter Untersuchung bedarf. Der Unterstützungssatz für die Ehefrau des Unterstützten wird von 7 auf 9 Mark pro Woche erhöht, und die Klassen der Familienzugehörigen werden erweitert. Die Sätze der weiblichen und männlichen Jugendlichen zwischen 17 und 20 Jahren werden wieder auf die Höhe gebracht, wie sie vor dem Gesetz [der konservativen Regierung] von 1928 waren. Alles finanzielle Änderungen, die die Anforderungen an den Staat erhöhen. Darüber hinaus sind auch die administrativen Reformen vom finanziellen Standpunkt aus von weitgehender Bedeutung. Durch diese Reformen wird sich die Anzahl der Unterstützungsberechtigten ganz merklich erhöhen, Tausende, die früher von der Unterstützungsberechtigung ausgeschlossen wurden, kommen wieder in deren Genuß. Die Hauptänderung besteht in der Beseitigung des 4. Statuts, jener Bestimmung, die dem Unterstützungsuchenden den Beweis dafür zuschiebt, daß er »ehrlich Arbeit suchend außerstande ist passende Arbeit zu finden«. Die Beschwerde gegen diese Bestimmung stützt sich darauf, daß der Schwerpunkt der Macht in den Händen der Beamten der Arbeitsämter liege, die nach eigenem Ermessen die Unterstützung sperren können. Zweifellos wurden hierdurch die Arbeitsämter des Zwecks beraubt, zu dem sie eigentlich geschaffen wurden, und der ist: als Hauptstelle für Arbeitsvermittlung zu dienen. Die [beanstandete] Bestimmung basiert auf dem Grundsatz, die Arbeitsämter genügen nicht, weshalb der Arbeitssuchende beweisen muß, daß er sich ehrlich um eine Arbeitsstelle bemüht. Solange eben keine obligatorische Meldepflicht der Unternehmer besteht, muß wahrscheinlich dem einzelnen Arbeiter in Perioden großer Erwerbslosigkeit eine bestimmte Verantwortung zugeschoben werden. Die Vorlage hält wohl an diesem Grundsatz fest, verpflichtet jedoch den Beamten zu beweisen, daß offene Stellen vorhanden sind. Der Unterstützungsuchende erhält mehr Spielraum. Ob der Sinn der neuen Bestimmung besser ist als der der alten, bleibt abzuwarten. Freilich setzt die Forderung der Gewerkschaften, wonach die Unterstützung nur dann gesperrt werden darf, wenn der Unterstützungsuchende eine vom Arbeitsamt zugewiesene Stelle ablehnt, viel besser eingerichtete und auf anderer Basis beruhende Arbeitsämter voraus als bis jetzt bestehen.«

Margaret Bondfield machte als Arbeitsminister alle Anstrengungen, um im Rahmen der von der Mehrheit der Morriskommission gezeichneten Richtlinien zu bleiben, mußte aber schließlich nach hartem Kampf dem Drängen der Opposition nachgeben. Nach einem aufregenden Ringen mußte sie im Namen der Regierung dem erstaunten Haus erklären, die beanstandete Bestimmung werde zurückgezogen, um einem neuen Vorschlag Platz zu machen. Nach dieser beispiellosen Kapitulation erklärte der Redner der Konservativen: Zur Ausarbeitung der Bestimmung hätte der Regierung ein ganzer Sommer zur Verfügung gestanden; durch ihre Zurückziehung sei nun erwiesen, wie recht die (konservative) Opposition mit ihrer Bekämpfung der Vorlage gehabt hätte. Die Unfähigkeit der Regierung sei offenkundig; die Versuche Maßnahmen der Fürsorge einem Versicherungsgesetz aufzupropfen müßten sich als unmöglich erweisen. Der Regierungsumfall erzeugte eine Art parlamentarische Krise, in den Wandelgängen verbreitete sich das Gerücht, die Regierung könne zur Zurückziehung der ganzen Vorlage gezwungen werden.

Zum bessern Verständnis der Sachlage seien die Richtlinien der Morriskommission hier kurz wiedergegeben. Der Hauptabänderungsvorschlag lautete:

»Wir schlagen an Stelle des jetzigen Zustands, wonach der Antragsteller den Nachweis auf Unterstützungsberechtigung zu erbringen hat, vor folgenden Modus einzuführen: a) [Unterstützung wird verweigert oder entzogen], wenn der Antragsteller die Annahme eines passenden Arbeitsangebots ablehnt; oder b) wenn die begründete Vermutung besteht, daß passende Arbeitsgelegenheit vorhanden war, der Antragsteller es aber an Anstrengungen fehlen ließ eine Stelle zu bekommen.«

Die Arbeitervetreter, Arthur Hayday vom Verband der Fabrik- und Gemeindearbeiter und Agnes Adams, erklärten sich in einer Note zum Bericht gegen eine solche neue Bestimmung:

»Mit den Vorschlägen der Kommission sind wir einverstanden, mit Ausnahme derjenigen über die Neureglung des 4. Statuts des jetzigen Gesetzes, da wir der Meinung sind, daß diese Bestimmung vollständig aus dem Gesetz verschwinden muß. Als Ersatz beantragen wir: »Ein Recht auf Unterstützung verliert der Versicherte, wenn das Arbeitsamt beweist, daß ihm passende Arbeit nachgewiesen wurde, die er ablehnte.« Durch das der Kommission schriftlich und mündlich vorgelegte Beweismaterial gewannen wir die Überzeugung, daß alle Lösungsversuche, die dem Antragsteller den Beweis der Unterstützungsberechtigung zuschieben, unbefriedigend sind. Wir sind der Meinung, daß wenigstens 99½% aller Antragsteller ernstlich bestrebt sind Arbeit zu finden, ständig auf der Suche nach Arbeit sind, geregelte Arbeit der Erwerbslosenunterstützung vorziehen. Die einzig gangbare Probe besteht darin dem Antragsteller durch das Arbeitsamt Arbeit nachzuweisen.«

Aber die Kommission hielt sich eng an den 1927 veröffentlichten Blanesboroughbericht, der entschied, für die Zwecke eines Arbeitslosenversicherungssystems sei es notwendig »Unterstützung nur unter gewissen Voraussetzungen zu gewähren«. Der Morrisbericht sagt über diesen Punkt unter anderm:

»Mehrere Zeugen drängten darauf ein vom Arbeitsamt gemachtes und abgelehntes Angebot als einzige Bedingung zur Verweigerung der Unterstützung gelten zu lassen . . . Wir sind aber außerstande diesem Standpunkt beizutreten . . . da die Mehrheit der Zeugen zugab, das Arbeitsamt habe stets nur einen geringen Prozentsatz offener Stellen zur Verfügung.«

Obgleich die staatlichen Arbeitsnachweise in England seit dem Jahr 1911 bestehen, sind sie für die Zwecke, auf die es ankommen sollte, recht unbrauchbare Institute. Zur Forderung obligatorischer Anmeldung aller offenen Stellen konnte sich die Kommission nicht aufschwingen, sie hielt an einer Form von Inquisition fest. Im übrigen macht sie eine Reihe guter Vorschläge, die den Einfluß der Gewerkschaften in den Schiedsgerichten bedeutend stärken sollten, und die denn auch in der Vorlage enthalten sind.

Margaret Bondfield, die, das wird allseitig anerkannt, tapfer und ausdauernd die schwache Stellung der Regierung bis zum letzten Augenblick verteidigte, befand sich als Mitunterzeichnerin des Blanesbourghberichts, den die konservative Regierung 1925 einsetzte, in einer nicht beneidenswerten Lage. Vor dieser Kommission hatte der Generalrat der Gewerkschaften auch höhere Unterstützungssätze beantragt, die aber von ihr als viel zu weitgehend abgelehnt wurden. Daß sich die Arbeitervertreter in der Blanesbourghkommission nicht zu einem Minderheitsbericht entschlossen, machte auf dem Gewerkschaftskongreß von 1927 recht böses Blut. Trotz größten Anstrengungen Bondfields als Hauptvertreterin der Gewerkschaften in der Kommission nahm der Kongreß mit großer Mehrheit ein Mißbilligungsvotum an. Im Wahlprogramm der Labour Party heißt es deshalb auch:

»Selbstverständlich wird die Labour Party (nach Regierungsantritt) humane sowie auskömmliche Unterstützungssätze einführen. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben hat die Staatskasse zu tragen, damit weder die Beiträge der Arbeiter noch die Produktionskosten erhöht zu werden brauchen. Das bestehende Arbeitslosenversicherungsgesetz soll so verändert werden, daß die Notwendigkeiten für die Erwerbslosen erfüllt werden können. Landwirtschaftliche Arbeiter und Hausangestellte sollen unterstützungsberechtigt werden. Vor der Blanesbourghkommission vertreten die Arbeitervertreter die Höhe der von der Partei als notwendig anerkannten Unterstützungssätze. Die Erwerbslosenfrage soll als das behandelt werden, was sie in Wirklichkeit auch ist: eine nationale Frage und keine lokale, weshalb alle ihre Lasten von den Gemeinden auf den Staat zu übertragen sind.«

Die der Regierung beigebrachte Schlappe kam also von der mächtigen Gewerkschaftsgruppe, die sich freilich nach Erreichung ihres Ziels von der Maxton-Weathley-Gruppe zurückzog. Bei der Beratung des Kohlengesetzes blieben die Clydesiders merkwürdigerweise im Hintergrund. Es ist aber vielleicht nicht ohne Interesse das Stimmungsbild über die Clydesiders wiederzugeben, das »ein parlamentarischer Journalist« im New Leader vom 6. Dezember 1929 entwirft. Er zitiert Robert Burns:

»Einen guten Platz zu schaffen  
Für Frau und Kind am Kamin  
Gibt Erhabenheit erst und wahres Pathos  
Fürs menschliche Leben.«

Und das ist es, wofür die Clydesideabgeordneten stehen. Ihre Sentiments sind die Sentiments ihres Nationaldichters. Das ist es auch, warum diese "wilden Männer" Zug um Zug Auftritte im Parlament erzeugen und im Mittelpunkt des parlamentarischen Lebens stehen. Sie waren es, die vor 7 Jahren Ramsay MacDonald zum Führer der Partei machten und später zum Premierminister. Freilich häuften sie dann Schwierigkeiten um ihn herum, so daß er sich schließlich sagen mußte: Mit euch ist kein Auskommen, noch weniger aber ohne euch. Weil Herr Maxton, Herr Weathley, Herr Kirkwood, Herr Campbell Stephan und Herr Buchanan einen "guten Platz am Kamin" für jeden Arbeiter und seine Familie schaffen wollen, darum stimmten sie gegen die Versicherungsvorlage des Fräuleins Margaret Bondfield. Draußen in der Welt weiß man nur wenig über diese Männer, höchstens, daß Jimmie Maxton ein mageres Gesicht, einen dunklen Teint und einen schlaff herabhängenden Wust von schwarzem Haar hat, daß Davie Kirkwood im Parlament stets mit einem schottischen Dialekt spricht, und wie das Haus nach einer aufregenden Nachtsitzung im Jahr 1924 auseinanderging, Geordie Buchanan von einem konservativen Führer, der zufällig auch Boxer ist, herausgeboxt wurde, weil er ihn einen Gassenjungen nannte; daß Herr Weathley als Minister der ersten Arbeiterregierung 2 Krisen erzeugte, die dieser fast ans Leben gingen, daß sich Herr Campbell Stephan wohl der denkbar vulgärsten Sprache bedient, obgleich er Prediger und im Besitz hoher akademischer Auszeichnungen ist. Das alles sind, wie gesagt, allgemein bekannte Dinge, sagt aber nichts über das Rätsel der Prominenz dieser Männer. Auch mir blieb sie ein Geheimnis, obgleich ich ihr Tun und Lassen seit dem Tag verfolgte, da sie 1922 ins Parlament eintraten. Schließlich fand ich beim Durchlesen der Gedichte

Robert Burns' das Element, das diesen Männern die Kraft gibt. In Burns' Werken findet man die Impulse ihres schottischen Patriotismus, ihren Haß gegen Rang, Privileg, Kniehosen und goldene Tressen, ihr Rebellenblut, ihren unbeugsamen Individualismus, der ihre englischen Kollegen imm̄r wieder zu dem Vorwurf zwingt, daß diese Schotten einfach den Unterschied zwischen Opposition und Regierungsverantwortung nicht begreifen können. Sucht man auch bei Burns vergebens nach dem Sozialismus dieser Männer, so steckt doch dessen Wurzel in seinen Werken. Diese Wurzel ist die Liebe zu Heim und Familie. Andere Formen des Sozialismus mögen einen andern Ursprung und eine andere Deutung haben, aber hier ist der Ursprung des schottischen Sozialismus zu suchen. Diese Sozialisten verurteilen den Kapitalismus, weil sie in ihm den Zerstörer des bescheidenen Heims erblicken. Familien in einem Zimmer zusammengepfercht, Weib und Kind (weans and wife) des arbeitslosen Mannes mit Hab und Gut auf die Straße gesetzt: das sind die Beweggründe, die diese Männer immer anfachen.«

Freilich können wir uns in Deutschland von diesen Zuständen, wie sie vor allem in Schottland bestehen, keinen richtigen Begriff machen. In Deutschland haben wir außer dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eine wohl ausgebaute Wohlfahrtspflege, die es einfach nicht zuläßt den Arbeitslosen mit »weans and wife« und Hab und Gut auf die Straße zu setzen. Aber es ist nun wirklich so, in den Reden der Clydesiders spielen Burnszitate eine große Rolle. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf verwiesen, daß Sir Henry Lauder, Englands größter Komiker, ein Schotte ist. Das Geheimnis seiner Größe liegt darin, daß er es verstand das frohe Heim und seine einfache aber treue Frau in den Mittelpunkt seiner Kunst zu stellen. Die parlamentarischen Krisen, die Weathley erzeugte, entstanden, weil er durch sein berühmtes Wohnungsgesetz verhindern wollte, daß ein arbeitsloser Familienvater wegen rückständiger Miete mit Frau und Kind auf die Straße gesetzt werden konnte. Schützt zuerst die Arbeitslosen vor der Zwangsräumung, sagten damals die Clydesiders, und nachher wollen wir uns darüber unterhalten, wo das Geld für die Miete herkommt. Sie zwangen die Regierung zur Anerkennung des Grundsatzes "Jedem Bürger eine gesunde Wohnung", den auch unsere deutsche Verfassung aufstellt. Ein so weitgehendes Gesetz ließ sich nicht durchführen, es scheiterte an dem Widerstand der Liberalen.

Die Opposition gegen die Arbeitslosenversicherungsvorlage hatte nun freilich eine ganz andere Basis, da auch die Liberalen die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustands anerkannten. Man nahm die Vorschläge an, die die Gewerkschaften unter der Führung Arthur Haydays gemacht hatten, der als sehr genäßigt gilt, aber ein Expert des Versicherungswesens ist, und setzte dadurch die Opposition der Clydesiders matt. Sie hielt natürlich an den programmatisch festgelegten Blandesbourghunterstützungssätzen fest. Die von den Clydesiders in der Sitzung am 2. Dezember aufgeführten Szenen beschrieb der Parlamentsberichterstatter des Daily Herald am 3. Dezember also:

»Zuerst kam es zu einer graziösen Wiederversöhnung zwischen Fräulein Bondfield und dem Parlament, und kurz darauf entstand eine Revolte, die von den back benches der Labour Party [den Bänken der sogenannten Reih- und Glied-Abgeordneten im Gegensatz zu den front benches, den Bänken der Minister und Führer] ausging und die Sitzung des Parlaments, die wohl spät bis in die Nacht andauern wird, zu einer solchen machte, die nicht so leicht vergessen werden kann.«

Der Kampf erreichte einen gewissen Höhepunkt, als Fennor Brookway beantragte die erhöhten Sätze schon am 1. Februar in Kraft treten zu lassen, nicht erst am 13. März, wie es die Vorlage vorsieht. Bondfield lehnte das mit der Begründung ab, die Berechnungen der Regierung ließen die Abänderung nicht zu, da hierdurch eine Mehrausgabe von 50 000 Pfund Sterling entstünde. »So leid es mir auch tut«, sagte sie, »aber ich muß mein Herz stählen.«

»Großer Gott«, rief Weathley mit zitternder Stimme, »wenn ich an die Wahlreden der Leute denke, die um mich herum sitzen, an die Appelle an die Klasse, in der ich heranwuchs, worin es hieß Vertrauen zur Labour Party zu haben und den Liberalen und Konservativen den Rücken zu zeigen, und muß nun hier aus dem Mund des Arbeitsministers hören, sie müßten ihr Herz stählen, um 50 000 Pfund Sterling sparen zu können, die doch dazu dienen sollen den Ärmsten der Armen zu helfen, dann bricht mir das Herz. Die Unehrlichkeit der Politik erfüllt mich mit Abscheu.« Die Konservativen klatschen Beifall. »Ich stehe zu dem, was ich in meinen Wahlreden versprach. Wenn ich durch mich (zur Ministerbank gerichtet) unterliege, werde ich im Land diejenigen verdämmen, die mich hier besiegen. Können wir nicht den Armen 2 50 Mark von jedem Pfund Sterling geben, das wir im Haag gewannen, und wofür der Labourfinanzminister bejubelt wurde?« Und in diesem Stil ging es weiter . . . Nicht mit Unrecht sagte der Konservative Sir Henry Page-Croft, die Mitglieder des Hauses hätten nie zuvor gehört, wie eine Regierung durch ihre eigenen Anhänger solcher Art behandelt worden wäre. Aber das war noch lange nicht alles. Buchanan erklärte zu seinem Amendement, wonach die höchsten Sätze bereits vom 18. Jahr ab bezahlt werden sollen, und nicht erst vom 21. Jahr: »Sie (zu den Konservativen) haben nie in Verhältnissen gelebt, zu denen die Leute meiner Klasse verurteilt sind. Sie werden gehätschelt und gepöppelt und haben alles, was das Leben schön und angenehm macht. Ständen Sie nicht im Weg, unsere Minister würden gern unsere Forderungen bewilligen. Dächten freilich die Minister so wie ich, sie würden den hingeworfenen Fehdehandschuh (Drohung gegen die Regierung: bis hierher und nicht weiter) aufgreifen. Bei den Neuwahlen würde die Arbeiterklasse sich um die Regierung scharen. Könnten die Leute der Regierung nur so viel Mut aufbringen wie sie Fähigkeiten besitzen.«

Über diese Vorkommnisse schreibt die sozialistische Parlamentarierin Ellen Wilkinson im New Leader vom 6. Dezember 1929:

»Es ist einfach undenkbar, daß die Labour Party das deprimierende und demoralisierende Schauspiel der letzten Wochen noch einmal ertragen kann. Im wahren Sinn des Wortes handelt es sich hier um eine Demoralisation: sie untergräbt die "Moral" der Männer, die mit Eifer, entschlossen für die Interessen ihrer Klasse zu kämpfen, ins Parlament traten. Es ist möglich, daß die Partei finanziell an Händen und Füßen gebunden ist. Es mag auch sein, wie gerüchtweise verlautet, daß die Regierung die Erbschaft eines enormen Defizits durch die Churchillschen Budgets übernommen hat. Ist das der Fall, so hat die Partei als Ganzes eine Verantwortung, und nicht nur die Regierung allein. Eine sozialistische Partei kann nicht nach einem Baldwinrezept geführt werden. Und wenn die Tatsachen bekannt gemacht, wird auch der linke Flügel nicht umhin können seinen Teil der Verantwortung zu tragen.«

Vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet, war die Stellungnahme der Regierung gut zu verstehen, da die Annahme der Haydayformel (so genannt, weil das neue 4. Statut die von Hayday in der Morriskommission vertretene Forderung, wenn auch juristisch verkläusuliert, enthält) schon 1930 eine Mehrausgabe von wenigstens 14 Millionen Pfund Sterling verursacht. Die vom konservativen Redner Major Elliot aufgestellte Berechnung, für je 100 000 Erwerbslose sei eine Mehrausgabe von 4 Millionen Pfund Sterling erforderlich, stimmt also. Durch das Genuinely-seeking-work-Statut wurden in einem Versicherungsjahr 289 000 Arbeitsuchende von der Versicherung ausgeschlossen, die eingeständenermaßen auf Grund des neuen Paragraphen unterstützungsberechtigt werden. Laut Gesetz dürfen die vom Staat angeforderten Anleihen den Betrag von 40 Millionen Pfund Sterling nicht übersteigen. Bei der Einbringung der Vorlage am 9. November betrug das Defizit bereits 36 850 000 Pfund Sterling. Darüber hinaus kommen jedoch noch die Summen, die für die Krisenfürsorge, die unbegrenzt ist, verausgabt werden. Der Schatzkanzler Philip Snowden teilte dem Parlament mit, 1930 müsse er für den Fonds, einschließlich des letzten Quartals, eine Summe von annähernd 26 Millionen Pfund Sterling finden. Zweifellos sind alle diese Summen für den Staat verloren und durch Steuern zu ersetzen.

Das neue Gesetz schafft grundlegende Änderungen. Durch die Haydayformel erhalten die Arbeitsämter, die bis jetzt nur eine untergeordnete Rolle spielten, viel größere Bedeutung. Aus Instituten zur Auszahlung der Unterstützungen müssen sie in Arbeitsvermittlungsinstitute umgewandelt werden. Dazu gehören vor allem neue Bauten, da die bestehenden sich in einem trostlosen Zustand befinden. Das Zentralversicherungsinstitut mit seinem Riesenapparat von Beamten bedarf der völligen Neuorganisation, weil das ganze sich dort konzentrierende System vielfach mit den neuen Anforderungen im Widerspruch steht. Vor solch enormen Aufgaben schreckte die Regierung anfänglich zurück. Sie hielt bei der Ausarbeitung ihrer Vorlage krampfhaft an dem vom Blanesbourghbericht aufgestellten Grundsatz fest, zwischen Fürsorge und Versicherung sei streng zu unterscheiden. Nach dem Versicherungssystem müssen sich aber Ein- und Ausgaben decken, deshalb auch die Hervorkehrung der staatlichen Anleihen, die dem Fonds überwiesen werden und, nach dem Buchstaben des Gesetzes, wiederzuerstatten sind. Das ist jedoch, wie Snowden indirekt anerkannte, ausgeschlossen. Aber hier ist die trennende Linie zwischen Fürsorge und Versicherung. Vor allem machte John Arthur Gregorson, Mitglied der Morriskommission, in einem Minoritätsbericht hierauf aufmerksam. Er sagte da unter anderm:

»Die Tatsache, daß der Arbeitslosenversicherungsfonds bereits ein Defizit von 36 Millionen Pfund Sterling hat, daß ferner die britische Industrie durch die gesamte Sozialversicherung schwer belastet ist, ist Grund genug am 4. Statut festzuhalten.« Natürlich vergißt diese Argumentation eigentlich die Aufgabe der Arbeitslosenhilfe an sich, die doch in der Versorgung der Arbeitslosen besteht. Die britischen Gewerkschaften freilich traten stets für das System der Fürsorge ein und bekräftigten ihre Stellung mit Unterstützung Haydays zuletzt noch 1927 auf dem Gewerkschaftskongreß in Edinburgh. Jedoch sind sie bei ihren Forderungen nicht konsequent, da Margaret Bondfield, die wie Hayday dem Fabrikarbeiterverband angehört, den Blanesbourghbericht guthieß, der das Versicherungswesen verteidigt. Hier ist wohl auch die Ursache der schwierigen Lage zu suchen, in der sich die Regierung befand.

**B**EI der Behandlung des Kohlengesetzentwurfs, der am 19. Dezember 1929 nach einer aufregenden Debatte mit nur 8 Stimmen Mehrheit vom Parlament in 2. Lesung angenommen wurde, standen ganz andere Probleme zur Tagesordnung als beim Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es tauchen da Programmfragen auf.

Im Wahlprogramm hatte man gelesen:

»Ein Blick auf die Lage der Kohlenindustrie, mit ihren 4000 Grubenbesitzern, 1300 oder mehr Grubenkompanieen, etwa 25 000 Kohlenhandlungen, zeigt deutlich die Unhaltbarkeit des Systems. Die veralteten, untauglichen Methoden in Produktion und Verteilung, die verschwenderischen Formen des Verbrauchs, die Verschleuderung wertvoller Nebenprodukte, die geradezu schändliche Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft und das Fehlen wissenschaftlicher Methoden, die in anderen kohlenfördernden Ländern so große Fortschritte machen, geben von der Industrie ein Bild des schlimmsten Durcheinanders.«

Allgemein war man nun gespannt, wie die Regierung an dieses Problem herangehen würde. So schrieb die Morning Post am 16. August 1929:

»Es ist begreiflich, daß die Sozialisten sich nun etwas eingehender mit dem recht unangenehmen Kohlenproblem zu beschäftigen haben werden. Sie machten in der Opposition Versprechungen, die ihnen, zur Regierung berufen, anfangen recht unangenehm zu werden. Zu dieser Kategorie gehört in erster Linie die Parole: die Kohlenindustrie sei für die Nationalisierung reif. Gern möchten wir nun das Ge-

sicht des Schatzkanzlers Philip Snowden sehen, wenn er aufgefordert würde diese nicht gerade ertragreiche Industrie zu übernehmen mit der Aussicht sofort kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne bewilligen zu müssen. Wir erwarten von Herrn Snowden nicht, daß er den ketzerischen Artikel im Verbandsblatt *The Miner* liest, den Herr Walter Newbold für das Organ der Bergarbeiterorganisation schrieb. Walter Newbold gehört zum Kreis der Intellektuellen seiner Partei, hat jedoch den Mut im Blatt *Arthur Cooks* zu schreiben, Nationalisierung sei überholt. »In Wirklichkeit«, schreibt Newbold, »ist die Panazee der Agitatoren wenigstens schon seit einer halben Dekade so tot wie Hammelfleisch, wenn auch die geistigen Führer davor zurückschrecken es offen auszusprechen. Nach Newbolds Ansicht ist die Nationalisierung durch die großen Wirtschaftskonzerne und die Rationalisierung überholt.«

Die dem Parlament zugeleitete Vorlage denkt gar nicht an radikale Eingriffe in das Getriebe der Industrie, geht nur recht zaghaft an das bestehende Chaos heran. Es soll alles der Initiative der Grubenbesitzer überlassen bleiben. Vor allem ist die Vorlage sehr unternehmerfreundlich, sie huldigt dem Motto vom Waschen des Pelzes, ohne ihn naß zu machen. Insofern aber wirklich Änderungen vorgeschlagen werden, sollen sie auf Kosten der Verbraucher gehen. So schlägt man Bezirkskartelle vor, wobei die schwachen Gruben zum Maßstab der Preisregulierung werden. Henry Noel Brailsford schreibt im *New Leader* vom 20. Dezember 1929:

»Kaum hatte William Graham [der Wirtschaftsminister] mit großer Mühe und nicht ohne Scharfsinn zur Verhütung einer Krise im Bergbau, das heißt eines Streiks, einen Kompromiß zustandegebracht, da stellt sich ihm eine andere Schwierigkeit in den Weg. Er verstopfte die Möglichkeit des Streiks und provozierte eine politische Krise. Freilich besteht zwischen den beiden Oppositionsparteien kein Einvernehmen. Wie aber die Dinge liegen, scheint es, daß die Vorlage in der Kommissionsberatung [die bekanntlich im Plenum vor sich geht] auf allerlei Schwierigkeiten stoßen wird. Unsinnig wäre es auf die Liberalen wegen ihrer kritischen Haltung zu schimpfen, ihre Haltung erklärt sich aus ihrem Programm. Ihre Kritik ist gesund, und das einzige, was wir zur Entschuldigung sagen könnten, wäre: Die Vorlage sei nur als Notmaßnahme gedacht, die konstruktiven Vorschläge seien für ein späteres Gesetz aufbewahrt worden.«

Brailsford bedauert es, daß man mit den Liberalen nicht zu einer Verständigung gekommen ist. Wie er schreibt, war sein Artikel vor der Debatte zur 2. Lesung druckfertig. Die Stellung der Liberalen unter der Führung Lloyd Georges war ein Schlag für die Regierung, schlimmer als man anfänglich für möglich gehalten hatte, sie stand jedoch im Einklang mit dem den Lesern der Sozialistischen Monatshefte bekannten liberalen Programm<sup>3</sup>.

Die Schwächen der englischen Kohlenindustrie gaben wiederholt Anlaß zu großen Auseinandersetzungen, besonders während des verunglückten Streikjahrs 1926. Die jetzigen Lösungsversuche der Regierung stehen indirekt mit jener Periode im Zusammenhang. Die bestehenden Lohnsätze liefen Ende 1929 ab, laufen nun aber stillschweigend bis zum April weiter. Ein Eingreifen der Regierung war das Gebot der Stunde. Ließ sie den Dingen ihren Lauf, so wäre es zum Streik gekommen. Nicht auf Grund des Programms war die Regierung zum Handeln gezwungen sondern auf Grund bestehender Machtverhältnisse. Volle 3 Monate stand sie in Unterhandlungen mit den Verbänden der Unternehmer und der Arbeiter. Hat auch die Bergarbeiterföderation die Forderung der Nationalisierung auf ihrem Programm, so konzentrierte sie doch ihre ganze Kraft für rein gewerkschaftliche Forderungen wie Verkürzung der Arbeitszeit auf die Stufe von 1916, Erhaltung der jetzigen Löhne, die nach allgemeiner Ansicht gering genug sind. Von allem Anfang

3) Siehe *Schippe* Ein Erneuerungsprogramm des englischen Liberalismus und *Pahl* Neue Wege und Ziele der Wirtschaftsreform in England, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 190, 297 und folgende.

an wehrten sich die Unternehmer gegen eine Herabsetzung der Arbeitszeit; ohne Verkürzung der Löhne wäre sie unmöglich, da Verkürzung der Arbeitszeit zur Einengung der Kohlenförderung führe. Die Regierung konnte diese Argumentation nicht entkräften. Aber damit nicht genug, verlangten die Arbeitervertreter auch die Wiedereinführung der 1926 preisgegebenen nationalen Tarifgemeinschaft. Trotz größter Anstrengung gelang es der Regierung nicht die Parteien an einen Tisch zu bringen. So entstand schließlich der von der Bergarbeiterföderation gutgeheißene Kompromiß, der ihre Forderungen in abgeschwächter Form enthält: 1. Verkürzung der Arbeitszeit in 2 Stufen, 2. bedingte Anerkennung des jetzigen Lohns, 3. Einführung von Lohnämtern. Ohne materielle Versprechungen an die Unternehmer ging das alles nicht, was denn auch in der Vorlage zum Ausdruck kommt. Daß die unter der Führung Arthur Cooks stehende Bergarbeiterföderation für den Kompromiß gewonnen wurde, erregte allgemeines Aufsehen. Schien es doch, die Sache müsse zur Spaltung der Föderation führen. Während aber der früher radikale Cook sich in der Rolle des Friedensengels produzierte und die Regierung mit Verve verteidigte, bestand der 70jährige Präsident Herbert Smith auf dem gegebenen Versprechen. Er ließ sich von dem Standpunkt nicht abbringen, daß man von einer Labourregierung nicht weniger fordern könne als man von den Konservativen gefordert habe. Er verlangte die unverzügliche Wiedereinführung der Siebenstundenschicht ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Als die Mehrheit der Föderation sich gegen den Präsidenten entschied, trat er von seinem Amt zurück. Cook hat sich sehr gemausert; er steht jetzt in Reih und Glied mit den Gemäßigten der Labour Party. Doch darf nicht verschwiegen werden, daß seine Rolle mindestens sehr verdächtig ist.

Als das Schicksal des Kohlengesetzentwurfs in der Schwebe hing, traten die Times am 19. Dezember zu seiner Verteidigung auf den Plan. Sie schrieben: »Daß eine Vorlage von der Bedeutung des Kohlengesetzes in 2. Lesung schließlich unter den gleichen Bedingungen angenommen werden sollte [wie die Arbeitslosenversicherungsbill]; durch konservative Apathie [also durch Abwesenheit vom Parlament oder Stimmenthaltung], mag, vom Parteistandpunkt aus betrachtet, bedauerlich sein, aber im öffentlichen Interesse ist das zu wünschen. Die Verwerfung der Vorlage erzeugt Unsicherheit; die Hoffnung, daß die Industrie aus eigener Initiative ihr Haus in Ordnung zu bringen versucht, wird vernichtet. Trotz dem erklärlichen Mißbehagen des Parlaments über die Art, wie die Regierung die Materie behandelte, wäre ein Rückzug schlimmer als der Versuch auf dem Weg weiterzuschreiten.«

Die Vorlage ist kein Meisterstück sozialistischer Staatskunst. Sie konserviert nicht nur die ökonomisch unbrauchbaren Gruben, sie ermöglicht dem eigenartig rückständigen Grubenunternehmertum auch sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Von Rationalisierung keine Spur. Im Gegenteil, der Entwurf will die Irrationalisierung, wie Sir Herbert Samuel in seiner Kritik mit großem Effekt darlegte. Allerdings kann man von der Regierung nicht verlangen, daß sie innerhalb ihres kurzen Bestehens ein in allen Einzelheiten ausgearbeitetes Rationalisierungssystem präsentiert. Aber die Vorlage genügt auch den geringsten Erwartungen nicht. Sie zwingt freilich die Industrie zum Zusammenschluß in Bezirkskartellen. Aber zu was für welchen? Hierüber schreibt Brailsford in seinem obenerwähnten Artikel:

»Ein Kartell ist eine Kombination zur Regulierung der Erzeugung sowie der Preise. Es ist kein Trust, der als eine Kombination gilt, die mit einer bis ins einzelne gehenden rationalistischen Verwaltung volkswirtschaftlich besser wirtschaften kann. Unwillkürlich berechnet das Kartell die Produktionskosten nach den schlechter wirtschaftenden Betrieben. Anders beim Trust. Holt dieser auch aus dem Monopol

die höchsten Profite heraus, so ist er doch bestrebt mit viel geringeren Produktionskosten ertragreicher zu wirtschaften, vor allem auch durch den organisierten Kauf und Verkauf . . . Die ökonomisch schlechten Gruben werden fortfahren mit höheren Produktionskosten Kohlen zu fördern, die die besser gelagerten billiger fördern können. Dadurch werden die schlechter gestellten Gruben künstlich erhalten. Wird dann endlich zur Konzentration oder Trustifizierung geschritten, dann können diese, eigentlich dem Untergang geweihten Gruben auf wohlverworbene Rechte pochen, die gut zu bezahlen sind. Auch vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, hat die Sache einen Haken. Der Völkerbund ist damit beschäftigt eine Lösung für die Kohlenproduktion zu finden, die tatsächlich unter einer Überproduktion leidet. Hätte man von der Regierung nicht erwarten können, daß sie in der Richtung des vom Völkerbund ausgearbeiteten Probeberichts handeln würde, etwa in der Frage einer internationalen Regelung der Arbeitszeit? So hätte man der von den britischen Grubenbesitzern gefürchteten polnischen Konkurrenz eher zu Leibe rücken können.« Also in den Kartellen sollen die kleinen unwirtschaftlichen Gruben eine Art Auferstehung feiern. Im übrigen vertraut die Regierung auf die "naturnotwendige" Entwicklung. Zur Abgeltung der Gewerkschaftsforderungen erhalten die Unternehmer ein Geschenk in Form von Subventionen, die im Umlageverfahren von den für den Hausbrand benötigten Kohlen genommen werden. Zur Erleichterung des Dumping auf dem Weltmarkt erhalten die Kartelle die Erlaubnis die Preise für Inlandkohle anzuziehen. Freilich darf man die Regierung nicht schon deshalb verurteilen, weil sie im Inland den Kohlenpreis, der "unökonomisch" ist, heraufsetzen will, auch soll die Öffentliche Hand einen für die Kohlenindustrie ökonomisch gesünderen Preis zahlen. Mit Recht ist zur Verteidigung der Vorlage gesagt worden, ein auskömmlicher Lohn setze auch auskömmliche Preise voraus. Wie aber steht es mit der Subventionspolitik? Der New Leader schrieb am 27. Dezember:

»Wir würdigen die vorhandenen Schwierigkeiten, vor allem aber die Notwendigkeit schnellstens die den Bergarbeitern gegebenen Versprechungen einzulösen. Auch haben wir Augenmaß für die in der politischen Lage liegenden Hemmungen. Jedoch können wir nicht glauben, daß durch eine viel weitergehende Vorlage die Schwierigkeiten größer würden als sie nun sind. Der Verlauf der parlamentarischen Ergebnisse beweist, daß die Vorlage nur dann Gesetz werden kann, wenn Amendements grundlegender Art angenommen werden.«

Also aus der Labourbill ein liberales Gesetz machen. Nicht ohne Interesse ist auch das Urteil James Louis Garvins, des Herausgebers des Observer. Er schrieb am 22. Dezember, nachdem auch er es als schweren Fehler bezeichnet hatte, daß die Regierung nicht versucht hätte vor dem parlamentarischen Kampf zu einem Einvernehmen mit den Liberalen zu kommen:

»Unangebrachter Stolz kann hier leicht zu einer aufsehenerregenden Niederlage führen. Was kann die Labour Party in solchem Fall der unter dem allgemeinen Wahlrecht stehenden Wählerschaft bieten, wo die Mehrheit aus Frauen besteht? Was? Teurere Kohlen für jede Familie im Inland, Auferlegung eines Tributs, den die Arbeiter aller anderen Industrien an die Bergarbeiter zu zahlen haben? Dergleichen Auferlegung eines Tributs, den die Inhaber aller Werke an die Grubenbesitzer zu zahlen haben? Eine Subvention für leistungsschwache Gruben, obgleich auch unter den neuen Verhältnissen die Arbeitslosigkeit in der Bergwerksindustrie steigen muß? Teurere Kohlen im Inland, aber billigere Kohlen für unsere Konkurrenten im Ausland, vor allem für Stahl- und Eisenindustrien, mit der Gewißheit, daß auch Arbeitslosigkeit und dadurch Steuerlast steigen? Wir warnen die Labour Party ernsthaft unter solchen Voraussetzungen in den Wahlkampf zu ziehen.«

In ihrer jetzigen Gestalt ist die Vorlage tot; eine Mehrheit für sie ist unter den obwaltenden Verhältnissen ausgeschlossen. Schneller als man vermutete meldeten die Liberalen ihre Machtansprüche an. Eine Partei, die wohl die Zügel der Regierung in der Hand hat, aber der die Mehrheit fehlt, wird wohl oder übel kräftig in den sauren Apfel beißen müssen, um den Geschmack

der Liberalen zu reizen. Was jetzt dem Zwang gehorchend geschieht, hätte man bei Ausarbeitung der Vorlage tun müssen: auf die programmatisch festgelegten Forderungen der Liberalen Rücksicht nehmen, besonders schon deshalb, weil dann das Programm der Labour Party gleichfalls zur Geltung gekommen wäre. William Graham hat verlauten lassen, daß er in der Kommissionsberatung der Vorlage weitgehende Amendements im Sinn der liberalen Wünsche einbringen wolle, womit der Erneuerung der Krise, die zu Weihnachten drohte, vorgebeugt werden soll. Nach Verlautbarungen sollen durch Schaffung eines Verbraucherrats die Konsumenteninteressen geschützt werden. Was ursprünglich als unnötig beiseite geschoben wurde, wird nachgeholt: eine Nachahmung des deutschen Reichskohlenrats in größerem Maßstab. Besonders sollen die Bestimmungen zur Ermöglichung einer Zwangssyndizierung verschärft werden. Die Preisregulierung sowie die finanzielle Seite des recht komplizierten Plans will man ummodellern. Vielleicht versucht man auch sonst Lloyd George gefügiger zu machen.



EDENFALLS ist eins klar: Aus den parlamentarischen Scharmützeln ging die Regierung geschwächt hervor. Der totgesagte Lloyd George feierte eine Art Wiederauferstehung. In den letzten Wochen sprach man viel von einem Wiederaufleben der alten liberal-konservativen Koalition. Jedoch ist Stanley Baldwin nicht der Mann für solche Experimente. Ob es zu einem Pakt zwischen Lloyd George und Winston Churchill kommt, kann man noch nicht sagen, jedoch muß man mit einer solchen Möglichkeit rechnen. Wichtiger als diese Kombination ist die Frage nach der Rolle, die die Clydesiders unter Führung Maxtons und Weathleys noch spielen werden. Zweifellos hat John Weathley eine persönliche Animosität gegen seine früheren Ministerkollegen von 1924. Wird die ganze Gruppe, die in ihrer Mitte Männer von parlamentarischem Format hat, immer geschlossen hinter den opponierenden Führern stehen? Kurz vor der Weihnachtsfeier übte John Weathley vernichtende Kritik an James Harry Thomas als Arbeitsbeschaffungsminister. In politischen und parlamentarischen Zirkeln munkelt man bereits, die Regierung werde schließlich an der Kritik der eigenen Opposition zugrunde gehen.

Das Jahr 1930 birgt Überraschungen in seinem Schoß. Im Strudel der Ereignisse hat die Regierung keine leichte Aufgabe, das soll anerkannt werden. Ein Mangel an politischem Sehen und konstruktivem Denken ist aber bei ihr unverkennbar. Am verhängnisvollsten zeigt sich das bei Thomas, dessen Ernennung zum Arbeitsbeschaffungsminister mit so großem Pomp verkündet wurde. Der Eisenbahnerführer Thomas ist, wie er wiederholt erklärte, kein Sozialist. Er ist »sozialistischen Experimenten« abhold. Als Mann der Praxis reiste er nach Canada, aber der Erfolg dieser Mission ist gleich null. Nach allgemeinem Urteil ist er der große Versager im Regierungsapparat. Schließlich wird die Regierung nicht etwa wegen »sozialistischer Experimente« zur Rechenschaft gezogen werden sondern wegen Mangels an Initiative zur Reorganisation und Rationalisierung der darniederliegenden Industrie. Reorganisation und Rationalisierung sind die Ecksteine des Labourprogramms. Die Regierung tut kaum etwas zur Erreichung dieser Ziele. Zur Wiederbelebung der Kohlenindustrie greift sie zum Mittel des Dumping. Sie erschwert so die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu einander.



## WALTHER KOCH · VOLKSHOCHSCHULARBEIT IN DEUTSCHLAND



Im Artikel 148 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 heißt es: »Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.« Die Volkshochschule wurde damals, nach dem Novemberumsturz, in der Erwähnung der gesamten Volksbildungsarbeit besonders herausgehoben. Man legte also besonderes Gewicht auf ihre Förderung und erhoffte Großes von ihrer weiteren Entwicklung. Sind die großen Erwartungen, die man offenbar damals mit der Einrichtung der Volkshochschule verband, erfüllt worden? Oder haben die recht, die von ihr als von einem Fehlschlag sprechen, von einer Sache, die sich längst totgelaufen habe? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich den Tatbestand vor Augen führen. Vorerst ist der Blick auf den Werdegang der Volkshochschulbewegung zu lenken.

Es wurde hier bereits darauf hingewiesen, wie die Arbeiterbewegung sich schon vor dem Krieg in einzelnen Ansätzen, zum Beispiel in den Wiener und in den Frankfurter Volksbildungsheimen, an den Vorläufern der spätern Volkshochschularbeit beteiligt hat, wie aber erst nach dem Krieg durch die politische und gesellschaftliche Umwälzung das Feld zu allgemeinerer Anteilnahme frei wurde<sup>1</sup>. Vor dem Krieg (und das ist im großen und ganzen so geblieben) lief das Bildungsstreben der Arbeiter wesentlich seine eigenen, von dem allgemeinen Leben der bürgerlichen Kultur geschiedenen Bahnen. Die Arbeiterklasse mußte ihre geistigen Bedürfnisse in eigenem harten Ringen zu befriedigen suchen, und nur wenige wissenschaftlich geschulte Geister waren es, die ihr dabei zur Seite standen. Hier ist in erster Linie der vor dem Krieg dünn gesäten sozialistischen Akademiker zu gedenken, vor allem Leo Arons', der sich mit all seinen wissenschaftlichen Fähigkeiten und Kräften in den Dienst der geistigen Förderung der Arbeiterbewegung stellte. Neben dieser ausgesprochen sozialistischen Bildungsarbeit darf aber nicht übersehen werden, daß auch im bürgerlichen Lager vor dem Krieg einzelne Bestrebungen im Gang waren die in Deutschland besonders große Kluft zwischen Akademiker- und Arbeiterwelt zu überbrücken oder auszufüllen. Während zum Beispiel in England es schon damals weitgehend als Verpflichtung des Gelehrten angesehen wurde sein Wissen und Können zugleich auch für die geistige Weiterbildung der Arbeiter fruchtbar zu machen: in der sogenannten Universitätsausdehnungsbewegung und in den Settlements, hat dieser Gedanke in Deutschland nur vereinzelt, so außer in Frankfurt und Wien vor allem in Friedrich Siegmund-Schultzes Sozialer Arbeitsgemeinschaft im Osten Berlins und im Hamburger Volksheim praktische Gestalt gewonnen. Es waren einzelne Persönlichkeiten, die eine Verbindung mit geistig eraporstrebenden Arbeitern als soziale Pflicht empfanden; sie kamen geistig meist von der jüngern christlichsozialen und der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns her, die um die Jahrhundertwende in den akademischen Kreisen stark wirkte. Auf katholischer Seite suchte der Volksverein für das Katholische Deutschland unter geistiger Führung des Kaplans Franz Hitze, später August Piepers und Anton Heinens und des kürzlich verstorbenen Begründers der sozialen Studentenarbeit in Berlin Carl Sonnenschein, die akademischen

1) Siehe Koch *Volksbildung und Arbeiterbildung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 398,

Kräfte für die soziale Arbeit zu mobilisieren, während die entsprechenden evangelischen Kreise sich hauptsächlich in dem Evangelischsozialen Kongreß konzentrierten. Andererseits kam von mehr humanitär-sozialpädagogischen Gesichtspunkten der Marburger Philosoph Paul Natorp zur Mitarbeit an Volksbildungsaufgaben, wie man sie etwa in den Volksakademien des Rhein-Mainischen Verbands zu lösen versuchte. Hier wirkte der jetzige sozialistische Pfarrer Emil Fuchs hervorragend mit. Von einem kleinen, aber sehr rührigen Kreis sozial empfindender Studenten wurden die Studentischen Arbeiterunterrichtskurse gehalten, die neben der Vermittlung der nötigsten elementaren Kenntnisse doch auch manches seelische Band um alle Teilnehmer schlangen. Ganz von radikaler Jugend getragen war in Berlin auch das Charlottenburger Siedlungsheim mit seinem Führer Ernst Joel. Vom Bibliothekswesen aus kam es in der von Walter Hofmann begründeten Volksbücherei in Dresden-Plauen zu fruchtbarer Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern der Arbeiterleser in dem sogenannten Arbeiterbeirat. Es war doch charakteristisch für die Vorkriegszeit, daß da und dort, von verschiedenen Seiten aus und in verschiedener Weise, Versuche unternommen wurden in kleinen Kreisen zu einer neuen Arbeitsverbindung von Intellektuellen und Arbeitern zu kommen. Der Verfasser dieses Artikels konnte als Student in einer kleinen Universitätsstadt ein solches organisches Werden eines kleinen, geistig sehr lebendigen Kreises, von Arbeitern miterleben, die sich von Woche zu Woche bei einer sozialetisch gerichteten Persönlichkeit aus der akademischen Welt zu gemeinsamer Arbeit und hie und da auch am Sonntag zu gemeinsamer Freude zusammenfanden.

Aber das waren alles nur Ansätze. Erst die Erschütterung der Kriegszeit rüttelte das Gewissen weiterer Kreise auf. Nun sahen sich Menschen ganz verschiedener Herkunft und Denkweise einander gegenübergestellt; früher hatte der eine von der Existenz und Welt des andern kaum etwas geahnt. Hier lernten viele Akademiker Menschen aus der Arbeiterklasse erst wirklich kennen, ebenso umgekehrt. Einzelne Feldvolkshochschulen versuchten an Stelle des rein propagandistisch im Ludendorffschen Sinn wirkenden "vaterländischen Unterrichts" eine tiefere gemeinsame Besinnung von Angehörigen verschiedener Berufe herbeizuführen. Freilich, die längere Dauer des Kriegs mit der durch sie bewirkten wirtschaftlichen und seelischen Verwilderung und Verschärfung der sozialen Spannungen hat dann wieder viel von dieser Aufgeschlossenheit der Menschen für einander verschüttet. Vaterlandspartei auf der einen, revolutionäre Propaganda auf der andern Seite: zwischen diesen Gegensätzen war keine Verbindung mehr möglich. Erst aus dem Zusammenbruch der alten politischen und sozialen Tradition konnten sich auch auf dem Gebiet der Volksbildungsarbeit neue Keime entwickeln. Welche Momente, abgesehen von dem letztlich bestimmenden Kulturwillen der Arbeiterklasse selber, bestimmten die Volksbildungssituation nach dem Krieg?

Da ist zunächst der weitgehenden innern Umkehr und geistigen Neuorientierung in einzelnen Kreisen der bürgerlichen Bildung zu denken, die nicht mehr an die ungebrochene Bedeutung ihrer übernommenen Kultur glauben konnten. Eine tiefe Skepsis erfüllte diese Männer gegenüber aller siegesicheren Freude am Besitz geistiger Kultur und zwang sie in Verbindung mit all den anderen, aus der seelischen Bahn geworfenen Menschen nach neuen Wegen zu suchen. An der Ernsthaftigkeit dieser starken geistigen Erschütterung bestimmter akademischer Gruppen nach dem Zusammenbruch ist nicht

zu zweifeln, wenn sie sich mittlerweile teilweise auch beruhigt haben und wieder in ihrer bürgerlichen, von der Arbeiterbewegung abgetrennten Bildungswelt leben. Aber ein Stamm geistiger Kräfte ist doch auch dauernd in Fühlung mit der Arbeiterbewegung und der Volksbildungsarbeit geblieben und hat inzwischen den hochgespannten Idealismus der Umwälzungsperiode in Alltagsarbeit umzusetzen versucht. Allerdings, vereinzelt ist auch die rein kulturkritische und problematische Haltung des Durchbruchs in Zeiten festgehalten worden, die nun positive Arbeit des Neuaufbaus erforderten. Diese Erscheinungen muten heute aber ebenso überholt und überaltert an wie die hie und da noch krampfhaft festgehaltene betonte Jugendlichkeit einzelner älterer Vertreter der Jugendbewegung. Aufs ganze gesehen ist eben die Jugendbewegung in den entscheidenden Jahren der Umwälzung der geistige Boden gewesen, auf dem hie und da fruchtbare Volksbildungsarbeit erwachsen ist. Die Wandervogelbewegung war ursprünglich im Unterschied zur sozialistischen Bewegung der etwas ältern Generation durchaus individualistisch gestimmt. Ihr Gemeinschaftsbewußtsein endete zunächst in der kleinen Gemeinschaft der eigenen Gruppe. Alle im Krieg unternommenen Versuche diese Wandervogeljugend aus ihrer neuen Lebenshaltung nun auch zu einem neuen Verhältnis zu Staat und Gesellschaft zu führen blieben fürs erste im großen und ganzen erfolglos. Nur kleinere Gruppen radikalerer Art gewannen eine Beziehung zur sozialen Bewegung und zur proletarischen Jugend, hier besonders des extremen Flügels. In diesem Zusammenhang ist auch der Wandlung zu gedenken, die Ernst Toller als Heidelberger Student durchmachte. Seine Rufe zur Umkehr hatten eine ungeheure Lebensbedeutung, damals, als sie noch nicht von einem bürgerlichen Parkett, das nach Interessen suchte, hingenommen wurden sondern gleichgesinnte Jugend als Fanfare zu verantwortlicher Entscheidung aufforderten. Nicht viele aus dieser Jugend gingen damals wie Ernst Toller und nach ihm der dann schmählich ermordete Karl Gareis in die Politik. Weit mehr entfaltete die Jugendbewegung pädagogische Kraft, und da hat sie auch umgestaltend gewirkt.

Ein Teil dieser pädagogischen Reformbewegung der Jugend wurde auch die Volkshochschularbeit. Besonders in Thüringen strömten der von dem Jenenser Pädagogen Hermann Nohl ins Leben gerufenen Thüringer Volkshochschulbewegung Kräfte der Jugendbewegung zu. Die zuerst von Wilhelm Flitner, dann von Adolf Reichwein zu beachtlicher Höhe der Leistung geführte Volkshochschule Jena ist ursprünglich aus dem Geist der Jugendbewegung geboren worden und hat in ihrer weitem Entwicklung alle Stadien von der Romantik zur gegenwartsgebundenen Wirklichkeit durchlaufen. Den entgegengesetzten Pol zu der von der Jugendbewegung beeinflussten Thüringer Volkshochschulbewegung bildete die stärker intellektuell arbeitende Volkshochschule Groß Berlin, die umgekehrt im Lauf ihrer Entwicklung, besonders auch veranlaßt durch Menschen aus der neuen proletarischen Generation, Elemente der Gemeinschaftsbildung im Sinn der Jugendbewegung aufnahm. So näherten sich mehr und mehr beide Pole einander und fanden dann in den Zusammenkünften des Hohenrodter Bundes, einer nach dem Zusammenkunftsort im württembergischen Schwarzwald benannten losen, aber innerlich begründeten Vereinigung von Führern der intensiven Volksbildung, ihren Ausgleich zu fruchtbarer Zusammenarbeit. Nach den ersten Versuchs- und Werdejahren erstrebte man nun eine Vertiefung und Klärung der Volkshochschularbeit, die sich sowohl auf die soziologisch-statistische Erfassung der

Hörerschaft, auf die Gestaltung des Lehrplans wie die Gewinnung eines Stamms gut geschulter Mitarbeiter bezieht. In dieser Arbeit steht die Volkshochschule mitten drin. Von ihrem Erfolg wird die Frage ihrer weitem Entwicklung mit abhängen. So kann man heute noch kein endgültiges Urteil über die Volkshochschulbewegung abgeben. Das eine kann aber gesagt werden, daß sich nach all den Irrungen und Wirrungen der Anfangszeit doch eine zwar zahlenmäßig begrenzte, aber innerlich gefestigte Volkshochschultätigkeit herausentwickelt hat, von deren Stellung zu den entscheidenden Fragen der Gegenwart, besonders zur sozialen Bewegung und proletarischen Bildungslage, es abhängen wird, wie weit sie sich als fruchtbar erweist.

**N**UN soll noch ein Blick auf die verschiedenen Formen der Volkshochschularbeit in ihrem heutigen Bestand geworfen werden. Wir müssen hier zunächst die Abendvolkshochschule von der Heimvolkshochschule unterscheiden. Die Abendvolkshochschule, die in den Städten übliche Form der Volkshochschule, muß sich darauf beschränken ihre Hörer in einzelnen Abendkursen, meist 3 bis 10 Abende im Vierteljahr, zusammenzuführen und diese oder jene Fragen mit ihnen in möglichst lebendiger Weise, aber in systematischem Zusammenhang zu besprechen. Es lassen sich heute im ganzen 215 Volkshochschulen dieser Art nachweisen, wovon 93 auf Preußen, 52 auf Sachsen und 37 auf Thüringen kommen<sup>2</sup>. Diese 215 Volkshochschulen wurden insgesamt von 176010 Hörern besucht. Man sieht schon aus diesen Zahlen, daß es sich hier um zwar nicht zu unterschätzende, aber doch zahlenmäßig ziemlich dünne Schichten handelt, die bisher von den Volkshochschulen erreicht werden. Die Schwierigkeiten, mit denen die Abendvolkshochschule zu kämpfen hat, sind sehr groß. Sie liegen in der Ermüdung der werktätigen Bevölkerung nach der Tagesarbeit, in dem Mangel an geeigneten Räumen, auch an geeigneten Lehrkräften, in der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, und in der Fragwürdigkeit des zu übermittelnden Bildungsguts. Die einsichtigen Führer der Volkshochschulbewegung sehen daher stark auch die Grenzen, die notwendigerweise dieser Arbeit gesteckt sind. Ein Teil der Mängel, die der Abendvolkshochschule anhaften, ist bei dem andern Typus der Volkshochschularbeit, der Heimvolkshochschule, nicht vorhanden<sup>3</sup>. Im Volkshochschulheim kann eine kleinere Gruppe, meist von 25 bis 30 jüngeren Menschen, für einige Monate zu gemeinsamer Arbeit auch lebensmäßig zusammengeführt werden. Hier kann die Arbeit wirklich intensiviert werden, was der Abendvolkshochschule trotz bestem Willen doch nur bis zu einem gewissen Grad möglich ist. Die Heimvolkshochschule ist, nach dänischem Vorbild, meist für bäuerliche Jugend bestimmt. Die Frage der bäuerlichen Bildung ist ein wichtiges Problem für sich. Nur wenige Heime sind für proletarische Jugend bisher errichtet. Nach den vom Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern herausgegebenen Nachweisen für das deutsche Volksbildungswesen gab es 1927 52 Volkshochschulheime, 12 weitere waren geplant. Jetzt werden wir im ganzen mit 76 Heimen zu rechnen haben. Weitaus die meisten davon stehen auf christlich-evangelischer Grundlage, nämlich 37, darunter die Heime in Niedersachsen, die von dem lutherischen Hermannsburg ausgehen, auf völkischer Grundlage stehen 13, auf katholischer 2, auf sozialistischer 3, während nur 9 Heime sich

2) Siehe *Weitsch Status quo*, in der Freien Volkabildung 1929 Seite 354 und folgende.

3) Siehe darüber auch *Krolzig Volkshochschulheime*, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 861 und folgende.

neutral nennen; es handelt sich dabei außer den Volkshochschulheimen Dreißigacker und Sachsenburg hauptsächlich um Grenzhochschulheime. Man sieht, daß für das Volkshochschulheim im allgemeinen eine bestimmte weltanschauliche Haltung gegeben ist, im Gegensatz zur städtischen Abendvolkshochschule, die meist von Angehörigen verschiedener Weltanschauung besucht wird und überparteilich geleitet werden muß. Gemeinschaftsbildung wird zwar auch von einzelnen Abendvolkshochschulen angestrebt, doch ist ihre eigentliche Aufgabe der volkshochschulmäßige Unterricht in Form der Arbeitsgemeinschaft, mit Verzicht auf engere Bindung der Besucher der Volkshochschule unter einander. Wo das Volkshochschulheim, wie das meist der Fall ist, in einem bestimmten Geist geleitet ist, da ist diese Gemeinsamkeit in Denken, Fühlen und Wollen von vornherein eine wertvolle Grundlage zur gemeinschaftlichen Arbeit. Aber auch, wo Menschen verschiedener Haltung zusammenkommen, kann gerade aus einem gesunden Spannungsverhältnis fruchtbare Arbeit ersprießen, wie das besonders in dem von Eduard Weitsch geleiteten Dreißigacker seit langem der Fall ist. Der bei dem Volkshochschulheim auf dem Land bestehenden Gefahr der zu starken Isolierung der einzelnen von dem Berufsleben und der sozialen Umwelt sucht man in der Stadt seit einiger Zeit nach dem verdienstvollen Vorgehen Gertrud Hermes' in Leipzig durch die Errichtung städtischer Volkshochschulheime zu begegnen<sup>4</sup>. In diesen Stadtheimen, von denen es in Leipzig mehrere, aber auch in Jena und in Berlin je 1 gibt, ist eine kleinere Gruppe von etwa 8 bis 15 jüngeren Menschen für 8 bis 10 Monate zusammen, die tagsüber im allgemeinen ihrer Arbeit nachgehen und an etwa 3 Kursabenden in systematischem Aufbau Kurse im Heim haben, daneben aber auch das ganze tägliche Leben teilen. Diese Stadtheime haben recht gute Resultate aufzuweisen, so daß man ihre weitere Ausdehnung plant; sie sind auch wirtschaftlich leichter durchführbar, da die Unkosten zum größten Teil vom Verdienst der Heimbewohner selbst getragen werden können. In Leipzig ist von Herbert Schaller auch ein Heim für erwerbslose proletarische Jugend errichtet worden, in dem der Unterricht meist in den Vormittagsstunden stattfindet, während der Nachmittag zu eigener Arbeit oder zur Betätigung in proletarischen Gruppen, zum Beispiel der mit dem Heim verbundenen Kinderlandbewegung, zur Verfügung steht. Politisch-wirtschaftliche Fragen stehen in diesem, wesentlich für junge Proletarier in Betracht kommenden Stadtheimen im Mittelpunkt. Durch das Heimleben kann ein soziales Zusammengehörigkeitsbewußtsein gefördert werden. Dem Gemeinschaftsgedanken in der Abendvolkshochschule sollen Feiern, Wanderungen, Wochen- und Ferienkurse dienen, ferner Singgemeinden und Spielscharen. Gerade die Form der Ferienkurse ist in den letzten Jahren stark entwickelt worden, so auch für bestimmte Berufsgruppen, zum Beispiel für die Jungbuchhändler und die Junglehrer. Auch vom Reichsbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei wurden Ferienkurse veranstaltet und Studienfahrten durchgeführt, beides mit gutem Erfolg.

Inhaltlich unterscheidet eine vom Institut für Sozial- und Staatswissenschaften in Heidelberg angeregte Arbeit Paul Steinmetz' eine konservativistische, eine humanitär-demokratische und eine sozialistisch-demokratische Volkshochschulrichtung<sup>5</sup>. Als Gefahr der humanitär-demokratischen Richtung wird

4) Siehe dazu *Hermes* Die Leipziger Volksbildungsarbeit in ihrer grundsätzlichen Bedeutung, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 552 und folgende.

5) Siehe *Steinmetz* Die deutsche Volkshochschulbewegung /Karlsruhe 1929/.

das Steckenbleiben in relativistischer Problematik bezeichnet. Die sozialistisch-demokratische Volkshochschulrichtung suche dagegen den Arbeiter nicht zu entwurzeln, vielmehr der Arbeiterklasse zur Gestaltwerdung zu verhelfen. Für die Arbeiterbewegung selbst ist die Bildungsfrage ja nur ein, wenn auch sehr wesentliches Glied der gesamten sozialen Bewegung, des Kampfs der Arbeiterklasse um Befreiung mit dem Ziel der Menschengemeinschaft. Die Bildungsfrage kann daher nicht aus dem Gesamtzusammenhang des Willens der Arbeiterklasse zum Kampf um ihr Menschentum herausgelöst werden. Wo vermutet wird, daß dieser Kampf gelähmt oder abgelenkt wird, da wird sich die Arbeiterbewegung nicht mit einsetzen können. Wo dagegen eine gute, wissenschaftlich geschulte Einführung in die Aufgaben auf politischem, wirtschaftlichem oder kulturellem Gebiet geboten wird, ist die Volkshochschule von großer Bedeutung für die geistige Förderung der Arbeiterklasse. Darüber hinaus kann die Volkshochschule allgemeinmenschliche Bildung vermitteln, die ihrerseits die geistige Voraussetzung für jede bestimmte Betätigung in der Arbeiterbewegung darstellt. Diese allgemeine Förderung kann dann wieder von der Arbeiterbewegung in ihrer besondern, nur von ihr selbst zu leistenden Funktionärbildung nutzbar gemacht werden, das heißt in der intensiven Heranbildung von Mitarbeitern, die zur Mitverantwortung am staatlichen und wirtschaftlichen Gesamtleben wirklich berufen sind.

In früheren Jahren ist oft um die Schlagworte extensive und intensive Volksbildung gestritten worden. Anna Siemsen wies vor einem Jahr mit Recht darauf hin, daß sich intensive und extensive Bildung ergänzen müssen: »So ist mehr und mehr die intensive Bildungsarbeit Voraussetzung und Bedingung der extensiven; sie mündet in ihr, speist sie und wird hinwieder von ihr getragen. Es gibt hier kein Entweder-Oder, da eins nicht ohne das andere zu denken ist.«<sup>6</sup> Führerschulung hat nur dann Sinn, wenn man mit ihr und durch sie zugleich die Massen erreichen will. Nur wo der sich bildende Einzelmensch sich selbst mit seinem Wissen und Können wieder in den Dienst des Ganzen, der Massenbewegung stellt, ist Volksbildung im sozialistischen Sinn zu bejahen. Wo Bildung zum Selbstzweck wird, wo sie in Gemeinschaftsschwärmerei und Gruppenegoismus ausartet, da irrt Volksbildung vom Weg ab. So wird auch die Volkshochschule ihre Berechtigung, von der Arbeiterbewegung aus gesehen, dann haben, wenn sie Menschen heranzubilden fähig ist, die ihrerseits wieder nicht der kleinen Volkshochschulgemeinschaft sondern dem großen Gemeinschaftsziel der Arbeiterbewegung und damit des künftigen Volks zu dienen willens sind. Die heutige Mitverantwortung am Staats- und Gesellschaftsleben fordert dazu fähige und geschulte Menschen. Für die Bauerndemokratie in Dänemark haben die bäuerlichen Volkshochschulheime weitgehend diese Aufgabe demokratischer Erwachsenenbildung geleistet. Es ist heute Aufgabe der neuen deutschen Demokratie der formaldemokratischen Verfassung die substanzielle Erfüllung zu geben. Menschen zu bilden, die die Fragen unseres Staats und unserer Wirtschaft produktiv lösen helfen können, und das werden vornehmlich die Angehörigen der Arbeiterklasse sein: das ist die kulturpolitisch bedeutende Aufgabe aller Volksbildung, insbesondere auch der Volkshochschule. Es wird darauf ankommen, daß die Volkshochschulbewegung immer klarer diese ihre funktionale Aufgabe im heutigen Gesellschaftsleben herausarbeitet.

6) Siehe Siemsen Extensive und intensive Bildung, in der Sozialistischen Bildung 1929 Seite 4.

# ANNA SIEMSEN · DIE STUDENTENSCHAFT UND DIE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG



UNSERE Universitäten haben mit dem Kriegsende gewaltige Änderungen durchgemacht, größere als die Öffentlichkeit im allgemeinen sich klar macht. Und diese stehen durchaus noch nicht vor ihrem Abschluß. Sie sind schon in der gewaltigen Zunahme ihrer Hörerzahl begründet. Während im Jahr 1911 auf die rund 65 Millionen Einwohner Deutschlands 72 175 Studierende kamen, also auf je 1000 etwa 1,11, waren die Zahlen 1928 auf rund 63 Millionen 112 315, also auf 1000 Einwohner etwa 1,78. Nimmt man nur das Verhältnis von männlichen Einwohnern zu männlichen Studierenden (der Anstieg des Frauenstudiums unterliegt besonderen Bedingungen), so kamen nach der vom Statistischen Reichsamt 1929 gegebenen Hochschulstatistik 1911 1,63 Studierende auf je 1000 männliche Deutsche, 1928 2,31. Die allgemeine Frequenz der deutschen Hochschulen ist also in den letzten 17 Jahren um 60 %, die allein der männlichen Studierenden um 42 % im Verhältnis zur Bevölkerung gestiegen.

Dieses über den Bevölkerungszuwachs hinausgehende Wachstum der Anzahl der Studenten hat natürlich ganz neue Schichten an die Universität geführt. Die Hochschulstatistik gibt einen sehr interessanten Überblick über die Studierenden, nach der Berufslage der Väter geordnet. Danach hat der Nachwuchs aus dem alten Akademikertum: nur noch einen geringen Anteil (22,92 %) an dem heutigen Bestand der Universitäten, während die überwiegende Mehrheit aus nichtakademischen Kreisen stammt (77,08 %). Es ist also nur eine kleine Minderheit an der Universität, die heute Trägerin der akademischen Überlieferung ist. Und wenn wir auch vor dem Krieg einen dauernden Zustrom nichtakademischer Kreise zum Hochschulstudium anzunehmen haben, so ist dieser Prozeß zweifellos seither sehr erheblich beschleunigt. Die 42 % Zuwachs stammen daher und bedeuten zweifellos eine beginnende Akademisierung weiter, bis dahin von der Hochschulbildung nicht berührter Kreise. Welche sind das? Auch darüber gibt die Hochschulstatistik Auskunft. Ich fasse die sehr detaillierten Ausführungen kurz zusammen.

Im Wintersemester 1928-1929 entstammten a) höheren Beamten und akademischen Freien Berufen 22,31 % der Studierenden, b) höheren Offizieren, Großgrundbesitzern, führenden Kreisen in Industrie, Handel und Finanz, also dem Großbürgertum 8,11 %, c) dem mittlern Bürgertum 55,74 %, davon den Selbständigen (Landwirten, selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden und Freien Berufen ohne akademische Bildung) 16,61 %, den mittleren Beamten 28,03 %, den Angestellten 11,10 %, d) endlich den proletarischen Schichten 4,85 %, davon Arbeitern 2,21 %, unteren Beamten 2,52 %, Militärpersonen, die nicht Offiziere und höhere Beamte sind, 0,12 %. Der prozentual sich ergebende Rest entfällt auf nicht weiter charakterisierte Berufe oder Berufslose. Teilen wir diese Angaben nach den Kategorien Großbürgertum und akademische Berufe (a + b), Mittel- und Kleinbürgertum (c) und Proletariat (d), so entfällt auf a + b noch nicht  $\frac{1}{3}$  (30,42 %), auf Mittel- und Kleinbürgertum weit mehr als  $\frac{1}{2}$  (rechnet man, wie man wahrscheinlich muß, die unklaren Fälle mit ein, so ergeben sich fast  $\frac{2}{3}$ ), während der Anteil des Proletariats verschwindend gering ist. Die Hochschulen sind also heute durchaus Domänen des mittlern und kleinen Bürgertums gewor-

den, und dieses müßte von Rechts wegen ihnen den Charakter aufprägen und sie seinen Bedürfnissen gemäß umprägen. Bis jetzt freilich hat es keine Kraft dazu bewiesen. Vielmehr ist trotz dieser gänzlichen Umschichtung der Hörerschaft der äußere Charakter der Hochschulen, genau so wie er war, erhalten geblieben. Wir werden sehen, wie sich das erklärt.

Bei weitem den stärksten Anteil am Nachwuchs der Universität hat in allen 3 Klassenschichten das Beamtentum, wobei ich Offiziere und Militärpersonen einschließe, das fast  $\frac{1}{2}$ , nämlich 47,53 % aller Studierenden stellt. Ihm folgen die Selbständigen (Landwirte, Gewerbe- und Handeltreibende, Freie Berufe) mit 28,20 %. Die Angestellten und Arbeiter endlich stellen 13,31 %. Man kann also wohl mit Bestimmtheit sagen, daß die akademischen Beamten ihre Kinder fast restlos, die übrigen, soweit die Mittel es erlauben, der Hochschule zuführen. Auffallend hoch ist aber auch der Prozentsatz der Selbständigen. Mit 5,5 Millionen machen die Selbständigen heute nicht ganz 17 % der Gesamterwerbstätigen aus, und da sich unter ihnen wahrscheinlich eine ebenso große Zahl von kleinen und kleinsten Existenzen findet wie im Gesamtdurchschnitt (Kleinbauern, Handwerker, kleine Kaufleute), so ist dieser um mehr als 60 % höhere Anteil (17 : 28,20) erstaunlich. Dabei stellen gerade die kleinen und mittleren Existenzen (Handwerker, Bauern, Gewerbetreibende ohne leitende Funktion) mehr als die Hälfte dieser Zahl, nämlich 15,06 %. Wir erleben hier also einen Einbruch des Mittelstands in die Universität, der nicht wohl anders gewertet werden kann denn als Flucht aus der Selbständigkeit in ein gesichertes Dasein als Beamter, das dem Handwerker und Kaufmann unter den heutigen Lebensbedingungen wünschenswerter erscheint als seine eigene mannigfach gefährdete Existenz. Wenn die Angestellten trotz dem ungeheuren Anwachsen ihrer Zahl nur in sehr weitem Abstand folgen, mit 11,10 %, so rührt das wohl einesteils von der gedrückten Lage vieler, zum andern aber daher, daß diese Kategorie, gerade weil sie sich erst in dem letzten Jahrzehnt so stark vermehrt hat, einen geringern Altersdurchschnitt als die Gesamtbevölkerung hat, also auch nicht so viele erwachsene Nachkommen aufweist wie die anderen Berufsgruppen. Von der Arbeiterklasse ist endlich zu sagen, daß sie, die 48 % der Erwerbsbevölkerung stellt und nur 2,21 % Studenten zur Hochschule schickt, zurzeit noch so gut wie ganz von ihr ausgeschlossen ist, jedenfalls ihr Gesicht in keiner Weise beeinflußt. Vielmehr wird die Hochschulhörerschaft heute durchaus vom Mittelstand beherrscht, und zwar stehen neben den 28,03 % Söhnen mittlerer Beamten, die durch sie einen Aufstieg innerhalb des Beamtentums anstreben, fast ebenso viele (26,16 %) Söhne von Angestellten und unabhängigen Mittelständlern, die den Zugang zum Beamtentum suchen und damit der Unsicherheit der väterlichen Existenz entrinnen wollen.

Der Zuwachs unserer Universitäten erklärt sich also durchaus als ein gesellschaftlicher Umschichtungsprozeß, hervorgerufen durch die steigende Unsicherheit des Mittelstands einerseits, die zur Flucht ins Beamtentum anreizt, durch die Aufstiegswünsche der Angestelltenschaft und der mittleren Beamten andererseits. Dieser Zuwachs, der das Gesicht unserer Universitäten bereits heute bestimmt und in Zukunft noch mehr bestimmen wird, hat also, da er durch das akademische Studium einen gesellschaftlichen Aufstieg durch Flucht aus der eigenen Klasse erreichen will, eine, um es scharf, aber kurz auszudrücken, Parvenüideologie. Da es sich hier nicht um einen Klassenauf-

stieg handelt, wie bei der Studentenbewegung am Beginn des 19. Jahrhunderts, sondern um den individuellen Versuch einem Klassenschicksal zu entzinnen, so wird selbstverständlich die Ideologie der erstrebten Klassen übernommen, ihre Lebenshaltung so weit wie möglich angestrebt. So erklärt sich, daß auf unseren Universitäten mit einer im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr verarmten Studentenschaft, die in ihrer Mehrheit gar nicht Akademikerkreisen entstammt, die studentischen Überlieferungen so krampfhaft gepflegt werden, damit eine Ideologie, die den Studenten "vornehm" erscheint.

Die selbe Existenzangst, die selbe Furcht vor der Proletarisierung, die die Angestelltenschaft und den Mittelstand in die rechtsradikalen Organisationen und zu den reaktionärsten Parteien treibt, bestimmt das Verhalten großer Teile der Studentenschaft. Es wäre falsch hier mit moralischer Entrüstung zu arbeiten, wo ein Symptom gesellschaftlicher Entwicklung vorliegt, das allerdings verschärft und verlängert wird durch unsere Familien- und Schulerziehung, die beide ganz darauf abgestellt sind den jungen Menschen nicht zur Erkenntnis seiner gesellschaftlichen und Klassenlage kommen zu lassen.

Diese Erkenntnis nämlich würde ihn in ganz anderer Richtung führen. Es ist kein leichtes Schicksal, dem unsere heutige Studentenschaft entgegengieht. Sachverständige haben für die nächsten 4 Jahre einen Akademikerüberschuß von 50- bis 90 000 errechnet. Die auf der Universität gesuchte Lebenssicherung wird sich also in einen erbitterten Kampf um Stellung und Existenz wandeln. Sehr viele werden im mittlern Beamtentum oder in einem Angestelltenverhältnis endigen, aber auch hier den Konkurrenzkampf verschärfen, und der gehoffte gesellschaftliche Aufstieg wird mit Proletarisierung enden. Es ist eben nicht möglich einer Massenentwicklung als einzelner zu entgehen. Und unsere Entwicklung führt deutlichst zu einer starken Zusammenballung der mittleren gesellschaftlichen Schichten. Das ungeheure Anwachsen der Angestelltenzahl, die Zunahme der mittleren und unteren Beamten führen zu dem Schluß, daß diese wachsende Schicht wirtschaftlich unselbständiger, aber in Getriebe der Wirtschaft und Verwaltung entscheidend tätiger Funktionäre nur im klassenmäßigen Zusammenschluß, indem sie sich auf die noch größere Masse der Arbeiter stützen, die mit ihnen gleiche Interessen hat, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Sicherung finden werden, die sie suchen.

Es ist also nur der Anfang einer notwendigen und in der Struktur der Hochschulstudentenschaft gegebenen Entwicklung, wenn in ihr jetzt eine Orientierung zum Sozialismus langsam beginnt.

Im Dezember des vergangenen Jahres schloß sich an eine Kundgebung der Berliner sozialdemokratischen Studenten eine Tagung der Sozialistischen Studenteninternationale. Das Organ der Freien Schulgesellschaft Der Aufbruch gab in einem der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation gewidmeten Heft einen interessanten Überblick über den Stand der Bewegung. Wenn wir aus den Angaben erfahren, daß der deutsche Verband 3500 Mitglieder zählt, so wird man zunächst geneigt sein zu rufen: Was ist das unter 120 000? Noch nicht einmal 3 %. Aber das Wesentliche ist hier nicht die Zahl, sondern die Aktivität, die Willensfestigkeit und Zielklarheit. Dann kann auch eine kleine Minderheit durchaus stark auf eine große untätige und unentschlossene Mehrheit wirken. Und die deutschen Studenten sind in ihrer großen Menge entschlußlos, weil sie ihre Lage nicht sehen. Die Nationalisten haben bisher die Führung an sich reißen können, weil sie mit ihren Phrasen auf Illusionen und



Aufschießendes Wintergetreide und die helle gelbe Gerste und die Mohrrüben  
im Garten

Und Apfelbäume, überschüttet mit Blüten und mit Früchten darnach, und  
Blaubeeren und das gewöhnlichste Kraut am Wege

Und der Trunkenbold, der alte, wie er heimstapft von der Stehbierhalle spät  
am Abend,

Und die Schullehrerinnen vorbei an ihm morgens auf dem Weg zur Schule,  
Und befreundete Jungen vorbei und Jungen, die sich prügeln,

Und die Mädchen, sauber und frisch und nett, und die barfüßigen Negerkinder,  
Das ganze Getriebe in Stadt und Land, wohin er kam.

Und seine richtigen Eltern: er, der ihn gezeugt hat, und die in ihrem Leib  
ihn getragen hat und geboren,

Sie gaben dem Kind mehr von sich als das,

Sie gaben ihm Tag für Tag und wurden ein Teil von ihm.

Die Mutter zu Haus flink beim Tischdecken zum Abendbrot,

Die Mutter mit ihrem milden Wort, Rock und Haube frisch gewaschen, wohlrig  
fällt der Duft von ihr und ihren Kleidern, wenn sie nahe kommt,

Der Vater stärker, autarkisch, männlich, durchschnittlich, leicht zornig und  
ungerecht,

Vorschnelles lautes Wort, Schläge, iauniges Angebot und das zähe Verhandeln,  
Sprache, Familie, Gewohnheiten, Gesellschaften, Hausrat,

Herz, das sich zusammenzieht und sich weitet, zur Leidenschaft kannst du  
nicht Ja und Nein sagen,

Das Gefühl der Realität und die Bedenken bei alledem, es könnte ganz  
unwirklich sein,

Zweifel bei Tag und Zweifel in der Nacht und das kuriose Gefühl, was ist  
das nun und weshalb,

Und ob nicht sehr geölt sei und aufgeblasen, was da alles begegnet,

Die Männer und Weiber, die sich drängen in den engen Gassen, was sind sie  
wohl ohne Kleider und Schminke,

Die Straßen selbst, die Fassaden der Häuser, die guten Dinge in den Schau-  
fenstern,

Fahrräder, Fuhrwerke, die Docks und ihre schweren Bohlen, Fähren über  
den Hafen hin und her.

Im Hochland ein Dorf, weit weg vor der untergehenden Sonne, und der  
Fluß im Tal,

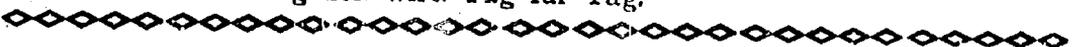
Schatten, Aureolen, Nebelstriche und das Licht oben auf den Dächern und  
Giebelfenstern blinkend und rot und zwei Meilen dazwischen.

Ein Schoner abseit, wie im Schlaf verströmt die Ebbe seewärts, am schlaffen  
Tau das kleine Beiboot achtern.

Da jagen, stürzen Wellen, brechen scharf ab Wellenkämme, klatschen an,  
Da schichtet sich breit buntes Gewölk, eine lange Wolkenbarre schwebt  
kastanienbraun allein für sich, in Licht gebettet, wunschlos.

Am Horizont der Rand, Seegrass fliegt im Wind, durchdringender Salzgeruch  
der Marsch und vom Schlick der Küste

Wurden ein Teil von diesem Kind, das fortwollte jeden Tag, und das ging,  
und das weitergehen wird Tag für Tag.



## XAVER KAMROWSKI · NACHTRÄGLICHE BETRACHTUNGEN ZUR BERLINER KOMMUNALWAHL 1929

**B**EI der Wahl am 17. November 1929 erzielten die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei eine starke Mehrheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der Vorwärts schrieb dazu am 19. November: »Aber diese Mehrheit ist totgeboren und lebensunfähig, da die Kommunisten gar nicht daran denken mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten.« Es ist deshalb nicht gut zugänglich, wie es der Vorwärts an anderer Stelle der gleichen Ausgabe, in der 2. Beilage, machte, in einer fettgedruckten Überschrift von einer »gewonnenen Schlacht« zu reden und zu verkünden: »Die öffentlichen Werke werden vom Volke verteidigt.« Eine totgeborene Mehrheit kann kaum etwas verteidigen.

Von den 2 294 579 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt die Sozialdemokratische Partei 651 735 oder 28,4 %, die Kommunistische Partei 565 795 oder 24,6 %. Beide Parteien haben zusammen 53 % der Stimmen erhalten, gegen 51,4 % bei den Kommunalwahlen des Jahres 1925; damals betrug die prozentuale Anteilquote bei der Sozialdemokratischen Partei 32,7 %, bei der Kommunistischen Partei 18,7 %. Bei den Reichstagswahlen von 1928 kamen auf die Sozialdemokratische Partei 32,9 %, auf die Kommunistische Partei 24,6 % der Stimmen. Am 17. November 1929 behauptete also die Kommunistische Partei ihre Anteilsquote von 1928, steigerte sie gegen 1925 um 5,9 %, während die Sozialdemokratische Partei 4,5 respektive 4,3 % einbüßte. Auf die zahlenmäßigen Ergebnisse der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen einzugehen erübrigt sich. Erwähnt muß aber werden, daß diesmal die Nationalsozialisten auf dem Plan erschienen, und gleich mit 13 Mandaten; die Ursachen dieser Erscheinung sind hier dargelegt worden<sup>1</sup>.

Das Wahlergebnis gewinnt bei Berücksichtigung der sozialen Struktur wie auch der Organisationsverhältnisse der Berliner Arbeiter für die Arbeiterbewegung, Partei und Gewerkschaften, noch eine besondere Bedeutung.

Die letzte reichsamtliche Berufs- und Betriebszählung zeigte, daß einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen 61 % der erwerbstätigen Bevölkerung zur Gruppe der Lohn- und Gehaltsempfänger zählen, einer Gruppe von ausgeprägt proletarischem Charakter. Diese Quote von 61 % setzt sich zusammen aus c-Personen (Arbeiter) mit 41 % und b3-Personen (kaufmännische Angestellte und Bureaupersonal) mit 20 % der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Diese beiden Gruppen dürften als die Wähler der proletarischen Linksparteien anzusprechen sein. Die Hausangestellten mit 5,3 %, Werkmeister und das Aufsichtspersonal (b2-Personen) mit 1,1 %, die technischen Angestellten und Beamten (b1-Personen) mit 5,4 % Anteil, zusammen 11,8 %, fehlen in der erstgenannten Anteilquote von 61 %, da sie als Wähler für die Linksparteien doch nur sehr bedingt in Betracht kommen dürften, obwohl auch bei diesen Gruppen der proletarische Charakter deutlich genug gegeben ist. Rund 73 % der Berliner erwerbstätigen Bevölkerung gehören also den proletarischen Schichten an. Von der erstgenannten proletarischen Anteilsquote, 61 %, erhielt die Sozialdemokratische Partei, wie eingangs gezeigt, einen Anteil von 28,4 %, was als recht mäßig bezeichnet

<sup>1</sup>) Siehe *Quessel* Die nationalsozialistische Welle, und woher sie kommt, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 979 und folgende.

werden muß. Rein zahlenmäßig dürften sich zwischen Erwerbstätigen und Wahlberechtigten mancherlei Abweichungen ergeben, die jedoch nicht derart sind, daß jeder Versuch solche Vergleichen anzustellen abzulehnen wäre. Nicht minder lehrreich sind die Mitgliederzahlen der gewerkschaftlichen Organisationen. Dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds gehören nach dem Stand vom 31. Dezember 1928, nach Abzug der Jugendlichen mit 16 000, 361 000 Mitglieder an. Dem Ortskartell des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds gehören nach dem gleichen Stand 61 000 Mitglieder an. Die Mitgliederzahlen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds mögen hier außer Betracht bleiben. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und das Allgemeine Freie Angestelltenkartell haben demnach zusammen 422 000 Mitglieder. Nach Abzug der Nichtwahlberechtigten einschließlich der Säumigen mit etwa 100 000 Mitgliedern verbleiben 322 000 Gewerkschaftswähler, die mit ihren Familienangehörigen die Stimmenzahl für die Sozialdemokratische Partei aufgebracht haben dürften. Gemessen an den reichsamtlichen Zahlen der Sozialgruppen Arbeiter und Kaufmännische Angestellte und Bureaupersonal besitzen die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner Freier Angestelltenbund) mit insgesamt 422 000 Mitgliedern, ausschließlich der Jugendlichen, eine Anteilsquote von 28 %. Die gleiche Höhe der Prozentquoten fällt hier auf bei den sozialistischen Wählerstimmen und den Gewerkschaftsmitgliedern. Die Zahlen zeigen deutlich, daß die Wählerschaft der Sozialdemokratischen Partei sich aus den Gewerkschaftsmitgliedern zusammensetzt. Das Bemerkenswerte daran aber ist, daß die freigewerkschaftlichen Verbände die Wählerschaft der Partei zu 100 % stellen, ohne irgendeinen direkten Einfluß auf die Parteipolitik, ja auch nur auf die Kandidatenaufstellung zu nehmen. Höchstens, daß eine indirekte Fühlungnahme der Partei- mit der Gewerkschaftsorganisation besteht, wobei die Gewerkschaften nicht mehr als eine beratende Rolle spielen. Wenn es richtig ist, daß Partei und Gewerkschaft eins sind, so wäre es auch richtig, wenn Formen gesucht und gefunden wären, die solches auch für alle die moderne Arbeiterbewegung angehenden Fragen, parteipolitischer wie volkswirtschaftlicher Natur, ganz konkret zum Ausdruck brächten, zumal die Gewerkschaften doch schließlich die Folgen der Parteipolitik tragen müssen. Doch das ist ein Kapitel für sich.

Obwohl eine proletarische Mehrheit in das Berliner Rote Haus einzieht, wird doch fast einhellig die Arbeitsfähigkeit des neugewählten Stadtparlaments bezweifelt, und seine ersten Akte scheinen diesen Zweifel zu bekräftigen. Sollte tatsächlich bei einer starken Mehrheit der Arbeiterstimmen die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt sein, so bedeutet das eine Diskreditierung der Demokratie, eine Gefährdung der freien demokratischen Selbstverwaltung, hervorgerufen durch die Wählerschaft der untern sozialen Schicht.

Der Verlust einiger Mandate bei Behauptung der Stimmenzahl wöge weniger schwer, wenn nicht die Kommunistische Partei, die in der Sklarekaffäre ja weit schlimmer belastet ist als die Sozialdemokratie, einen so beachtlichen Stimmen- und Mandatszuwachs erhalten hätte. Das Vertrauen, das eine so große Wählerschaft der Kommunistischen Partei trotz allen unliebsamen Vorkommnissen dennoch entgegenbringt, kann nicht anders als rein psychologisch gewertet werden. Unwillkürlich drängt sich das Gefühl auf, als habe

ein großer Teil der Berliner Arbeiter durch seine Stimmabgabe gegen nachsichtige Duldung bourgeoishafter Allüren in der Sozialdemokratischen Partei demonstrieren wollen. Eine Stütze findet diese Auffassung in der Tatsache, daß überall dort, wo das Demagogentum "kommunistischer" Worthelden sich demaskieren muß, alsbald auch die Anhängerschaft schwindet, und der politisch ehrliche und ernste Teil den Weg zur Sozialdemokratie findet. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht minder reich an solchen Beispielen. Alle Bemühungen der Kommunistischen Partei durch Zellenbildungen die Gewerkschaften zu zerstören, zu erobern scheiterten, mußten scheitern an der ganz der wirtschaftlichen Hebung des Proletariats dienenden Tätigkeit der Gewerkschaften. Anders aber liegen die Dinge auf dem Gebiet der Politik. Es birgt neben der parteipolitischen Spekulation auch die persönliche Spekulation auf einträgliche Ämter, insbesondere in der Kommunalpolitik. In einer von Spekulationselementen gesättigten Atmosphäre entfalten sich allzu leicht egoistische und dazu noch robuste Naturen. Begünstigt wird solche Entwicklung durch die nach dem Novemberumsturz erlangte politische und bürgerliche Gleichberechtigung und bis zu einem Grad Gesellschaftsfähigkeit der Sozialdemokratie. Die Nachkriegszeit hat die bürgerliche Hierarchie gelockert, an ihrer Peripherie tummeln sich nach Erfolg und Gewinn strebende Elemente, auf die jene nach bürgerlicher Geltung trachtenden Parteigenossen stoßen, mit denen sie dann womöglich fraternisieren, wobei sie, ohne die Gefahr recht zu kennen, sich und die Partei kompromittieren. Der mit einfachem Denken ausgestattete Durchschnittswähler vermag die Metamorphose solcher, den bürgerlichen Allüren verfallender Parteigenossen nicht zu begreifen. Wenn dann so ein Sklarekfall die Situation mit einem Scheinwerfer beleuchtet, verliert der Durchschnittswähler Glauben und Vertrauen, insbesondere, wenn man nicht sofort durch energisches Eingreifen üble Erscheinungen restlos beseitigt und Vorsorge gegen Wiederholungen trifft<sup>2</sup>. Das einfache Denken vermag eben persönliche Bereicherung mit Dienst an Parteiidealen durchaus nicht in Einklang zu bringen.

In der öffentlichen Verteidigung war es schon geboten energisch gegen die Übertreibungen der Presse Stellung zu nehmen, die den Fall Sklarek gegen unsere Partei ausschlachtete. Doch wäre es verfehlt den Mandatsverlust auf deren Schuldkonto zu setzen. Zu allen Zeiten hat diese Art Presse bestanden, wenn auch in anderen Formen. Aber damit muß jede Partei, insbesondere eine große und gar noch führende Partei, von vornherein rechnen. Es gehört zur besondern Kunst einer Parteileitung den guten Leumund einer Partei zu wahren, insbesondere bei unliebsamen Vorkommnissen. Es hat nur allzu stark den Anschein, daß in dieser Sache der sichere Blick für das Erforderliche im entscheidenden Augenblick fehlte. So verlief auch der Berliner Bezirksparteitag, der zu den Wahlen Stellung nahm, bei schwüler Atmosphäre ruhig und kurz, wie keiner zuvor. Die Öffentlichkeit, die wohl auf einen kräftigen schrillen Pfiff, auf Worte, die eine Tat bedeuten, wartete, mußte sich mit Mundspitzen, mit formalen Erklärungen bescheiden. Bruchstückweise, überrascht von immer neuen Ereignissen, vollzog und vollzieht sich die Liquidierung des Sklarekfalls innerhalb der Parteiorganisation. Und es ist die Frage, welche Vorsorge gegen Wiederholungen gleicher oder ähnlicher Dinge getroffen ist. Eine zweite Sklarekaffäre kann aber die Partei nicht

<sup>2</sup>) Siehe dazu *Pahl* Die ökonomischen und politisch-moralischen Lehren der Sklarekaffäre, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 907 und folgende.

aushalten, und auch die Gewerkschaften erlahmen schließlich im Geradebiegen politischer Skandale. Die Parteinstanzen haben die Abwicklung der Dinge verfolgt, Beschlüsse gefaßt, Entscheidungen nach Klärung der Fälle getroffen. Rein formal ist beinahe bis auf das i-Tüpfelchen alles ordnungsgemäß geregelt worden. Und doch fehlt das Gefühl sicherer Zuversicht, absoluten Vertrauens und Glaubens an die Unmöglichkeit der Wiederholung solchen Skandals. Vertrauen und Glaube bilden aber die Grundlage des ideellen Schwungs einer Bewegung. Was in der Partei schon seit längerer Zeit mit Mißbehagen empfunden wurde: das Verblassen der hohen Parteideale in der Priesterschaft der Partei, das hat der Sklarekskandal zwar deutlich genug offenbart, aber er hat bis jetzt wenig gebracht, was diesem Zustand ein radikales Ende machen könnte. Wilhelm Dittmann schrieb im Vorwärts, es fehle der Berliner Parteiorganisation an einem Stabstropmpeter. Nein, nicht an einem Stabstropmpeter fehlt es, der die kommunalpolitischen Leistungen der Sozialdemokratie mit Fanfarentönen verkündet; das ist ohne Zutun der Partei auf indirektem Weg durch die bürgerliche Presse zur Genüge geschehen. Es fehlt an sicherer, zielklarer Führung, an einer Führung, die absolutes Vertrauen und begeisterungsvollen Glauben erzwingt, und der auch der Gegner die Mehrung proletarischer Ethik bescheinigen müßte.

Eine Bewegung mit so hohen Menschheitsidealen, wie sie die Sozialdemokratie sich gesetzt hat, muß eine Priesterschaft von absolut idealer Prägung haben. Es hat den Anschein, als ob zu wenig Bedacht darauf genommen wird den Geist der Priesterschaft der Partei mit den Ideen und Forderungen des Sozialismus in Einklang zu bringen. Es wäre doch ganz gut denkbar, daß die Partei einen Parteigenossen, der ein bezahltes öffentliches Amt von der Partei erhält, in irgendeiner Form verpflichtet alles Einkommen über einen festgesetzten Satz hinaus an die Partei oder eine von der Partei hierzu getroffene gemeinnützige Einrichtung abzuführen. Gegen diesen Vorschlag besteht der zum Dogma erhobene Einwand, daß dann die Partei wenig oder gar keine geeigneten Kräfte für die Besetzung öffentlicher Ämter hätte. Indes, dieser Schade wäre für die Partei weniger schwer zu tragen als die Dinge, die durch die Sklarekaffäre ans Licht kamen. Danach läge die Situation so, daß die Partei, die eine vom Gemein Sinn getragene Wirtschaftsordnung nach den Grundsätzen höchster Gerechtigkeit und höchster Produktivität schaffen will und dadurch schon heute gegen die übermäßig hohen Gehälter der Direktoren städtischer Gesellschaften anzukämpfen verpflichtet ist, nicht den Mut und die Kraft besitzt etwas Rechtes jetzt schon anzufangen. Sollen denn die öffentlichen Ämter ein politisches Börsengeschäft für die die Hierarchie bildende Schicht der modernen Arbeiterbewegung bilden? Politische Ämter, gleichviel welcher Art, die die Sozialdemokratische Partei vergibt, dürfen nicht eine dem sozialistischen Empfinden widersprechende wirtschaftliche Bereicherung des damit Betrauten mit sich bringen.

In der wirtschaftlichen Gleichheit, getragen von der Gerechtigkeit, wurzelt die Kraft für die Umbildung der auf dem Individualismus aufgebauten privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in eine vom Gemein Sinn getragene sozialistische Wirtschaft. Diese wirtschaftliche Gleichheit hat mit einer mechanischen "Gleichmacherei", wie sie dem Sozialismus von den Vertretern der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterstellt wird, nichts zu tun. Gerecht ist es, und es wird auch allgemein als gerecht

empfundener, wenn, solange für geleistete Arbeit keine andere Entschädigungsform als die Lohnform besteht, der Arbeiter als Arbeitgeber nicht der schlechteste Arbeitgeber ist. Die in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten sind vor Ausbeutung ihrer Arbeitskraft im Sinn privatkapitalistischer Methoden zu schützen. Die Variationen in der Höhe der Entschädigung der in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten werden durch den Einfluß des Leistungsprinzips in dem Lohnsystem bedingt, dem auch die Arbeiterbewegung unterliegt. Dieses Leistungsprinzip kann abnorme, über das Durchschnittsmaß hinausragende Höhenlagen des Lohns nicht annehmen, weil der Arbeitgeber als konträrer Wirtschaftsfaktor diesem naturgemäß entgegenwirkt. Ganz anders ist es mit den Gehältern der politischen Verwaltungsbeamten, insbesondere in der Kommunalverwaltung, wo auf Grund gesetzlicher Bestimmungen auf längere Zeit währende Anstellungsbestimmungen den Inhaber eines Amtes bei eintretendem politischen Wechsel vor Verlust seines Amtes und damit seiner gutgestellten Existenz schützen. Diese Gehälter unterliegen gar nicht mehr oder nur scheinbar dem im Lohnsystem wirkenden Leistungsprinzip. In Wirklichkeit sind sie bemessen worden, um eine oligarchische Schichtung zu bewirken oder zu erhalten. Das sozialistische Empfinden lehnt aber eine Bemessung der Gehälter seiner politischen Vertreter ab, die nur dazu da ist eine exklusive Lebenshaltung zu verbürgen, aber keinen Produktionserfordernissen entspricht. Mit dem Wachsen der Partei, insbesondere aber mit dem zunehmenden Eindringen der Parteigenossen in den Verwaltungsapparat der öffentlichen Körperschaften, ist die Gefahr von Skandalen à la Sklarek allzu leicht gegeben, wenn die Partei nicht in diesem Punkt vorbeugt. Doch ist die Vermeidung unliebsamer Erscheinungen noch nicht das Entscheidende. Dies ist die Verpflichtung der Partei durch geeignete Maßnahmen in der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der zur Ausübung öffentlicher Ehrenämter berufenen Parteigenossen diese von dem Odium zu befreien sich durch ihre Parteitätigkeit zu bereichern.

Aber auch noch etwas anderes sei erwähnt. Es widerspricht allen Forderungen der Sachlichkeit, wenn Parteigenossen zu solchen Ämtern gelangen, die in ihrer allgemeinen Eignung tiefer stehen als andere, die bereits in der Gewerkschafts- oder der Genossenschaftsbewegung gezeigt haben, daß sie Erhebliches zu leisten vermögen. Nicht selten ist es zu verzeichnen, daß Parteigenossen, die in ihrer gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Tätigkeit kaum die mittlere Höhenlage zu erreichen vermögen, in der Partei zu hohem Einfluß gelangen und dadurch zu hochbezahlten öffentlichen Ämtern. Was bedeutet es, um nur ein typisches Beispiel zu nennen, wenn ein Vorsitzender einer Berliner Bezirksorganisation mit etwa 3000 Parteimitgliedern zu den höchsten Parteiämtern berufen wird, der nachweislich vorher weder in der Gewerkschafts- noch in der Genossenschaftsbewegung irgendwelche Beweise besonderer Tüchtigkeit oder Hingabe erbracht und in der Partei nur mittelmäßige kommunalpolitische Tätigkeit als Stadtverordneter entfaltet hat? Man darf natürlich nicht Einzelercheinungen verallgemeinern und sagen, die Partei öffne bewußt dem politischen Strebertum die Pforten. Was gekennzeichnet werden soll, sind die aufgezeigten Mängel im Organisationsapparat der Partei, denen die Partei nachgehen muß, um sie abzustellen. Auf Grund der ganzen Struktur der Parteiorganisation als Wahlapparat vollzieht sich die Gestaltung der Parteibeschlüsse eines Orts unter entscheidendem Einfluß der geschaffenen Unterorganisation, in Berlin der

Kreisorganisation. Die Beschlüsse der Kreisorganisationen unterliegen dem Einfluß der Abteilungen, diese dem der Zahlabende. Es zeigt sich darin zwar ein ungewein weitgegliedertes demokratisches Gebilde, das aber in der Praxis mit schweren Mängeln behaftet ist, da nur ein kleiner Prozentsatz der Mitgliedschaft des Zahlabends, der Abteilung, des Kreises an den oft schwerwiegenden Entscheidungen und Beschlüssen teilnimmt. Im Durchschnitt zeigen gutbesuchte Abteilungsversammlungen 25 bis 30% der Parteimitglieder auf, meist aber liegt die Besucherzahl weit unter dem genannten Satz. Es ist also nur eine ganz geringe Zahl von Parteigenossen an der Gestaltung des Geschicks der Partei beteiligt, gegenüber dem eigentlichen Träger des Parteigedankens, den Gewerkschaften. Nur allzu leicht bilden sich dabei Interessenzirkel heraus, die dann stets bei der Kreisleitung, der Kreismitgliederversammlung ihre Absichten durchzusetzen vermögen. Wer den Mechanismus der Aufstellung der Kandidaten nach dem Listensystem beobachtet, weiß, wie die Dinge laufen. Gegen den Einfluß des Abteilungsleiters, der, um selbst kandidieren zu können, den übrigen einflußreichsten Abteilungsgrößen entsprechende Plätze zuweist, ist bei Aufstellung von Kandidaten nicht aufzukommen. Das selbe Spiel wiederholt sich in der Kreisleitung. Es ist zur Selbstverständlichkeit geworden, daß der Kreisleiter zu allen Ämtern vorgeschlagen wird, als Stadt- und Bezirksverordneter, als Stadtrat, Landtags- und Reichstagsabgeordneter. Parteigenossen, die nicht zu der Parteioligarchie einer Abteilung, eines Kreises gehören, und mögen sie noch so fähig, kenntnisreich und voll hingebenden Arbeitseifers sein, auch wichtige Ämter in der Gewerkschafts-, der Genossenschaftsbewegung erfolgreich ausüben, kommen nicht auf die Kandidatenlisten; allenfalls ganz hinten an aussichtslose Stellen, was nachgerade einer Degradierung gleichkommt. Wäre die Partei allein auf die Werbetätigkeit der Parteifunktionäre angewiesen, insbesondere jener, die nach Rang und Würde streben, nicht zu vergessen der unzulänglichen Werbetätigkeit in den Abteilungen, die Quittung bei den Wahlen für die Partei wäre katastrophal. Ganz gewiß würden zu Repräsentanten der sozialistischen Bewegung andere als die gegenwärtigen politischen Lokalgrößen gewählt werden, wenn die Gewerkschaften auf die Besetzung der Funktionärsposten und öffentlichen Ämter völlig mitentscheidenden Einfluß besäßen, und das gewiß nicht zum Nachteil der gesamten Bewegung.

Die sozialistische Bewegung kann nur eine Kulturbewegung der Zukunft sein, wenn sie in der Lage ist eine höhere, über der bürgerlichen stehende Ethik der Menschheit zu bieten und durchzusetzen. Als Gregor VII die katholische Priesterschaft exproprierte, ihr das Zölibat auferlegte, sie dadurch vom Erwerb irdischen Guts noch besonders loslöste und zu gehorsamen Dienern der Kirche machte, untermauerte er den Fels Petri, auf dem diese Kirche im Sturm der Zeiten heute noch steht. Die Begehrlichkeit der Priesterschaft nach irdischem Gut zu eigenem Nutzen löste immer wieder Volksaufstände und Revolutionen aus, gab Anlaß zu neuen Religionsbildungen mit dem Motto Gleichheit, das immer wieder durch die Priesterschaft verletzt wurde. Will die Sozialdemokratie als Kulturbewegung nicht stehen bleiben, so muß sie eine wahre Ethik, einen Dienst der Gottheit Arbeit schaffen. Die Psyche jeder aus einer Bewegung hervorgehenden Hierarchie wie Oligarchie neigt dazu aus Dienern und Verwaltern einer unpersönlichen Sache persönliche Besitzer und Herrscher der Sache werden zu lassen, im guten wie auch vielfach im schlechten Sinn. Es ist demzufolge wenig ge-

wonnen, daß so und so viele öffentliche Verwaltungsämter der allerverschiedensten Art durch die Partei besetzt sind, wenn nicht die Leistungen dieser Zahl als merkbare Dienste an der Bewegung gewogen werden können. Nun sind politische Erfolge gewiß schwer meßbar. Auch können Erfolge in späterer Zeit sich als Mißerfolge ergeben. Die Sozialdemokratie braucht um Erfolge nicht zu bangen, wird Mißerfolge vermeiden, sofern ihre berufenen Vertreter unter Preisgabe von Popularitätshascherei und rein persönlichem Streben an die ihnen gestellten Aufgaben herantreten. Sonst kann es leicht geschehen, daß die Priesterschaft der Partei den Fundus an Vertrauen zur Sieghaftigkeit des sozialistischen Gedankens, den ihre Gründer, die Schöpfer des Sozialismus, in die Welt trugen, im Kleinen verschleißt.

Die letzten Kommunalwahlen geben nach verschiedenen Richtungen reichlich Anlaß mit größter Aufmerksamkeit auf Mängel im Gefüge der Sozialdemokratie zu achten, um sie zu beseitigen: und wenn darüber manche liebe Selbsttäuschung zerstört wird.

## WALTHER PAHL • BESSERE AUSWAHL TUT NOT

**S**OZIALISTISCHE Bildungsarbeit ist nur sinnvoll als Bildung zur Mitarbeit in der Arbeiterbewegung. Bei einem immer größern Teil der jüngeren Arbeiter steht aber hinter dem Bildungswillen der Wunsch zu individuellem Aufstieg. Man strebt deshalb mit Vorliebe zu denjenigen Schulen, deren Besuch unmittelbar oder mittelbar die Chance gibt eine "Position" zu erringen. Nun ist es sicher unberechtigt zu fordern, jeder Arbeiter, der eine Bildungsstätte besucht hat, müsse dadurch dem Dienst an seiner Klasse erhalten bleiben, daß man ihn nach dem Schulbesuch wieder an seine Werkbank stellt. Der stetige Machtzuwachs der Arbeiterklasse in der Welt des Staats und der Wirtschaft zwingt sie dazu immer mehr und immer besser geschulte Kräfte für den öffentlichen Dienst zur Verfügung zu halten. Mir scheint aber, daß die Methoden, die heute für die Auswahl der Vertreter der Arbeiterklasse im öffentlichen Dienst angewendet werden, nicht immer richtig sind. Die Erfahrungen des letzten Jahres zwingen jedenfalls in stärkerem Maß als bisher zur Wachsamkeit.

Wir haben nach dem Novemberumsturz Tausende von Genossen in den öffentlichen Dienst, in diese vorderste Front des gesellschaftlichen Machtkampfs, geschickt. Wir mußten das Hals über Kopf tun und haben deshalb, das wissen wir heute, nicht immer die Bestgeeigneten getroffen. So sehr es zu bedauern ist, daß die Genossen heute selten zu werden beginnen, die als Autodidakten zu gesellschaftlichen Machtpositionen emporstiegen: nach dem November 1918 wurden viele nach vorn geschickt, die nicht ungeschult sein mochten, die aber innerlich so hilflos waren, daß sie bei der ersten Berührung mit der ihnen fremden Welt umfielen. Das ist zu verstehen. Aus Funktionären der Arbeiterbewegung waren diese Genossen plötzlich zu Funktionären des öffentlichen Dienstes geworden. Sie mußten nun mit der neuen, ihnen bisher gänzlich fremden Umgebung Fühlung suchen. Sie mußten mit Klassenfremden zusammenarbeiten, denen sie vorher in eindeutiger Kampfstellung gegenüberstanden. Der "Bürgerliche" war zum "Kollegen" geworden. Unser Genosse verlor über seiner Genugtuung trotz seiner andern Herkunft es ebenso weit gebracht zu haben wie jener die innere sozialistische Sicherheit, die von ihm verlangte nun erst recht der Vertreter der Arbeiter-

klasse zu bleiben, der er war. Gewiß, man kann niemand daraus einen Vorwurf machen, daß er sich im weichen Polster wohler fühlt als auf hartem Stuhl. Man kann von dem, der die Mittel dazu hat, auch wenn er aus der Arbeiterklasse kommt, nicht verlangen, daß er sich Holzstühle für seine Wohnung kauft, nur weil Sessel in ihm den Arrivierten vermuten lassen können. Wer die innere Festigkeit besitzt, kann auch den bürgerlichen Komfort, der ihn nun umgibt, nutznießen, ohne an seinem Geist Schaden zu nehmen. Ob wir in dem, den wir auf eine Kommandohöhe des öffentlichen Dienstes gestellt haben, den Besten gefunden haben, wird sich bald daran erkennen lassen, daß er nicht ein geistiges Opfer seiner materiellen Gütervermehrung geworden ist. Manche unserer Genossen wurden jedenfalls die Opfer ihrer falsch verstandenen materialistischen Geschichtsauffassung. Ihre Gedanken haben sich, als ideeller Überbau, mit ihren materiellen Verhältnissen gewandelt. Man darf sich diese Wandlung nicht so vorstellen, als ob der Genosse nun vollständig vergaß, daß er seine neue Position dem Vertrauen seiner Parteifreunde verdankte. Aus der innern und unlösbaren Verflechtung mit der Klasse wurde aber immer mehr und mehr eine rein äußere Beziehung, die gepflegt wurde, um sich "seine Leute warm zu halten".

Dieser "Umfall" des Genossen, der in den öffentlichen Dienst aufstieg, ist gewiß keine Massenerscheinung. Die Einzelfälle rücken aber deswegen um so mehr in das Blickfeld, weil die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung nur auf der unerschütterlichen Treue jedes einzelnen zur sozialistischen Idee gegründet ist. Wir können es zudem durchaus verstehen, daß diese Fälle eingetreten sind, weil wir nach dem Novemberzusammenbruch nehmen mußten, was sich uns anbot, weil wir unsere Vertreter für den öffentlichen Dienst nicht lange auswählen konnten. Wir mußten uns bewußt sein in diesem oder jenem Fall einen Mißgriff getan zu haben. Wir durften damals auch nicht warten, bis uns aus der jungen Generation die genügende Anzahl geschulter und gebildeter Köpfe für die Bewältigung der neuen Aufgaben erwachsen war.

In der Zukunft werden wir mehr denn je Menschen brauchen, die geeignet sind die Masse der sozialistischen Arbeiter zu vertreten, in ihrem Auftrag in vorgerückten Positionen zu handeln. Wir haben aus manchen sehr bedauerlichen Einzelfällen der letzten Jahre gelernt und sind nun an die Aufgabe herangegangen die jungen Parteigenossen für die Leistungen vorzubereiten, die die Zeit von ihnen verlangen wird. Diese durchaus notwendige Arbeit ist aber bisher in einer Weise begonnen worden, die es nicht sicher erscheinen läßt, daß auf dem neuen Weg nicht wieder jene Fälle eintreten, die wir eben für alle Zeit verhindert wissen wollen. Es ist dringend notwendig, daß den jungen Genossen auf den vorhandenen und neu zu schaffenden Bildungsstätten eine Möglichkeit zur Entfaltung ihrer geistigen Kräfte gegeben wird. Wenn diese Schulung aber den Erfolg haben soll, den wir uns von ihr versprechen, dann ist es in erster Linie notwendig, daß wir unter den Bewerbern die richtige Auswahl treffen. Nun bewirbt sich im allgemeinen der, der aufsteigen will. Nicht die sachliche Forderung der Dinge gibt ihm die Richtschnur. Er fragt sich nicht: Was fordert jetzt die Sache von mir? Sondern: Welche Stellung kann ich erreichen? Ich fragte vor kurzem den Schüler einer staatlichen Hochschule (keiner Universität), einen Genossen, worauf er zusteure. Er antwortete: »Gott, es klingt vielleicht spleenig: Innenminister.« Nun braucht solch ein Satz gar nicht so persönlich gemeint zu sein wie er klingt. Er kann

sehr wohl die Überzeugung ausdrücken zu höchstem Dienst im Staat berufen zu sein. Man denkt unwillkürlich an den Ausspruch des jungen Disraeli: »Ich will Premierminister werden.« Vielleicht hatte der Betreffende ihn gerade gelesen. Aber er klang bei ihm ganz anders: nicht ekstatisch sondern mehr technisch. Ich unterließ es ihn weiter zu fragen: »Reich oder Preußen?« Er hätte wahrscheinlich geantwortet: »Erst Preußen, dann Reich.« Als ob man "Severing werden" lernen kann. Das ist ein Fall unter vielen, unter zahllosen. Man darf nicht annehmen, daß diejenigen, die sich bewerben, schon die Gruppe der mehr oder weniger Geeigneten darstellen. Das ist sogar heute meist nicht der Fall. Und das beweist letztlich die Tatsache, daß der junge Arbeiter, der gerade einmal ein Jahr lang ein bißchen in die Bücher geguckt hat, nun schon glaubt auf den nächsten Ministerposten reflektieren zu sollen. Daß der Genosse Paul Hertz den Posten eines Finanzministers abgelehnt hat, konnte nur deswegen solchen Eindruck machen, weil man sich heute nicht mehr rech' vorstellen kann, daß man in solchem Fall nicht gleich "zupackt".

Jedenfalls: Der Bildungswille erwächst heute nicht immer aus der Bereitschaft zu einem selbstlosen Dienst in der Arbeiterbewegung. Das Wichtigste ist oft der Wille zum persönlichen Aufstieg. Die jungen Genossen wollen "etwas werden". Sie haben allzu selten den Ehrgeiz *in* der Arbeiterbewegung etwas zu werden. Fast regelmäßig glauben sie, auf einen Schulbesuch den Anspruch gründen zu können die Arbeiterklasse in einer öffentlichen Funktion zu "vertreten". Die wenigsten sind *innerlich* fähig wieder an ihren Werkplatz zurückzukehren. An diesem Ergebnis scheinen mir Zielsetzung und Methode unserer Bildungsarbeit nicht unschuldig zu sein. So gewiß die Schulung für bestimmte konkrete, eng umrissene Zwecke, etwa bei den kurzzeitigen Kursen in der gewerkschaftlichen Funktionärsbildung, ihre selbstverständliche Berechtigung hat, für die sozialistische Bildungsarbeit sind andere Methoden erforderlich. Hier muß in die Tiefe gegangen werden. Hier genügen nicht die Wissensvermittlung und die Schulung in der Handhabung der Gesetze. Hier darf die Wissensvermittlung nicht Selbstzweck sein sondern muß der Bildung zum sozialistischen Menschen, zum sozialistischen Charakter untergeordnet werden. Die Lehre, die uns die Affären der letzten Monate erteilt haben, besteht eben darin: bei der Auswahl unserer Vertreter für den öffentlichen Dienst in Zukunft nicht mehr so sehr die Dauer der Mitgliedschaft und die Funktion in der Partei zum entscheidenden Maßstab zu nehmen sondern die geistige Haltung und organische Festigkeit des Charakters. An sozialistischen Charakteren mangelt es eben. Unsere Bildungsarbeit ist aber auf ein solches Bildungsziel noch fast gar nicht ausgerichtet.

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen, daß die Normen charakterlichen Verhaltens nur zum allergeringsten Teil auf Schulen lernbar sind. Die gesamte Parteiorganisation muß in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden. Sie muß mehr als bisher dem einzelnen Mitglied zum Bewußtsein bringen, daß Sozialist Sein eine Würde bedeutet, die nicht durch das Parteibuch sondern in dem täglichen Dienst an der Bewegung und im sittlichen Verhalten erworben wird. Es genügt nicht die Vorzeichen zu ändern, es genügt nicht die übernommenen sittlichen Fundamente des Bürgertums zu modifizieren. Der Sozialismus vermag von der Negation der bürgerlichen Welt nicht zu leben. Die Negation ergibt noch keine neue Position. Lebendiges wächst nur aus eigener Substanz. Lassalle sagte den Leipziger Arbeitern: »Euch ziemen nicht mehr

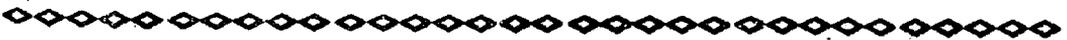


Sie ist nicht Julien Green, aber Julien Green bemüht sich Adrienne Mesurat zu sein: Er berührt, was sie angerührt hat, er riecht, was sie riecht, er verkörpert sich in sie. Um ihr besser nachzugehen, unterwirft er sich dieser heute zu sehr vernachlässigten Regel, ohne die keine Erzählung wahr ist: Julien Green stellt sich in ihren geringsten Kleinigkeiten die Orte vor, die seine Personen besuchen, er kennt die Treppen, die Korridore, er weiß, wie viele Stufen am Hausaufgang sind, und daß an der Straßenbiegung die Trauben der Glyzinen von der Mauer hängen. Schritt für Schritt verfolgt er Adrienne; bisweilen mit dem Zögern und dem Tasten eines Blinden, der sich nicht mehr auf seinen Führer verläßt.

Diesem jungen Mädchen, Adrienne Mesurat, ist das verhängnisvolle Schicksal zugeteilt niemand an sich zu ziehen. Die Einsamkeit heftet sich an Adrienne wie eine Krankheit; eingemauert kommt sie zur Welt, sie erstickt. Ihre Liebe für diesen kümmerlichen Arzt, dem sie einmal auf der Straße begegnet ist, ist der enge Spalt, durch den zu der Gefangenen ein wenig Licht und Luft dringt. Ob sie die Flucht ihrer halb toten Schwester begünstigt oder mit einer Kraftanstrengung ihren Vater die Treppe herunterstürzt und ihn eine ganze Nacht röcheln läßt, Adrienne gehorcht darin dem Instinkt des Gefangenen, der wir alle im Traum gewesen sind, und der eine Mauer übersteigt, dann noch eine; aber zum Schluß bleibt immer eine, an der wir uns erschöpfen. Die Einsamkeit ist Adrienne angeboren. Auch wenn ihre Henker verschwunden sind, gelangt sie nicht aus dem magischen Kreis. Auf ihrer traurigen Reise trägt das junge Mädchen überall wie ein totes Gestirn eine Atmosphäre mit sich herum, in der kein anderer leben könnte.

Der alte Mesurat ist unvergeßlich. Und doch ist er das gemeinste Produkt des Beamtentums, ein Mensch, der Jahre hindurch seine Mühle getreten hat, mit der fixen Idee seiner Pensionierung. Gesegnete Zeit, da der Beamte den auferlegten Zwang durch selbstgewählte Gewohnheiten ersetzen kann: Spaziergang in die Stadt, Kauf der Zeitung, Besuch beim Bahnhofsvorsteher. So maskiert er die Nichtigkeit seines Lebens. Aber es genügt, daß eine Tagesregel gebrochen wird, es genügt eine Bresche in dieser Mauer, es genügt eine unterbrochene Mahlzeit, daß Mesurat sich beraubt und den feindlichen Gewalten ausgeliefert fühlt. Der Familienvater hat seine Gewalt über Leben und Tod seiner Kinder behalten. Aber was für erstickte Existenzen! Wie viele Mädchen altern am Bett des Wesens, das sie nur darum aus dem Nichts gezogen zu haben scheint, um besser und billiger bedient zu werden!

Die Gestaltung dieser Hölle scheint weder gewaltsam noch unwahrscheinlich; aber sie ist dicht abgeschlossen, kein Lüftchen dringt herein, kein Seufzer, kein Lied, kein Gebet, das aus glücklicheren Gegenden kommt. Julien Green schließt seinen Leser in das Gefängnis der Adrienne ein. Wir ersticken mit dieser lebendig Begrabenen. Wir haben das Gefühl vom Nichts umgeben zu sein. Wir glauben uns auf einer verfluchten Insel zu befinden, und trotz der halluzinatorischen Beschwörung der Personen und der Dinge haben wir bisweilen das Gefühl uns im Unwirklichen zu bewegen. Nun, da er zu einer solchen Meisterschaft gelangt ist, muß Julien Green, der Maler der menschlichen Hölle, neue Straßen bahnen, neue Perspektiven eröffnen, über den Horizont einer erlösten Welt.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

### Finanznot

Die Gesamtsituation unserer Wirtschaft, die gewaltige Anforderungen gerade an die Gemeinden stellt, die Beschaffung der Mittel aber sehr erschwert, hat viele Städte in eine ähnliche Finanzsituation gebracht wie das Reich: Sie waren gezwungen Anlagen durch kurzfristige Schulden zu decken und stehen infolge der Unsicherheit und der hohen Kosten dieser Deckungsart vor ersten Schwierigkeiten. Es war vor allem die Mithilfe in der Beseitigung der Wohnungsnot durch den Bau von Wohnungen und die Errichtung der zugehörigen Verkehrsanlagen, die die Kommunen veranlaßte Schulden aufzunehmen. Die umfassende Übernahme solcher Ausgaben durch fremde Mittel wurde außerdem durch das gewaltige Ansteigen des Wohlfahrtsaufwands erzwungen. Bei den einzelnen Städten ist die Lage gewiß verschieden. Zur Illustration seien einige Zahlen über die Finanzsituation der Stadt Köln angegeben, die im Ausmaß der Verschuldung mit an der Spitze steht. Für das laufende Rechnungsjahr wird ein Defizit von 15 bis 16 Millionen Mark geschätzt, das zu erheblichem Teil durch gewaltig erhöhte Wohlfahrtsausgaben verursacht wurde. Die Gesamtschulden der Stadt betragen 329 Millionen Mark, davon sind 157 kurz- und mittelfristig; von dieser Summe wurden für städtische Betriebe 150 Millionen Mark, für Wohnungsbau und Grunderwerb 105, für Straßen-, Brücken-, Kanalbau 55, für Schul- und Bildungswesen und für Wohlfahrtspflege 19 Millionen verwandt. Besonders schwierig ist die Lage in Berlin, sie wird hier besonders besprochen werden, sobald man sie besser überschauen kann, was jetzt durch die Parteipolitik erschwert wird. Die Finanzschwierigkeiten der Städte geben zu recht unangenehmen Maßnahmen der Oberbehörde Anlaß. So wurde in Kassel bei Besprechung der Bewilligung einer Weihnachtsbeihilfe für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger vom Magistrat auf einen Runderlaß des preussischen Innenministers hingewiesen, der es den Magistraten der Städte aufs schärfste untersagt Ausgaben zu bewilligen, für die keine Deckung nachgewiesen werden kann, wenn sie nicht etwa vorher von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden sind.

Unter solchen Umständen kann das Ansehen der Selbstverwaltung nur durch entschiedene Selbsthilfe der kommunalen Organisation gewahrt werden. Der Deutsche Städtetag leitete Anfang November nach Verständigung mit den Sparkassen- und Giroorganisationen einen Sanierungsplan für die Schulden der Städte ein, die übrigen Kommunalorganisationen schlossen sich der Aktion an. Die Konsolidierung der schwebenden Schulden soll aus dem Einlagenzuwachs der Sparkassen durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sollen die Sparkassen innerhalb der satzungsmäßigen Grenzen die Hälfte ihres Einlagenzuwachses in Inhaber- oder Schuldscheinanleihen der Landes- und der Deutschen Girozentrale anlegen. Aus deren Erlös soll die Umwandlung der kurzfristigen Schulden nach Maßgabe der Dringlichkeit durchgeführt werden. Die gesamte schwebende Schuld der Städte wird auf 1,8 Milliarden Mark geschätzt, von diesen stammen 800 Millionen aus den Sparkassen, 400 aus Girozentralen und Landesbanken. Für die 800 Millionen bedeutet die Umwandlung nur eine buchmäßige Bestätigung des bestehenden Zustands; die Sparkassen haben dabei den Vorteil, daß sie ein lombardierfähiges Papier erhalten und so ihre tatsächliche Liquidität erhöhen. Trotz der starken Verwandtschaft der Organisationen, die sich so zur Selbsthilfe verbinden sollen, ist zur erfolgreichen Durchführung dieser Arbeit ein hohes Maß von Selbstzucht und Einordnungswillen notwendig, da selbstverständlich ein starker Widerstreit der Interessen möglich ist. Als erstes hat das Giroinstitut der Rheinprovinz, die Landesbank in Düsseldorf, die Durchführung der Beschlüsse eingeleitet. In einem Aufruf fordert sie die rheinischen Sparkassen auf 50% ihres Einlagenzuwachses zunächst 6 Monate lang gegen Schuldscheine der Landesbank an diese abzuführen. Die Landesbank leitet mit diesen Geldern die Konsolidierung der rheinischen Kommunalschulden ein, indem sie zunächst die Verschuldung der Städte nach Umfang, Gläubiger, Fälligkeit und Prolongationsmöglichkeit ermittelt. Von den nach der Dringlichkeit umzuschuldenden Gemeinden erhält die Bank ebenfalls Schuldscheine. Die Kommunen haben das Recht nach 5 Jahren das Kapital ganz oder teilweise zu kündigen. Neben der Umwandlung der kurzfristigen Schulden ist das Ziel der Aktion

des Städtetags ein Zurückdrängen neuer Anleihewünsche, um durch eine Schonzeit den Markt von der gefährlichen Atmosphäre verunglückter städtischer Anleiheversuche zu reinigen. Die Bedarfsbeschränkung soll so organisiert werden, daß neben einer Zentralstelle beim Städtetag in Berlin in den Provinzen und Ländern ein Ausschuß aus den Vertretern der Städte und der kommunalen Kreditinstitute gebildet wird. Alle Kreditpläne müssen ihm zur Begutachtung vorgelegt werden.

Dieser Plan zur Ordnung der städtischen Finanzen muß vielseitiges Interesse wachrufen. Die Aktion ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, wie die gemeindliche Selbstverwaltung, will sie den modernen Anforderungen genügen, vielfach zu größeren Handlungseinheiten als dem örtlichen Verband zusammengeschlossen werden muß, weil faktisch das Arbeiten und die Gesamtlage einer Gemeinde das Schicksal der übrigen aufs stärkste mit beeinflußt. Es ist gut, wenn rechtzeitig die Organe der Kommunen selbst die notwendige zwischengemeindliche Regelung übernehmen, noch bevor sich staatliche Behörden dazu gezwungen sehen. Die Maßnahmen, insbesondere die Einschränkungen des weitern Anleihebedarfs, sind bittere Notwendigkeiten, nicht nur für die Gemeinden, wesentlich auch für die gesamte Wirtschaft, da mit ihnen ein starker Beschäftigungsanlaß wegfällt, und der Überwindung einer ernsten sozialen Notlage (Wohnungsnot) ein langsames Tempo aufgezwungen wird. Die Städte konnten, um größere Gefahren zu vermeiden, wohl nichts anderes tun. Freilich hätten sie diese Zwangslage voraussehen und ihr durch eine andere Führung ihrer Wirtschaft vorbeugen können. Daß sie sich dazu nicht entschließen konnten, hat ihr Ansehen gemindert.

**Umgemeindung und Selbstverwaltung** Die Umgemeindungsaktion im Ruhrgebiet hatte nicht allgemeine Zufriedenheit

geschaffen. Das war schließlich zu verstehen. Aber die Gegenwehr wuchs ins Lächerliche. Von allgemeinerer Bedeutung wurde sie durch 3 Klagen vor dem Staatsgerichtshof. Die Städte Lüttringhausen, Rheydt, Barmen, Hamborn und Sterkrade, die mit anderen verschmolzen wurden, und die Reichspartei des Deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) im Preußischen Landtag behaupteten, das preußische Gesetz über die kommunale Neugliederung und der § 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeinde-

verfassungsrechts seien verfassungswidrig. Die Gemeinde Niedergläserdorf, auf Grund des § 1 dieses Gesetzes mit einer andern Gemeinde vereinigt, forderte ebenfalls dessen Ungültigkeitserklärung. Außerdem verlangte die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preußischen Landtag, der Staatsgerichtshof solle die Unzulässigkeit der Veränderung der Grenzen von Landkreisen durch Staatsministerialbeschluß aussprechen. Zur Begründung der Anträge wurde angeführt, daß Eingemeindungen auf Grund des Artikels 127 der Reichsverfassung und des Artikels 70 der preußischen Verfassung von der Zustimmung der Beteiligten abhingen; die angefochtenen Gesetze ließen sich nicht mit den Verfassungsartikeln vereinbaren. Zur Klage der Deutschnationalen Volkspartei wurde noch bemerkt, daß die Änderung der Grenzen zu den Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung gehöre. Die Vertreter Preußens betonten demgegenüber, das Mitbestimmungsrecht bei Eingemeindungen sei nicht aus dem Selbstverwaltungsrecht abzuleiten, die Eingemeindungen stellten vielmehr eine außerhalb der Selbstverwaltung liegende Staatsaufgabe dar. Der Staatsgerichtshof lehnte die Klagen ab: Das in Artikel 127 garantierte Selbstverwaltungsrecht sei zwar kein bloßes Bekenntnis sondern ein positiver Rechtssatz, der Staatsgerichtshof könne aber nicht anerkennen, daß dieser Verfassungsartikel den Gemeinden und Gemeindeverbänden alle zur Zeit des Inkrafttretens der Verfassung bestehenden Rechte für immer verbürgen wolle. Preußen könne infolgedessen in der Durchführung der Selbstverwaltung völlig frei verfahren. Änderung der Verhältnisse, Verlegung der Grenzen usw. könnten auf Grund des Gesetzes auch auf dem Weg von Verwaltungsmaßnahmen vorgenommen werden, wie im Fall Niedergläserdorf und in dem Fall, auf dem die Klage der Deutschnationalen Partei fuße.

Der Versuch durch Ausweiten des Begriffs der Selbstverwaltung die wichtige Umgemeindung rückgängig zu machen ist also mißlungen, und es muß auch derjenige, der das Aufrechterhalten inhaltvoller Selbstverwaltung für wichtig hält, einsehen, daß wohl ein hohes Maß selbständiger Aufgabenerfüllung den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden bilden muß, daß aber die Abgrenzung der Gebiete unter Umständen so stark von überörtlichem Interesse ist, daß sie unmöglich in die Hand der lokalen Organisationen gelegt werden kann.

Paris

Am 12. Juli 1929 wurde von der französischen Regierung, deren Chef damals Raymond Poincaré war, der Kammer ein Gesetzentwurf unterbreitet, der auf eine völlige Neuordnung des Stadtgebildes Paris abzielt. Der Abgeordnete André de Fels, ein Sachkenner auf diesem Gebiet, erstattete namens der Verwaltungskommission einen sehr günstigen Bericht über die Regierungsvorlage, die die Wirtschafts- und Verkehrseinheit Groß Paris durch die Eingemeindung der Vororte auch zu einer kommunalen Einheit machen und dann den ganzen Stadtplan neu gestalten will.

Paris umfaßt mit seinen Vororten heute nahezu 6 Millionen Einwohner; es ist in der Bevölkerungszahl die drittgrößte Stadt der Erde (übertrifft, entgegen der unrichtigen Angabe im Berliner Verwaltungsbericht (siehe diese Rundschau 1929 II Seite 1052), Berlin heute schon um fast 2 Millionen). Aber diese 6 Millionen leben auf einem so beschränkten Raum, daß eine ähnliche Bevölkerungsdichte nirgends sonst mehr auf der Welt existieren dürfte. Wie André de Fels hervorhob, droht diese Menschenansammlung eine vollständige Stockung des Verkehrs hervorzurufen, sie bringt auch schwere soziale, hygienische und wirtschaftliche Schädigungen mit sich. Es handelt sich vor allem darum den Verkehr vernünftig zu regeln, neue breite Wege und weite Plätze zu schaffen, so daß man in dieser »schönsten Stadt der Welt«, wie Fritz Stahl sie in seinem aufschlußreichen Parisbuch /Berlin, Rudolf Mosse/ beschreibt, auch so wohnen kann, wie unsere Zeit es verlangt.

Der Gesetzentwurf umfaßt 1. das Departement der Seine, 2. die Gemeinden der Departements Seine-et-Oise und Seine-et-Marne, die in einem Umkreis von 30 Kilometer um Paris liegen, 3. bestimmte Gemeinden des Departements der Oise, die im einzelnen das durch eine Regierungsverordnung vom 24. März 1928 eingesetzte Oberste Komitee zur Regelung des Stadtbezirks Paris zu bezeichnen hat. Es versteht sich, daß sich sämtliche Bewirtschaftungs-, Verschönerungs- und sonstige Verbesserungspläne der einzelnen Gemeinden in dem zu regelnden Territorium nach Annahme des Gesetzes dem allgemeinen Plan einfügen müssen, und ihre Ausführung nur insoweit in Frage kommen darf als sie mit diesem Plan übereinstimmt. Die Ausführung des großangelegten Planungsprojekts soll der Staat überwachen, der auch für die Aufbringung der Mittel zu

sorgen hat. Denn entsprechend der überragenden Bedeutung, die Paris für das ganze Land hat, übersteigt dieser Organisationsplan bei weitem die Kompetenzen der Kommunen oder Departements, er wird zu einem nationalen Werk.

Neben diesem allgemeinen Projekt stellte die Regierung ein anderes auf, das 2 Teilmaßnahmen vorsieht: die eine betrifft die große Straße von Paris nach Saint-Germain, die andere die Schaffung einer Trabantenstadt. Diese Projekte, deren Durchführung ebenfalls dem Obersten Komitee unterstellt ist, stehen natürlich im Zusammenhang mit dem allgemeinen Plan. Für die Verwirklichung des allgemeinen Plans wie der Teilpläne ist eine 3fache Zusammenarbeit vorgesehen: der öffentlichen Gewalten, des Privatkapitals und der Grundbesitzer, deren Grund und Boden ja dadurch einen Wertzuwachs erhält. Der Plan soll spätestens innerhalb eines Jahres durchgeführt sein. Ein besonderes Gesetz wird die Ausführungsbestimmungen und die Finanzierungsmaßnahmen fesseln.

Es besteht kein Zweifel, daß die Kammer den Entwürfen ihre Zustimmung geben wird. So geht diese Stadt, die Jahrhunderte hindurch das Kulturzentrum Europas war, die sich an allen entscheidenden Punkten ihrer Entwicklung grundlegend erneuerte und doch immer wieder ein organisches Ganze bildete, die bei der Hundertjahrfeier der Großen Französischen Revolution 1889 von der Spitze des damals errichteten Eiffelturms als "Hauptstadt der Welt" angesprochen wurde und jetzt ein Kraftfeld des werdenden Vereinigten Europäischen Kontinents ist, auch kommunal wieder einer neuen Zukunft entgegen.

Totalliste

In Berlin starb am 22. April 1929 *Heinrich Metzger*, Direktor des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine. Er war lange Stadtbaurat in Bromberg und hervorragender Spezialist auf dem Gebiet der Stadtentwässerung. Im August starb in Berlin ganz plötzlich der Stadtoberschularzt *Ernst Joel*, erst 36 Jahre alt. Joel leitete die Fürsorgestelle für Alkoholkranke im Bezirk Tiergarten. Er arbeitete auch wissenschaftlich, vor allem über Rauschgiftkrankheiten, war als Forscher auf diesem Gebiet bereits bekannt geworden. Ein Opfer der Sklarekaffäre wurde in Berlin der Obermagistratsrat *Otto Schalldach*, der Leiter der Berliner Anschaffungsgesellschaft. Während seiner Vernehmung durch den Oberregierungs-

rat Tapolski wurde er am 13. Dezember vom Schlag getroffen, an dem er sofort starb. Schalldach, der politisch der Deutschen Volkspartei angehörte, hatte sich um den Ausbau der Anschaffungsgesellschaft des Magistrats verdient gemacht, indem er die Mißwirtschaft, die er dort vorfand, energisch und gründlich beseitigte. Später wurde er in die Sklarekaffäre verwickelt. Ein Disziplinarverfahren brachte nichts Belastendes gegen ihn; einige Punkte waren noch nicht geklärt, als ihn der Tod ereilte.

**Kurze Chronik** Ein Antrag der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei richtet sich gegen die rein bankmäßige Betätigung der Stadt- und Kreissparkassen durch *Gründung eigener Banken* in engster Anlehnung an die Sparkassen. Deren Einrichtung habe sich als überflüssig und schädlich erwiesen. Die Sparkassen seien außerdem auf ihren ursprünglichen Aufgabenkreis: Pflege des Real- und Personalkredits für das boden- und heimatständige Bürgertum, festzulegen. Der Wirtschaftspartei unterläuft dabei der Fehler, daß sie die Sparkassen, und nicht, wie es der Fall ist, die Gemeinden, als Gründer der Stadtbanken ansieht. Im übrigen ist es interessant, wie hier diese Partei den Staat gegen die Ausübung eines tatsächlichen Selbstverwaltungsrechts mobil machen will, während sie an anderer Stelle, wie die oben besprochene Klage gegen das Umgemeindungs-gesetz zeigt, den Gedanken der Selbstverwaltung gegen den Staat auszuspielen versucht. ◊ Die Sozialdemokratische Partei brachte im Bürgervorsteherkollegium der Stadt *Hannover* einen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister Menge ein, in dem diesem der Vorwurf gemacht wird, daß er sich »unfähig erwiesen hat im Interesse des Allgemeinwohls und der gesamten hannoverschen Bevölkerung unparteiisch zu wirken«. Da die beiden bürgerlichen Gruppen den Saal bei der Abstimmung verließen, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Praktisch handelt es sich aber zunächst nur um eine Demonstration, da Menge für 12 Jahre angestellt ist. Der Ausfall der Kommunalwahl, die eine sozialdemokratische Mehrheit brachte, kann als Zeichen allgemeiner Unzufriedenheit mit der bisherigen Leitung der Stadt angesehen werden. ◊ Der Magistrat der Stadt *Kassel* lehnte für das Etatjahr 1930 die Subvention des Luftverkehrs ab und legte damit die 3 über Kassel führenden Luftfahrtrlinien

still. (Die bisherige Subvention betrug für jeden landenden oder aufsteigenden Gast 60 Mark.) Das Gelände des Flugplatzes wurde wieder an den Militär-fiskus zurückgegeben, von dem es gepachtet war. Die Werke der Stadt *Kassel*: Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk und ein im Bau befindliches Hallenschwimmbad, wurden in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 15 Millionen Mark umgewandelt. ◊ Auch in *Dresden* plant der Stadtrat die Umwandlung der Städtischen Werke: Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk sowie Straßenbahn, in die Form einer Aktiengesellschaft. Die Anteile sollen im Besitz der Stadt bleiben. Die Umwandlung wird damit begründet, daß man leichter Anleihen zu erhalten hofft. Zu diesem Zweck hat man auch die Bestimmung vorgesehen, daß die Anleihegeber 2 Sitze im Aufsichtsrat erhalten sollen. In einer vorbereitenden Sitzung der Stadtverordneten-ausschüsse wandten sich die bürgerlichen Parteien gegen den Plan; vornehmlich, weil die Gefahr bestehe, daß ausländische Vertreter in den Aufsichtsrat gelangen. ◊ Die *Mainzer* Eingemeindungen wurden durch den Hessischen Landtag genehmigt. Die Stadt *Mainz* überschritt dadurch die Grenze von 100 000 Einwohnern und greift auf das rechtsrheinische Gebiet über. ◊ Bei der *New Yorker* Bürgermeisterwahl am Anfang November erhielt der bisherige Bürgermeister James Walker eine überwältigende Mehrheit. Von insgesamt 1 370 000 Stimmen entfielen auf ihn 865 500, während sein republikanischer Gegner nur 368 300 Stimmen erhielt. Bedeutend gestiegen sind seit der letzten Wahl die Stimmen für den sozialistischen Kandidaten. Damals erhielten die Sozialisten nur 39 500 Stimmen, diesmal deren 174 000. Ihr Kandidat Thomas war übrigens von der Sozialistischen Partei auch als Kandidat bei der Präsidentschaftswahl aufgestellt worden.

**Literatur** Der 1. Band eines Werks *Roman Heiligenthals Städtebaurecht und Städteleben* /Berlin, Verlag der Deutschen Bauzeitung/ behandelt die Grundlagen des Städtebaus und die Probleme des Städtebaurechts im deutschen und außerdeutschen Sprachgebiet. Er ist ein Beitrag zur Diskussion des preußischen Städtebaugesetzentwurfs, der besonders durch das Fruchtbarmachen ausländischer Erfahrung wirkt. Der 2. Band soll nach Erlaß des Städtebaugesetzes als Kommentar dieses Gesetzes folgen.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

**Kunfi †** Siegmund Kunfi, eine der bedeutendsten Gestalten des ungarischen Sozialismus, starb am 18. November 1929 plötzlich in Wien. Er war am 28. April 1879 in Groß Kanisa geboren, entstammte einer armen Beamtenfamilie, studierte Philologie, wurde Mittelschullehrer und als solcher wegen sozialdemokratischer Propaganda unter dem Unterrichtsminister Graf Apponyi diszipliniert. Er übernahm die Redaktion des ungarischen Zentralorgans *Nepszava* und gab außerdem die wissenschaftliche Zeitschrift *Sozialismus* heraus. Er wurde zum glänzendsten Redner und Publizisten der Partei. Er veröffentlichte eine Reihe politischer Abhandlungen. Auch als Übersetzer zeichnete er sich aus; er übertrug das Kommunistische Manifest, eine Auswahl Lassallescher Schriften und, literarisch aufs stärkste interessiert, Werke von Anatole France ins Ungarische. Als der Krieg ausbrach, befand er sich mit Karolyi auf einer Agitationsreise in Amerika. In der Revolution rief er in Ungarn die Republik aus und wurde in der Regierung Karolyi Unterrichtsminister. Nach deren Sturz trat er zwar als Volkskommissar in die Räteregierung ein, im März 1919, kam aber als Gegner des Terrors bald mit Bela Kun in scharfen Konflikt, so daß er an der 2., von den Räten eingesetzten Regierung nicht mehr teilnahm. Als die Herrschaft Kuns zusammengebrochen war, blieb er noch in Ungarn, flüchtete erst nach der völligen Überwältigung der ungarischen Arbeiterschaft nach Wien. Dort wurde er von der österreichischen Sozialdemokratie mit offenen Armen aufgenommen und Redakteur an der Wiener Arbeiterzeitung und am Kampf. Außerdem arbeitete er stark in der Arbeiterbildung mit. Er war das Haupt der ungarischen sozialistischen Emigration und vertrat ihre Organisation in der Sozialistischen Internationale.

**Frankreich** Am 22. Oktober 1929 war das Ministerium Aristide Briand zu Fall gekommen; ganz plötzlich, völlig überraschend und im Grunde nur über eine Ungeschicklichkeit (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1929 II Seite 1032). Die Gelegenheit ist gegeben ein Linkskabinett zu bilden. Der Führer der Radikalen Daladier wird mit seiner Konstituierung beauftragt. Er wendet sich natürlich an die Sozialisten. Die Sozialistische Partei Frankreichs

hatte eine wichtige Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen. Die Anzahl ihrer Sitze beträgt in der Kammer 101, im Senat 15. Die Wochenzeitschrift der Richtung Renaudel, *La Vie Socialiste*, schätzt die Zahl derer, die davon überzeugt sind, daß man nicht warten könne, bis den Sozialisten die absolute Mehrheit zufalle, auf 85 %. Von der Parlamentsfraktion entscheiden sich 36 gegen, 12 für die Teilnahme an der Regierung. Die Fraktion ist nicht vollzählig, gibt aber wohl die Meinung der Gesamtheit im Verhältnis richtig wieder. Indes, über diese Frage hat der Landesausschuß der Partei, das Comité National, zu entscheiden, der auch sofort zusammenberufen wird. Und dieser stellt sich gegen eine Beteiligung an der Regierung. Die Folge ist: Es kommt ein Kabinett mit André Tardieu an der Spitze zustande, das innenpolitisch eine Verschiebung nach rechts darstellt. Man kann wohl sagen: Die Parteiorganisation, das Land, hat sich gegen die Fraktion entschieden. Nun soll am 25. Januar in Paris ein außerordentlicher Parteitag zusammentreten. Diskussionsgegenstand ist die Frage der Teilnahme an der Regierung. Die französische Partei wird ja gewiß auch noch dazu gelangen der Taktik der Sozialistischen Parteien anderer Länder zu folgen und die Gelegenheiten zur Teilnahme an der Regierung auszunutzen.

**Schweiz** Auf ihrem Parteitag am 30. November und 1. Dezember 1929 hatte die schweizerische Sozialdemokratie eine Entscheidung zu treffen, die für ihre weitere Politik und Taktik von größter Bedeutung sein mußte. Es galt Stellung zu der Frage zu nehmen, ob man in die Regierung eintrete, das heißt, ob man einen Sitz im Bundesrat beanspruche. Nun ist allerdings der Bundesrat der Schweiz nicht auf gleiche Stufe mit einer parlamentarischen Regierung zu stellen. Seine 7 Mitglieder sind nicht an das Vertrauen der Kammermehrheit gebunden, es gibt auch keine Gesamtverantwortung vor dem Parlament, da über alle wichtigen Fragen die direkte Volksabstimmung entscheidet. Jedes Bundesratsmitglied steht an der Spitze eines Ressorts; der Präsident wird jährlich von dem Bundesratskollegium aus seiner Mitte gewählt. In dem Bundesrat herrschen bisher die Freisinnigen mit 5 und die Katholisch-Konservativen mit 2 Sitzen. Durch die Demission des Leiters des Eisenbahnwesens, des Freisinnigen Haab, wurde 1 Sitz im Bundesrat frei.

Für die Sozialdemokratie stellte sich die Frage, ob man Anspruch darauf erheben sollte; mit 26 % der Wähler gehörte ihr eigentlich mehr als 1 Sitz. Durch den plötzlichen Tod des Freisinnigen Karl Scheurer, des Chefs des Militärdepartements, wurde noch ein 2. Bundesratsitz frei. Auf dem Parteitag im Basler Volkshaus sprachen 2 Redner für, 2 gegen die Beteiligung am Bundesrat. Der Kongreß entschied sich für die Beteiligung. Als Kandidat wurde der Züricher Stadtpräsident Emil Klöti, der bekannteste Kommunalpolitiker der schweizerischen Sozialdemokratie, aufgestellt. Der eine Bundesratsposten war aus dem Kanton Zürich, der andere aus dem Kanton Bern zu besetzen. Auf den 2. Sitz erhob die Partei keinen Anspruch. Der Parteitag lehnte es ausdrücklich ab für die Bundesratswahl irgendwelche Verpflichtungen mit den anderen Parteien einzugehen.

Die Wahl der Bundesratsmitglieder brachte aber eine große Überraschung. Die Bundesversammlung, die sie vorzunehmen hatte, und die aus Nationalrat und Ständerat besteht, wählte keinen Sozialdemokraten. Die Überraschung bestand aber noch mehr darin, daß für den Züricher Sitz nicht der offizielle Kandidat der Freisinnigen, sondern mit den Stimmen der Katholisch-Konservativen der Freisinnige Albert Meyer, Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung, gewählt wurde. Den Berner Sitz erhielt ein Vertreter der Bauernpartei. Die Enttäuschung über die Wahl machte sich in der Sozialdemokratie durch eine Protestbewegung mit Massenversammlungen Luft. Vor allem aber wirkte sie sich bei der Berner Kommunalwahl am 14. und 15. Dezember günstig aus. Die Hälfte der 80 Stadtratsmitglieder war neu zu wählen, und die Sozialdemokratie errang dabei die absolute Mehrheit.

**Tschechoslowakei**

In der Tschechoslowakei brachten die Wahlen vom 27. Oktober 1929 (siehe die

Rundschau Innenpolitik 1929 II Seite 1034) den Sozialisten einen großen Stimmenzuwachs, und die alte bürgerliche Koalitionsregierung kam in die Minderheit. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie wuchs um  $\frac{1}{3}$  auf fast 1 Million Wähler und wurde damit zur zweitgrößten Partei des Landes, die deutsche kam auf  $\frac{1}{2}$  Million; die magyarische hatte sich mit der tschechischen vereinigt. Neben diesen beiden Parteien stehen noch die Nationalsozialisten (die nicht mit den deutschen Nationalsozia-

listen verwechselt werden dürfen). Diese Partei des Außenministers Eduard Beneš rekrutiert sich aus Schichten der Arbeiterklasse und des Mittelstands. Sie stieg auf  $\frac{3}{4}$  Million Stimmen und bildet nun mit den beiden genannten Parteien einen sozialistischen Block. Die Kommunistische Partei ging von 930 000 auf 750 000 zurück.

Die Hauptschwierigkeit dieses jungen Staatswesens mit seinen verschiedenen starken Nationalen Minderheiten bleibt deren Aussöhnung mit einander. Das Nationale bildete eine Kluft auch zwischen deutscher und tschechoslowakischer Sozialdemokratie. Die gemeinsame Opposition gegen die Regierung der bürgerlichen Koalition näherte sie einander. Am 28. Januar 1928 hatte ein gemeinsamer Kongreß in Smichow stattgefunden. Nach der Wahl im Oktober stellte sich ihnen die Frage des Eintritts in die Regierung. Die deutsche Partei hielt deshalb am 30. November und 1. Dezember in Außig einen außerordentlichen Parteitag ab, mit dem einzigen Tagesordnungspunkt Die politische Situation und die Arbeiterklasse. Der Parteivorstand Ludwig Czech hielt ein ausführliches Referat, das lebhaft diskutiert wurde. Der Parteitag billigte dann einstimmig die Verhandlungen des Parteivorstands zwecks Teilnahme an einer Regierungskoalition auch im Interesse »einer weitern Ausgestaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse des Landes mit der tschechischen Bruderpartei«.

Die Bildung der Regierung war eine langwierige Arbeit, dauerte 6 Wochen. Am 7. Dezember kam das neue Kabinett zustande (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1929 II Seite 1135). In ihm haben die Sozialisten 6 Ministerien inne. Die Deutschen bekamen das für Soziale Fürsorge (Czech). Die deutsche Partei, die zum erstenmal an einer Regierung teilnimmt, gab, gewissermaßen um diesen Schritt zu rechtfertigen, am 18. Dezember im Abgeordnetenhaus eine längere Erklärung ab. Darin wurde betont, daß sie bei der Beratung der Regierungserklärung die volle Unterstützung der tschechischen Bruderpartei gefunden hat, die sich offen an die Seite der deutschen Sozialdemokratie stellte und deren nationalkulturelle Forderungen auch zu den ihrigen machte.

**Polen**

In Polen ging eine Konzentration der sozialistischen Kräfte vor sich. Neben der Polnischen Sozialistischen Partei be-

stehen dort der Bund der Jüdischen Sozialisten und die am 6. Oktober 1929 in Lodz gegründete Deutsche Sozialistische Arbeitspartei. Die abgetrennten Teile der deutschen Sozialdemokratie in Oberschlesien hatten sich 1922 in Bielitz mit entsprechenden Teilen der österreichischen Sozialdemokratie zusammengeschlossen. 1925 traten sie mit der neugegründeten Deutschen Arbeitspartei Polens in Lodz in Verbindung. Am 5. und 6. Oktober fand in Lodz eine Tagung statt, die die völlige Verschmelzung dieser Gruppen durch die Gründung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei brachte. Auf der Gründungstagung wurde die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Gruppen des Landes stark betont. Am 24. Oktober fand eine Konferenz in Warschau statt, die von den 3 sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftskommission veranstaltet worden war. Sie sollte sich mit der Möglichkeit enger Zusammenarbeit befassen. Sie einigte sich denn auch auf 2 Punkte: Zusammenfassung der Kräfte zur Verteidigung der Demokratie, Notwendigkeit eines Programms für die Probleme der Nationalen Minderheiten. Zur Durchführung wurde eine Kommission eingesetzt, in die jede der 4 Gruppen 2 Vertreter schickt.

#### Kommunalwahlen

In England finden jedes Jahr am 1. November Gemeindevahlen statt, die  $\frac{1}{2}$  der Gemeindevertreter erneuern. Sie brachten 1929 als Auswirkung des Sieges der Labour Party bei der Parlamentswahl ihr auch eine beträchtliche Stärkung in den Gemeindevertretungen. Am 17. November wurden in einigen Ländern in Deutschland, in Preußen und Sachsen, am 8. Dezember in Bayern, die Gemeindevertretung neu gewählt. Die Wahl brachte in Berlin der Sozialdemokratie eine Schlappe (siehe dazu den Artikel Kamrowski's Nachträgliche Betrachtungen zur Berliner Kommunalwahl 1929, in diesem Band Seite 47 und folgende). Die Sozialisten hatten sich gegen ein Kesseltreiben aller Parteien zu verteidigen. Die Kommunistische Partei hatte einen Erfolg in der Hauptstadt zu verzeichnen. In den anderen Städten und Gemeinden konnte sich diese Partei aber nicht behaupten, ging teilweise sehr stark zurück, während die Sozialdemokratie durchweg Erfolge hatte. Die charakteristische Erscheinung dieser Wahl war das überall zu konstatierende Anwachsen der für die Nationalsozialisten abgegebenen Stimmen.

#### Arbeitersportbewegung

Vom 12. bis zum 14. Oktober 1929 hielt in Prag die Arbeitersportinternationale ihren 5. Kongreß ab. Diese Internationale wurde 1913 gelegentlich eines Fußballspiels zwischen Arbeitersportlern Frankreichs, Belgiens und Englands gegründet. Zu diesen Ländern gesellte sich Deutschland. Der Krieg löste diese Bindungen, aber 1920 wurde diese Internationale in Luzern neu geschaffen, mit dem Namen Luzerner Sportinternationale. Seit ihrem Kongreß in Helsingfors nennt sie sich Sozialistische Arbeitersportinternationale. Sie zählt heute rund 2 Millionen Mitglieder, davon in Deutschland allein die Hälfte. Die Länder, in denen noch bemerkenswerte Arbeitersportverbände bestehen, sind Österreich, die Tschechoslowakei und Belgien. Jetzt bildet sich in England eine entsprechende Arbeitersportbewegung. Neben der Sozialistischen Arbeitersportinternationale entstand die Rote Sportinternationale in Moskau, die eine ihrer vornehmsten Aufgaben heute darin sieht die erstgenannte zu bekämpfen. Auf dem Prager Kongreß lehnte die Sozialistische Arbeitersportinternationale entschieden jede Verbindung und jede Spielgemeinschaft mit Anhängern der sogenannten Roten ab, die, wie stets, mit dem Schlagwort von der Einheitsfront die Arbeitersportbewegung unter den Einfluß Moskaus bringen wollen und insbesondere die deutsche Bewegung schwer geschädigt haben. Auf der Tagesordnung des Prager Kongresses standen unter anderen Fragen: Die Stellung der Frau im Arbeitersport ( $\frac{1}{4}$  der Mitglieder der Internationale sind Frauen), Internationaler Gesundheitsdienst und Erziehung. Der Kongreß beschloß im Juli 1931 in Wien die 2. Arbeiterolympiade abzuhalten.

#### Eigenpublikationen

Der Arbeiterjugendverlag in Berlin entfaltet für die Sozialistische Arbeiterjugend durch seine Veröffentlichungen eine sehr wertvolle, aller Anerkennung würdige Tätigkeit. So gibt er regelmäßig ein Jahrbuch heraus, das besonders für den Arbeiterbildner wichtiges Material enthält, und veröffentlicht die Berichte der Reichskonferenzen. Für das Verständnis der Jugendbewegungen wichtige Erscheinungen sind zu nennen, wie Johannes Schult Das Jugendproblem der Gegenwart, Victor Engelhardt Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen, E. R. Müller Das Weimar der arbeitenden Jugend, Hermann Heller Sozialismus und Nation, Hendrik de Man

Der Sozialismus als Kulturbewegung und andere mehr. Neben solchen Schriften stehen Sammlungen von Dichtungen, Sprechchören usw. Kürzlich erschien bereits in 2. Auflage das Handbuch für sozialistische Jugendarbeit, zusammengestellt von Max Westphal. Es führt ausgezeichnet in die Arbeit der Jugendgruppen ein. Sein Wert besteht vor allem in der Anleitung, die es den Gruppenführern für ihre Tätigkeit gibt. Immerhin hätten wir geglaubt, daß die Klärung der Anschauungen auch in der Jugend bereits weiter vorgeschritten wäre. Die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse müßte sich eigentlich durch die Klarheit der Begriffe auszeichnen, müßte in der geistigen Entwicklung an der Spitze stehen. Aber wir können ebenso in der Bildungsarbeit der Jugend wie in der Partei sehen, daß man an alten Formulierungen am konservativsten hängt. Die jüngste Veröffentlichung des Verlags ist ein Büchlein über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Franz Klühs *Werden und Wachsen der sozialistischen Bewegung*. Geschichte kann ein ausgezeichnetes Mittel der Erziehung zu sozialistischer Gesinnung sein. Ein pädagogisch hoch zu wertender Zug dieser flott geschriebenen kurzen Darstellung ist, daß sie stark die Persönlichkeiten der Bewegung herausstellt. Die Jugend begeistert sich an dem leuchtenden Beispiel. Nur sollten die Gewerkschaften etwas stärker hervorgehoben, die Genossenschaften zum mindesten gestreift, und auch die sogenannten Kulturorganisationen berührt werden, denn auch sie gehören zur sozialistischen Bewegung.

**Totenliste**

Am 7. August 1929 starb in Milwaukee *Victor Berger*, der Vorkämpfer des Sozialismus in Amerika, der einzige, der, bis zur letzten Wahl 1927, als Sozialist im Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika saß. Er war am 28. Februar 1860 in Niederrehbach in Siebenbürgen geboren, studierte in Wien und Budapest, ging 1878 mit seiner Familie nach Amerika. Schon 1892 bis 1897 leitete er in Milwaukee, dessen Bürgermeister er später wurde, und das ein Zentrum deutscher Einwanderung war, die sozialistische Zeitung in deutscher Sprache, den *Vorwärts*, dann die Wahrheit und schließlich den *Social Democratic Herald*. 1911 bis 1913 war er Mitglied des Kongresses. 1918 wurde er wiedergewählt, aber am 10. November 1919 wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung aus dem Kongreß ausgeschlossen. Wegen seiner Stellung

zum Krieg war er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden; das Urteil wurde aber später aufgehoben. Im März 1923 wurde er von Milwaukee erneut in den Kongreß geschickt, ebenso 1925. Ein treuer Freund der Sozialistischen Monatshefte und ein entschiedener Anhänger ihrer Richtung starb am 1. Dezember nach langer Krankheit in Zürich: *Eugen Dietzgen*, der älteste Sohn des Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen. Die sozialistische Bewegung verlor einen Mann, der vom "radikalen" Marxisten im Umgang mit dem Leben nicht etwa ein Verneiner des Sozialismus geworden war sondern die scheinradikalen Ansichten zu einem Revisionismus eigener Art entwickelte, den er als eine in der heutigen Wirklichkeit begründete Weiterführung und Vertiefung des Marxismus betrachtete. Seine Lebenserfahrungen hatte er in Amerika gesammelt. Er war am 6. Mai 1862 in Ückerrath bei Köln geboren, wanderte mit 18 Jahren nach Amerika aus, auf Anraten seines Vaters, der 2mal, 1848 als Flüchtling und 1859, selbst nach Amerika gegangen, aber jedesmal nach 2 Jahren wieder nach Europa zurückgekehrt war. Der Sohn hatte drüben großen geschäftlichen Erfolg und kam zu beträchtlichem Vermögen als Fabrikant von Zeichenutensilien. Dabei bildeten sich seine Anschauungen um, was ihn in scharfen Gegensatz zu seinen ehemaligen Freunden brachte. Er kehrte in die Heimat zurück. Den Krieg erlebte er als amerikanischer Bürger in Deutschland. Schließlich zog er sich nach Zürich zurück. Er widmete sich vornehmlich der Aufgabe die Lebensarbeit seines Vaters in der Partei lebendig zu erhalten (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, in diesem Band Seite 85 und folgende). Die Sozialistischen Monatshefte, die er nach seinen Kräften auch materiell förderte, werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

**Kurze Chronik** Am Sonntag den 1. Dezember 1929 veranstaltete die sozialistische Organisation von Paris im Pariser Vorort Champigny eine *deutsch-französische Friedenskundgebung*, die auf die Massen der etwa 10 000 Teilnehmer einen starken Eindruck machte. Vom Sockel des Denkmals für die Gefallenen des Krieges von 1870-1871 aus sprachen Albert Thomas, Léon Blum und Otto Wels, dessen Rede von Sascha Grumbach den Zuhörern übersetzt wurde. Es handle sich heute nicht mehr darum, so erklärte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts,

zum Krieg war er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden; das Urteil wurde aber später aufgehoben. Im März 1923 wurde er von Milwaukee erneut in den Kongreß geschickt, ebenso 1925. Ein treuer Freund der Sozialistischen Monatshefte und ein entschiedener Anhänger ihrer Richtung starb am 1. Dezember nach langer Krankheit in Zürich: *Eugen Dietzgen*, der älteste Sohn des Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen. Die sozialistische Bewegung verlor einen Mann, der vom "radikalen" Marxisten im Umgang mit dem Leben nicht etwa ein Verneiner des Sozialismus geworden war sondern die scheinradikalen Ansichten zu einem Revisionismus eigener Art entwickelte, den er als eine in der heutigen Wirklichkeit begründete Weiterführung und Vertiefung des Marxismus betrachtete. Seine Lebenserfahrungen hatte er in Amerika gesammelt. Er war am 6. Mai 1862 in Ückerrath bei Köln geboren, wanderte mit 18 Jahren nach Amerika aus, auf Anraten seines Vaters, der 2mal, 1848 als Flüchtling und 1859, selbst nach Amerika gegangen, aber jedesmal nach 2 Jahren wieder nach Europa zurückgekehrt war. Der Sohn hatte drüben großen geschäftlichen Erfolg und kam zu beträchtlichem Vermögen als Fabrikant von Zeichenutensilien. Dabei bildeten sich seine Anschauungen um, was ihn in scharfen Gegensatz zu seinen ehemaligen Freunden brachte. Er kehrte in die Heimat zurück. Den Krieg erlebte er als amerikanischer Bürger in Deutschland. Schließlich zog er sich nach Zürich zurück. Er widmete sich vornehmlich der Aufgabe die Lebensarbeit seines Vaters in der Partei lebendig zu erhalten (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, in diesem Band Seite 85 und folgende). Die Sozialistischen Monatshefte, die er nach seinen Kräften auch materiell förderte, werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

diese oder jene Einzelfrage der Kriegsliquidation möglichst günstig für die Deutschen oder für die Franzosen zu lösen, sondern nun gelte es die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auszubauen und zur zwingenden Richtschnur für eine neue europäische Politik zu machen. ◊ Die Schlappe bei der letzten Wahl hat dazu geführt, daß die Arbeiterpartei Belgiens eine rege Propagandaarbeit entfaltet und ihre Organisation verstärkt. In Gent fand im Oktober 1929 unter dem Vorsitz Edouard Anseles eine Konferenz der flämischen Organisationen zur Verstärkung der Presse statt, die einen Fonds von 5 Millionen Francs für den Vooruit aufzubringen beschloß; kurz darauf tagte eine Konferenz in Brüssel, mit dem Zweck die Parteipresse zu fördern. ◊ Auf einer Tagung in Tel Awiw schlossen sich die beiden jüdischen Arbeiterparteien Palästinas, Achduth Awoda und Hapoel Hazair, zusammen. Die neue Jüdische Arbeiterpartei Palästinas steht auf dem Boden der Sozialistischen Internationale und beabsichtigt sich durch das Verbandsbureau der Poale Zion ihr anzuschließen. ◊ Als Nachfolger Bergers im Vorsitz der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika wurde Morris Hillquit gewählt. Hillquit wurde 1869 in Riga geboren. Von Beruf ist er Advokat. Er gehört zu den Begründern der amerikanischen Sozialistischen Partei und vertritt sie heute in der Exekutive der Sozialistischen Internationale. Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen ihn aus seinem hier veröffentlichten Artikel Probleme des nordamerikanischen Sozialismus (1910 II Seite 1091 und folgende). Die Witwe Bergers, Meta Berger, wurde in den Vorstand der Sozialistischen Partei gewählt. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Volks-erziehung und ist seit fast 20 Jahren Mitglied der Schulpflege von Milwaukee.

**Literatur** Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gibt, wie in dieser Rundschau (1929 I Seite 150) bereits angezeigt, eine Gesamtausgabe der Aufsätze, Reden und Briefe Victor Adlers heraus, besorgt von Gustav Pollatschek /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/. Im vorigen Jahr erschienen 4 Bände. Jetzt kam der wichtige Band heraus, der den Kampf um das Wahlrecht behandelt, also die Zeit von 1890 bis 1907. Er hat ganz besonderes allgemeinpolitisches Interesse, und es sei auf ihn nachdrücklich hingewiesen.

### Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

**Zusammenschluß** Die von Jahr zu Jahr zunehmende Konzentration in der Wirtschaft, die Entstehung immer größerer machtvollerer Wirtschaftskörper, der ständig straffere und fester gefügte Zusammenschluß der Arbeitgeber eines Industriezweigs zwingen die Gewerkschaften ebenfalls in immer größeren Verbänden zu kämpfen. So wurde es notwendig vom Berufsverband zum Industrieverband überzugehen. Es ist das große Verdienst Robert Dißmanns, des Führers der Metallarbeiter, schon in der ersten Nachkriegszeit auf diese Notwendigkeit mit allem Nachdruck hingewiesen zu haben. Aber er irrte, wenn er glaubte diese Industrieverbände durch Dekret schematisch schaffen zu können. Als der Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds in Durchführung eines dahingehenden Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahr 1922 daran gingen eine Vorlage für den Aufbau und die Abgrenzung der Industrieverbände auszuarbeiten, zeigten sich bald ernsthafte Schwierigkeiten. Eine Anzahl Verbände wollte ihre Selbständigkeit nicht aufgeben und war geneigt eher ihre Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dafür zu opfern. Die Tendenz zum Industrieverband war da, war zwingend mit dem Fortschreiten der Wirtschaft gegeben. Aber es war ganz unmöglich diese Entwicklung gewaltsam zu Ende zu führen. In der richtigen Erkenntnis dieser Situation beschloß der Gewerkschaftskongreß in Breslau /1925/ den einzelnen Verbänden einen freiwilligen Zusammenschluß zu empfehlen. Dieses Vorgehen hat sich, wie die Ergebnisse bald zeigten, bewährt. Hatten sich schon kurz vor diesem Kongreß die Reichsgewerkschaft der Reichsbahnbeamten und der Deutsche Eisenbahnverband zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands verschmolzen, so folgte am 1. August 1926 eine weitere wichtige Konzentration. Die Verbände der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter schlossen sich mit einigen verwandten Gruppen zu einer großen selbständigen Abteilung im Fabrikarbeiterverband, dem Keramischen Bund, zusammen. Als eine weitere gewerkschaftliche Großmacht entstand aus den Verbänden der Bäcker und Süßwarenarbeiter, der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Fleischer und Böttcher am 1. April 1928 der Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter. Aus den 41 Verbänden, die der Allgemeine

Deutsche Gewerkschaftsbund noch 1924 zählte, waren im Jahr 1928 35 geworden. Durch den nach langen Verhandlungen am 7. Oktober 1929 nunmehr endgültig vollzogenen Zusammenschluß des Verkehrsbunds, des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands und des Gärtnerverbands sinkt diese Zahl auf 33 herab.

Diese neue Riesenorganisation steht unter den Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds an 2. Stelle und wird nur durch den Metallarbeiterverband übertroffen. Sie zählt rund 660 000 Mitglieder. 390 000 kommen aus dem Verkehrsbund, zirka 260 000 aus dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, zirka 10 000 aus dem Gärtnerverband. Aus den Einnahmen der einzelnen Verbände im Jahr 1928 gewinnt man eine Vorstellung von der finanziellen Kraft dieser gewerkschaftlichen Großmacht. Sie betragen insgesamt 24 Millionen Mark. Seine Hauptbedeutung aber gewinnt dieser Verband dadurch, daß er die Mehrheit aller Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe in sich vereinigt, und zwar Arbeiter, Angestellte und Beamte. Er umfaßt nunmehr die größte deutsche Beamtengewerkschaft. Durch die Einrichtung eines besondern Beamtensekretariats will er dieser Tatsache besondere Rechnung tragen. Außerhalb des Verbands stehen von den Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe nur noch die im Eisenbahnerverband zusammengeschlossenen Eisenbahner. Aber es ist anzunehmen, daß auch sie in absehbarer Zeit zur großen Einheitsorganisation stoßen. Eine kleinere Gewerkschaft, der Verband der Berufsfeuerwehrlente, schloß sich schon am 1. Januar 1930 an.

Die Vereinigten Verbände der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs, so lautet nunmehr der offizielle Titel des Gesamtverbands, haben große und wichtige Aufgaben zu erfüllen; neben den eigentlich gewerkschaftlichen solche, die speziell aus ihrer Stellung in den öffentlichen Betrieben folgen. Gerade heute, wo die kommunale Wirtschaft so heiß umstritten ist, hat der Verband für ihr Gedeihen Sorge zu tragen, andererseits aber gerade hier, wo zweifellos viel günstigere Möglichkeiten als im Privatbetrieb vorhanden sind, auch um den Aufbau einer wirklich demokratischen Betriebsorganisation zu kämpfen. Er ist dabei auf eine ganz enge Zusammenarbeit mit der Partei angewiesen, die in den kommunalen Körperschaften die Voraussetzungen der öffentlichen Wirtschaft schafft.

Frankreich: Léon Jouhaux charakterisierte Ende 1929 in der von Max Weber in vorbildlicher

Weise redigierten Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz die augenblickliche Lage der französischen Gewerkschaften mit den Worten: »Es handelt sich für sie nicht mehr, wie zur Zeit des Kampfes gegen die "Kommunisten", darum die Zukunft um jeden Preis zu sichern sondern am Aufbau dieser Zukunft zu arbeiten.« Daß diese Worte zutreffen, erkennt man auch an der nüchternen und sachlichen Arbeit des letzten Kongresses, der in Paris vom 17. bis zum 20. September 1929 tagte. Die große Linie eines zielklaren Aufbaus, die schon auf dem vorletzten Kongreß vorhanden war, trat noch stärker heraus. Während die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit, unter dem Einfluß syndikalistischer Theorien, eine stark antistaatliche Stellung einnahmen, versuchen sie jetzt mehr und mehr mit Hilfe des Staats ihre Forderungen durchzuführen. Es wurde in dieser Rundschau schon des öftern auf das Programm des Gewerkschaftsbunds hingewiesen, das eine Fülle staatlicher Maßnahmen verlangt. Jouhaux, einst der überzeugte Verfechter der syndikalistischen Theorie, geht heute als Delegierter zur Internationalen Arbeitskonferenz und als Völkerbundsdelegierter nach Genf und spielt im Wirtschaftsrat Frankreichs eine entscheidende Rolle. Eine für die französische Wirtschaft eminent wichtige Frage staatlichen Handelns, die Frage der Sozialversicherung, stand auch im Mittelpunkt der Diskussion dieses Kongresses. Im Sozialversicherungsgesetz, das erst am 5. April 1928 angenommen wurde, sollen jetzt durch eine Änderung die Landarbeiter von den Vorteilen der Sozialversicherung ausgeschlossen werden. Die Gewerkschaften, deren ausgezeichnete Spezialreferent Georges Buisson auf dem Kongreß ausführlich zu diesem ganzen Fragenkomplex sprach, verlangen dagegen, daß die Landarbeiter den Industriearbeitern gleichgestellt werden. Sie setzen sich ferner für ein Gesetz ein, das demnächst im Parlament zur Verhandlung kommt und die Bezahlung der Ferien für jeden Arbeiter vorsieht. Ferner verlangte der Kongreß, daß ein schon vor 2 Jahren in der Kammer angenommenes Gesetz über die Arbeitsunfälle nun endlich auch vom Senat verabschiedet werde. Auch die Regelung von Arbeitskonflikten, die Kontrolle der Märkte, das Problem der Rationalisierung, also alles Fragen, wie sie auch die deutschen

Gewerkschaften beschäftigen, wurden in nüchternen und sachlicher Art behandelt. Mit 4758 Stimmen gegen nur 55 Stimmen bei 36 Enthaltungen wurde der Vorstandsbericht gebilligt.

Während der Kongreß der Confédération Générale du Travail ein Bild des Aufschwungs gab, zeigten sich auf dem der "kommunistischen" Gewerkschaften, der Confédération Générale du Travail Unitaire, der zur selben Zeit tagte, starke Zersetzungsercheinungen. Allerdings erfuh man davon nur aus dem Pariser Organ der Kommunistischen Partei, der Humanité; denn der Kongreß tagte heimlich, und es war kein Pressevertreter zugelassen. Von den 963 Verbänden standen 148 in scharfer Opposition, die sich in erster Linie gegen die Kommunistische Partei richtete. So erklärte ein Führer: »Ich verachte die Kommunistische Partei aufs tiefste.« Und der Führer der Hafendarbeiter von Dünkirchen traf zweifellos das Richtige, wenn er behauptete, daß »die Mehrheit nur von Bluff und Lüge lebt«. An positiver Arbeit wurde natürlich nichts geleistet. So versteht man es, wenn aus dem Wirrwarr der verschiedensten Richtungen (man kann zumindest eine parteikommunistische, eine syndikalistische und eine anarchistische deutlich unterscheiden) mehr und mehr Verbände sich zur Confédération Générale du Travail zurückfinden. Die beiden Verbände der Elektrizitätsarbeiter machten im vorigen Jahr damit den Anfang. Neben den geschlossenen Verbänden kehren aber auch die einzelnen Arbeiter mehr und mehr zur Confédération Générale du Travail zurück. Während 1922 sowohl der "kommunistische" wie der sozialistische Verband rund 500 000 Mitglieder umfaßte, ist jetzt die Mitgliederzahl des erstgenannten auf knapp 300 000 gesunken, die des andern dagegen auf über 800 000 gestiegen.

**Holland** Der 14. Kongreß des an den Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Niederländischen Gewerkschaftsbunds tagte vom 9. bis zum 12. September 1929 in Rotterdam. Er nahm ein von der Landeszentrale und von der Sozialdemokratischen Partei aufgestelltes *Dringlichkeitsprogramm* an, das unter anderm folgende Punkte enthält: Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, restlose Durchführung der gesetzlich geregelten 48-Stunden-Woche für alle Arbeiter, auch für das Personal im öffentlichen Dienst und bei den Eisenbahnen, gesetzliche Urlaubsregelung für alle Arbeitneh-

mer, Mindestlöhne für die Landarbeiter, Mitbestimmungsrecht und Arbeitsverfassung. Man erörterte auch die Organisationsfrage und erkannte dabei grundsätzlich den Industrieverband als die geeignete Organisationsform an. Der Kongreß bestätigte den Eindruck, den man aus den Mitgliederzahlen gewinnt, daß sich nämlich die holländischen Gewerkschaften in den letzten Jahren außerordentlich gekräftigt haben. Im Jahr 1928 war ein Mitgliederzuwachs von 15 000 erreicht, in der 1. Hälfte des Jahres 1929 aber von 22 000, so daß die holländischen Gewerkschaften am 1. Juli 242 000 Mitglieder zählten und damit nur noch wenig hinter dem vor einem Jahrzehnt einmal erreichten Höchststand von 259 000 Mitgliedern zurückbleiben. Im Jahr 1931 soll eine Delegation nach *Indonesien* gesandt werden, um zu einer engern Verbindung mit der einheimischen Gewerkschaftsbewegung zu kommen und zu prüfen, auf welche Weise deren Entwicklung rasch und zweckmäßig gefördert werden kann.

**Eigenpublikationen** Das Jahrbuch 1928 des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds*, das, 323

Seiten stark, in einer noch bessern Ausführung und noch klarern, übersichtlicheren Gliederung als bisher vorliegt, gibt wieder ein ausgezeichnetes Bild von dem immer weiter gespannten Wirken der Freien Gewerkschaften. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik im Jahr 1928, Entwicklung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung werden ausführlich behandelt. Auf allen diesen Gebieten ist das aktive, ziel-sicher gestaltende Eingreifen der Gewerkschaften zu erkennen. Die Entwicklung des Bundes war auch 1928, trotz der wenig günstigen Wirtschaftslage, sehr erfreulich. Im Durchschnitt stieg seine Mitgliederzahl um 10,2%, von 4 415 673 auf 4 866 926. Davon waren 739 645 weibliche und 180 394 jugendliche Mitglieder. Der Frauenanteil betrug also prozentual 15,2%, gegen 15,4% Ende 1927, der Jugendlichenanteil 3,7%, gegen 3,4%. Allerdings sind die Angaben über die Zahl der jugendlichen Mitglieder sehr ungenau, da ein Teil der Verbände sie nicht gesondert auszählt, ein anderer sie in besonderen Abteilungen zusammenfaßt, aber nicht zum Mitgliederbestand hinzurechnet. Von den 34 Verbänden, die Angaben über den Mitgliederbestand machten, weisen nur 4 kleine Verbände im Berichtsjahr einen Mitgliederverlust auf, von insgesamt

1848 Mitgliedern. Alle übrigen Verbände haben beträchtlich zugenommen. Dabei steht auch in diesem Jahr der Metallarbeiterverband mit einer Zunahme von 15,7% an 1. Stelle; er ist mit seinen 944 310 Mitgliedern auch der stärkste Verband des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds. Zunahmen, die noch den Durchschnitt aller Verbände übertrafen, waren ferner beim Fabrikarbeiterverband, beim Baugewerksbund, beim Landarbeiterverband und beim Gemeinde- und Staatsarbeiterverband zu vermerken. Von den 35 Verbänden überwiegt bei 5 Verbänden die Anzahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder; die Buchbinder mit 67,7%, die Hilfsarbeiter der Graphischen Industrie mit 64,5%, die Hutarbeiter mit 63,9%, die Tabakarbeiter mit 77,2% und die Textilarbeiter mit 57,9% weiblicher Mitglieder. Aber auch in diesen Verbänden bleiben die Frauen doch relativ gering an den großen Funktionärarbeiten beteiligt. Es wird in dem Jahrbuch über diese Verhältnisse besonders geklagt. So gab es auf dem letzten Gewerkschaftskongreß unter 282 Vertretern nur 2 weibliche; der Textilarbeiterverband mit seinen 174 044 weiblichen Mitgliedern, das sind 58% der Mitgliedschaft, entsandte unter 20 Delegierten nur 1 Frau. Hier wird noch durch planmäßige Schulungsarbeit sehr viel geändert und verbessert werden müssen. Sehr Erfreuliches weiß auch das Jahrbuch über den Fortgang der Bildungsarbeit zu berichten. Wohl keine Gewerkschaftsbewegung der Erde leistet in dieser Hinsicht so viel wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Durch den Aufbau der Bundesschule in Bernau bei Berlin und durch eine weitere große Schule im Westen Deutschlands wird die bisherige Arbeit gekrönt werden. Verbesserungsbedürftig scheint nach dem Bericht noch das Arbeiterbüchereiwesen zu sein. Den Umfang des gewerkschaftlichen Kampfs zeichnen die Ausführungen über die Lohnbewegungen. Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug im Jahr 1928 12 228, gegen 14 367 im Jahr 1927. Es handelte sich dabei um 741 465 Betriebe mit rund 12 Millionen Beschäftigten. Dabei wurden folgende Lohnerhöhungen erreicht: Für männliche Personen rund 20 Millionen Mark pro Woche, im Durchschnitt pro Kopf und Woche 2,82 Mark, gegen 2,54 Mark 1927, für weibliche Personen rund 3,3 Millionen Mark, pro Kopf und Woche 1,75 Mark, gegen 1,56 Mark 1927, zusammen also rund 23 Millionen

Mark. Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich 1928 weiter gut entwickelt. Die Einnahmen sind von 182 auf 222 Millionen Mark gestiegen. Vor allem sind sie auch pro Mitglied gewachsen, und zwar von 40,87 Mark auf 44,02 Mark. Die Gesamtausgaben stiegen von 130 auf 189 Millionen Mark; davon entfielen 62,5 Millionen auf Unterstützungen, 52 auf Verwaltung, 32 auf Arbeitskämpfe, 18 auf Agitation und Organisation, 12 auf Presse und Bildungswesen, 12 auf Sonstiges. Über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, der gewerkschaftlichen Unternehmungen liegen sehr günstige Berichte vor. Ein reichhaltiges und außerordentlich klar gegliedertes Tabellenmaterial über Löhne, Mitgliederzahlen, Verbandseinnahmen usw. ergänzt die Ausführungen.

Auch die Jahrbücher der einzelnen Verbände bestätigen das günstige Bild, das wir aus dem Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewinnen. Auch hier hören wir überall Erfreuliches über den Mitgliederstand, über die finanzielle Entwicklung und die Arbeitskämpfe. Die Bildungseinrichtungen und die Verbandspresse sind auch hier überall weiter ausgebaut. Auch äußerlich sind die Jahrbücher zumeist weiter verbessert. Die wirtschaftliche Betrachtung, für die Schulung der Funktionäre von außerordentlicher Bedeutung, nimmt überall einen breiten Raum ein. So sind in dem 314 Seiten starken Jahrbuch des Textilarbeiterverbands allein 143 Seiten einer ausführlichen Darstellung der Lage der Textilwirtschaft gewidmet. Im folgenden seien noch einige wesentliche Angaben aus den verschiedenen Jahrbüchern mitgeteilt.

Jahrbuch des *Textilarbeiterverbands*: Trotz schlechter Konjunktur in der Textilindustrie sind rund 10 000 neue Mitglieder gewonnen. Eine besondere Altersstatistik zeigt, daß es sich dabei vorwiegend um Mitglieder zwischen 20 und 35 Jahren handelt. Ihr prozentualer Anteil stieg bei den Männern von 38,5 im Jahr 1926 auf 42,8 im Jahr 1928, bei den Frauen von 47,9 auf 50,6%. Es wurden 130 Lohnbewegungen für 665 000 Mitglieder durchgeführt. Dabei wurden bei Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen für rund  $\frac{1}{2}$  Million Personen Lohnerhöhungen von 1,53 Mark pro Kopf und Woche erzielt, für 190 000 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 2,48 Stunden pro Woche. Die Einnahmen betragen 10,8, die Ausgaben 10,4 Millionen Mark, der Vermögensstand am Jahreschluß 1,7 Millionen Mark.

Geschäftsbericht des *Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands* für das Jahr 1928: Der Verband zählt Ende 1928 258 000 Mitglieder, gegen 230 000 Ende 1927; also eine Steigerung von 11,3%, während 1927 nur eine Steigerung von 10,1% zu verzeichnen war. Die Organisationsquote ist sehr hoch. Sie beträgt bei den Männern etwa 85%, bei den Frauen 15%. Die Gesamteinnahmen betragen 5,9, die Ausgaben 5,6 Millionen Mark. Das Vermögen beträgt etwa 8 Millionen Mark, pro Mitglied durchschnittlich 32,70 Mark. Es wurden 459 Lohnbewegungen in 3467 Orten und 9162 Betrieben mit 365 000 Beschäftigten durchgeführt, davon nur 4 Streiks in 9 Betrieben mit rund 3000 Beschäftigten. Die Erhöhung der Löhne betrug dabei 2,29 Mark pro Kopf und Woche. Das Jahrbuch enthält eingehende Untersuchungen über die verschiedenen kommunalen Betriebe in Deutschland.

Jahrbuch des *Holzarbeiterverbands* 1928: Es wird von besonders harten Kämpfen berichtet. Im Frühjahr 1928 wurden alle Lohnstarife gekündigt und 616 neue Tarife für 340 800 Arbeiter neu vereinbart, in der Regel für 1 Jahr. Dabei wurden durchschnittliche Lohnerhöhungen von 3,54 Mark pro Kopf und Woche erreicht. Der Verband konnte einen Mitgliederzuwachs von rund 17 000 verbuchen. Er zählte damit am Jahresende 268 000 männliche, 21 000 weibliche und 24 000 jugendliche Mitglieder, zusammen also 313 000 Mitglieder. Das Jahrbuch berichtet ausführlich über die amtliche Lohnstatistik im Holzgewerbe.

Jahrbuch des *Malerverbands* 1928: Die Mitgliedersteigerung beträgt 16,5%. Der Verband zählt am Jahresende 57 000 Mitglieder. Es wurden über 200 Lohnbewegungen durchgeführt, pro Kopf und Woche 3,74 Mark Erhöhung erreicht.

Jahrbuch des *Lederarbeiterverbands* 1928: Es bringt auch in diesem Jahr einen allgemeinen informierenden Aufsatz Wladimir Woytinskys über die Bedeutung des Außenhandels für Deutschland. Der Verband hatte einen (allerdings leichten) Verlust von 645 Mitgliedern; deren Anzahl ist von 38 185 im Jahr 1927 auf 37 540 gesunken.

Jahresbericht des *Buchdruckerverbands* 1928: Die Mitgliederzahl stieg um 3,7%, von 81 000 auf 84 000, in der Lehrlingsabteilung um 6,1%, von 16 300 auf 17 300; das Verbandsvermögen von 6¼ auf 8½ Millionen Mark. Die Organisationsziffer ist im Buchdruckgewerbe sehr hoch. 92,5% der Gehilfen, 80,9% der Lehrlinge sind freigewerkschaftlich organisiert.

Jahrbuch des *Bergbauindustriearbeiterverbands* 1928: Ausführlich ist auch in diesem Jahr die Tätigkeit der Gemeinwirtschaftskörper behandelt. Die Mitgliedschaft stieg von 195 000 Ende 1927 auf 198 400 Ende 1928. Das Gesamtvermögen betrug rund 8 Millionen Mark. 79 Lohn- und Arbeitszeitbewegungen für 767 000 Beteiligte wurden geführt. Bei den Betriebsrätewahlen wurden 6158 Betriebsvertretungsmitglieder gewählt, davon waren 4807 Vertreter der Freien Gewerkschaften: das sind 63,5%.

**Kurze Chronik** Dem Internationalen Bund der *Privatangestellten* ist die 1800 Mitglieder zählende Organisation der Bankbeamten Südslawiens beigetreten. Das Internationale Berufssekretariat der Angestellten und Techniker zählt somit 46 Organisationen in 20 Ländern. ◊ Das im September 1929 eingesetzte *Vierländerkomitee*, bestehend aus je 2 Vertretern Belgiens, Luxemburgs, Frankreichs und Deutschlands, hielt am 18. November unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbunds seine 1. Sitzung ab. An ihr nahmen auch die Internationalen Sekretäre der Bauarbeiter, Eiegarbeiter und Metallarbeiter teil. Man besprach die besonderen Verhältnisse in Luxemburg und den benachbarten Industriebezirken und setzte einen aus 4 Vertretern bestehenden Arbeitsausschuß ein, der genaue Pläne für eine einheitliche Propaganda ausarbeiten sollte. ◊ Die Mitgliederzahl des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds* stieg auch im 2. Vierteljahr 1929 beträchtlich. Sie betrug 4 942 986 gegenüber 4 878 235 am 31. März. ◊ Das Bundeskomitee des *Schweizerischen Gewerkschaftsbunds* nahm in der Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat Stellung. Es kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß »die Beteiligung vom Standpunkt der Arbeiterschaft im allgemeinen, insbesondere aber vom Standpunkt des Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Gewerkschaften, sehr zu begrüßen« wäre. Es hat mit diesem Beschluß wesentlich dazu beigetragen, daß die Partei sich auf ihrem letzten Parteitag klar und deutlich in diesem positiven Sinn entschied (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 62 und folgende). ◊ Der Arbeiterbildungsverband *Dänemarks*, der von der Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften gebildet wird, erwarb die Volkshochschule in Roskilde bei

Kopenhagen. Er beabsichtigt neben der bereits in Esbjerg bestehenden Arbeiterhochschule am 1. April 1930 dort eine neue einzurichten. ◊ An die vor einiger Zeit errichtete Föderation der Organisationen der Lustbarkeitsarbeiter Spaniens schlossen sich vor kurzem der Verband Spanischer Schauspieler und der Verein der Fußballarbeiter Spaniens an. (Es charakterisiert die Entartung des Fußballsports, wenn sich hier bereits die Berufsfußballspieler freigewerkschaftlich organisieren zu müssen glauben.)

## Literatur

Der langjährige Vorsitzende des Steigerverbands **Georg Werner** erzählt in seinem

Buch *Ein Kumpel* / Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/ in spannender Weise sein Leben. Er hat es verstanden von dieser Selbstbiographie aus eine ganze Reihe von allgemeinwichtigen Fragen zu behandeln. Aus sehr reicher persönlicher Erfahrung heraus spricht er über das ganze, auch heute im Zeitalter der Wirtschaftsdemokratie höchst aktuelle Problem demokratischer Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen im Betrieb. In der Darstellung des Wechsels der Betriebsmethoden und in der Schilderung des vor allem von Hugo Stinnes mit aller Schärfe entwickelten Antriebssystems wird eine Fülle von wirtschaftshistorisch belangvollen Einzelheiten gegeben. Aus einer Arbeit betitelten Mappe des als Bergmannsmaler bekannten Graphikers Hermann Kästelhöhn aus Essen sind dem Buch 3 eindrucksvolle Bilder beigegeben. ◊ Der Begriff der Friedenspflicht, das heißt der Pflicht während der Dauer eines Tarifvertrags Kampfmaßnahmen zur Abänderung der geltenden Tarifbestimmungen zu unterlassen, ist seit langem auch von den Gewerkschaften anerkannt, obwohl eine direkte gesetzliche Regelung dafür nicht vorhanden ist. Diesen Fragenkomplex untersucht **Karl Brinkmann** in einer Schrift *Friedenspflicht und Tarifbruch* / Berlin, Reimar Hobbing/. Im 1., theoretischen Teil seiner Schrift erörtert er die Friedenspflicht als Inhalt eines jeden Tarifvertrags in ihrem sachlichen und zeitlichen Umfang, und er stellt ihre Grenze und ihren Geltungsbereich fest. Im 2. Teil wird die Verletzung der Friedenspflicht als ein besonderer Fall des Tarifbruchs behandelt. Die Schrift bietet, auch in ihrer Auseinandersetzung mit der vorhandenen arbeitsrechtlichen Literatur, wertvolles Material zum Verständnis dieser grundsätzlich wichtigen Fragen.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

## Europaprobleme

Die Konzeption der Sozialistischen Monatshefte, Jahr um Jahr mit Nachdruck vertreten: daß das kulturelle Schicksal Deutschlands mit dem der übrigen Festlandsstaaten, insbesondere Frankreichs, unzertrennlich verbunden ist, daß das deutsche Volk nur in einem Vereinigten Europäischen Kontinent seine nationale Aufgabe erfüllen, nur in ihm sich kulturell festigen, bereichern und auswirken kann, bildet heute bereits für eine ganze Literatur den ideologischen Hintergrund. Allerdings ist diese Literatur noch nicht eigentlich volkstümlich. Ihr fehlt noch der leidenschaftliche soziale Widerhall, die klassische Publizistik, Rhetorik, Mimik, Epik, Dramatik, die solchen Widerhall erzeugen und damit den gewaltigen Mächten, die die Gestaltwerdung des kontinentalen europäischen Kulturgedankens verhindern, entgegenwirken könnten. Die kulturphilosophische Analyse Europas, Deutschlands, Frankreichs, des Abendlands, der bestehenden und entstehenden Weltmachtzentren, die neue Sichtung des soziologischen Materials aus dem neuen europäischen Geist ist zweifellos wichtig, notwendig und darum zu begrüßen. Wichtiger aber noch ist im Augenblick die soziale Wirkung der entscheidenden Gedanken, ihr Ethos, ihre sinnfällige, aufrührende Darbietung. Europa hat, wenn es nicht untergehen oder auf lange Zeit hinaus kulturelle Etappe, Barbarenland, werden soll, nicht mehr lange Zeit zum beschaulichen Philosophieren über sein Wesen, seine Herkunft und seine Bestimmung. Es ist Zeit zum Handeln und Gestalten, zum Aufbau unter gleichzeitiger Abwehr. Die Zukunft wird zeigen, ob das Erwachen, die Besinnung auf das Gebot der Stunde nicht hoffnungslos zu spät gekommen ist. Paul Morand läßt in seinem Roman *Bouddha vivant* / Paris, Bernard Grasset/, der 1928 in der Übertragung Th. Mutzenbechers auch deutsch erschien (*Der lebende Buddha* / Leipzig, Inselverlag/), einen buddhistischen Prinzen nach Europa kommen. Dieser verliebt sich in Paris in eine junge Amerikanerin, folgt ihr nach den Vereinigten Staaten und kehrt schließlich, durch seine europäischen und amerikanischen Erlebnisse ernüchtert und nun erst recht ein Sohn seiner orientalischen Heimat, über San Francisco nach Asien zurück, um sein Volk im Geist seiner Vorfahren und seines Landes zu regieren. Dieser Roman ist wichtige europäische Literatur, weil

er Tausende von Europäern zwingt über das Wesen menschlicher Kultur in einer Weise nachzudenken, die das europäische Chaos und den amerikanischen Zivilisationsleerlauf sinnfällig macht und gleichzeitig den leidenschaftlichen Wunsch erweckt an der innern Erneuerung Europas mitzuwirken. Das Buch zeigt freilich nur, woran Europa krankt, nicht, wodurch es geheilt werden könnte. Immerhin wird so viel ersichtlich, daß die Rettung nicht aus der Technik, nicht aus der Rasse, nicht aus der Organisation, sondern nur aus einem neuen Durchbruch tiefer Menschlichkeit und aus einer neuen Gestaltung der materiellen Dinge aus diesem Zentrum kommen kann. Daß im Vorbeigehen die Vereinigten Staaten von Amerika als ein Land rassischer Vorurteile, menschlicher Brutalität und seelischer Verarmung dargestellt werden, sollte im europäischen Sinn zum Nachdenken anregen.

Trümmerfeld Europa nannte Oscar Blum eine kulturpessimistische Studie /Berlin, Franz Schneider/, die zwar schon einige Jahre zurückliegt und deutlich den niederdrückenden Einfluß der ersten Nachkriegsjahre erkennen läßt, die aber in ihrer Analyse der europäischen Lage manches enthält, was auch heute noch Gültigkeit hat. Über die Möglichkeit und Form eines europäischen Aufstiegs werden freilich nur sehr unbestimmte Andeutungen gemacht: Es handelt sich um einen Kampf auf Leben und Tod. Dieser Kampf darf nicht nur politischer Art sein. Das einzige, worauf Europa noch bauen kann, ist seine große geistige Kraft und sein technisches Können, von denen gehofft werden muß, daß sie sich in der Not erst recht entfalten werden. Vorboten einer geistigen Erneuerung scheinen sich anzukündigen. Es gilt alle Kräfte zu sammeln, die imstande wären der »Vernunft zu helfen«. Solange der soziale Gedanke nicht den moralischen Halt wiederfindet, den ihm einst seine ersten Rufer zu geben wußten, so lange wird kein Staatsstreich Europas Wunden heilen können. Das ungefähr ist das Ergebnis, zu dem der Verfasser gelangt.

Auch Johann Ludwig Fischer sucht in seiner Schrift Über die Zukunft der europäischen Kultur /München, Dreimaskenverlag/ dem heutigen und künftigen Europa mit Hilfe kulturphilosophischer Betrachtungen die Diagnose zu stellen. Das entscheidende Gepräge der europäischen Kultur stellt sich dem Verfasser nach der politisch-wirtschaftlichen Seite hin als Kapitalismus, nach der theoretischen Seite als naturwissen-

schaftlicher Mechanismus dar. Die Zukunft Europas scheint ihm davon abzuhängen, daß es zu einer allseitigen Vermenschlichung der Wirklichkeit übergeht. Und wenn er meint, daß das alte Europa in seinem großen kulturellen Fonds und in Reservoir seiner arbeitenden Klassen mehr Lebensfähigkeit besitze als das (angeblich) junge Amerika, und daß die Überwindung der gegenwärtigen europäischen Krise weniger in einem Aufschwung nach außen als vielmehr in der Schaffung höherer sozialer Formen im Innern gesucht werden müsse, so wünscht man, daß er recht behalte.

Ausgehend von dem polaren Gegensatz idealer Lebensgestalten, wie er etwa in Herakles und Buddha mythologischen Niederschlag gefunden hat, und wie wir ihn auch in Morands Bouddha vivant zu epischer Schilderung moderner europäischer Problematik verwendet gefunden haben, nähert sich Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (Held oder Heiliger /Wien, Paneuropaverlag/) einer geographisch-historischen Analyse der europäischen Seele. Er findet sie geographisch bedingt durch Rasse, physische Gliederung des Lebensraums, relative natürliche Armut und Sonnenferne unseres Erdteils. Als wesentliche historische Elemente stellen sich ihm dar: Antike, Christentum, Rittertum. Seine Auffassung vom Judentum als vorchristlicher Sekte respektive des Christentums als eines reformierten Judentums wird dem selbständigen religiösen Wert des Judentums und damit seiner schöpferischen Bedeutung für Europa und das moderne Geistesleben nicht gerecht. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß in dem am Schluß des Werks aufgestellten Ideal einer neuen europäischen Ritterlichkeit nicht die Beziehungen deutlich werden, die zwischen dieser Ritterlichkeit und dem Ideal des Heiligen gerade dann bestehen müßten, wenn dieses Ideal nicht nur in einer Übertragung des englischen Gentlemanbegriffs auf das alte Europa bestehen soll.

Hier überzeugt zum Beispiel der Begriff eines neuen Menschentums, einer innern Synthese von Heidentum und Christentum, wie sie Max Brod in seinem Werk Heidentum, Christentum, Judentum (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, 1922 II Seite 822 und folgende) herausgearbeitet hat, viel stärker. (Wobei es ganz gleich bleibt, ob man in dieser letzten Konzeption den Ausdruck einer spezifisch jüdischen Religiosität erblicken soll oder nicht; man könnte ebensowohl wie beim Judentum bei Dante oder

Kierkegaard anknüpfen, um dem modernen Heldentum, das zugleich einen Grundwert religiöser Heiligkeit verkörpert, näher zu kommen als es aus Coudenhoves Darstellung ersichtlich wird.) So wird zwar der moderne europäische Immoralismus in Gesellschaft, Politik, Staatsleben, der moderne Verfall der europäischen Moral mit seinen Gefahren des Untergangs von Coudenhove eindrucksvoll geschildert, aber die Zone, aus der der neue europäische Idealismus seine Leidenschaft, seine gestaltende Kraft gewinnen kann, wird von ihm nicht genügend herausgearbeitet.

**Amerika** Eines der schwersten Hindernisse für den Aufschwung eines europäischen Geistes ist die Suggestion des "Amerikanismus", die unsere Geistigen fesselt und steril macht. Es ist ein Götzte, den man sich selbst aufgerichtet hat. Denn der Irrwahn, als ob dieser sogenannte Amerikanismus die moderne Jugendkraft verkörpere, grassiert nur in Europa und vornehmlich in Deutschland, aber keineswegs in Amerika, wo vielmehr die rebellischen Jungen und wirklich Geistigen in diesem bei uns so verehrten Begriff ganz klar den Geist stets vom Gestern geschaffener, aus abgelegten europäischen Geistesmoden zusammengesetzter Konvention erkennen. Es gilt nun auch in Europa selbst diesem Wahn zu Leibe zu gehen.

Da kann das Buch Egon Erwin Kisch' Paradies Amerika /Berlin, Erich Reiß/ gute Dienste leisten. Kisch hat die Vereinigten Staaten vor einem Jahr bereist, und er kommt zu dem Ergebnis, daß »Amerika nicht mehr das Land der unbeschränkten Möglichkeiten« sondern das »der unmöglichen Beschränktheiten« genannt werden sollte. In einer Selbstanzeige im Tagebuch faßt er sich so zusammen: »Ich nahm Tagelöhnerarbeit an, die drüben leichter zu finden ist als hier, aber dafür auch nur einen Bruchteil des Existenzminimums gewährleistet. Meine hübscheste Arbeit war die eines Leichtmatrosen auf einem Schiff, das von New York durch den Panamakanal in die Häfen des Pazifischen Ozeans fuhr. Das, was die Leute, vom Ersten Offizier an bis zum letzten Schiffsjungen, sprachen, war das gleiche, was man von den Filmschauspielern in Hollywood, von Goldgräbern in Sacramento, von den Verbrechern in Chicago, von Arbeitern auf Fords Rouge Plant in Detroit, von den Spionen in Washington, den Bankiers von Wallstreet, den Leichenbalsamierern

in New York, den Quäkern in Philadelphia, den Hutmachern in Connecticut, den Konfektionären der Bowery und von den Mädeln überall zu hören bekommt. Es ist der perfekte Blödsinn und überall der gleiche Blödsinn.« Die Unbedingtheit dieses so schroffen Urteils mag tendenziös erscheinen. In Anbetracht der Rolle, die die Vereinigten Staaten als Land der "Freiheit" und der "Demokratie" in der Phantasie der europäischen Massen noch immer spielen, wirkt sie als erfreuliche Sachlichkeit. Europa hat ganz gewiß keine Veranlassung zur kulturellen Selbstüberhebung. Aber es hat auch keine Veranlassung sich albernem Illusionen über Amerika hinzugeben. Übrigens tritt auch bei Kisch das, worin die Vereinigten Staaten Europas Lehrmeister sein könnten, durchaus hervor; zum Beispiel in der vorzüglichen Organisation einzelner großer Bibliotheken. Aber im großen und ganzen ist es doch herzlich wenig. Die materielle Abhängigkeit von der nordamerikanischen Union, in die Europa durch den Krieg geraten ist, macht es doppelt notwendig, daß es sich auf seine eigene produktive Art besinnt, und dazu kann das neue Buch des "rasenden Reporters" gerade dadurch mit beitragen, daß in ihm von Europa überhaupt nicht die Rede ist. Leider ist es dagegen nicht möglich Europa aus dem Spiel zu lassen, wenn man in die Geheimnisse des europäischen Alkoholschmuggels nach den Vereinigten Staaten von Amerika einzudringen wünscht. Sehr aufschlußreich ist in dieser Beziehung die von Paul Cohen-Portheim übersetzte und in der von Eduard Trautner herausgegebenen interessanten Sammlung der Berichte aus der Wirklichkeit /Berlin, Verlag Die Schmiede/ veröffentlichte Studie Pierre Mac Orkans Alkoholschmuggler. Die Wiederbelebung, die im Zusammenhang mit den Versuchen europäischen Alkohol nach der Union einzuschmuggeln das alte Seepiratenentum erfahren hat, wirkt, wenn sie, wie hier, an konkreten Fällen dargestellt wird, nahezu märchenhaft, und mit Recht kann der Verfasser dieser Schrift im Hinblick auf die von ihm beschriebenen Abenteuer der Mulhouse im Jahr 1924 sagen, daß das gesetzliche Verbot der Einfuhr von Alkohol nach den Vereinigten Staaten diesem Beruf, den man längst untergegangen glaubte, neuen Glanz verliehen hat. Auch Hanns Heinz Ewers' kleines Buch Die traurige Geschichte meiner Trockenlegung /Berlin, Landsbergsche Buchhandlung/ gibt Erlebnisse

aus verschiedenen Stadien der Prohibitionsbewegung in den Vereinigten Staaten zum besten und zeichnet schließlich, drastisch, aber treffend, den Zuwachs, den die öffentliche Heuchelei durch das gesetzliche Alkoholverbot und die mit ihm zusammenhängenden Formen seiner Umgebung erfahren hat. »Ich bin von Natur ein recht mäßiger Mensch«, meint der Verfasser, »aber das ist gewiß, daß mich die Prohibition schließlich zum regelrechten Säufer gemacht hätte, wenn ich noch länger drüben geblieben wäre.« Schleichhändler und Schmuggler verbotenen Schnapses sind heute, wie Ewers feststellt, die Hauptstützen des Alkoholverbots. »Denn welcher Esel würde ihnen, wenn er um wenige Cents ein anständiges Glas Bier, ein gutes Glas Wein bekommen könnte, das 10fache für einen Schluck schlechten Fusels geben?«

Nach anderer Richtung hin, nämlich nach der des amerikanischen Zeitungswesens, findet die von Kisch gegebene Darstellung amerikanischer Wirklichkeit ihre Ergänzung durch Upton Sinclairs Buch *The Brass Check*, das 1920 erschien und neuerdings unter dem Titel *Der Sündenlohn* /Berlin, Malikverlag/ als »Studie über den amerikanischen Journalismus« auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht wurde. Ein flammender Aufruf des großen amerikanischen Schriftstellers und Journalisten ihm im Kampf gegen eine lügnerische Presse beizustehen, schließt das Buch, dessen Hauptinhalt die Darstellung zahlreicher Einzelergebnisse bildet, die Sinclair mit Zeitungen, Zeitungskonzernen, Korrespondenzbüros usw. gehabt hat. »20 Jahre lang«, ruft er aus, »habe ich umsonst in der Wüste des industriellen Amerikas für Gerechtigkeit gegenüber unseren arbeitenden Klassen, für Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gekämpft, damit wir in die Lage versetzt werden den richtigen Weg zu gehen zur friedlichen Ordnung der industriellen Verhältnisse. Meine Vorschläge sind mißachtet, mein Einfluß zerstört worden, und ich muß sehen, wie die unbeugsame Hartnäckigkeit und die irrsinnige Habsucht unserer Geldherren uns geradeswegs in den Abgrund der Revolution treiben. Alles, was ich in dieser verhängnisvollen Stunde tun kann, ist noch einmal mit Nachdruck vor den Folgen zu warnen. Die Zeit ist bald reif für die neue Ordnung, und Unwissenheit, Lüge, Grausamkeit, Gier und Machthunger waren noch bei keiner herrschenden Klasse der Weltgeschichte

stärker als bei der, die heute die unsichtbare Regierung Amerikas bildet.« Dies, in der Tat, ist das wahre Gesicht der amerikanischen Freiheit, der amerikanischen Demokratie: genau so wie Ernst Untermann es vor einem Monat hier in den Sozialistischen Monatsheften (in seinem Artikel *Die amerikanische Beutepolitik*, 1929 II Seite 1103 und folgende) geschildert hat. Der "gebildete" Deutsche ist jetzt gewohnt das Leben in den Vereinigten Staaten schlechthin zu bewundern. Das hängt mit der jetzt Deutschland beherrschenden Anglomanie zusammen. In der Tat: Alles Wesentliche in den Vereinigten Staaten geht auf das englische Mutterland zurück, ohne daß es darum mit den entsprechenden englischen Formen und Inhalten identisch wäre. Der staatenbildende englische Puritanismus hat sich in der rauhen Eroberer- und Herrschaftszone der großen Siedlungskolonie, die sich schließlich vom Mutterland losgelöst hat, vergrößert, aber auch in gewissem Sinn verjüngt (ohne daß darum Amerika, wie die bis zum Ueberdruß wiederholte Phrase lautet, im Innern des Geistes jung wäre). Amerika hat in seiner Geschichte als Kolonialland bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts besonders geartete Menschentypen entwickelt, die sich auf dem materiellen Gebiet der Wirtschaft und dem moralischen der Selbstverantwortung auswirkten. Und natürlich gibt es sie in den Vereinigten Staaten auch heute noch; doch sind sie ein Rest aus anderer Vergangenheit, nicht ein Ergebnis heutiger Neubildung. Von dem Bemühen erfüllt gerade sie zu zeigen ist Carl Brinkmann (*Demokratie und Erziehung in Amerika* /Berlin, S. Fischer/). Auch ihn soll man lesen. Aber man soll wissen: Das, womit es Europa heute zu tun hat, ist nicht der Geist Ralph Waldo Emersons oder Walt Whitmans, sondern der Geist der "Girlikultur" (die philosophisch zu glorifizieren einem deutschen Privatdozenten vorbehalten blieb), auch des Kaugummis und all des faulen und dabei so veralteten, eine frühere Epoche galvanisierenden Zaubers, der in Zeitungen, Filmen, Magazinen und Warenreklamen Europa überflutet. Diesem Geist Einhalt zu gebieten, das ist eine gemeinsame Aufgabe aller Geistigen auf dem europäischen Kontinent.

**Kurze Chronik** Da bis zum Frühjahr 1930 in Preußen 7 weitere Pädagogische Akademien eingerichtet werden sollen, wird es von

da ab in Preußen 15 solcher Akademien geben. Der Ausbildung evangelischer Lehrer und Lehrerinnen sollen dienen: Elbing, Kottbus, Frankfurt an der Oder, Stettin, Breslau, Erfurt, Halle, Kiel, Altona, Hannover, Dortmund, Kassel. In Beuthen und Bonn will man katholische Lehrkräfte ausbilden. Einzig die Akademie Frankfurt am Main trägt keinen konfessionellen Charakter. ◊ Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wird nach einem auf ihrer letzten Hamburger Tagung gefaßten Beschluß künftig den Namen *Deutsche Forschungsgemeinschaft* führen. Im letzten Jahr hat sie die laufende Forschung unter anderm durch 670 Stipendien, die durchschnittlich 4 Semester lang laufen, unterstützt. ◊ Nach dem Tod Aby Warburgs (siehe die Rundschau *Bildende Kunst*, in diesem Band Seite 91) wird die von ihm begründete und geleitete *Kulturwissenschaftliche Bibliothek*, der die Wissenschaft außerordentlich wertvolles Material und interessante neue Anregungen verdankt, von seinen Brüdern weitergeführt. Diese Forschungsstätte bleibt also in Zukunft der Stadt Hamburg gesichert; sie wird jetzt die Forschungen Warburgs in einer noch von ihm selbst vorbereiteten Zusammenfassung veröffentlichen. Leiter wurde Warburgs engster Mitarbeiter Fritz Saxl. ◊ Die Vorgänge, die sich innerhalb der deutschen *Pfadfinderschaft* wegen der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an dem unter englischer Führung stehenden Pfadfinderbund abgespielt haben, und die damit endigten, daß sich die deutschen Pfadfinder in eine (größere) schwarz-weiß-rote und eine (kleinere) vorwiegend schwarz-rot-goldene Richtung spalteten, bieten das gleiche unerfreuliche Bild wie analoge Vorgänge innerhalb der deutschen Studentenschaft. Hier militaristischer Nationalismus, dort Hinwendung zum angelsächsischen Internationalismus. In beiden Fällen die gleiche politische Ahnungslosigkeit. Nicht einmal bei dem Treffen in Arrowe Park lagerten die deutschen Pfadfindergruppen unter gemeinsamer Flagge. ◊ Auf Ersuchen der Unterrichtsbehörde *Frankreichs* und des Außenministeriums ist aus der Sorbonnekapelle ein der Sorbonne Ende 1918 geschenktes Gemälde des Malers Weerts Strafe des großen Kriegsschuldigen entfernt worden. Es war schon seit längerer Zeit hinter die Orgel gestellt worden, da man den Spender nicht beleidigen wollte. ◊ Das Zensurverbot, das in *Italien* über Umberto Nobiles Nordpol-

flugwerk bestand, ist durch Mussolini aufgehoben worden. ◊ Der Volkskommissar für das Bildungswesen des bolschewistischen *Rußlands* Anatolij Lunatscharskij wurde von seinem Posten entfernt. Zu seinem Nachfolger wurde Andrej Bubnow bestimmt; er war bisher Leiter der Politischen Abteilung der sogenannten Roten Armee. ◊ Bei den Erörterungen über den Zolltarif kamen im Oktober 1929 im Senat der *Vereinigten Staaten von Amerika* auch die Bestimmungen gegen die Einfuhr »unmoralischer Artikel und Bücher« zur Sprache. Dabei wurde unter anderm darauf hingewiesen, daß sich unter den Büchern, die in die Union nicht eingeführt werden dürfen, auch solche von Aristophanes und Ovid befänden. Der Verleger der amerikanischen Ausgabe von Erich Maria Remarques Buch *Im Westen nichts Neues* habe aus Furcht vor den Zensurbehörden den Text um 30 Seiten gekürzt, weil auf diesen Seiten des Originalwerks »verfängliche Tatsachen oder Worte« enthalten seien. Der Richter Ben B. Lindsay am Jugendgericht in Denver /Colorado/, der durch seine Schriften über jugendliche Sexualität, Kameradschaftsehe und Verwandtes in Europa mit Recht großen Ruf hat, wurde von seinen Gegnern aus seiner Stellung als Jugendrichter verdrängt, darf neuerdings auch nicht mehr als Anwalt an den Gerichten von Denver tätig sein.

#### Literatur

Friedrich Wilhelm Foerster gibt jetzt eine eigene Zeitschrift heraus. Er nennt sie *Die Zeit* /Berlin, Zeitbücherverlag/ und will sie zu einem »Organ für grundsätzliche Orientierung« machen. Das neue Unternehmen ist aufs wärmste zu begrüßen, und man kann nur wünschen, daß die Stimme Foersterns jetzt in ganz weite Kreise dringt. Hier handelt es sich nicht um einen ziellosen Pazifismus sondern um eine wahrhafte Menschheitsgesinnung, die den Friedensgedanken von selbst einschließt, die gerade darum aber die Verpflichtung zu konstruktiver Politik fühlt und in erster Linie die Schranken zwischen Deutschland und Frankreich abzutragen sucht, um durch die Zusammenarbeit dieser beiden Länder den Vereinigten Europäischen Kontinent aufzubauen. Wenn erst eine Reihe von Heften der neuen Zeitschrift vorliegt, wird ihre Arbeit im einzelnen hier zu würdigen sein. Heute sei nur ihre Lektüre empfohlen; sie ist obendrein durch sorgfältigen Druck und sachlich gute Ausstattung angenehm gemacht.

### Frauenbewegung / Meta Corssen

**Open-Door-Bewegung** In den angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung entwickelt, die den Sonderschutz für die arbeitende Frau bekämpft (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 485). Im vorigen Jahr wurde am 15. und 16. Juni in Berlin die sogenannte Open-Door-Internationale begründet, der sich 13 Länder anschlossen. Lida Gustava Heymann kündigte im Mai 1929 in der Frau im Staat die Gründung an und äußerte sich im August in der Genossin noch einmal eingehender über die Ziele der Bewegung; das Organ des österreichischen Frauenbundes Die Österreicherin brachte am 1. November einen Aufsatz der Vorsitzenden der Open-Door-Internationale Chrystal Macmillan unter dem Titel Gleiche Arbeitsbedingungen für Mann und Frau. Die Bewegung erstrebt die »unbeschränkte wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau«, ihre volle Unabhängigkeit gegenüber dem Mann. Diese Selbständigkeit werde durch die Schutzgesetze, die die Frauenarbeit an bestimmten Punkten einschränken, beeinträchtigt, die Frau werde in der Konkurrenz dem Mann gegenüber benachteiligt. Gerade die gutbezahlte Arbeit sei ihr auf diese Weise vielfach entzogen. Was Schutz heißt, sei in Wirklichkeit Unterdrückung. Der Open-Door-Council will, wie seine Vertreterinnen behaupten, nicht den Arbeiterschutz beseitigen, er will vielmehr den gleichen Schutz, den man bisher nur der Frau bewilligt hat, auch für den Mann verwirklicht sehen, etwa das Verbot der Nacharbeit, der Beschäftigung mit giftigen Stoffen, die verkürzte Arbeitszeit und ähnliches. Der Schutz der Arbeit soll sich nach der Natur der Arbeit, nicht nach dem Geschlecht des Arbeiters richten, sonst werde die persönliche Freiheit beschränkt. Der Frau aber soll in allen Lebenslagen ohne Rücksicht auf Heirat und Mutterschaft die Entscheidung überlassen bleiben, ob sie Lohnarbeit verrichten will oder nicht. Diese Forderungen wirken derartig doktrinär und wirklichkeitsfremd, daß man kaum begreift, wie sie heute im Ernst von Frauen, die sich mit den Tatsachen des sozialen Lebens doch immerhin befaßt haben müßten, aufgestellt werden können. Die Entwicklung hat doch deutlich genug gezeigt, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung von einer absoluten persönlichen Freiheit überhaupt nicht die Rede ist, weder für den Mann noch für die Frau. Jede, auch die notwendigste,

Schutzbestimmung ist mühsam errungen worden, und es muß, mag es auch gut gemeint sein, geradezu verantwortungslos erscheinen, wenn man jetzt allen Ernstes fordert diese Schutzbestimmungen für die Frauen wieder abzuschaffen, weil sie nicht auch für die Männer gelten. Denn die Open-Door-Internationale wird sich ja wohl nicht zutrauen, daß sie im selben Augenblick die Schutzbestimmungen auch für die Männer wieder einführen könnte. Bei dem Mutterschutz käme das ohnehin nicht in Frage, und gerade der Mutterschutz bildet den Kern sämtlicher Schutzbestimmungen für die Frau. Nicht aus Mitleid mit der Frau sind sie eingeführt worden sondern aus der Sorge um das Schicksal des kommenden Geschlechts; sicher ein Beweis für ihre objektive Notwendigkeit. So haben denn auch die Arbeiterinnen und ihre Organisationen energisch gegen die Open-Door-Bewegung protestiert.

**Arbeiterinnen-schutz** Durch den seit Januar 1929 vorliegenden Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes soll in *Deutschland* der Schutz für Frauen und Jugendliche in einigen Punkten verstärkt werden. Das Schutzalter für Jugendliche wird für die meisten Bestimmungen von 16 auf 18 Jahre erhöht. Auch sind im Gegensatz zu den früher geltenden Bestimmungen die Betriebe mit weniger als 10 Arbeitern nicht mehr von den Schutzvorschriften ausgenommen. Das Verbot der Nacharbeit, in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, gilt jetzt für alle Arbeitnehmer unter 18 Jahren und für alle Arbeiterinnen. Das bedeutet, daß auch weibliche jugendliche Angestellte in diesen Schutz einbezogen sind. Bei der Arbeit in mehreren Schichten wird die Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeitnehmer zwischen 5 Uhr morgens und 10 Uhr abends zugelassen, wenn zwischen den Schichten eine Mindestruhezeit von 14 Stunden liegt. Bei einfacher Schicht sind 11 Stunden Mindestnachtruhe Vorschrift. Wie bisher dürfen auch weiterhin Arbeiterinnen am Sonnabend nicht länger als bis 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden, wenn es sich nicht um Arbeiten in mehreren Schichten handelt. Für die jugendlichen männlichen Arbeitnehmer und für die weiblichen Arbeitnehmer, also auch für Angestellte, sind bestimmte Ruhepausen festgelegt. Bestimmte Arbeitnehmergruppen, in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Seeschifffahrt, Hauswirtschaft, sind jedoch von diesen Schutzbestimmungen ganz

ausgeschlossen. Es besteht hier nur eine allgemeine Verpflichtung für die Arbeitgeber die Arbeit der Jugendlichen und Frauen entsprechend ihrem Alter und Geschlecht einzurichten. Eine neue Schutzbestimmung ist dadurch gegeben, daß Arbeitgebern, die wegen eines Sittlichkeitsvergehens gegen jugendliche oder weibliche Arbeitnehmer verurteilt worden sind, die Beschäftigung solcher Arbeitnehmer dauernd oder für bestimmte Zeit untersagt werden kann. Die Bestimmungen über den Mutterschutz enthalten im großen und ganzen das selbe wie das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft, doch soll sein Geltungsbereich erweitert werden.

**Internationale** Vom 3. bis zum 6. Juni 1929 tagte in Hamburg die *Weltkonferenz Jüdischer Frauen*, der sich vom 9. bis zum 12. Juni in Berlin die Jubiläumstagung des Jüdischen Frauenbundes von Deutschland anschloß. Hanna Karminski berichtet im September in der Frau über die beiden Tagungen und kennzeichnet gleichzeitig den Charakter der jüdischen Frauenbewegung. Die allgemeine Frauenbewegung entstand in Deutschland bald nach der Emanzipation der Juden, und die jüdischen Frauen fügten sich zuerst vollständig der Bewegung, die den Kampf für die Befreiung der Frau führte, ein. Aber allmählich entwickelte sich in ihnen das Bewußtsein ihrer besondern Aufgabe. 10 Jahre nach dem Bund Deutscher Frauenvereine wurde der Jüdische Frauenbund von Deutschland gegründet. Seine praktische Tätigkeit bewegt sich auf dem Gebiet pädagogischer und sozialer Arbeit. Innerhalb der Jüdischen Gemeinden hat sich das Frauenwahlrecht durchgesetzt. In Hamburg wurde am 6. Juni der Weltbund Jüdischer Frauen gegründet; zur Vorsitzenden wurde Rebekah Kohut aus New York gewählt. Auf der Tagung standen zur Diskussion Berufs- und Bildungsfragen, besonders die Bildung der jüdischen Mädchen im Osten, die ganz von den jüdischen Frauen übernommen wird, bevölkerungspolitische Probleme, Umgestaltung des Ehe- und Scheidungsrechts, schließlich allgemeine politische Fragen wie die Idee und Arbeit des Völkerbundes und insbesondere der Aufbau in Palästina. Die Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, Emma Ender, betonte in einer Begrüßungsansprache, daß die Entwicklung der jüdischen Frauenbewegung in ihrer Eigenart eine Bereicherung der allgemeinen Frauenbewegung bedeute.

Vom 17. bis zum 23. Juni wurde in Berlin unter Beteiligung von 42 nationalen Frauenorganisationen der 11. Kongreß des *Weltbunds für Frauenstimmrecht* abgehalten. Er gestaltete sich gleichzeitig zu einer Feier des 25jährigen Bestehens des Bundes, der an der gleichen Stelle im Jahr 1904 von dem radikalen Flügel der internationalen Frauenbewegung gegründet wurde. Während dieser Jahre ist in vielen Ländern das Ziel, die formale politische Gleichberechtigung der Frau, erreicht worden, in anderen, vor allem in den Ländern des Orients, müssen die Frauen sich noch die ersten Schritte auf dem Weg erkämpfen. Dem Bund in seiner Gesamtheit aber erwächst jetzt doch in steigendem Maß die Aufgabe für die Ausgestaltung und praktische Auswirkung des errungenen Einflusses die Richtung zu weisen. Es wurde denn auch eine Reihe von Resolutionen angenommen, unter denen die wichtigste die Stellungnahme der Frauen gegenüber der Frage des Kriegs festlegte. Es waren hier, wie die Berichte erkennen lassen, jedenfalls auf der Seite der deutschen Frauen Widerstände zu überwinden, es waren vor allem heftige Angriffe rechtsgerichteter Frauenorganisationen abzuwehren, aber es wurden dann zuletzt doch 2 Resolutionen angenommen, die sich mit Entschiedenheit gegen den Krieg aussprechen. Die Frage einer Verschmelzung oder einer engeren Zusammenarbeit mit dem Internationalen Frauenbund wurde erwogen, eine Kommission zur weiteren Klärung eingesetzt.

In Genf tagte vom 7. bis zum 15. August der *Internationale Akademikerinnenbund*, der vor 10 Jahren gegründet wurde, und dem jetzt etwa 40 000 Mitglieder aus 33 Staaten angehören. 3 Schweizer Akademikerinnen behandelten Probleme aus ihren Arbeitsgebieten, von ihnen sprach Margarita Gogg-Schwarz über die Aufgabe der akademisch gebildeten Frau gegenüber der Fabrikarbeiterin und betonte, daß man nicht den eigenen Standpunkt auf den der Arbeiterin übertragen und einen rein theoretisch begründeten Kampf gegen die Schutzgesetze oder die Fabrikarbeit der Frau überhaupt führen dürfe. Besonderes Interesse fand der in einer öffentlichen Versammlung gehaltene Vortrag der Londoner Dozentin Caroline Spurgeon über Shakespeares Bildersprache. In einer 2. öffentlichen Versammlung berichteten 2 Naturwissenschaftlerinnen über ihre Forschungsarbeit, die ihnen durch Stipendien des Bundes ermöglicht worden war. Die Förderung der wissenschaftlichen Arbeit der

Frau durch Verteilung von Stipendien für einen Studienaufenthalt im Ausland ist eines der Hauptziele des Bundes. In einer Mitgliederversammlung behandelte Agnes von Zahn-Harnack die Stellung des Bundes zur Frauenbewegung, an der er mitarbeiten müsse.

Vom 23. bis zum 29. August fand in Prag der 6. Kongreß der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* unter der Leitung Jane Addams' statt. Delegierte aus 26 Ländern, darunter Negerinnen, Chinesinnen und Inderinnen, nahmen daran teil. Das Hauptthema des Kongresses war die Kriegsächtung. Es wurden allerhand Forderungen zur Verwirklichung des Kelloggpakts aufgestellt (Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Abschaffung der Kriegsministerien und ähnliches), die kaum geeignet sein dürften wirklich etwas zur Beseitigung des Kriegs beizutragen. An den eigentlichen Problemen der Weltpolitik ging man ahnungslos vorüber. 2 neue Kommissionen wurden ernannt: eine zur Vorbereitung einer Studien-delegation nach Rußland, eine andere zur Bekämpfung des Antisemitismus. Man nahm zu den Kämpfen in Palästina, zu dem Verfassungsstreit in Österreich, zu den Unruhen in China Stellung, indem man an die in Frage kommenden Regierungen Aufforderungen zur friedlichen Beilegung der Konflikte sandte. Eine sehr einfache Lösung. Ist dazu eine besondere Frauenliga nötig?

Am 1. und 2. Oktober tagte in Amsterdam das *Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee*. Den Gegenstand der Verhandlungen bildete vor allem das Problem der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau. Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte bei den Landeszentralen eine Rundfrage über ihre Stellung zu diesem Problem veranstaltet. Die meisten Antworten ließen erkennen, daß man sich nicht grundsätzlich gegen die Frauenarbeit stellt. Der Vertreter Spaniens hebt ausdrücklich hervor, daß eine Arbeiterorganisation die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau unmöglich verbieten könne, der Vorstand des amerikanischen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß in Amerika viele verheiratete Frauen zur Erwerbsarbeit gezwungen seien. Gertrud Hanna weist in einem Bericht in der Gewerkschaftszeitung vom 2. November 1929 darauf hin, daß vielfach in Gewerkschaftskreisen die Bedeutung der Frauenarbeit noch nicht erkannt sei. Das Komitee kam in seinen Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau kein wünschenswerter

Zustand sei, vielmehr erstrebt werden müsse für die Arbeiterschaft Lebensbedingungen zu schaffen, die den Zwang zur Erwerbsarbeit für die verheiratete Frau, die die volle Sorge für Haushalt und Kinder hat, ausschließen. Andererseits stellt die Erwerbsarbeit der modernen Frau eine Fortsetzung der in vergangenen Zeiten innerhalb des Hauses geleisteten Arbeit dar, und es ist unmöglich, daß die Gewerkschaften gegen diese Entwicklung ankämpfen und auf ein Verbot der Frauenarbeit hinarbeiten. In Fällen von Massenarbeitslosigkeit solle die wirtschaftliche Lage des einzelnen berücksichtigt werden, aber das dürfe nicht durch generelle Maßnahmen gegen die Frau geschehen. Das Komitee beschäftigte sich außerdem mit der Frage der ungleichen Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit. Die Differenz beträgt durchschnittlich überall 30 bis 50%. In einzelnen Ländern und Berufen sind die Frauenlöhne durch die Arbeit der Gewerkschaften verbessert worden; im Textilgewerbe und im Graphischen Gewerbe sind sie sogar schon teilweise den Männerlöhnen gleichgestellt worden. Es wurde betont, daß bei Anwendung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleiche Leistung!" mehr als bisher der sachliche Wert der Frauenarbeit berücksichtigt werden müsse, und nicht schlechthin Frauenarbeit als weniger wertvoll als Männerarbeit angesehen werden dürfe. Da die Frauenlöhne nur durch Gewerkschaftsarbeit verbessert werden können, wurde in der Resolution zu dieser Frage gleichzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen die Arbeiterinnen für die Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen.

**Tagungen** Am 4. Mai 1929 tagte der *Katholisch-Deutsche Frauenbund* in Frankfurt. Mit der Einweihung der von dem Bund erbauten Frauenfriedenskirche wurde gleichzeitig das 25jährige Bestehen des Bundes gefeiert. Helene Weber und Gerta Krabbel sprachen über die Entwicklung und die Ziele des Katholischen Frauenbundes, über das Werden der Frauengemeinschaft innerhalb des Bundes, die sich über alle soziale Schichten erstreckt, und über die Aufgaben der katholischen Frau im geistigen Ringen der Zeit, die eine Vertiefung der seelischen und geistigen Kräfte des Menschen bedeuten.

Vom 29. September bis zum 4. Oktober wurde in Königsberg die Generalversammlung des *Bundes Deutscher Frauenvereine* abgehalten. Zu dem Thema Staat und Familie sprachen Luise Scheffen-

Döring und Gertrud Bäumer. Ausgehend von der Tatsache des Geburtenrückgangs, dessen Ursache nicht in biologischer Unfähigkeit sondern in gewollter Beschränkung infolge wirtschaftlicher Not zu suchen sei, erörterten die Rednerinnen die Maßnahmen, die zur Erhaltung der Bevölkerung in Frage kommen können, wie Familienlöhne, Mutterschaftsversicherung, Kinderzuschläge, die durch Steuern aufgebracht werden. Bäumer, die über diese Frage bereits in der Frau vom Mai und Juni einen interessanten Aufsatz veröffentlicht hatte, betonte, daß das Ziel der Bevölkerungspolitik nicht so sehr eine quantitative Steigerung der Geburten als eine qualitative Förderung des Nachwuchses sein müsse, und empfahl daher vor allem eine Siedlungs- und Wohnungspolitik, die den Kindern eine günstige Entwicklung sichert, und statt gleichmäßiger Kinderzuschläge Erziehungsbeihilfen zur Förderung begabter Kinder (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Begriff des Begabten sich als problematisch erweisen kann). Als 2. Thema wurde von verschiedenen Rednerinnen die Arbeit der Landfrauen behandelt. Eine Resolution forderte die Erhaltung und Pflege der weiblichen landwirtschaftlichen Bevölkerung, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Landfrauen, bessere Ausbildung der weiblichen Landjugend, stärkere Mitwirkung der Landfrauen an ihrer beruflichen Organisation und an der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft. Der Frauenberufstag beschäftigte sich mit der Frage der Altersversorgung der nichtbeamteten berufstätigen Frau.

#### Totenliste

Am 5. August 1929 starb in London *Millicent Garret Fawcett*, im Alter von 82

Jahren. Sie war lange Jahre hindurch die Führerin der englischen Frauenstimmrechtsbewegung; 1897 übernahm sie den Vorsitz im Verband der Stimmrechtsvereine. Die Methoden der Suffragettes entsprachen freilich nicht ihrer Natur. Aber bis in ihr hohes Alter setzte sie sich mit großer Energie für die politische Gleichberechtigung der Frau ein, deren volle Verwirklichung sie dann noch erlebte. Der unerschütterliche Glaube an die Ziele der Frauenbewegung und die Festigkeit ihres Wesens erwarben ihr starken Einfluß als Führerin.

Am 10. August starb in Baarn *Aletta Jacobs*, in ihrem 76. Lebensjahr. Nicht nur die niederländische, auch die internationale Frauenbewegung verlor dadurch eine Persönlichkeit von Bedeutung

und stark geprägter Eigenart. Sie war die Tochter eines Arztes zu Sappemeer, bezog 1871 als erste holländische Studentin die Universität Groningen und ließ sich später als erste Ärztin in Amsterdam nieder. Durch die Erfahrungen ihrer Praxis erwachte in ihr das Verständnis für die Not der arbeitenden Bevölkerung, besonders der Frauen, und gleichzeitig der Wille zu helfen. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Soziologen C. V. Gerritsen, kämpfte sie für soziale Reformen, nach seinem Tod legte sie ihre Praxis nieder, um sich ganz dem Kampf für die soziale und politische Befreiung der Frau zu widmen. Bahnbrechend wirkte sie für die Geburtenregelung. Viele Jahre war sie Vorsitzende der Frauenstimmrechtsvereinigung; sie nahm noch an dem Berliner Kongreß 1929 teil. Um Ideen zu verbreiten, unternahm sie Reisen durch ganz Europa, nach Asien und Amerika. In ihren 1924 geschriebenen Erinnerungen sieht man das Leben einer kraftvollen, ganz der Sache hingeebenen Kämpferin.

**Kurze Chronik** Die Verbände des *Internationalen Gewerkschaftsbunds* hatten Ende 1928 im ganzen 1 687 251 weibliche Mitglieder bei einer Gesamtzahl von 13 144 225. Der prozentuale Anteil der Frauen ist gegenüber dem Vorjahr von 13,7 auf 14,3% gestiegen. Am höchsten ist er in Palästina (27,6) und Dänemark (25,5), am niedrigsten in Holland (6,0); in Großbritannien beträgt er 10,4.  $\diamond$  Die *Christlichen Gewerkschaften* Deutschlands hatten am Ende des Jahres 1928 124 129 weibliche Mitglieder, 2 298 mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl beträgt 19,2%, im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund 15,3%.  $\diamond$  An der 10. *Völkerbundsversammlung* nahmen 15 Frauen teil; zum erstenmal erschien eine Frau als vollberechtigte Delegierte, die Vertreterin Litauens. England und Rumänien hatten je 2 Frauen entsandt.  $\diamond$  Am 28. November 1929 wurde von der Internationalen Frauenliga eine Konferenz gegen *Opium und Rauschgifte* in Berlin einberufen. In öffentlichen Versammlungen sprachen Mitglieder der Liga aus Deutschland, Frankreich und Spanien, Juristen und Ärzte aus Deutschland und China über die Gefahren der Rauschgifte und forderten, daß der Völkerbund gegen die Überproduktion einschreite und die Herstellung der Rauschgifte auf den medizinischen Bedarf beschränke. Gleichzeitig fanden in München, Hamburg und

Bremen öffentliche Versammlungen statt, die die Aufmerksamkeit auf diese Fragen lenken sollten. ◊ Zum erstenmal wurde in England eine Frau zur *Vorsitzenden der Arbeiterpartei* gewählt: Susan Lawrence, Abgeordnete und Staatssekretär im Gesundheitsministerium (siehe auch die Rundschau Sozialistische Bewegung, 1929 II Seite 937). ◊ Toschi Ko Sekije wurde erster weiblicher *Universitätsprofessor* Japans. ◊ In Amerika werden Frauen als jüdische *Geistliche* zugelassen. ◊ Zum ersten weiblichen *Regierungskommissar* in Österreich wurde Oda Negbauer ernannt. In Polen wurde Tamara Saniewszka erster weiblicher Ministerialrat, und zwar im Post- und Telegraphenministerium. ◊ Die Anzahl der weiblichen Beamten bei der Reichspost hat sich von 23 732 im Jahr 1913 auf 43 508 im Jahr 1927 erhöht. Der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der *Postbeamten* ist jedoch nicht gewachsen. ◊ 1928 studierten in *Polen* 10 660 Frauen, 25,9% der Gesamtzahl der Studierenden; in der Philosophischen Fakultät studierten 7 002 Frauen und 6 789 Männer. ◊ In *Finnland* wurde ein Ehegesetz beschlossen, das die Frau dem Mann in güterrechtlicher wie in familienrechtlicher Beziehung vollkommen gleichstellt. ◊ Am 13. November 1929 wurde *Helene Stöcker* 60 Jahre alt. Als Begründerin und Vorsitzende des Bundes für Mutterschutz, als Leiterin der Zeitschrift *Die Neue Generation* kämpft sie seit vielen Jahren für eine neue, verinnerlichte Sittlichkeit, für eine von Menschlichkeit und Liebe regierte Welt. Aus dem gleichen Drang, der sie für die von der Gesellschaft verfolgte Mutter eintreten ließ, warf sie sich während des Kriegs dem Haß zwischen den Völkern entgegen und wirkte auch später für den Frieden und die Verständigung, ohne da freilich über einen vagen Pazifismus hinauszukommen. (Der Sinn für konstruktive Ideen in der Politik ist allerdings bei den Friedensvorkämpferinnen auch sonst in der Welt noch nirgends hervorgetreten.) ◊ Am 22. November wurde *Helene Böhlau* 70 Jahre alt. Ihre Dichtungen, in denen sie das geistige Erwachen der Frau, ihren Kampf gegen die Fesseln einer absterbenden Welt und die innere Problematik dieses Kampfes weitschauend und lebendig fühlend gestaltete, haben an der tatsächlichen Umformung des Frauenlebens in bedeutendem Maß mitgewirkt. ◊ Auguste Fickert, der unvergessenen Gründerin des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins, wurde vor kurzem in Wien ein *Denkmal* gesetzt.

**Literatur** Eine Zusammenstellung der neueren Forschungsergebnisse über die Frauenarbeit, vor allem in ihrer Einwirkung auf die Gesundheit und die generative Leistung der Frau, enthält das umfangreiche Buch des Wiener Dozenten *Robert Hofstätter* Die arbeitende Frau, ihre wirtschaftliche Lage, Gesundheit, Ehe und Mutterschaft /Wien, Moritz Perles/. Zahlreiche Tabellen veranschaulichen die im wesentlichen bekannten Tatsachen der starken Gefährdung der Frau durch bestimmte Arten industrieller Arbeit. Die grundsätzliche Stellungnahme des Verfassers zu dem Problem der Frauenarbeit an sich erscheint jedoch unausgeglichen und unklar, teils von sachlichen Einsichten, teils von schwer faßbaren Gefühlsurteilen bestimmt und im ganzen von einem starken männlichen Selbstgefühl gefärbt. Gleich am Anfang des Buches heißt es: »Die Frau ist ein Produkt des Mannes.« Und eine Untersuchung über die Arbeitszeit beginnt mit den Worten: »Es ist von vornherein klar, daß die Leistungsfähigkeit des weiblichen Geschlechts in vielen Punkten eine geringere ist als die des männlichen Geschlechts.« Bei derartigen Begründungen versteht man die Opposition mancher Frauen gegen besondere Arbeitsbedingungen. ◊ In ihrem Buch *Staatsbürgerliche Arbeit deutscher Frauen 1865 bis 1928* /Berlin, F. A. Herbig/ schreibt *Else Wex* die Geschichte des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, der, von Louise Otto-Peters begründet, den Frauen langsam und schrittweise den Anteil am politischen Leben erkämpfte. Das Streben nach politischen Rechten war immer gleichbedeutend mit dem Verlangen nach Arbeit und Verantwortung. Der Verein wandte seine Kräfte der Gemeindefürsorgearbeit zu, in ihr vor allem der sozialen Fürsorgearbeit. Gleichzeitig wurde die volle politische Gleichberechtigung erstrebt. Nach dem Krieg trat der Verein dem Weltbund für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit bei und nannte sich *Deutscher Staatsbürgerinnenverband*, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß seine besondere Aufgabe in der politischen Schulung und Aktivierung der Frauen liegt. ◊ Seit dem 1. Oktober 1929 erscheint eine Zeitschrift *Die schaffende Frau*, herausgegeben von *Margarete Kaiser* /Berlin, Majoverlag/. In Form leichtverständlicher und anregender Aufsätze will dieses neue Organ über alle Probleme des modernen Frauenlebens orientieren.

## WISSENSCHAFT

### Anthropogeographie / Paul Thorwirth

#### Methodik

Man trifft auch heute noch, allerdings nur mehr vereinzelt, auf die Meinung, Geographie sei keine Wissenschaft, sei vielmehr ein Standpunkt; denn sie entbehre der eigenen, besonders Methode, die das Merkmal jeder "wirklichen" Wissenschaft bilde. Wie sehr jedoch die Forschung der Gegenwart am Werk ist diese Meinung zu überwinden, und wie sehr gerade die Anthropogeographie jetzt Gelegenheit hat zu neuen Ehren zu gelangen, wie geschickt auch diese Gelegenheit wahrgenommen wird, zeigte zum Beispiel die Arbeit *H. J. T. Bijlmers* *Outlines of the Anthropology of the Timor-Archipelago* /Weltvreten, G. Kolff & Co./, auf die vor einigen Monaten L. van Vuuren in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin referierend hinwies. Ohne Zweifel sind die Fragen der Ballungen der Individuen zu Gruppen und weiterhin die der Bewegungen der Gruppen zu weiteren Ballungen oder Splitterungen, endlich die der Gliederung der Gruppen wichtigste Fragen der gesamten Menschheitskunde; sind diese Vorgänge doch die Ursache der zahllosen Überschneidungen und Verquickungen in somatischer wie kultureller Hinsicht, die uns heute auf Schritt und Tritt in der Menschheitsforschung begegnen. Die Ethnologie sucht diesen Fragen durch Aufhellung der geistigen, die Anthropologie durch die der physischen Zusammenhänge, die Soziologie durch die Ermittlung des Gesellschaftsaufbaus beizukommen. Die Anthropogeographie, scheinbar nur Enzyklopädie, wird zur Synthese dieser 3 Forschungszweige durch die Einführung des Begriffs des Lebensraums und seiner Nutzungsweise. Hiervon geht Bijlmer bei seiner Durcharbeitung des austro-asiatischen Raums aus. Diese Inselbrücke ist seit langem ein Sammelbecken der infolge des Drucks nordasiatischer Nomaden auf den begehrten, weil fruchtbaren Raum Chinas nach Süden ausströmenden menschlichen Massen; sie ist also ein Mischungsgebiet hohen Rangs, ein Versuchsfeld par excellence für die anthropogeographische Forschungs- und Betrachtungsweise. Schon vor Bijlmer hat man deshalb hier durch die Rekonstruktion des Lebensraums seit dem Auftreten des ersten Menschen bis zur Gegenwart Klarheit zu schaffen gesucht, eine Methode, die an sich durchaus nicht neu und von Albrecht Penck auch gelegent-

lich für Europa angewandt worden ist. Bijlmer arbeitete auf den Inseln Flores, Sumba, Sawu, Roti und Timor und brachte namentlich von Ostflores und Sumba hübsche Feststellungen nach Hause. Was er feststellte, deckt sich zum Teil mit den Ergebnissen seiner Vorgänger, so daß eine tragfähige Basis für die Fortsetzung der forscherschen Bemühungen geschaffen ist.

Ein anderes: In Africa, der Londoner Vierteljahrsschrift des Internationalen Instituts für Afrikanische Sprachen und Kulturen, finden sich 2 Arbeiten des Berliner Soziologen *Richard Thurnwald*: *The Social Problems of Africa* und *The Social Systems of Africa*. Der Verfasser legt zunächst dar, ein wie kompliziertes Problem sich aus der immer innigern Verquickung von Weiß und Farbigen im 3. Kontinent im Wandel der Zeiten ergeben hat, kompliziert insofern, als zu seiner Lösung eine Fülle von Faktoren, zum Beispiel lokalgeographische, wirtschaftliche, technische, gesellschaftliche usw., berücksichtigt werden müssen. Insbesondere hält er eine genaue Kenntnis des Gesellschaftsaufbaus der Nichtweißen für erforderlich. Er untersucht zu diesem Zweck eine Anzahl von Stämmen, die nach bestimmten Gesichtspunkten, etwa dem des Vorhandenseins geeigneten ausreichenden Materials, ausgewählt sind, 1. auf die Art der Nahrungsbeschaffung, insbesondere auch die Arbeitsteilung der Geschlechter, 2. auf die politische Struktur. So kommt er zu 10 Typen von sozialen Systemen, die durch ebenso viele Formulierungen beschrieben sind. Man muß hierzu wissen, daß Thurnwald die Soziologie als empirische Wissenschaft fordert. Er verzichtet bewußt auf die allgemeinen, die Sammelbegriffe (Jäger-, Sammlervölker usw.) und geht ganz vorsichtig vom Phänomen zum Axiom. Das ist ebenfalls durchaus nichts Neues; man denke an den Comteschen Positivismus. Aber es ist doch im ganzen wenig beherzigt worden. Hier bei Thurnwald wird einmal ein Anfang damit gemacht.

Warum diese beiden, in vielem heterogenen Arbeiten nebeneinandergestellt werden? Beide haben Objekte, die in einem wesentlichen Gesichtspunkt übereinstimmen. Es sind Aufnahmegebiete abgedrängter Massen. Beide sind Arbeiten von Forschern, die sorgsam Zurückhaltung in der Bewertung ihrer Ergebnisse üben, weil sie sich der Kehrtwendung, die sie vornehmen, bewußt sind. Beide Abhandlungen aber sind auch lebendiger Ausdruck der Zeitenwende, an der wir stehen. Derartige Wendepunkte haben

sich noch immer am Wechsel der Erkenntnismethoden respektive an der Auffindung neuer manifestiert. Bei Bijlmer die Rekonstruktion des Lebensraums, bei Thurnwald die Induktion statt der Deduktion. Nicht mehr Ermittlung von Einzelursachen und Einzelwirkungen sondern Erfassung der tatsächlichen Gesamtzusammenhänge in ihrer vielgestaltigen komplizierten Wirklichkeit. Nicht entseelende Kausalität, sondern beseelte Synthetik muß das Ziel einer modernen Menschheitsforschung sein.

**China** Mit den Kämpfen in China, das sich jetzt von jeder britisch-amerikanischen Bevormundung unabhängig macht, hat ein welthistorischer Prozeß begonnen: der der Entstehung des Ostasiatischen Wirtschaftsimperiums, das einen wesentlichen Bestandteil des organisch sich gliedern den Erdraums bilden wird. In einem solchen Augenblick ist es besonders zu begrüßen, wenn ein sachkundiger Autor wie *Georg Wegener* ein neues Buch über das Reich der Mitte erscheinen läßt: *China, eine Landes- und Volkskunde* /Leipzig, B. G. Teubner/. Es ist hohe Zeit, daß man sich in Deutschland mit dem Problem China eingehender beschäftigt als bisher und das uns in vieler Beziehung so ferne und doch in manch anderer wieder so nah vergleichbare Staatsgebilde aus sich heraus zu verstehen beginnt. Es ist ein erheblicher Irrtum zu meinen, daß das Chinesische Reich den Europäern erst in etwa den letzten 50 Jahren näher gerückt sei. *Wegener* zeigt, wie Ereignisse der frühesten europäischen Geschichte vom Fernen Osten aus in nicht unmaßgeblicher Weise beeinflußt, ja sogar hervorgerufen sind. So ist die Völkerwanderung nur eine Auswirkung des Baus der berühmten Chinesischen Mauer, die die nordasiatischen Nomadenstämme am Eindringen in Nordchina wirksam hinderte und nach Westen abzuwandern zwang, wo sie die uns allen geläufige Völkerbewegung auslösten. In plastischer Diktion, fußend auf bester Kenntnis der ältern Literatur, der neuesten Ereignisse der sinologischen Forschung und auf eigener intimer Kenntnis des Landes und der Menschen, zeigt *Wegener* den tektonischen Aufbau des Gebiets, seine natürlichen Hilfsquellen: Kohle, Eisen, fruchtbaren Löß; er verweist auf die außerordentliche Rolle der Flüsse und Kanäle als Landbildner und -umbildner des Landes, als Lieferer des Berieselungswassers für die Feldbestellung usw. Mit Recht jedoch gehört der

größere Teil der Darstellung dem Studium des chinesischen Menschen und der Frage der gegenseitigen Beeinflussung von Mensch und Landschaft. Wir erfahren da, daß die Richthofensche These vom Ausgang der Chinesen vom Tarimbecken her heute ziemlich allgemein verworfen wird, daß vielmehr der Ausgangspunkt der Rasse nach Nordchina verlegt wird. Wir erleben ihr immer stärkeres, gewissermaßen kolonisationsartiges Eindringen in die Gebirgsgebiete, verbunden mit der teils friedlichen, teils kriegerischen Assimilation der dort vorgefundenen Stämme. Bezeichnenderweise kennt die chinesische Mythologie keine kriegerischen Taten, sie ergeht sich vielmehr in Lobpreisungen des Friedens und der Rechtssicherheit. Nach der Beschreibung des Auf und Ab in innen- wie außenpolitischer Beziehung widmet der Autor seine ganze Darstellungskunst und Liebe zur Sache dem gewaltigsten Ereignis der neuesten Geschichte, dem Zusammenprall Chinas und fast des gesamten Abendlands bis zum Jahr 1927. Man möchte wünschen, daß die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft stärker herausgearbeitet wären; sie sind jedoch auch so zu erkennen. Man findet eine wissenschaftlich einwandfreie Behandlung der chinesischen Übervölkerungsfrage. Sie wird dahin beantwortet, daß China strichweise, aber nur so, erstaunlich übervölkert sei. Im nordwestlichen Schantung zum Beispiel ergibt sich eine Zahl von 832 Köpfen für den Quadratkilometer. So wird die bedenklich starke Auswanderung, die ihre Vorboten bereits bis zu uns nach Westeuropa hinausschickt, verständlich. Verständlich wird auch, wie die Agrarfrage in der Geschichte dieses Volks immer eine hervorragende Rolle spielen mußte, und es freut zu erfahren, daß sich tatkräftige Regenten nicht gescheut haben das Latifundienunwesen durch nachdrückliche Beschränkung des Privateigentums am Boden zu bekämpfen. Sie hatten es allerdings auch leichter; denn so etwas wie den europäischen Individualismus hat es in China nie gegeben und gibt es selbst heute nur wenig. Die kollektivistische Denkweise dominiert absolut vom Beginn der chinesischen Geschichte an; selbst der "Sohn des Himmels" wird nie anders als kollektivistisch begriffen. So erleben wir das Werden einer einheitlichen, sich selbst genügenden materiellen wie immateriellen Kultur von erstaunlichem Niveau und ihr Ringen mit einer andern, die ihr zwar immateriell kaum, technisch jedoch überlegen sein

dürfte. Das Buch Wegeners ist sehr geeignet dem Leser die Tatsachen anschaulich nahe zu bringen, wobei freilich das eigene Urteil manche Korrektur an der Bewertung der Zusammenhänge vornehmen wird. Die Folgerungen für die Zukunft kann aber nur ziehen, wer die Tendenz zur wirtschaftsimperialen Zusammenfassung als gestaltendes Prinzip unserer Epoche erkennt.

**Afrika** Die Freiheitsbewegung auch der schwarzen Rasse macht sichtbare Fortschritte. Sie

befindet sich allerdings in den verschiedenen Teilen ihres Kontinents, Afrikas, in einem ganz verschiedenen Stadium; auch arbeiten die Führer dieser Bewegung nur wenig einander in die Hände. Diese Unterschiede arbeitet *Walter Hagemann* in seiner Schritt Revision der Kolonialmethoden in Afrika /Münster, Aschendorfsche Verlagsbuchhandlung/ heraus. Da manifestiert sich auch im Freiheitskampf eine beachtliche Abhängigkeit des Menschen vom Land. Diese Bewegung ist unstreitig in Südafrika, in einem gemäßigten, größere Aktivität gestattenden Klima am weitesten vorangeschritten, erheblich weiter jedenfalls als im tropischen Raum des Kontinents. Freilich, die wesentliche Ursache dieses Unterschieds ist in der vom angelsächsischen Rassedünkel diktierten Eingeborenenpolitik zu sehen, die die Situation in Südafrika so verfahren hat, daß ein Ausweg heute kaum ersichtlich ist. Man hat im britischen Mutterland daran gelernt und sucht im tropischen Westafrika zu berichtigen, was sich im Süden nicht mehr berichtigen läßt. Hagemann versucht der französischen Eingeborenenpolitik gerecht zu werden. Aber am Kern der Sache scheint er doch vorbeizugehen. Jedes Kulturvolk schlägt die seiner besondern wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Struktur, dem Grad seiner psychischen und physischen Kräfte entsprechenden Wege in der Lösung eingeborenenpolitischer Aufgaben ein. So gesehen kann man nur sagen, daß Frankreich in dieser Beziehung alles tut und getan hat, was es tun kann oder konnte; denn Frankreichs psychische Kräfte sind stärker als seine physischen, deshalb ist es immer, und mit Erfolg, assimilatorisch vorangekommen. Daß, wie Hagemann glaubt, die amerikanischen Neger in der Freiheitsbewegung der afrikanischen entscheidend mitwirken werden, erscheint doch sehr fraglich, vielleicht sogar bei der Art, wie sich die Negerpsyche in Amerika ge-

formt hat, wenig wünschenswert. Einen größeren Einfluß werden bei der Lösung dieser Frage die Missionen der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften ausüben, die die Seele des Negers wie niemand anders kennen. Das braucht man auch vom sozialistischen Standpunkt aus nicht zu beklagen. Kenner des Negers wissen, wie stark religiös gebunden der kollektivistisch orientierte Neger a priori ist. Ein religiöser Individualismus, der sich damit begnügt die Religion zur Privatsache zu erklären, fände da fürs erste gar keinen Boden. Man tut daher gut hier den Programmdoktrinarismus beiseite zu lassen und, unbeschadet aller weltanschaulichen Gegnerschaft, bei der Beurteilung der Missionen mehr auf ihre wirkliche Tätigkeit, die einer Befreiungsarbeit gleichkommt, zu achten.

Kämpfen die nichtweißen Völker Afrikas um ihre Selbstbehauptung gegenüber dem weißen Element, so schickt dieses sich an immer tiefer in den Erdteil einzudringen. Während im Süden Libyens dem italienischen Druck von Norden ausweichend hamitische und semitische Völkermassen mit Genehmigung der französischen Regierung nach Tunis übertreten, tragen sich die Italiener mit Eisenbahnprojekten, die Libyen weiter südlich erschließen sollen, und in Frankreich ventiliert man das Transsaharaprojekt (siehe die Rundschau Außenkolonisation, 1928 I Seite 371), das sich bereits zu einem Transafrikaprojekt ausgewachsen hat; beide Vorhaben werden allerdings auch gleichzeitig von anderen Kennern der Technik und des Erdteils abgelehnt. Hinzukommen das italienische Projekt von Massaua über Addis-Abeba nach Mogadischio in Ostafrika, die Beguellaabahn von der Westküste Angolas zu den Katangaminen im belgischen Kongo, dessen Regierung kürzlich von Boma nach Leopoldville-Kinshasa übergesiedelt ist, endlich die Kongo-Nil-Eisenbahn Stanleyville-Kilometro-Redjaf. Aber das meiste Interesse beansprucht doch das französische Transafrikaprojekt. Es ist gewiß eine großartige Idee. Gleichwohl wiegen die Gründe schwer, die Pariser Sachkenner gegen das Vorhaben ins Feld führen: Die Rentabilität der Bahn ist sehr fraglich; denn 1. wäre die Reise auf ihr durch Wüsten und Sümpfe mit rasch aufeinanderfolgendem Klimawechsel trotz unleugbar großer Zeitersparnis alles andere als ein Vergnügen, das der etwas längere Seeweg viel eher zu sein geeignet ist, 2. wird die Entwicklung des Flugdienstes fraglos der des Eisenbahndienstes voraneilen und durch noch größere Zeitersparnis

alle, die es wirklich eilig haben, an sich ziehen. Immerhin scheint mir die Tendenz von dem System der Stichtahnen von der Küste ins Innere zugunsten einer wirklichen verkehrlichen Aufschließung des Erdteils abzugehen im kontinental-europäischen Interesse begrüßenswert.

**Ölquellen** Die Stätten der Rohstoff-  
erzeugung sind in unserer  
Zeit Punkte menschlicher

**Ballungen** 1. Ordnung und Ursachen  
schroffster Interessengegensätze. Wir er-  
leben das erste jetzt in Indochina, wo-  
die im Süden immer stärker werdende  
Massenproduktion des Kautschuks eine  
Verlagerung der eingeborenen Bevölke-  
rung von Norden nach Süden nach sich  
zieht, das letzte in dem Kampf zwischen  
Großbritannien und den Vereinigten Staa-  
ten von Amerika, den beide Mächte als  
eine Art Quotenstreit innerhalb der an-  
gelsächsischen Gemeinschaft auszufech-  
ten sich anschicken. Zu diesem Thema  
liegen 2 Publikationen vor, nämlich 1.  
Ludwell Denny Ölquellen — Kriegsquel-  
len /Zürich, Orell Füssli/, 2. Essad Bey  
Öl und Blut im Orient /Stuttgart, Deut-  
sche Verlagsanstalt/; dazu ein Aufsatz  
Otto Moßdorfs Neuer Ölkrieg? im Kolo-  
nialfreund vom 5. Januar 1930.

Die sachlich stärkere und umfassende  
Darstellung des gegenwärtigen Zustands  
ist sicherlich die Ludwell Dennys. Sie  
läßt erkennen, wie Großbritannien, über-  
all rechtzeitig vorausblickend und, wie  
immer, nötigenfalls brutal zugreifend,  
auch auf dem amerikanischen Kontinent  
sich die wichtigsten Konzessionen ver-  
schaffte und so den Ölkrieg faktisch be-  
reits nahezu gewonnen hat, da minde-  
stens  $\frac{3}{4}$  aller Petroleumvorräte der Welt  
in seinem Besitz sind; was darum so ent-  
scheidend wichtig ist, weil heute die Be-  
hauptung der Seemacht von der Ölfuhr  
abhängt. Nun haben allerdings auch  
Rußland und neuerdings Venezuela bei  
der Gestaltung des Ölpreises, wie uns  
Moßdorf lehrt, der einen guten histori-  
schen Abriss dieses Ringens gibt, ein  
Wort mitzureden. Aber zunächst haben  
die Briten in dieser Frage eben die Ver-  
einigten Staaten von Amerika als Haupt-  
gegner, gegen den man anteilmäßig im  
Vorteil sein will, ehe man endgültig die  
Weltherrschaft zur See mit ihm zu teilen  
gedenkt. Ob der Weltkampf um den Öl-  
preis, wie Denny glaubt, sich zu einem  
Waffengang auswachsen wird, bleibe da-  
hingestellt. Gleichwohl sollte die Welt-  
gemeinschaft der Sozialisten dieser Frage  
besonderes Interesse entgegenbringen;  
denn diese hier betriebene "Preisgestal-

tung" ist Kapitalismus in rohester, übel-  
ster Form, der auf die Produktionserfor-  
dernisse der Ölverbraucher nicht die ge-  
ringste Rücksicht nimmt.

Die Arbeit Essads ist eine romanhafte  
Autobiographie des Sohnes eines Ölquel-  
lenbesitzers aus Baku und einer Russin,  
die der Vater aus dem Staatsgefängnis  
geholt und zu seiner einzigen Frau ge-  
macht hat. Essad begleitet ihn auf seiner  
Flucht vor dem Bolschewismus durch  
Turkmenistan, Buchara, Chiwa und Tadj-  
kistan. Als halber Knabe erlebt er die  
Zeitenwende, das Dahinsinken der Feu-  
dalherrschaft in den Ländern des lah-  
men Timur vor den nun entstehenden so-  
genannten Sowjetrepubliken. Über Kon-  
stantinopel, Rom, Paris kommt er nach  
Berlin, und hier findet er seine zweite  
Heimat. Das Blut seiner Mutter in ihm  
rebelliert gegen die eigene Klasse, der  
er durch seinen Vater angehört. Klar  
und kritisch, schonungslos nennt er die  
Dinge, die er sieht, bei ihrem Namen.  
Furchtbare Eindrücke zittern in seiner  
Erinnerung nach, was ihn jedoch nicht  
hindert immer sachlich und knapp zu  
sprechen. Zwischendurch erfahren wir  
viel völkerkundlich Nützliches aus dem  
westlichen Asien, so über islamischen  
Wissenschaftsbetrieb, über Heilkunst-  
stücke eingeborener Ärzte, über die se-  
xuellen und wirtschaftlichen Anschau-  
ungen der dort lebenden Stämme usw.  
Immer aber tritt doch das Politische weit in  
den Vordergrund. Türken, Engländer  
und Deutsche greifen in die Wirtschafts-  
und Rassenkämpfe am Kaspischen Meer  
ein, bis die bolschewistische Regierung,  
unter weiteren unmenschlichen Greueln,  
dem Hin und Her ein (vorläufiges) Ende  
dadurch bereitet, daß sie sich die Öl-  
felder aneignet. Damit hat aber zunächst  
alle Produktion dort ein Ende. So kann  
man nicht umhin sie notdürftig wieder  
so weit in Gang zu bringen, daß sie auf  
dem Weltmarkt bei der Preisbestimmung  
nicht gänzlich ausgeschaltet ist.

**Kurze Chronik** Der Ethnograph Evans-  
Pritchard wurde von der  
Regierung des Sudan zur  
Fortsetzung seiner folkloristischen Stu-  
dien bei den *nilotohamitischen Stämmen*  
im obern Nil-Sobat-Gebiet aufgefordert;  
er ist bereits abgereist. Die selbe Stelle  
übertrug Tucker die Durchführung der Be-  
schlüsse der Sprachenkonferenz von Red-  
jaf (siehe dazu auch Thorwirth Erfor-  
schung und Gestaltung afrikanischer Kul-  
turen, 1929 II Seite 1014 und folgende).  
◊ Der amerikanische Flieger Richard  
Byrd überflog den *Südpol* und stellte

dort mehrere bisher unbekannte Gebirgsketten fest. ◊ Für 1931 wird in Paris eine Kolonialausstellung geplant, die vorzugsweise eine Ausstellung der *kolonialen Kunst* sein soll. ◊ Der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen erhielt eine Banatsverfassung und heißt jetzt *Königreich Südslawien*. (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1929 II Seite 1135). Die neue Verfassung huldigt stark dem zentralistischen Regierungsprinzip. Die Banate, 33 an der Zahl, sind den französischen Departements vergleichbar und auch gleich diesen nach physiogeographischen Merkmalen benannt. ◊ Zur Würdigung des hervorragenden Leipziger Ethnologen *Karl Weule*, der vor einigen Jahren starb, gab Otto Reche eine Sammlung von Arbeiten unter dem Titel *In memoriam Karl Weule, Beiträge zur Völkerkunde und Vorgeschichte, unter Mitwirkung seiner Schüler und Freunde* heraus /Leipzig, R. Voigtländer/.

**Literatur** Eine erfreuende Neuerscheinung ist das »Reise und Erinnerungsbuch« *Franz Carl Endres' Griechenland als Erlebnis* /Stuttgart, Walter Hädecke/. Der Verfasser hat Jahre hindurch in Griechenland gelebt, besser; das Land und seine Menschen erlebt, und das Buch ist der Niederschlag dieses Erlebnisses. Akropolis und modernes Athen, Eleusis mit den Mysterien, Delphi und der Flor der griechischen Gottheiten, Korinth und Nemea, Mykenä und Tiryns, das dem Verfasser als ein Erzeugnis der neuerdings behaupteten atlantischen Kultur erscheint, der Olymp, der Peloponnes mit Sparta; alles dies wird durch des Autors Hand uns wundersam lebendig. Der nicht klassisch Gebildete wird nach der Lektüre dieses mit nur ausgezeichneten Photogrammen reich geschmückten Werkes von Alt- und zugleich von Neugriechenland mehr wissen als mancher klassisch Gebildete, und dieser erlebt selber griechische Kultur, sieht Zusammenhänge, die Schule und wissenschaftliches Studium oft ihn erkennen zu lassen unterließen. Besonders gut scheinen mir die Gegensätze zwischen alt und neu herausgearbeitet. Dieser Verfasser weiß nur wenig von Anthropogeographie; und doch ist seine Arbeit in mancher Beziehung ein Vorbild dafür, wie anthropogeographische Fragen gesehen und behandelt werden sollten. Der praktische Anhang, eine Art Reiseführer, wird wie das ganze Buch überhaupt allen denen besonders nützlich und erwünscht sein, denen Hellas zu sehen noch vergönnt ist.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Dietzgen †** Eugen Dietzgen, der Sohn und Nachfolger Josef Dietzgens, den Karl Marx auf dem Haager Kongreß der Internationale /1872/ als »unsern Philosophen« begrüßt hatte, ist nach langem Krankenlager am 1. Dezember 1929 zu Zürich gestorben. Auf manche der meist in gedrängter Kürze abgefaßten Arbeiten des jetzt Toten ist in dieser Rundschau hingewiesen worden. Sie zeigten einen vor allem den Fragen der Philosophie und des dialektischen Denkens, so wie sie dem Vater vorgeschwebt, gerichteten Sinn. Das Ringen nach ökonomischer Unabhängigkeit, um sich die Muße zu eigener Geistesarbeit zu verschaffen, übernahm der Sohn vom Vater, den das Kommunistische Manifest schon 1848 als 18jährigen Jüngling zum überzeugten Sozialisten gemacht hatte. Aus Amerika, wo sich Josef, der Gerbergeselle, selbständig zu machen versucht hatte, brachte er keine Reichtümer, wohl aber Vorarbeiten zu seinem später berühmten Büchlein *Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit* nach Deutschland zurück. Seine eben erst etwas gefestete ökonomische Existenz in Deutschland ging ihm unter dem Sozialistengesetz wieder völlig verloren, und daher sandte er seinen jungen Sohn Eugen über das große Wasser, um dort den Kampf um den Aufstieg von neuem aufzunehmen. Energie und Glück begünstigten ihn. Vom ungelerten Fabrikarbeiter stieg er in einer neuen Firma bald zum ersten Geschäftsreisenden auf. Der Vater, bis zu seinem Tod /1888/ als sozialistischer Redakteur unermüdlich tätig, fand bei dem Sohn eine sichere Heimstatt. Um die Jahrhundertwende konnte sich Eugen vom Geschäft zurückziehen. Nun wollte er sich in Deutschland ganz seinen geistigen Interessen widmen. Aber die schwere Berufsarbeit hatte seine Gesundheit damals schon an der Wurzel angegriffen. Nur ärztliche Kunst hielt ihn Jahrzehnte noch am Leben. Die geistige Entwicklung Eugen Dietzgens, den eine unüberwindliche Bescheidenheit an dem öffentlichen Hervortreten in der von ihm privatim aufs eifrigste verfolgten Parteidiskussion oft hinderte, führte ihn konsequent zum Revisionismus, dem er allerdings noch speziell Josef-Dietzgensche Elemente beifügte. Das zeigen klar seine beiden kleinen Schriften, die erst vor kurzer Zeit erschienen: Fort mit dem Klassenkrieg! und Evolutionärer Materialismus und Marxismus. Er stand in seiner Denkweise den Sozial-

listischen Monatsheften nahe, mit denen er auch in ständiger Fühlung blieb. Ein besonderes Verdienst Eugen Dietzgens ist auch, daß er die Schriften seines Vaters gesammelt und neu herausgegeben hat. Denn, wie Karl Kautsky in seinem warmherzigen Nachruf auf Eugen Dietzgen sagt, »nicht nur unter den Marxistern in Gebieten deutscher Sprache sondern überall, wo es Marxisten gab, die philosophisch interessiert waren, namentlich unter holländischen und russischen [und amerikanischen, wie wir gerade vor wenigen Monaten aus dem Artikel Ernst Unterermanns Das amerikanische Rätsel, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 792, ersahen], wurde die Dietzgensche Philosophie aufs eifrigste studiert, diskutiert und propagiert. Sie ist zu einem wichtigen Faktor des marxistischen Geisteslebens geworden. Als solche gehört sie der Geschichte des Sozialismus für immer an.« Die Wissenschaft des Sozialismus und der Arbeiterbewegung hat den Tod Eugen Dietzgens, der selbstlos in der Stille wirkte, als einen Verlust zu beklagen.

#### Dialektik als Phrase

Vor einiger Zeit wurden die Leser in dieser Rundschau (1928 I Seite 353 und folgende) auf Karl Kautskys Werk über die materialistische Geschichtsauffassung hingewiesen, in dem der damals 73jährige Vorkämpfer des Marxismus aus der Fülle eigener Arbeit und Forschung heraus sich mit dem Grundkomplex der Marxschen Ideenwelt von neuem auseinandersetzt. Man konnte annehmen, der ernste Wahrheitswille, von dem diese Untersuchungen zugleich in kritischer Überprüfung früherer vertretenen Standpunkte beseelt sind, müsse ein erneutes Gefühl der Dankbarkeit und Anerkennung für den rastlos tätigen Kämpfer wecken. Wenigstens bei den Marxistern, die das Leninsche Auf-den-Kopf-Stellen des Marxismus nicht mitgemacht hatten und von der Erbsünde nicht lassen wollten die Dinge mit eigenen Augen anzusehen. Das Buch *Karl Korsch' Die materialistische Geschichtsauffassung*, das im Nebentitel eine »Auseinandersetzung mit Karl Kautsky« verspricht (Leipzig, C.L. Hirschfeld/), zeigt freilich, wie fehl diese Annahme ging. Man kann den deutschen Verfasser nicht eigentlich einen "Leninisten" nennen, da er vom hohen Roß seiner Dialektik herab nebenbei wiederholentlich auch den russischen Oktoberheiligen allerhand ketzerischer Seitensprünge zieht. Aber vor allem wird seine Rosinante, ein Schattenbild, das nach Belieben alle mög-

lichen Farben annimmt, von ihm gegen Kautsky aufgepälmelt und losgelassen. Weiß Gott, woher der Verfasser seine Sonderkenntnisse von dem, was Hegel und was später Marx Dialektik nannten, gewonnen hat. Dem Leser bleiben die Quellen, auf die sich die allzeit zu abgründigen Verdammungen bereite Weisheit des Autors stützt, ein Geheimnis. Nur so viel wird einem auf der Wanderung durch die 300 großen Seiten allmählich klar, daß Karl Kautsky ein intellektueller Bösewicht und Rabulist sein soll, weil er ganz einfach schreibt, was ihm jeweils nach reiflichem Ermessen richtig scheint, dabei aber, was nach Korsch die Kernfrage ist, schnöde vergißt: nämlich sich zu fragen, ob, was er so sagt, auch seinen richtigen dialektischen Schick besitze. Der alte Ben-Akiba-Spruch, daß alles, so oder so gewendet, auf der Welt schon dagewesen, ist dem Bearbeiter dieser Rundschau bei der scharfrichterlichen Vermöblung Kautskys durch Korsch aufs neue überzeugend aufgegangen. Seine Gedanken wanderten Jahrzehnte rückwärts bis zu dem Weihnachtsfest, wo er als Junge die damals vielgelesenen großen 2 Bände von Johannes Scherrs Bildersaal der Weltliteratur unter dem Weihnachtsbaum fand. Neben dem vielen Bedeutenden, das er da las, ist ihm auch eine derbe alte Parodie auf den Gallimathias der Hegelschen Ausdrucksweise, eine Partie aus dem Mondzüglerdrama Heinrich Hoffmanns, in der Erinnerung geblieben, allwo die Blauen und die Grauen, der Amtmann und der deutsche Michel, mit allerschönsten Hegelschen Kraftworten sich wechselseitig zu Boden schlagen. "Subjekt" und "Objekt", "negative Philosophie", "Dialektik" und "das Absolute" fliegen da als Geschosse zwischen den Parteien hin und her, deren Streitsucht sich am Ende auf die wichtige Frage konzentriert: wie Dreck am richtigsten zu titulieren sei, ob es der, die oder das Dreck zu heißen habe. Den Abschluß bildet dann die Prügelei des Chors der "Begriffsritter": »Ihr Rabulisten! Ideal! Das A ist B! Ich blute! Totalität! Begreifst du jetzt? Barbar! Das Absolute!« Kautsky kommt in Korsch' philosophischem Strafgericht nicht glimpflicher davon. Am hohen Galgen der "Dialektik" wird der Übeltäter aufgehängt, und es wird ihm obendrein noch nachgewiesen, daß er ein solches Strafgericht nicht erst im Alter sondern von Anbeginn verdient habe. Gleich auf einer der ersten Seiten wird dem Leser die glorreiche Entdeckung

vorgeführt, daß Kautsky »seine ganze Darstellung auf einem einzigen "Marx-zitat" aufgebaut« habe. Der Beweis? Nichts einfacher, Kautsky hat es gewagt die Marxsche Auffassung, »die bei Marx eine einheitliche materialistisch-dialektische Auffassung der ganzen wirklichen Geschichte ist, in 2 getrennte Bestandteile zu zerlegen«. - Und dahinter steht, wie es bei einem Erzverräter von vornherein gleich zu vermuten war, die schwarze Absicht »zugleich mit einer formellen Aufrechterhaltung "der" materialistischen Geschichtsauffassung von ihrem Inhalt beliebig viele Stücke zu revidieren und preiszugeben«. Dies sein Doppelspiel von Anfang an. »Und die "neu aufgetauchten" oder ihm neuerdings "bekannt gewordenen" Tatsachen erlauben ihm zugleich, ja zwingen ihn sogar zu einem Sprung "über Marx hinaus" — der sich allerdings bei ihm unversehens in einen "Sprung zurück" verwandelt, nämlich in einen Sprung zurück hinter den von Marx proklamierten materialistisch-dialektischen und revolutionären Standpunkt des Proletariats zu dem bürgerlich-staatlichen und idealistisch-positiven [!] Standpunkt der heutigen Bourgeoisie.« Wörtliches Zitat, und gleichzeitig das Programm, das auf jeder der 100 folgenden Seiten dem Leser eingebläut wird. Die dialektische oder, wie der Autor mit Vorliebe sagt, die »materialistisch-dialektische« Methode versetzt Korsch in einen Rauschzustand, der ihn über alle Bedenken der gewöhnlichen Menschenbesinnung mit gewaltigem Schwung hinwegreißt. Zum Beispiel: Auch nur die einfache Frage aufzuwerfen, ob sich "materialistische Dialektik" ohne evolutionäre Bewegung des Sozialen auch nur denken lasse, kommt ihm gar nicht in den Sinn. Wohlweislich; denn, wenn man anfängt sich darüber den Kopf zu zerbrechen, könnte es am Ende sein, daß man da landet, wo auch Kautsky jetzt steht. Korsch hält es mit dem Wahlspruch "Stat pro ratione voluntas" und mit dem guten Zutrauen zum Leser; denn es »glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen«.

Von den wirklichen Fragen, wie der geschichtliche Gesamtzusammenhang sich grundlegend fassen und begreifen lasse, den Fragen also, die in der Marxschen Geschichtsauffassung und jeder an ihr vorgenommenen ernsthaften Kritik in erster Reihe stehen, erfährt man bei Korsch gar nichts. Es genügt der Nachweis gewisser Parallelen und Berührungspunkte, die zwischen Kautskys Geschichtsauffassung

und manchen Vertretern der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie bestehen, um jenen die richtige marxistische Gesinnung abzusprechen und ihn dementsprechend endgültig zu "überwinden".

**Totenliste** Ende Oktober 1929 starb in Berlin der ordentliche Professor an der Berliner Universität *Robert Hoeniger*, 74 Jahre alt. Sein Lehrfach war Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Zuerst war er Lehrer an der Kriegsakademie und der Handelshochschule in Berlin, dann wurde er 1920 an die Universität berufen. Unter den von ihm veröffentlichten Arbeiten seien *Die Kontinental Sperre in ihrer geschichtlichen Bedeutung /1907/* und *Das Deutschtum im Ausland /1913/* genannt.

In Paris starb Ende Dezember der Soziologe und Generalinspektor des öffentlichen Unterrichts *Gustave Belot*. Sein bedeutendstes Werk sind die *Etudes de morale positive*, in denen Belot seine durchaus positivistisch gerichtete Soziologie darlegt. Die Moral entwickelt er als eine technische Methode, die sich aus den Bedürfnissen der menschlichen Gesellschaft herleitet; er spricht daher von einer »technique morale«.

**Kurze Chronik** Auf Anregung der Zeitungsverleger und industrieller Kreise wurde an der Universität Tokio ein *Lehrstuhl für Zeitungskunde* errichtet. ◊ Der Ministerialrat im österreichischen Bundeskanzleramt *Friedrich Hertz* folgte einem Ruf an den Lehrstuhl der Soziologie an der Universität Halle. Er hat eine große Reihe wertvoller Schriften veröffentlicht, so zahlreiche Arbeiten zum Friedensvertrag, zur Anschlußfrage, zur Reform des Wasserrechts, ein Werk über Rasse und Kultur, über die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Krieg und viele volkswirtschaftliche, politische und pädagogische Aufsätze. In den ersten Kampfesjahren des Revisionismus war Hertz als Sozialist auch ein naher und sehr eifriger Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte; die Leser werden seine inhaltreichen und stets anregenden Arbeiten, namentlich zur Agrarfrage, nicht vergessen haben. ◊ Der Privatdozent an der Handelshochschule Berlin *Melchior Palyi* wurde dort Professor für Volkswirtschaftslehre. Er hat sich vornehmlich mit Fragen des Geld- und Bankwesens und der Handelspolitik beschäftigt, ist ein Schüler Lujos Brentanos und Max Webers. Zur Beurteilung der deutschen Wirtschaft und

namentlich ihrer Beziehungen zu Amerika hat er gerade vor einem Jahr Zutreffendes veröffentlicht, wie hier in dem Artikel Kaliskis Das Bild der deutschen Wirtschaft, 1929 I Seite 17, festgestellt wurde. ◊ Der außerordentliche Professor für englische Sprache und Literatur an der Deutschen Universität Prag *Leo von Hibler* wurde als ordentlicher Professor auf den neugegründeten Lehrstuhl für Wirtschaftssprache und Wirtschaftskunde des britisch-amerikanischen Sprachgebiets an die Handelshochschule Leipzig berufen; er trat sein Lehramt mit einer Vorlesung an, betitelt Die Literatur im Dienst der Wirtschaftskunde; *Sinclair Lewis* über Wirtschaft und wirtschaftliche Zustände in Amerika. ◊ An der Universität München habilitierte sich für Volkswirtschaftslehre und Soziologie *Johannes Gerhardt*.

**Literatur** Weite Verbreitung wäre dem neuen Buch *Robert Wilbrandts* Unsere Volkswirtschaft heute und morgen /Berlin, Reimar Hobbing/ zu wünschen. Die Ausführungen sind von dem freiheitlich gesinnten und mit gründlicher Kenntnis des Gegenstands abwägenden Verfasser in übersichtlich klarer Weise auf etwa 300 Seiten zusammengedrängt. »Dies und jenes wird jeder darin vermissen«, räumt er ein, um aber mit vollem Recht hinzuzufügen: »Immerhin, die üblichen Fächer praktischer Volkswirtschaftslehre und Handels- und Verkehrspolitik, Agrar- und Gewerbepolitik samt Sozialpolitik und Kartellpolitik sind behandelt. Und es ist versucht nicht nur vorzuführen, wie unsere deutsche Volkswirtschaft aussieht, und was sie bewirkt, sondern auch, wie sie sein muß gemäß unserer Lage.« Nach einem instruktiven Ausblick auf Landwirtschaft und Gewerbe in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft werden in den 3 Hauptabschnitten des 1. Teils die Wesenszüge der sozialökonomischen Struktur, die wachsende abhängige Masse, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit und Das Unternehmertum skizziert. Die letzten 50 Seiten beschäftigen sich mit den durch den Weltkrieg vielfach geänderten Verhältnissen. *Wilbrandt* entwickelt da die schmale Bahn der Möglichkeiten, auf der ihm die Erhaltung und weitere Fortentwicklung der deutschen Volkswirtschaft trotz allen Lasten möglich erscheint. ◊ Ein Schweizer, *Emil Walter*, veröffentlicht unter dem Titel Der Kapitalismus, eine Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie /Zürich, Oprecht & Helb-

ling/ eine Arbeit, die mit Fug und Recht dem Andenken *Herman Greulichs*, des großen Führers der schweizerischen Arbeiterklasse /1842 bis 1925/ gewidmet ist. Dem Sinn dieser Widmung entspricht es, daß der Verfasser die Marxsche Theorie nicht nur übersichtlich sondern, wie das Vorwort eindringlich hervorhebt, auch »anschaulich« zu entwickeln sucht; entspricht es ferner, daß er es ablehnt sich an das äußere Schema der Marxschen Darstellung durchgängig zu halten. Wenn er in Einzelheiten von der Form der Marxschen Darstellung abweiche (so in der konsequent innegehaltenen Parallelisierung der theoretischen Begründung der Tauschgesetze mit der historischen Entwicklung, in der Darstellung der Umwandlung der Mehrarbeit in Mehrwert und einigen anderen Punkten), so habe ihn dabei die Absicht geleitet »eine solche Erweiterung der Marxschen Theorie dem System des Marxismus organisch und widerspruchsfrei einzufügen«. In diesem Sinn setzt er sich in seinem Buch auch ausführlich mit den abwegigen Einwänden auseinander, die seit mehreren Jahrzehnten im Namen der sogenannten Grenznutztheorie gegen die Marxsche Wertlehre erhoben werden. Dem Leser wird in schlichter Darstellung, die sich von Ballast freihält, eine Reihe wertvoller Anregungen vermittelt. ◊ Die vielgelesene Arbeit *Alfred Manes'* über das Versicherungswesen liegt jetzt, ein Vierteljahrhundert nach dem ersten Erscheinen, in 5. erweiterter Auflage mit einem die Sozialversicherung behandelnden Teil vor /Leipzig, B. G. Teubner/. Der 1. der 3 Bände beschäftigt sich vorwiegend mit der Entwicklung und Bedeutung der Versicherung, mit ihrer Organisation und der Versicherungspolitik. ◊ Aus Anlaß seiner Emeritierung hält *Franz Oppenheimer* eine Rückschau auf sein eigenes Wirken, in einer Schrift, die er Mein wissenschaftlicher Weg betitelt /Leipzig, Felix Meiner/. Dieser Weg, zumal die Erfindung, wie man bei bloßer Beseitigung des Großgrundbesitzes unter Beibehaltung der freien Konkurrenz es anzufangen habe, um die Welt von allen sozialen Übelständen zu befreien, ist schon des öfters von ihm dargelegt und hier kritisch beleuchtet worden. Doch bietet die Broschüre über die von ihm angestellten Gründungsversuche von Siedlungsgenossenschaften manches nicht uninteressante Material. Mit großer Wärme hebt *Oppenheimer* den starken Einfluß hervor, den *Theodor Hertzka* und dann *Eugen Dühring* in den neunziger Jahren auf ihn ausgeübt haben.

## KUNST

Bildende Kunst / Otto Bratlskoven

Rohlfs

Am 22. Dezember 1929 wurde Christian Rohlfs 80 Jahre alt. Er gehört nicht eigentlich zu den Wegbereitern, wohl aber ist er eine der eigenartigsten Erscheinungen der neuern deutschen Kunstauffassung. Als holsteinischer Bauernsohn sollte er ursprünglich den väterlichen Hof übernehmen. Eine 15jährige Krankheit und der Verlust eines Beins trieben ihn aber dann zum Kunstschaffen. Auf Anregung Theodor Storms ging er zuerst nach Berlin, dann nach Weimar, wo er Schüler Karl Buchholz' wurde. Gleich seinem Lehrer bemühte er sich um einen stimungshaft verwobenen Impressionismus: in Landschaften, die ein temperamentvolles Rumoren nicht ganz verbergen. Erst als 50jähriger ist er so weit ganz seine heute bekannte Auffassung in eigentümlich breitflächiger und glasfensterartiger Manier in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Karl Ernst Osthaus berief ihn nach Hagen, und dort entwickelte er nach und nach seine Eigenart, die darauf abgestimmt ist die Wirklichkeit durch ein formal gebändigtes, aber intensiv glühendes Farbspiel zu überhöhen. Teilweise deckt er durch die Überbetonung der Farbe das Gegenständliche fast vollkommen zu, aber er vermag es auch das Verborgene in neuer Intensität wiedererstehen zu lassen. Am bekanntesten sind seine verschiedenen Fassungen Soester Kirchtürme geworden. Daneben schuf er Blumenstilleben, exotische Szenen und Menschenköpfe. Seine zahlreichen Aquarelle sind ungewöhnliche Zeugnisse seiner immer noch ungebrochenen Farbenphantasie. Mit einem Figurengemälde Krieg, das sich im Folkwangmuseum in Essen befindet, bewies er, daß ihm auch eine sinnbildliche Darstellung seelischer Erlebnisse möglich war. Kunst und Lebensfülle sind ihm eigen. Mit 70 Jahren machte er noch Hochzeit.

Gurlitt

Am 1. Januar 1930 wurde Cornelius Gurlitt 80 Jahre alt. Er hat sich als einer der Nestoren deutscher Kunstgeschichtsschreibung und -forschung weit über seinen Fachkreis hinaus einen Namen gemacht. Gewiß war seine Lebensarbeit in der Hauptsache der Baukunst gewidmet, aber daneben hat er für die bildende Kunst außergewöhnlich viel geleistet und besonders mit lebendigem Einsatz das Betreten von Bahnen ermöglicht, die heute jedem vertraut erscheinen. Sein

Vater war der Landschaftsmaler Louis Gurlitt /1812 bis 1897/, er selbst wollte zuerst Architekt werden, wandte sich dann aber der Kunstforschung zu, zuerst als Dozent in Berlin, anschließend als Museumsbeamter und schließlich als Hochschullehrer in Dresden. In Berlin trieb er neben seiner lehrenden Tätigkeit auch aktive Kunstkritik, indem er der Moderne ohne Scheuklappen zu dienen suchte. Als Frucht dieser Bemühung erschien vor der Jahrhundertwende ein Werk Die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts /Berlin, Georg Bondi/, das in der Betrachtungsweise die damals ganz im überlieferten klassischen Sinn eingeengte Auffassung überwindet und zudem das Kulturdokument eines frisch das Neue Miterlebenden ist. In Dresden später ging er daran die bislang verfemten Denkmäler des Barock und Rokoko in Vorträgen und umfangreichen Publikationen zu behandeln. Es ist sein Verdienst, daß dadurch der Blick auf alle künstlerischen Erscheinungen ohne Dogma frei wurde, und die von der alleinigen Bejahung der Renaissance und des Klassizismus genährten Vorurteile aus der Kunstwissenschaft verschwanden. Im übrigen ist er einer der vielseitigsten und unerschöpflichsten Kunstschriftsteller, er hat nicht nur eine unübersehbare Reihe von Einzelpublikationen geschaffen sondern auch der heutigen Kunstgeneration mit Rat und Tat gedient und schließlich sich noch um eine Gesamtdarstellung der Kunst bemüht, in der nicht nur die Kunstwerke chronologisch aufgereiht sondern in bemerkenswerter Form in Beziehung zum Leben der Völker gesetzt werden.

Barlach

Am 2. Januar wurde Ernst Barlach 60 Jahre alt. Im Gegensatz zu den ausgesprochen konstruktiv gerichteten Bildhauern unserer Zeit beruht sein Werk wie sein Schaffen überhaupt allein auf der Darstellung seelischer Empfindungen. Er war in Holstein geboren, kam im Alter von 20 Jahren an die Akademie in Dresden, wo ihn der Bildhauer Robert Diez zum Zeichnen auf der Straße anregte. Wenn auch die Arbeiten, die damals entstanden, eine Krautsammlerin und eine Junge Mutter, schon seine spätere Darstellungsweise ankündigten, so hat er doch erst in Rußland, wo er sich einige Zeit aufhielt, die entscheidenden Anregungen und Vorstellungen gefunden. Dort sah er Menschen, deren Lebensäußerungen unverstellt einfach und dabei zugleich mystisch waren. Ähnlich ein-

fach in der Form und dabei voller Visionskraft präsentieren sich alle seine anschließend geschaffenen Bildwerke. Er hat es vermocht ausbrechende oder verhaltene Leidenschaften in ruhige Linienverhältnisse zu bannen, dabei überpersönlich und ohne formales Experimentieren in Holzbildwerken, deren großes Format fraglos die monumentale Haltung verstärkt. Weniger intensiv wirken seine Steingutfiguren, da das glatte Material seine Intentionen verwischt.

Von der Lebensauffassung Barlachs sprechen seine zahlreichen Steinzeichnungen und seine Dramen *Der tote Tag*, *Der arme Vetter*, *Der Findling*, *Die echten Sedemunds*, *Die Sündflut*, *Der blaue Boll* und *Die gute Zeit*, die er immer selbst mit Lithographien und Holzschnitten versehen hat. Und schließlich noch ein autobiographischer Versuch *Ein selbst-erzähltes Leben*, der, wie alle seine Arbeiten, bei Paul Cassirer in Berlin, herauskam und an das Verstehen seiner künstlerischen Eigenart näher heranhöhrt als genaue Analysen seiner Werke.

**Dänemark** Ende 1929 fand in Kopenhagen eine großangelegte nationale Kunstausstellung

*Danske Kunststævnet* statt, die besonders auf dem Gebiet der Malerei und Plastik bewies, daß sich die dänische Kunst trotz allen Einflüssen von außen eine eigene Art erhalten hat.

Die gewissermaßen moderne Malerei konnte auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken, seit Peter Severin Krøyer /1851 bis 1909/ seine Italienischen Hutmacher in ausgesprochen naturalistischer Manier malte und stürmische Entrüstung hervorrief. Seit diesem Zeitpunkt wurden alle neueren Malweisen von den Dänen angenommen und zugleich dem nationalen Empfinden, einem Gemisch aus besinnlicher Kultiviertheit und gemächlicher Hausbackenheit, entsprechend angepaßt. Vornehmlich der französische Einfluß ist in allen dänischen Arbeiten bis in die jüngste Zeit unverkennbar. Man findet in den Gemälden der Michael Ancher, Joachim Skovgaard, Ejnar Nielsen, J. F. Willumsen und schließlich der Jüngsten gewiß keine überragende Leistung, aber immer eine kultivierte und überzeugende Darstellungssicherheit, die als retardierendes Moment in der europäischen Kunst ohne Zweifel unser Interesse beanspruchen kann.

Auf dem Gebiet der dänischen Plastik wird es deutlich, daß das Stigma der von Thorwaldsen festgelegten Manier schon längst überwunden ist. Das Gefühl für

klare Abrundung und Abgewogenheit herrscht zwar immer noch vor, aber daneben kommt jetzt auch, wie besonders in den Werken Kai Nielsons, der dänische Hang zum Humor in künstlerisch einwandfreier und menschlich ansprechender Weise zum Vorschein.

**Totenliste** Anfang Juli 1929 starb in Moskau der Maler, Sammler und Kunstschriftsteller

*Ilja Ostruschow*, im Alter von 71 Jahren. Er gehörte zu den russischen Freilichtmalern am Ausgang des 19. Jahrhunderts, sein Hauptwerk *Nordwind /1890/*, eine eigentümlich russische Auswertung impressionistischer Manier, wurde seinerzeit sehr geschätzt. Als Sammler hat er sich besonders durch sein lebendiges Eintreten für den Kunstwert der Ikonenmalerei bekannt gemacht. Von 1904 bis 1913 leitete er die *Tretjakowgalerie* in Moskau. Nach der Nationalisierung aller Kunstsammlungen durch die bolschewistische Regierung behielten seine eigenen Sammlungen den Charakter eines selbständigen Museums, das er als einziger Besitzer leitete.

Am 2. Oktober starb in Paris der Bildhauer *Emile Antoine Bourdelle*, im Alter von 63 Jahren. Er hat längere Zeit als Gehilfe im Atelier Rodins gearbeitet. Mehr noch als Aristide Maillol und Charles Despiau galt er als der bedeutendste französische Bildhauer. Seine Hauptwerke, unter anderen *Der verwundete Kentaur*, die *Ingresbüste*, die Reliefs und Fresken für das *Théâtre des Champs-Élysées* und die zahlreichen Denkmäler lassen einen Bildhauer erkennen, der einen klaren Sinn für das jeweilige Material und eine sichere Verarbeitung historischer Stilweisen bewiesen hat. Er nannte sich einen *architecte-sculpteur*. Eine bedeutende monumentale Haltung ist ihm nicht abzusprechen.

Anfang Oktober starb in Stuttgart der Maler *Christian Speyer*, im Alter von 74 Jahren. Er wirkte bis 1924 als Zeichenlehrer an der Stuttgarter Akademie, gehörte noch als letzter der älteren Malergeneration Württembergs an und hat sich vornehmlich durch gediegene Illustrationen und lebendige Reiter- und Pferdgestalten einen Namen gemacht.

Ende Oktober starb in München der Maler *Richard Winternitz*, im Alter von 68 Jahren. Von Stuttgart kam er um 1890 nach München, wurde einer der Mitbegründer der Münchener Sezession. Von seinen Arbeiten sind in erster Linie Interieurs mit abwechslungsreicher und sorgfältiger Lichtmalerei bekannt.

In Hamburg, wo er als Dozent an der Universität wirkte, starb am 27. Oktober der Kunstgelehrte *Aby Warburg*, im Alter von 63 Jahren. Er ist besonders dadurch bekannt geworden, daß er seine umfangreiche Bibliothek seiner Vaterstadt bei der Gründung der Universität stiftete. Als Gelehrter beschäftigte er sich hauptsächlich mit Grenzgebieten und Hilfswissenschaften der Kunstgeschichte; dabei im besondern mit Religionsgeschichte, Ikonographie, Mystik, Astrologie und außerdem mit Theater- und Kostümgeschichte.

Mitte November starb in München der Maler *Walther Firlé*, 70 Jahre alt. Bekannt wurde er durch religiöse Kompositionen, mit einem ausgesprochen realistischen Einschlag. Daneben schuf er noch Gemälde aus holländischen Nächstschulen, Sonntagsschulen und Waisenhäusern, die erkennen lassen, daß er nicht ganz abseits der modernen malerischen Auffassung stand.

Anfang Dezember starb in Stockholm der Maler *Oskar Björck*, im Alter von 69 Jahren. Er gehörte zu denjenigen Skandinaviern, die um 1890 die realistischen Lehren der Pariser und Münchener Schule in die Heimat brachten. Später wurde er der repräsentative Porträtist Schwedens, mit Bildnissen von robuster Charakterisierungsart.

Am 19. Dezember starb in München der ehemalige Akademiedirektor *Ferdinand von Miller*, 86 Jahre alt. Er hat längere Jahre die Bayrische Akademie der bildenden Künste geleitet, war ein Sohn des Erzgießers Ferdinand von Miller, der Ludwig Schwanthalers Bavaria goß, und ein Bruder Oskar von Millers, des Schöpfers des Deutschen Museums.

Ende Dezember starb in Berlin *Albert Knab*, im Alter von 60 Jahren. Er zeichnete Plakate und ornamentale Entwürfe. Während des Kriegs veröffentlichte er ein Werk über das Zeichnen mit der linken Hand. Er begründete die Monatshefte für Graphisches Kunstgewerbe.

**Kurze Chronik** Die Stadt Venedig hat einen internationalen *Wettbewerb* ausgeschrieben, der thematisch begrenzt ist, und für den 25 000 Lire zur Verfügung stehen. Als Thema ist Die Mutterschaft gewählt worden. Einen Wettbewerb für die beste Kunstkritik veranstaltet das jetzt im Verlag Hermann Reckendorf in Berlin erscheinende Kunstblatt. Man verlangt eine Kritik über ein Werk eines Künstlers der jungen Generation, das in den letzten 25 Jahren entstand. Dem Preisgericht gehören neben

dem Herausgeber Paul Westheim Alfred Döblin und Gert Wollheim an. ◊ In Rhodesien entdeckte der Afrikaforscher Leslie Armstrong in einer Höhle bei Bombata *prähistorische Zeichnungen*, die seiner Ansicht nach ein Bindeglied zwischen der frühen afrikanischen und der europäischen Kultur darstellen. Es handelt sich um 200 Zeichnungen von Tieren und auch von Menschen, die auffallend groß sind und kaum von den zwergähnlichen Buschmännern stammen können, die früher Rhodesien bewohnten. ◊ Die immer wieder gestellte Frage nach der Autorschaft der Marmorfigur eines jugendlichen Johannes der Täufer, die bisher als ein Werk Michelangelos galt, scheint jetzt gelöst zu sein. Der italienische Kunstgelehrte Carlo Gamba kommt in der Zeitschrift *Dedalo* zu dem kühnen Schluß, daß die im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum befindliche Figur nur ein Werk des 1495 geborenen *Silvio Cosini* sein kann. ◊ Im Museum in Nancy erkannte Carlo Gamba in einem vom venezianischen Maler Lorenzo Lotto herührenden Porträt ein *Bildnis Michelangelos*. Nach seinen Untersuchungen ist es im Jahr 1529 gemalt, dem einzigen Jahr, in dem sich beide Künstler in Venedig getroffen haben können. Es ist ein Brustbild, das den düstern und am Beschauer vorbeisiehenden Michelangelo mit einer Kappe auf dem Kopf zeigt. ◊ In Lille wurde auf einem Speicher ein Gemälde gefunden, das sich als ein Werk *Frans Hals'* herausstellte. Es handelt sich um ein bekanntes Porträt eines Mannes mit dem Handschuh, das seit etwa einem Jahrhundert verschollen war. Es befand sich während dieser Zeit im Besitz einer Liller Familie, ohne daß man dem Bild eine besondere Bedeutung beimäß. ◊ Im Luxembourgmuseum in Paris werden demnächst die Schaubudenbilder aufgestellt werden, die *Henri Toulouse-Lautrec* im Jahr 1895 für die Baracke der Tänzerin La Goulue (siehe die Rundschau *Bewegungskunst*, 1929 I Seite 554 und folgende) geschaffen hat. Die großen Bilder waren 1904 im Pariser Herbstsalon ausgestellt und wurden dann aus Gründen der Verkäuflichkeit zerschnitten. Jetzt ist es gelungen alle Stücke zusammenzubekommen, so daß man diese charakteristische Arbeit des Künstlers wieder im ganzen sehen kann. ◊ In Mexico wurde der Maler *Diego Rivera* zu einer schweren Freiheitsstrafe *verurteilt*, weil er angeblich in einer Komposition Christus und die Jungfrau Maria blasphemisch dargestellt hat. Eine empörte Volksmenge zerstörte die von Rivera ge-

schaffenen Fresken im Hof der Arbeit des Unterrichtsministeriums. ◊ In Berlin begründet man ein *Deutsches Bildarchiv*, das der Staatlichen Kunstbibliothek angegliedert wird. Das Ziel ist; alle erreichbaren Aufnahmen deutscher Kunstdenkmäler zu vereinigen, um sie als wichtigstes Hilfsmittel der Kunstforschung an öffentlicher Stelle bereitzustellen. Man gibt damit der Forschung eine Grundlage, wie sie in anderen Ländern schon seit 'angem geschaffen ist.

**Literatur** Das Interesse an biographischen Schriften hat neuerdings auch einen der erfolgreichsten Autoren in dieser Richtung, Emil Ludwig, dazu veranlaßt ein Buch über *Michelangelo* zu schreiben (Berlin, Ernst Rowohlt). Der biographische Versuch als solcher ist eine moderne Fortsetzung jener großangelegten Künstlergeschichten, wie sie in erster Linie Hermann Grimm und Carl Justi geschrieben haben, während die neuere Kunstbetrachtung die Künstlerindividualitäten mehr und mehr hinter den Werken zurücktreten läßt und durchaus auf eine Kunstgeschichte ohne Namen hinzielt. Zum klarern Verständnis der überlieferten Kunstwerke hat diese Methode sicher mehr Wert, als wenn der Betrachter ein so oder so festgelegtes Bild von der jeweiligen Persönlichkeit in sich trägt. Etwas anderes ist es, wenn in einer Biographie nur historische Fakta herangezogen werden. In solchen Fällen gelingt es bei unvoreingenommener Beurteilung der Persönlichkeiten, bei geschickter Benutzung des urkundlichen Materials und mit einem gewissermaßen dichterischen Schreibvermögen die Ereignisse und Taten der Allgemeinheit in konzentrierter Form lebendig nahezubringen. Schwieriger wird es schon bei Persönlichkeiten der Geschichte, die ein geschriebenes Werk hinterlassen haben, während es bei bildenden Künstlern meist zu einer Heroisierung führt, die bei Betrachtung der ganzen Epoche übertrieben erscheint. Dieses Gefühl hat man beim Lesen des Ludwigschen Buchs. Der verklärte Schwung der Sprachführung kann darüber nicht hinwegtäuschen. Es ist das Bild einer genialen Natur, bei der die Lichter und Schatten zwar differenzierter verteilt sind als sonst üblich, aber letztlich doch nur eine Heroisierung, die den charakterologisch härtern Renaissancemenschen, der Michelangelo nur sein konnte, nur gelegentlich erfaßt. Man versteht jetzt, warum Grimm in seinem Leben Michelangelos mit seinen Mitteln die ganze

Epoche darstellte. Er fühlte, was Ludwig nicht erkannt hat, daß jene Zeit trotz allem betonten Streben nach Individualität typologisch gänzlich einem Kollektivismus unterstand, aus dem naturgemäß der Mensch Michelangelo nicht als Ausnahmeexemplar herauszulösen ist. ◊ In einer großangelegten Reihe Lebensgeschichten und Denkwürdigkeiten (Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger) erschien eine biographische Darstellung *Jehudo Epsteins Mein Weg von Ost nach West*. Es sind die Jugenderinnerungen eines im alten Österreich und in Polen bekannten Malers, der aus dem russischen Ghetto herauswächst. Im Gegensatz zu den sonst üblichen Selbstbiographien heutiger Künstler überrascht das Werk durch Unbekümmertheit der Darstellungsweise, durch eine naive Ehrlichkeit und die peinlich genaue Schilderung der Erlebnisse und Begebenheiten. Inhalt ist die Spanne von der Geburt bis zur gefestigten Position als Schüler der Wiener Kunstakademie; das Heranwachsen selbst vollzieht sich unter Umständen, die geradezu sagenhaft anmuten. Durch die höchst natürliche und unprononcierte Bekenntnisform und Anschauungsweise des Verfassers erhält die Publikation dokumentarischen Wert, der mit besonderer Deutlichkeit Zuständliches beleuchtet. ◊ Ein neuer Band von *Frans Masereel*, betitelt *Landschaften und Stimmungen* (München, Kurt Wolff), enthält 60 ausgewählte Holzschnitte, die diesmal nicht zu einer Erzählung zusammengebunden sind sondern nur ein Ausdruck der eigentümlichen Darstellungsart des Künstlers sein wollen. In der Hauptsache sind es Illustrationen zu verhältnismäßig wenig bekannten Büchern; sie beweisen aber wiederum, welche Ausdrucksfähigkeit der Künstler auch im Einzelblatt besitzt, ohne an Allgemeinverständlichkeit einzubüßen. ◊ Im Verlag J. J. Ottens in Berlin begann unter dem Titel *Kunst der Zeit* eine Monographienreihe zeitgenössischer Künstler. Als erste Veröffentlichungen sind von Lothar Brieger ein Band über Willy Jaeckel, von Fritz Nehmitz über Leo von König und von Willi Wolfradt über Wilhelm Wagner herausgekommen. Die Texte umreißen jeweils prägnant die Eigentümlichkeiten der künstlerischen Individualitäten, das sorgfältig ausgewählte Bildmaterial zeigt auch bisher nicht bekannte Arbeiten. Es ist zu wünschen, daß in dieser Reihe auch Künstler der jüngsten Generation herankommen. Im selben Verlag erscheint auch eine Monatsschrift *Kunst der Zeit*, die sich an die Arbeiterklasse wendet.

Dichtkunst / Max HochdorfGenerationen-  
romane

Tag und Nacht brannte im Gehirn Balzacs eine überfeuerte Menschenbrutanstalt. Daraus gingen im Lauf einer 30jährigen Überproduktion fix und fertig an 3000 beseelte Wesen hervor: Heilige und Hexen, Schufte und Helden, Geizhalse und Genies. Und diese seine Kreaturen beschäftigen uns noch heute, sie regen uns auf, sie rühren uns, und wir glauben uns selbst hineingerissen in diese großartige Familie der Bösen und Guten, der Schäßigen und der Schönen. Erst seit Balzac datieren wir eigentlich die Wahrheitsliteratur, die nicht zu dem klassischen und romantischen Idealismus emporfliegen sondern das Alltägliche meistern will. Erst seit 1850 ungefähr wurden die Schriftsteller so scharfsichtig, daß sie sich getrauen durften die offen liegenden und auch die verborgenen Schichten der menschlichen Gesellschaft aufzusuchen und den Beweis dafür zu bringen, daß die Welt zwar aus Menschen, der Mensch aber aus Welten zusammengesetzt ist.

Die Schriftsteller, die unsere Zeitgenossen sind, vertiefen sich in das Generationenproblem des Romans. Haben sie die körperlichen und seelischen Zusammenhänge der Sippen sezziert und geordnet, so sind sie bemüht auch Aufschluß darüber zu geben, wie sich aus den Familienkörpern und -seelen der Gesellschaftskörper die Nation, aus den Völkern der ganze zivilisierte Erdkreis. Es wird sich also mit Hilfe dieser Generationenromane beobachten lassen, wie sich aus der Familiengeschichte die Volksgeschichte und aus der Volksgeschichte die Weltgeschichte aufbaut.

Nun einige Beispiele von Romanen über Familienentwicklungen aus der jüngsten Zeit, Anfang des Jahrhunderts und in Chicago. Wir sehen den Börsenmann, der in die Geldhöllen hineinstampft. Er ist eine Art Boxer mit riesigen Muskeln und von beträchtlichem Umfang, und er entkorkt manchmal zu viele Flaschen hinter einander. Doch bis er so weit kam sich an seine Wohnungswände die Bilder der Renaissancemeister zu hängen, mußte 30 Jahre geschuftet werden. Der Spekulant ist ein Sechziger, einer der Brüder Pardway, die von Schmieden und Eisengießern herkommen, von gerissenen Organisatoren des Menschenfließes, die Tag und Nacht keine Ruhe haben wollten. Es brennt in diesen beiden Brüdern wie in ihren

Eisenöfen. Sie sind die eigentlichen Stammväter der Pardwayfamilie, von der wir jetzt durch den Roman des amerikanischen Schriftstellers *Lester Cohen* Die Pardway /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ Nachricht erhalten. Bei den Großvätern ging es auf und ab, eher abwärts als hinauf. Die beiden Jungen, die im letzten Fünftel des alten Jahrhunderts übrigblieben, müssen ihr ganzes Leben von vorn aufbauen. Sie kennen keine Arbeitsscheu. Sie fahren zunächst als Matrosen über die Ozeane. Dann regt sich in ihnen das Spekulantentum. Der eine will Herr auf dem Geldmarkt werden, er stapelt Cent auf Cent, Dollar auf Doliar. Er steckt die Nase, die sich erst später in den Zeiten des Wohlstands rötet, in alle Börsenkurse, er treibt Hausse und Baisse, ist aber im Grund ein Einsamer und Einspänner. Die Familie der Pardways würde um 1890 aussterben, wenn nicht der andere der Pardway ein Weib genommen hätte. Dieser andere ist auch ein Spekulant, doch er gräbt nicht in den Aktien, er ist ein feinnerviger Aufspürer von Geld. Er hört die unterirdischen Kräfte von Chicago. Er sieht voraus, wie aus der Dorfstadt Chicago die Riesenstadt werden muß. Der Boden, der einst nur einen Dreier kostete, muß bald Gold kosten. Dieses Gold zaubert er in seine Tasche, indem er den Boden an sich bringt. Er kennt nicht nur die tote Erde sondern auch die putzsüchtigen und eitlen Männer und Weiber darauf. Ihnen muß der Appetit gereizt werden, damit sie allerhand Waren, Kleider, Luxusgegenstände und auch Gebrauchsgegenstände verlangen. Der Bodenspekulant macht sich zum Warenspekulanten. Er füttert und überfüttert die ganze Stadt und schließlich auch das ganze Staatsgebiet Amerikas mit seinen Waren. Der großartigste Warenhausbesitzer kann seinen Kunden einreden, daß sie nur bei ihm die duffigsten Seiden und die festesten Stiefel und die lustigsten Kinderspielzeuge finden werden. Bald runden sich die Nullen 6- und 7stellig hinter seinen Bilanzziffern, und die Brüder Pardway können sich als Beherrscher der amerikanischen Wirtschaft aufdonnern. Aber die letzten Pardways dann, die unsere Zeitgenossen sind, sind schon dekadent, weil sie nicht mehr das Geld zusammenscharren müssen. Sie haben schon Zeit sich mit ihren Herzenssachen zu beschäftigen. Der Dichter, der eben noch einen Roman mit spannenden Spekulantentabenteuern schrieb, muß nunmehr die Psychologie der Millionärssöhne und

Millionärstöchter schreiben. Hörten wir, wie die Väter mit dem Geld Krieg führten, so hören wir jetzt, wie die Söhne, die schon ganz oben sind, verschwenden und sich entnerven. Die Familiengeschichte der Pardways ist eben die Geschichte vom Untergang einer Familie. Dieser amerikanische Familienroman ist ein gewaltiges Stück Literatur, vollgestopft mit Schicksalen und Abenteuern. Es regt sich in dem Schriftsteller tausendstimmig das soziale Gewissen. Er will keiner der süßlichen und banalisierenden Federfuchser sein, die gerade in Amerika so tropisch gedeihen. Er will einer der Entlarver jenes Amerikanismus sein, der sich mit all seiner unsozialen und auch unkünstlerischen Behäbigkeit heute im Roman und im Theater breit macht. Diese jungen Amerikaner, die noch nicht sehr zahlreich sind, haben das Soziale erst ein Menschenalter nach den Europäern für ihre Romanliteratur entdeckt. Auch Lester Cohen gehört zu dieser Klasse, der Sinclair Lewis und Upton Sinclair und ein wenig auch Theodore Dreiser angehören. Auch *Ludwig Lewisohn* ist Amerikaner, aber Immigrant, genau so wie dieser Lester Cohen, der die Literatur seiner neuen Heimat ein wenig revolutioniert. Auch Lewisohn hat sich drüben erst akklimatisiert. War er doch ein Enkel polnischer Talmudisten. Und er will und kann die Herkunft nicht vergessen. Er lebt drüben in Amerika sicher in einer behaglicheren Welt als in seiner russisch-polnischen Urheimat, darum aber nicht in einer bessern Welt. Lewisohns Roman hat den Titel *Das Erbe im Blut* /Leipzig, Paul List/. Das ist ein logischer Titel, da er eben erläutern soll, warum dieser neuamerikanische Romanschriftsteller, der sehr hoch einzuschätzen ist, drüben noch immer nicht heimisch werden konnte. Der Einwanderer, dessen Väter unter dem Zarentum die Urgelehrsamkeit des biblischen Schrifttums studiert und alle Erniedrigungen ihres Volkes erlitten hatten, kann diesen Singsang der europäischen jüdischen Gottesfreude und des Märtyrertums nicht überwinden. Der Immigrant wird ein Arzt, ein berechtigtes Mitglied der höhern Gesellschaftsschicht. Doch nun kommt die wichtige These des Schriftstellers Lewisohn, der sich gewissermaßen in diesem neuamerikanischen Akademiker und Gentleman selber spiegelt. Der Immigrant wird trotz allen seinen Vorzügen und Fortschritten niemals ein vollberechtigter Amerikaner werden. Dieser Osteuropäer, der nur ein halber Amerikaner wurde, läßt alle

Chancen, die ihm eine Liebesehe und eine gute Karriere garantieren, um wieder in die europäische Unsicherheit zurückzukehren. Er will dorthin gehen, wo die Brüder seines Stamms noch heute gequält werden, und er will ihnen durch seine ärztliche Kunst und durch sein Wissen helfen, damit sie aus diesem Unglück herauskommen. Der Roman dieses Neuamerikaners Lewisohn ist ein merkwürdiges Stück unter den Generationenromanen. Er will beweisen, daß die Generationen von Familien nicht ohne weiteres in den Völkern untergehen, er will beweisen, daß die Familien sozusagen stärker sind als die Völker. Und gleiche Themen verteidigen die europäischen Schriftsteller Ludwig Hatvany und Schalom Asch. Auch sie entstammen dem jüdischen Osten, auch sie kommen aus alten Schriftgelehrtenfamilien. Auch sie sind mit Bibel und apokryphischer Theologie verbunden. Es kam dann in ihr Geistesleben das moderne Erlebnis, die Berührung mit dem Politischen und Sozialen und mit dem Sublimern der Literatur und der anderen Künste. Und während sie nun, halb spöttisch und halb tragisch gestimmt, Entwicklungsromane über solche Familien erzählen, sind sie innerlich außerordentlich verwandt. Sie haben sich vielleicht niemals gekannt. Sie wissen vielleicht auch gar nichts von der Existenz dieser beiden Neuamerikaner Lester Cohen und Ludwig Lewisohn. Doch sie sind stärker innerlich verbunden als sie es ahnen. Ohne daß sie sich plagieren, schreiben sie von einander ab: indem sie sich ihr eigenes Schicksal oder das der von ihnen gesehenen Menschen vom Herzen schreiben. Der Roman *Schalom Asch* heißt Petersburg /Wien, Paul Zsolnay/. Es ist der Roman der russischen Judenassimilation am Ausgang des 19. und am Eingang zum 20. Jahrhundert. Während Pogrome in Rußland überall gegen die armen Juden wüthen, konnten die reichen sich mit akademischen Würden und allem Luxus des gesellschaftlichen Lebens umgeben. Sie fanden Zeit und Wege, um ganz ihren Herzensvergünstigungen nachgehen zu können. Sie dürfen einige Jahrzehnte lang ihr Blut verleugnen. Doch das Naturgesetz wirkt so, daß sich in einem wieder das alte Blut der Frömmigkeit und des Aufbruchs durchsetzt. Und dieser eine durchbricht die Kaste, zu der er oberflächlich gehörte. Er will ein Rebell sein, er will sein Herz allen Armen und Gedrückten hingeben. Er spürt, daß dieses Zarenreich zusammenbrechen muß. Er will einer der Baumeister sein, die das

neue Reich der Erlösung miterrichten. Schalom Asch, ursprünglich ein in jiddischer Sprache schreibender Idylliker, will jetzt ein Weltchriftsteller sein und ist doch ein Erzähler, der ganz innig zur oben charakterisierten Gruppe gehört.

Das gleiche will *Ludwig Hatvany*. Jüngster Sproß der Familie, deren Schicksal er behaglich und ausführlich erzählt, ist er auch so ein geistiger und moralischer Deserteur vor den alten Traditionen. Wenn wir sein Buch *Bondy junior* (München, Dreimaskenverlag/ aus der Hand legen, dann sind wir gespannt, wie dieser Flüchtling aus der ehrwürdigen Familie der in Ungarn ansässigen Bondys seine Zukunft anpacken wird.

Es ist eine besondere Moral, von der alle diese Schriftsteller beherrscht werden. An irgendeiner Stelle dieser Bücher wird beklagt, daß das Wörtlein gut eigentlich einen bösen Doppelsinn hat. Es bezeichnet nicht nur den sittlich Guten, den innerlich edlen Menschen, sondern es soll auch den kaufmännisch solventen Menschen bezeichnen. Ein Mensch, der gut ist, müßte also auch mit einem guten Vermögen ausgestattet sein. Und es wäre also auch die Menschengüte nur ein Privileg, das allein den begüterten Familien gehört. Das ist natürlich ein Unsinn und eine Ungerechtigkeit, unter der die Armen und wirklich Guten leiden. Und alle die abenteuerlich aus diesen hier soeben charakterisierten Familien herauspringenden jüngsten Sprossen wollen das ändern. Sie wollen die neue Gesellschaft vorbereiten helfen, in der es nicht mehr möglich sein wird das Wort gut so krämerisch zu verfälschen.

**Kurze Chronik** Der 4. Dezember 1929 war in Paris der große Tag der *Preisverleihungen*. Wie alljährlich wurden gleichzeitig 3 literarische Preise, der Prix Goncourt, der Prix Théophraste Renaudot und der Prix Fémina verteilt. Obwohl in den letzten Jahren, besonders von Verlegern, zahllose Preise ausgeschrieben wurden, gilt immer noch der Preis der Akademie Goncourt als das Ereignis der Saison. In diesem Jahr erhielt ihn Marcel Arland für seinen neuen großen Roman *L'ordre*. Der Preis Théophraste Renaudot wurde Marcel Aymé für den Roman von der Tafelrunde der Dicken, der Féminapreis Georges Bernanos für sein Buch *La joie* zugesprochen. Auch in anderen Ländern gab es in letzter Zeit einige Preise. Der Literaturpreis der 5 europäischen Zeitschriften (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 654) wurde unter 300 Bewerbern

Ernst Wiechert für seine Novelle *Der Hauptmann von Kapernaum* zugesprochen. Der Rathenaupreis von 3000 Mark, der jetzt zum erstenmal verteilt wurde, wurde Hermann Stehr für sein Gesamtwerk zuerkannt. Den polnischen Staatspreis für Literatur in Höhe von 15 000 Zloty erhielt für das Jahr 1929 Ferdinand Goetel für seine Erzählung *Das Herz des Eises*. ◊ Ein *Preis Ausschreiben* veranstaltete jetzt auch der Verlag Eugen Diederichs in Jena. Er setzte 10 000 Mark für den besten Gegenwartsroman aus. Der letzte Termin der Einsendung ist auf den 1. April 1930 festgesetzt. ◊ Die deutschen *Kriegsromane* werden sehr viel übersetzt. Glaesers Jahrgang 1902 erschien neuerdings spanisch; die 1. Auflage war in wenigen Tagen vergriffen. Auch Renns Krieg soll in spanischer Übersetzung herauskommen; ebenso Ginster. *Remarques Im Westen nichts Neues*, *Renns Krieg* und *Zweigs Streit* um den Sergeanten Grisca sind in tschechischer Sprache herausgegeben. *Remarque* hat nun auch den letzten noch ausstehenden Weltteil erobert: Asien; sein *Kriegsbuch* ist Ende 1929 in Schanghai chinesisch erschienen. ◊ Zur 25. Wiederkehr des Todestags *Peter Hilles* soll auf dem Platz vor der Volksschule Langeloh in Löttringhausen ein Gedenkbrunnen errichtet werden.

#### Literatur

Ludwig Marcuse, der das Leben *Ludwig Börnes* (Revolutionär und Patriot/Leipzig, Paul List/) beschrieb, beschränkte sich auf ein Minimum an belletristischem Detail. Er wollte der geistigen Kämpfernote gerecht werden. Dabei war ein Rettungswerk zu vollziehen. Denn Börne, dieser große Liberale und Demokrat, hat in den Zeiten der tiefsten Reaktion die Aufgaben des deutschen Geistes und des Weltgeistes mit unerbittlicher Klarheit formuliert. Er war auch ein helllichtiger Vorbereiter jenes Gedankens, daß das deutsche und das französische Volk im engen Bund die Größe und den Frieden der europäischen Erde schaffen werden. Und in Börne erwachte auch schon die Idee, daß der Klassenkampf gegen die reaktionären Kräfte der Geldaristokratie geführt werden müsse. Kurz, ein Zerstörer von Vorurteilen und versteinerten Traditionen war von neuem zu entdecken und liebevoll vorzustellen. Marcuse schreibt eine geistige Biographie. Dieser Stil der moralischen Betrachtung wird einer bedeutenden Persönlichkeit sehr gerecht. ◊ Börne starb verhältnismäßig jung, da er nicht geboren war, um robust zu hohen Jahren zu gelangen. Er ist einer

von jenen »Frühvollendeten«, denen jetzt *Guido Brand* ein sehr aufschlußreiches und mit psychologischen Ausblicken und Einblicken ausgestattetes Werk widmete /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, Vertiefen wir uns in das Gebiet der Denker und Dichter, dann fällt immer wieder die Tatsache auf, daß in dem fruchtbaren Jahrzehnt, vom 20. bis zum 30. Lebensjahr, die schöpferischen Schriftsteller alles das anbauten, was sie in späteren Jahrzehnten vollendeten, wofür ihnen ein langes Leben geschenkt war. Denn es ist interessant alle Saatkörner dieser eingebrachten Späternte noch einmal zu analysieren. Doch es gibt viele Genies, die schon starben, bevor sie das ganze in ihnen vorhandene Samenmaterial zum Gedeihen und Reifen bringen konnten. Denken wir an *Christian Günther*, an *Höly*, an *Novalis*, *Büchner*, *Niebergall*, aber auch an die Jüngeren und Jüngsten, wie etwa den *Niederdeutschen Stavenhagen* oder an *Georg Heym*, *Reinhard Sorge*, *Sack*, *Trackl*, *Engelke* und *Stadlers*, so sehen wir plötzlich diese langen Reihen der Frühvollendeten vor uns. Die noch unsere Zeitgenossen waren, wurden durch den wahnsinnigen Weltkrieg gefällt, der noch stärker als die Natur mordete. Es lohnt sich wohl die Familie der Frühvollendeten zu betrachten. *Brand* hat das mit einer ungewöhnlichen Hingabe und psychologischen Hellsichtigkeit getan, ◊ Mit bewundernswertem Fleiß, dazu mit jenem tiefen Verständnis, das nur Liebe und innere Verbundenheit geben können, verfolgte *Hans Flemming* alle Spuren, die *Victor Hugo* ging, als er seinen großartigen Roman *Notre Dame de Paris* plante und schrieb (Mit *Victor Hugo* im *Alten Paris* /Berlin, Verlag *Pionier*/). Wir wissen, daß der große französische Schriftsteller nicht in die Wolken dichtete sondern sich gründlich dokumentierte, bevor er in sein geräumiges Tintenfaß die Feder hineintauchte, die dieses enorme Werk aufzeichnete. So war eine ganze Bibliothek von Merkwürdigkeiten zu durchforschen. *Flemming* hat das hingebend getan und damit alle befriedigt, die das Werden eines Meisterwerks verfolgen möchten. Und darüber hinaus wird sich mancher aus der Gemeinde derer, die sich zu Paris mit seiner nie versiegenden Kultur und seinem geheimnisvollen, stets neue Rätsel aufgebenden Wesen hingezogen fühlen, die Mühe nicht verdrießen lassen durch das dichte Geflecht der minutiösen Forschung den Spuren *Flemmings* nachzugehen, der auf den Spuren *Hugos* das *Alte Paris* neu aufbaute.

### Bewegungskunst / Lisbeth Stern

**Kollektivarbeit** Von der proletarischen Kunst, von der man vor einigen Jahren vielfach sprach, ist nicht viel geblieben. Nur in sehr wenigen Fällen ist Kunst direkt aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Inhaltlich aber hat sich das Gebäude der Kunst wesentlich erweitert. Und das entscheidet wohl hier auch weit mehr. Heute umfaßt die Kunst doch (oder will es wenigstens tun) die riesige Flut von Menschen, die gesellschaftlich und wirtschaftlich und auch intellektuell unter dem Bürgertum stehen. Die Welt ist eben weiter und größer geworden. Die Auffassung von früher, daß im Schöpferischen der einzelne zum einzelnen sprach, muß umbauen. Im einzelnen früher war Same und Wurzel und Blüte von allem, was der Mensch schuf; der Mensch war eine Welt für sich, auch so ringhaft geschlossen wie sie, und so waren auch alle seine Werke so gegliedert wie ein geschlossener Organismus. Ob es ein Bauwerk war oder ein Musikstück oder eine Dichtung, es hatte immer seinen Anstieg, ein Verweilen auf der Höhe und dann einen Abfall, alles dieses mit mehr oder weniger betonten Zwischengliedern. Jedenfalls schloß jede Komposition auf einen Grundton. Und der ist nun nicht mehr die Basis. Der einzelne Organismus ist nicht mehr im Vordergrund. Wie das Forum der Kunst sich erweitert hat: spricht man doch nicht mehr nur zu den Gebildeten, so auch die Tribüne, von der aus man spricht. Die Kollektivarbeit ist vorgeückt: eine Gruppe spricht. Da kann sich nicht mehr eine Einzelstimme durchsetzen. Da werden stärkere Mittel gebraucht. Und das ist eben der Rhythmus, der in der Gemeinschaft erst zur Geltung kommt; auf ihr fußt er, und zu ihr spricht er. Man singt und tanzt mit, und das Mit ist gerade das Entscheidende. Diese durchlaufende Rhythmik dokumentiert sich überall. Wie sie in unserm Tanz dominiert, ist klar. Man denke, wie aus dem Grund doch der Einzeltanz fast ganz von der Bühne verschwunden ist. Klar ist auch, wie heute die Architektur als Hauptmotiv die Beherrschung der langen Reihen hat (was aber wiederum auch mit der Schnelligkeit unseres Fahrens zusammenhängen mag; offenbar muß, was an der Beschleunigung unseres Fahrens gewonnen wird, wettgemacht werden durch mehr Ruhe und Einfachheit der Straßen). Aber am klarsten zeigt sich die Wand-

lung im Schreib- und Sprechstil. Am langsamsten ist sie da gegangen, weil die Sprache ja auch am festesten eingewurzelt war. Wie ist sie aber anders geworden in den letzten Jahrzehnten; Kaum mehr Haupt- und Nebensätze und kaum mehr im Tonfall die Ausmodellierung des einzelnen Satzbaus. Dafür kurze, mehr gleichwertige Sätze, die alle nach dem Zusammenhang hin tendieren, der dem Abschnitt oder dem Ganzen zugrunde liegt. Von diesem Zusammenhang her beziehen sie das Tempo und die Farbe des Tonfalls. Die Entwicklung geht schon lange dahin, aber in diesem Winter hat man wieder einen neuen Sprung in der Richtung gemacht; in Alfred Döblins Buch Berlin Alexanderplatz (siehe die Rundschau Dichtkunst, 1929 II Seite 1070 und folgende). Früher mußte man beim Lesen dann und wann eine Pause machen, um zu verstehen, auch wenn der Sinn gedanklich gar nicht schwer war; wahrscheinlich, um zu den Dingen, von denen die Rede war, in ein direktes Verhältnis zu kommen. Hier ist es anders. Und das, weil die Sätze trotz ihrer ganz losen Verknüpfung, doch einen Zusammenhang dahinter haben, der die Dinge zusammenhält. Der ganze Mensch ist dabei, mit allen seinen moralischen Überlegungen und was es von Wertungen sonst alles gibt. 2, 3 Worte bilden oft einen Satz, manchmal auch nur 1 Wort. Ein Wunsch, der zwischenfährt, und da steht er auch schon in einem so eingeschobenen Wort. Wie das dann aber auch betont ist! Da sind die Bewegungen unserer Seele, oder wie man es nennen mag, direkt getroffen; hierhin und dahin geht es. »Wie aber eine Kneipe kam, noch vor der Ecke zum Platz, da ging es los. Da führen seine Hände von selbst in die Tasche, um seine Flasche zu füllen. Nichts. Keine Flasche. Verschwitzt. Oben gelassen. Wegen dem Wicht. Wie der Radau war, bloß rin in den Mantel, runter und nicht an die Flasche gedacht. Verflucht. Zurücktrodeln? Da ging es los in ihm; nein, ja, ja, nein.« In Döblin ist eben der Berliner Dialekt wirklich gefaßt; nüchtern, geradlinig, grob, monoton, schnoddrig, aber sehr zielstark und direkt treffend, nichts Sachtes, nichts, was nur ein bißchen daneben ginge. Und es ist gut, daß das Berlinische jetzt seine Kunst findet. Wie stark steckt es auch in Walter Mehring drin! Wenn seine Sprache auch gar nicht leicht ist (dafür ist sie eben doch viel zu geistig und auch zu konzentriert), aber die kalte Schärfe hat sie vom Berlinischen.

Wigman 1929 waren 10 Jahre seit dem ersten Auftreten Mary Wigmans verflossen. Aus diesem Anlaß wurden ihr enorme Ehrungen zuteil. Man will inmitten dieser Begeisterung nicht gern abseits stehen wie eine Cassandra. Aber der Unbefangene kommt zu ihrer Kunst in kein Verhältnis. Sie hat sie von Anfang an in irgendeinen absoluten Himmel hineingebaut und von der Erde abgeschnitten. Das ersieht man auch daraus, daß sie in keiner Musik eigentlich wurzelt. Sie weist das freilich als Kritik ab, denn sie will ja den Tanz von der Musik lösen. Aber das gerade ist das Grundverfehlt und daher auch nie Gelungene. Gegen die Gewalttätigkeit jener Prämisse wehrt man sich mit jedem Instinkt, es ist einem nicht anders, als wollte man ein Wesen entzweischneiden. Ob nur ein kleiner Teil der Musik überhaupt tanzbar ist oder ein großer, ist dabei gleichgültig. Je länger je mehr ist man davon betroffen, wie eng der Zusammenhang zwischen dem alten Ballett und der Musik des 17. und 18. Jahrhunderts ist; man glaubt jeden Schritt in den musikalischen Phrasen wiederzufinden, etwa so mit einander verknüpft wie es die rechte und die linke Hand sind. Und gerade das hat dem Ballett die gewaltige Lebenskraft gegeben. Wie die Musik jener Jahrhunderte nicht tot ist; so ist es auch nicht das Ballett. Die Musik unserer Epoche verlangt natürlich nach etwas anderm., Aber nicht nach dem, was Wigman gibt. Auch heute wird wie damals ein großer Teil der Musik für den Tanz ausscheiden; wo die Musik alles, was sie geben will, letztlich ausschöpft, bleibt für den Tanz eben nichts übrig. Aber da ist doch noch die Musik, die gleich mit dem Doppergesicht Musik-Tanz entstanden ist, und zwar in den letzten Jahrzehnten sich ganz besonders entwickelt hat. Diese Musik diktiert besondere Schritte und Bewegungsart so bestimmt wie die damalige Musik die Ballettschritte diktierte. Dabei mag es gleich sein, was das Primäre war; eine Rangstellung hätte da keinen Sinn, man wüßte auch keinen Grund dazu. Das Können, das in einem guten Variété-tänzer steckt, ist den Bravourstücken damaliger Ballettänzer zu vergleichen, und das rhythmische Gefühl, das der Steptanz verlangt, ist für unsere Welt wohl überhaupt etwas Neues gewesen. (Auch selbst der Gesellschaftstanz verlangt mehr Musikalität als die früheren Walzer.) Jedenfalls ist das alles lebendige Kunst, heute gewachsen und in

unserer Welt, das heißt in der großen Stadt. Das alles kann man von der Kunst Mary Wigmans nicht sagen, und das genügt, um ihr die Kraft für die Zukunft abzusprechen. Sie steht in der Welt, wie schon so oft einzelne Klassizisten gestanden haben, trotz dem Beifall in einem ziemlich luftleeren Raum um sich. Auch ihre Schulbildung scheint gar nicht einmal ungefährlich. Die Ballettschritte waren nicht viel mehr als Körpertrainage. Aber die Schwünge Wigmans, die die Grundformeln ihrer Technik bilden, sind immer nur einem gewissen Gefühlswert zugeordnet, und das ist eine unerträgliche Verkopplung. Alles lieber als eine festgewordene bedeutende Geste. Und dabei kommt bei Wigman des öftern eine reine Bewegungsfreude heraus; so in manchen ihrer Gruppenkompositionen, in ihrer Rhapsodie und im Tanz: sie vorn als Melodie, und hinter ihr 5 Mädchen gleichmäßig den Takt tanzend. Weshalb da nicht weiter? Es ist, als ob Wigman sich schäme, wenn etwas zu sehr in die Sinne ginge. Vielleicht, daß sie zu intellektuell ist.

#### Tanz

Im Schwesterntanz des Matryballetts in der Berliner Scala war eine optische Sache gut zu beobachten. Wenn Bewegungen sehr ähnlich und dicht an einander vorbeigeführt werden (bei Farben ist es ganz das selbe), dann geben sie fast immer ein unbestimmt erregtes, etwas seekrankes Gefühl. So ist auch die Wirkung dieses Tanzes überall ziemlich unklar. So offen die Erregungen bei Komplementärfarben und bei entgegengeführten Bewegungen reagieren, so zugedeckt und unbestimmt hier. Gehen die Bewegungen unisono wie bei den Tiller-girls, ist natürlich nichts davon. Es ist das etwas Verschobene gerade, was wahrscheinlich auch die Bewegungen von Reptilien für uns befremdend und fast unheimlich macht.

Mehrere moderne Tanzspiele von hervorragender musikalischer Gestaltung kamen in diesem Winter auf die Bühne. So vor allem Darius Milhauds *Création du monde* und *Salade*; leider war namentlich dem ersten bedeutenden Werk die Berliner Staatsoper nicht gewachsen, weshalb beide bald wieder verschwanden. In Hagen wurde eine Tanzdichtung, *Kreislauf*, des Tanzdirigenten Karl Heinz Gutheim aufgeführt, mit einer ursprünglich als Suite entworfenen Musik Arthur Honeggers; sie hatte guten Erfolg. Die Pariser Oper brachte Silvester den Beethovenschen *Prometheus* heraus; Mau-

rice Léna und Jean Chantavoine hatten ein neues Libretto gedichtet, die choreographische Leitung hatte Sergej Lifar, das ehemalige Mitglied des Djagilew-balletts. Die außerordentlich gerühmte Aufführung erinnert nach der Schilderung etwas an das Ballett *Der Ball*, das die Djagilewtruppe bei ihrem letzten Gastspiel in Berlin brachte: eine Auslegung der Antike, das heißt eigentlich mehr der klassizistisch allegorisierenden Antike, im modern kubistischen Sinn.

#### Film

Unter den jetzt laufenden Filmen muß man vor allem auf *Mutter Krauses Fahrt ins Glück* aufmerksam machen. Das ist tatsächlich eine Arbeit, die fast ganz innerhalb der Arbeiterklasse entstanden ist, was sowohl die Leitung als, zum Teil, auch die Mitwirkenden betrifft. Das Manuskript ist von Otto Nagel zusammengestellt, größtenteils nach den Erzählungen Heinrich Zilles. Auch das Schicksal dieser Mutter Krause ist Zille (von der alten Schauspielerin Alexandra Schmidt wunderbar gespielt). Es ist eine Zeitungsausträgerin, die sich am Ende durch Gas tötet, weil ihr Junge das einkassierte Geld vertrunken hat. Die herumgruppierte Geschichte der Tochter, die, um das Geld zu schaffen, auf die Straße geht, im letzten Augenblick aber noch fortlaufen kann, zu dem, den sie liebt, ist ja in gewissem Sinn üblich. Aber sie hat hier doch ein anderes Gesicht. Man fühlt und sieht es deutlich, daß sie zum Lebensinhalt dort gehört, so gewohnt und vertraut wie die tausend Sorgen sonst, ob das Geld da sein wird und das Essen, und was es noch tausendfältig da alles gibt. Und vor allem der Grundzug, der durchgeht, ist gelebt: das Herauskommenwollen aus dem Schlamassel und der Glaube daran, daß das auch wird. Dieser Grundzug ist so kräftig und stark, daß er trotz all dem Traurigen einen guten und reinen Nachklang gibt. Das ist auch bei weitem die beste Stelle des Films, wie das Mädchen fortgelaufen ist und Hilfe bei ihrem Freund suchen will. Sie findet ihn endlich in einem Demonstrationszug, und da ist es wunderschön, wie ihre verängstigten und halb laufenden Schritte bald von dem sichern und ruhigen Schritt des Zugs aufgenommen werden, im Takt der Internationale. Wieder ein Beispiel von der lösenden und befreienden Kraft des gemeinsamen Rhythmus, zu Tränen rührend. Daß der Film einen etwas unbeholfenen Eindruck macht, ist der Wirkung nicht entgegen, eher günstig.

Daß die russischen Filme so absolut gekonnt sind, so im Propagandafilm *Turksib*, ist daneben verdächtig. Man fühlt eine bewußte Benutzung der künstlerischen Mittel zu Werbezwecken durch. Und es ist doch ein anderes, ob die Kraft, die zum Beispiel von dem Rhythmus des Demonstrationszugs ausging, gleichsam aus dem Glauben an eine Sache auströmt, mit ihr verwachsen und verschweißt, oder ob sie bewußt als Mittel angewandt ist. Die Kunst wird natürlich in ihrer weiteren Entwicklung sich immer ihrer Mittel bewußt werden müssen, aber auch wohl darum mag es in entwickelter Kunst so selten naive und starke Tendenzwerke geben. Und Naivetät vermißt man auch beim *Turksib*-film. Den ganz selbstverständlichen Glauben spürt man nicht unbedingt. Entzückend der französische Film *Die neuen Herren*, und so anders. Wunderbar alle Mittel und Möglichkeiten der Technik beherrscht. Man wird gut tun ihn im Zusammenhang mit der wieder neu beginnenden französischen Filmkunst zu betrachten; was demnächst hier geschehen soll. Die Franzosen, die den Kinematographen wie die Filmkunst geschaffen hatten, ließen die Sache eine Zeitlang liegen, wurden in der Weltgeltung von den Amerikanern überholt. Jetzt sind sie in einem neuen Aufschwung, und er gibt starke Impulse zu einer europäischen Gemeinschaftsarbeit.

#### Totenliste

Der deutsche Tennismeister *Hans Moldenhauer* starb in der Nacht vom 28. zum

29. Dezember 1929 an den Folgen eines Automobilunfalls bei Berlin. Er ist nur 28 Jahre alt geworden und galt schon lange als der führende deutsche Spieler. Zusammen mit seinem Freund Prens hatte er erst vor kurzem im Daviscup den Europazonsieg errungen. Die (bis jetzt unerreichte und gerade darum ausgeschaltete) französische Weltmeisterin Suzanne Lenglen hat der Welt gezeigt, welch ein Kunstelement im Tennis steckt; man muß daher in dieser Rundschau der großen Tennisspieler gedenken.

Anfang Januar 1930 starb in Rom der italienische Filmschauspieler *Emilio Ghione*, 50 Jahre alt. Er war als Darsteller von Apachenrollen berühmt geworden, hatte in seiner Glanzzeit Millionen verdient und wieder verschleudert. Man fand ihn vor einigen Monaten halb verhungert und schwer krank in Paris auf der Straße liegen; er wurde in ein Krankenhaus gebracht, konnte aber seine Kräfte nicht wiedererlangen.

**Kurze Chronik** Dem Schlagwort vom Tempo der Zeit scheint die Entwicklung der *Frauenmode* ganz und gar widersprechen zu wollen. Überall werden die Linien runder, der Ausdruck wird mehr verhalten und anmutig, überhaupt mehr Frau als Girl, jedenfalls anders als man es aus dem Habitus unserer Zeit deduzieren würde. Aber man muß abwarten, ob das vielleicht nur eine Mode ist, entstanden aus der Lust an Abwechslung und der Not der Schneider, oder ob es bleiben wird.  $\diamond$  In der Bewegungskunst gibt es *Witze*, in ihrer Art ganz ähnlich wie in der Sprache. Im Wintergarten 2 Rollschuhläufer, von denen der eine fortgesetzt fällt. Diese unendlichen Varianten des Fallens mit den Spannungen, die dem vorausgehen, und dann die Befreiung, wenn es so weit ist, lösen sich schließlich in einem so erleichternden Lachen, wie Wortwitze es nur selten können. Das Motorische sitzt offenbar ganz besonders primär in uns. Schon der Erfolg, den diese Art Witze stets bei den Kindern hat, spricht dafür.  $\diamond$  In einer Matinee in der Berliner Volksbühne hielt Fritz Jöde eine Art *öffentlicher Singstunde* ab. Auf dem Podium waren ein kleiner Chor aus der Jugendmusikschule als "Ansinger" und einige Bläser und Streicher postiert. Von dieser Gruppe geführt wurde das ganze Publikum so gleich in das Musizieren einbezogen und verband sich zu einem gemeinsamen Chor. In erster Reihe wurden Kanons gesungen.  $\diamond$  Vom 4. bis zum 10. August 1929 wurde in Salzburg das 25jährige Bestehen der *Duncanschule* gefeiert, und zwar in Form einer Tagung, auf der zahlreiche Pädagogen und Künstler über die Vereinheitlichung der geistigen, körperlichen und künstlerischen Erziehung sprachen. Mit der Tagung waren 2 Ausstellungen verbunden, die die Geschichte der Schule, ihre Arbeiten und Unterrichtsmethoden zeigten.

#### Literatur

Im Tanzbuch *Hans W. Fischers* /München, Albert Langen/ wird der Tanz als »Urkraft« dargestellt, die sich ursprünglich in Gemeinschaft ausgewirkt hat, und aus der erst allmählich Tanzende und Zuschauende sich von einander lösten. Ursprünglich ist nach Fischer der Tanz ein Sichhineinsteigern in einen Rausch gewesen, der dann seine Entspannung in der Liebesvereinigung fand oder einer Vereinigung mit Gott, oder in der Blutlust des Kriegs. Fischer beschreibt nun die Entwicklung dieses ur-

sprünglichen Trieb zu unserer Tanzkunst. Durch den Volkstanz, der in vielen Fällen, ähnlich wie die Volkstracht, nur übernommen hat, was die oberen Stände abgelegt haben, geht er zum Ballett, und er gibt eine außerordentlich gute Darstellung seiner enormen Kräfte. Es hat den fruchtbarsten Boden für eine schier endlose Reihe großer Künstler gegeben, und durch die Strenge des Handwerks und die unvergleichliche Musikalität hat das Ballett eine Spannkraft gehabt, daß es noch in unserer Zeit in der Djagilewtruppe so wunderbar aufblühen konnte. Das Schwedische Ballett ist dem Verfasser nur eine kunstgewerbliche "Aufmachung". Die neuen Körpergefühle unserer Zeit versuchte nun eine Reihe von Tänzerinnen einzeln zum Ausdruck zu bringen. Vielen gelangen schöne Einzelheiten, aber eine Zusammenfassung aller dieser Anläufe brachte für Fischer erst Mary Wigman. Die Weisungen, die Rudolf von Laban gegeben hatte, und die an einer gewissen Abstraktheit krankten, hätten durch sie Blut und Leben bekommen, und auch die Wege für Gruppentanz schienen gegeben. Auf dem Gebiet des Gruppentanzes, der vor allem jetzt Erfüllung fordert, ist noch alles zu leisten. Fischer erzählt von den verschiedenen Versuchen auf dem Gebiet, und von den Versuchen größere Bewegungswirkungen auf der Schauspielbühne zu erreichen; aber das scheint so lange sinnlos als der Schauspieler nicht auch tänzerisch mehr geschult ist. Fischer zitiert nicht Tairow und Granowskij, aber man denkt, er müßte dahin zielen. Er erzählt auch von einer Reihe von Laientheatern, die in dieser Richtung arbeiten, und er findet, daß Berlin für Bühnen solcher Art nicht der richtige Ort ist. Das liegt wohl daran: Berlin will fertige Leistungen, und Versuchsbühnen müssen natürlich mit unendlichen Nieten rechnen. Das Buch gibt allerhand auch anregende Perspektiven; nur sind die weiten Herholungen von den »Urkräften des Menschen« wieder bis hin zu den »Erfüllungen des dionysischen Theaters« sehr fatal. Für die gegenwärtige Arbeit fruchtbar sind viel mehr die Fingerzeige für die allernächsten Schritte. Auch da können Ideen führen, aber es geht eben Schritt für Schritt. Angefügt sind Entwürfe für einige Tanzspiele. Meist märchenhafte Handlung, die ihr Hauptgewicht in irgendwelcher seelischen Wandlung haben. Man kann sich von keinem eine unmittelbar starke Tanzwirkung denken.

## KULTUR

### Technik / Historisch Lux

**Lichtjubiläum** Zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte der englische Physiker Davy entdeckt, daß beim Stromübergang zwischen 2, einige Millimeter von einander entfernten Kohlespitzen ein überaus glänzender Lichtbogen entstand, von dem eine große Lichtfülle ausging. Auf Grund dieser Entdeckung wurde die elektrische Bogenlampe konstruiert, die nach Entdeckung des elektrodynamischen Prinzips durch Werner Siemens im Jahr 1866 ihren Siegeszug antrat. Überall dort, wo es sich um die Beleuchtung von ausgedehnten Plätzen, breiten Straßen, großen Hallen, von Leuchttürmen usw. handelte, war sie ein unübertroffenes Leuchtgerät, besonders, nachdem es Hefner von Alteneck mit seiner Differentialbogenlampe gelungen war mehrere Bogenlampen von einem einzigen Stromkreis aus zu speisen. Für die Beleuchtung kleinerer Räume war aber die Bogenlampe, gerade wegen ihrer großen Lichtfülle, unbrauchbar, und es tauchte deshalb sofort auch das Problem der Unterteilung des Lichts in kleinere Einheiten auf. Die Bogenlampe war hierfür ungeeignet, und an verschiedenen Stellen wurde deshalb versucht auf andern Weg dieses Ziel zu lösen. Hierbei wurde an einen andern Versuch Davys angeknüpft, der 1802 einen Platindraht durch den elektrischen Strom zum Glühen gebracht hatte. Es entstanden so die Platinglühlampen, die aber keine praktische Bedeutung gewinnen konnten, weil der Schmelzpunkt des Platins zu niedrig ist, um mit den Platindrahtlampen eine nennenswerte Lichtmenge erzeugen zu können. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts versuchte man deshalb den Platindraht durch dünne Kohlestifte zu ersetzen. Da Kohle in einer Luftatmosphäre leicht verbrennt, wurden die Kohlestifte in ausgepumpten Glasballons zum Glühen gebracht. Die erzielten Erfolge waren recht bescheiden und praktisch belanglos. Dagegen gelang es im Jahr 1854 dem in New York lebenden Deutschen Heinrich Goebel aus Springe bei Hannover Vakuumlühlampen mit einem aus verkohlter Bambusfaser hergestellten Glühfaden zu erzeugen, der zum erstenmal zu praktischen Beleuchtungszwecken benutzt wurde. Aber auch die Goebelsche Glühlampe verschwand in der Versenkung, weil im Jahr 1854 noch die Zeitbedingungen für ihre allgemeine Anwendung fehlten, außerdem aber hatte

man keine geeignete Luftpumpe und vor allem keine elektrische Energiequelle, ohne die die Goebelsche Glühlampe bei aller Originalität der Erfindung doch nur eine technische Kuriosität bleiben mußte. Erst nach der Entdeckung des elektrodynamischen Prinzips im Jahr 1866 und nach der Erfindung der Quecksilberluftpumpe durch Hermann Sprengel im Jahr 1865 waren die Zeitbedingungen für die fabrikatorische Durchbildung der Glühlampe und ihre Einführung in die Praxis gegeben. Doch dauerte es noch 12 Jahre, ehe das Problem gelöst wurde.

Die ersten Erfolge hatte Joseph Wilson Swan zu verzeichnen, der am 18. Februar 1878 in der Newcastle upon Tyne Chemical Society eine Glühlampe vorführte, die einen Kohlenfaden von etwa 1 Millimeter Durchmesser aufwies. In dieser Zeit hatte sich auch Thomas Alva Edison mit dem Problem der Unterteilung des Lichts beschäftigt. Zunächst versuchte er es mit dem Platindraht. Nach 13 Monaten vergeblicher Versuche wandte er sich, ohne die Versuche seiner Vorläufer zu kennen, gleichfalls der Kohle zu. Zahllose Versuche stellte er an, um ein geeignetes verkohlbares Material zu ermitteln. Es fand sich endlich in der bereits von Goebel benutzten Bambusfaser. Damit kam er dann auch zum Ziel.

Wie man sieht, steckt in der Edison'schen Glühlampe durchaus keine originelle Erfindung, und auch dem Urteil Werner Siemens', der in dem Bestreben möglicher Objektivität für sie wenigstens die Charakterisierung des Kombinationspatents retten wollte, kann nicht beigestimmt werden; denn die gleiche Kombination aus den gleichen, an sich bekannten Elementen findet sich bereits vollständig bei der Glühlampe von Goebel. Trotzdem wird der Name Edisons unlösbar mit der Entwicklung der Glühlampe verbunden bleiben, denn durch die Entwicklung der Zentralstationen, durch die Ausbildung der Parallelschaltung und des Dreileitersystems, durch Konstruktion funktionswichtiger Nebenapparate wie Sockel, Fassungen, Sicherungen und Elektrizitätszähler hat Edison die Glühlampenbeleuchtung auf ein erheblich höheres Niveau gehoben als seine Vorgänger. So wurde die Glühlampe zu einem Zivilisationsfaktor allerersten Ranges.

War bis dahin die Elektrotechnische Industrie im wesentlichen nur ein Zweig der handwerksmäßig ausgeübten Feinmechanik, so mußte sie sich nunmehr auf die Herstellung von großen Dynamomaschinen, von zweckmäßigen Schaltern und neuem Isolationsmaterial umstellen,

neue Meßgeräte mußten geschaffen werden. An die alte Dampfmaschine wurde nunmehr der Anspruch höchster Gleichförmigkeit im Umlauf bei erheblich gesteigerter Tourenzahl gestellt, und immer größere Maschineneinheiten wurden verlangt. Die technische Literatur der achtziger Jahre ist voll von Berichten über die technische Revolution, die sich damals in der ganzen Maschinenindustrie vollzog, hervorgerufen durch die immer größer werdenden Bedürfnisse der Elektrotechnik. Und die Umwälzungen in der einen Sphäre riefen gleichzeitig Umwälzungen in benachbarten oder konkurrierenden Industriezweigen hervor. In den achtziger Jahren war noch die Petroleumlampe das herrschende Leuchtgerät neben den offenen Gasflammen. Die Ruhe, Stetigkeit und Schönheit des elektrischen Glühlichts zwang auch die Gasindustrie zu neuen Anstrengungen, um ihr Versorgungsgebiet behaupten zu können. War schon vorher die Gasregenerativlampe, als Konkurrenzlichtquelle gegen die elektrische Bogenlampe, gebaut worden, so trat nunmehr das Auersche Gasglühlicht auf den Plan, um die elektrische Glühlampe aus dem Sattel zu heben. Darauf neue Anstrengungen zur Verbesserung des elektrischen Glühlichts, die schließlich in den Metallfaden-, dann den Metalldrahtlampen und schließlich den gasgefüllten Wolframdrahtlampen höchste Erfolge zeitigten. Die immer stärker sich ausbreitenden Elektrizitätszentralen hinwiederum, die ursprünglich ausschließlich für die Lieferung von Licht gebaut worden waren, sahen sich bald gezwungen im Interesse ihrer Rentabilität auch Absatz in den Tagesstunden für ihr Erzeugnis zu suchen. Der Elektromotor fand Eingang in die Industrie; das Problem der Kraftübertragung auf große Entfernung wurde akut, dessen Lösung zuerst auf der Frankfurter Elektrizitätsausstellung vom Jahr 1891 der staunenden Welt vorgeführt wurde. Damit waren auch bisher unverwertbare Wasserkräfte der industriellen Verwertung erschlossen. Diese billigen Kraftquellen für den elektrischen Strom förderten die Elektrochemie und schufen die Elektrometallurgie. Und wenn wir heute sehen, wie alle Industriestaaten von Netzen von Überlandleitungen überspannt sind, die in die entlegensten Dörfer und Gutsbezirke wie mitten in Industriegebiete Energie übertragen, so muß man sich erinnern, daß das alles in einer ganz kurzen Zeit geworden ist, hervorgerufen durch jene bescheidene kleine Glühlampe.

**Wertstoffuntersuchung durch Röntgenstrahlen** Das Verfahren zur Untersuchung von Werkstoffen auf verborgene Fehler vermittelt der Röntgenstrahlen in der letzten Zeit so weit durchgebildet worden, daß es in großem Umfang Eingang in die Praxis gefunden hat. Das Verfahren beruht auf der Fähigkeit der Röntgenstrahlen die meisten Stoffe zu durchdringen, wobei allerdings ihre Intensität in einer von den Dichteverhältnissen des zu untersuchenden Stoffes abhängigen Weise geschwächt wird. Wirken dann die Röntgenstrahlen, nachdem sie das Prüfobjekt durchdrungen haben, auf eine photographische Schicht ein, so wird diese an denjenigen Stellen am stärksten geschwärzt, wo die Röntgenstrahlen am wenigsten in ihrer Intensität geschwächt worden waren, und umgekehrt. Die verschiedenen Dichteverhältnisse des Prüfobjekts spiegeln sich also als Negativbild auf der photographischen Schicht wider. Handelt es sich lediglich darum überhaupt nur festzustellen, ob Fehler in dem Werkstoff vorhanden sind, so genügt die einfache Betrachtung des Röntgenbilds. Will man jedoch die Ausdehnung eines bestimmten Fehlers, etwa eines verborgenen Risses, oder des Schlackeneinschlusses in einem Gußstück feststellen, so müssen mehrere Aufnahmen in verschiedener Richtung gemacht werden. Bei Wahl von 2 Röntgenaufnahmen in geeigneter Richtung erhält man ein Stereogramm, das die Möglichkeit einer genauen Lokalisierung der Fehlerstelle bietet. In vielen Fällen, in denen die Dichteunterschiede des Prüfobjekts und demgemäß auch die Schwärzungsunterschiede auf der photographischen Platte nur gering sind, reicht die subjektive Prüfung der Röntgenaufnahme nicht mehr aus. Die Schwärzungsunterschiede müssen dann mit einer objektiven Methode festgestellt werden, wozu mit großem Erfolg die photoelektrische Zelle benutzt wird. Die photoelektrische Zelle spricht auf die geringsten Lichtstärken an, und die bei ihrer Belichtung durch die Zelle hindurchgehenden elektrischen Ströme sind ihrer Stärke nach nahezu proportional den auffallenden Lichtstärken. Mit Hilfe eines registrierenden Galvanometers kann man dann die Schwärzungsunterschiede auf einer durchleuchteten Röntgenaufnahme in der Form einer charakteristischen Kurve aufzeichnen, wenn man die photographische Platte zwischen der durchleuchtenden Lichtquelle und der photoelektrischen Zelle in einer oder mehreren Richtungen verschiebt. Die Methode der Schwärzungs-

messungen und das stereometrische Verfahren gestatten in geeigneter Kombination die Ermittlung der Fehlstellen nicht bloß im Werkstoff sondern auch am fertigen Werkstück, sofern es überhaupt von Röntgenstrahlen durchdrungen wird. Es ist also möglich die Lage und Ausdehnung von Fehlstellen, hervorgerufen durch Blasen, Risse, Fremdkörper usw., ferner die Verschiedenheit in der Beschaffenheit der Werkstoffe hinsichtlich Dicke und Dichte, Schichtungen usw. festzustellen, und schließlich wird auch die Ausmessung der genannten Fehler und Verschiedenheiten in den Werkstoffen nach Lage und Ausdehnung ermöglicht.

Von welcher Bedeutung die Untersuchung von Werkstoffen und Werkstücken durch Röntgenstrahlen sein kann, zeigt ein Vorkommnis aus letzter Zeit, bei dem es sich um Stahlflaschen für verdichteten Wasserstoff handelte. Diese Flaschen unterliegen einer sehr scharfen Prüfung und einer dauernden Kontrolle während ihrer Benutzungsdauer, indem sie unter starken hydraulischen Druck gesetzt werden. Trotzdem können auch bei diesem Prüfverfahren erhebliche Fehler unbemerkt bleiben. So wurde beim Abladen von vollen Wasserstoffflaschen, die infolge regnerischen Wetters naß waren, an 2 Stellen das Austreten von äußerst feinen Gasblasen am Flaschenboden beobachtet, worüber E. Auer und O. Sorge in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure berichteten. Die noch neuen Flaschen wurden nach dieser auffälligen Beobachtung sofort einer neuen Druckprüfung unterworfen, wobei zunächst keine Undichtigkeit festgestellt werden konnte. Erst eine Untersuchung im Materialprüfungsamt ergab, daß bei 111 Atmosphären Innendruck an den fraglichen Stellen Wassertröpfchen auftraten. Der Boden der Flasche wurde nunmehr abgeschnitten, wobei es sich zeigte, daß sich an seiner Innenseite eine große kraterförmige Vertiefung, ein sogenannter Lunker, befand, der in der Mitte nur noch eine Wandstärke von 1 Millimeter aufwies.

Da ein derartiger Fehler bei Flaschen für verdichtete Gase, der die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen kann, natürlich kein Ausnahmefall ist, wurde von der Osram-A-Fabrik ein Röntgenverfahren zur Untersuchung von Gasflaschen ausgebildet, das relativ einfach ist und zur Ergänzung des hydraulischen Prüfverfahrens herangezogen werden sollte, um mit voller Zuverlässigkeit Fehler an Gasflaschen festzustellen.

**Schiffentladung** Um das Entladen von Getreideschiffen wirtschaftlich zu gestalten, muß die reine Handarbeit nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Es kommen deshalb heute fast nur noch mechanische Fördermittel, und zwar entweder Becherwerke oder Sauganlagen, in Betracht. Die Becherwerke arbeiten besonders günstig bei Flußschiffen, weil diese durch Aufklappen ihres Decks in ihrer ganzen Länge zugänglich sind, so daß sie an dem halbstarrten Becherwerk durch schrittweises Verholen entlanggeführt werden können. Auch die Schütthöhe des Getreides von etwa 2 Meter ist für Becherwerke, die gehoben und gesenkt werden müssen, günstig. Freilich sind bei Becherwerken immer noch mehrere Arbeiter erforderlich, die, besonders wenn das Schiff nahezu entleert ist, die Getreidereste für das Becherwerk zusammenschaukeln müssen. In dieser Beziehung arbeiten die Sauganlagen günstiger. Zunächst können die Saugleitungen überall leicht im Schiffsraum herumgeführt werden, was für Seeschiffe, die kein aufklappbares Deck besitzen, besonders wichtig ist. Bei abnehmender Schütthöhe und bei Restarbeiten wird deshalb die Zuschauelarbeit auf ein Mindestmaß beschränkt, und der Düsenführer kann zugleich die Saugdüse bedienen und das Getreide heranschaukeln. Dagegen sind die Saugleistungen in größerem Maß als die Leistungen der Becherwerke von der Oberflächenbeschaffenheit, Form und Zusammensetzung, Eigenluft, spezifischem Gewicht und Temperaturschwankungen abhängig. Aber wegen ihrer leichtern Dirigierbarkeit und wegen der mit dem Saugen verbundenen guten Durchlüftung des Getreides haben sich die Saughebe- werke trotzdem die Seehäfen vollständig erobert. Da mit ihnen bis zu 300 Tonnen Getreide in der Stunde gefördert werden können, und da die Saugheber auch auf besonderen Prähmen fahrbar gemacht werden, so hat sich die Liegezeit der Getreideschiffe beträchtlich vermindert. So wurde ein 7500-Tonnen-Dampfer mit Saughebern in 3 Tagen gelöscht, während das Löschen bei Becherwerken 6½ Tage in Anspruch genommen hatte. Überdies sind die Saugheber auch noch vom Wasserstand vollständig unabhängig.

**Totenliste** Am 1. November 1929 starb in New York der Vizepräsident der New York Edison Company *John William Lieb*, in seinem 70. Lebensjahr. Sein besonderes

Verdienst um die Technik ist die Entwicklung der elektrischen Zentralstationen. Seine Erfahrungen begann er mit der Gründung von Edisons erster Zentralstation zu sammeln.

Am 5. Dezember starb in Berlin *Fritz Blau*, Direktionsmitglied der Osramgesellschaft. Er wurde am 5. April 1865 in Wien geboren, widmete sich dem Studium der Chemie und habilitierte sich an der Universität Wien. Anlässlich eines Patentstreits, in dem er als Sachverständiger gegen die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft aufgetreten war, hatte er die Aufmerksamkeit dieser Gesellschaft erregt und wurde von ihr für die wissenschaftliche Leitung der Osmiummetallfadenherstellung gewonnen. An den Fortschritten der Glühlampentechnik, vor allem an der patentrechtlichen Sicherung der neuen Erfindungen auf diesem Gebiet, nahm er hervorragenden Anteil. Bei der Zusammenlegung der deutschen Glühlampenwerke im Osramkonzern wurde ihm die wissenschaftliche Leitung übertragen. Seine wissenschaftlichen Leistungen, die sich auf alle Gebiete der Chemie, der Physik und der Technik erstreckenden Anregungen, die er seinen Mitarbeitern zuteil werden ließ, haben den Osramwerken Weltgeltung verschafft.

Anfang Dezember starb der Professor für Wärmetechnik und Wärmewirtschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt *Christoph Eberle*, im Alter von 60 Jahren. Er hatte seine wissenschaftliche Laufbahn an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und an der Maschinenbauschule in Duisburg begonnen, wurde dann Direktor der Wärmewirtschaftsabteilung des Bayrischen Revisionsverbands. Von 1917 bis 1921 lehrte er an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, seit 1921 in Darmstadt.

**Kurze Chronik** Genauere Untersuchungen des Nordlichts haben ergeben, daß in ihm Strahlen von kürzester Wellenlänge enthalten sind, die die Grenze bis zum Beginn der harten Röntgenstrahlen ausfüllen. Sie zeichnen sich durch große Durchdringungsfähigkeit aus, sollen imstande sein eine Bleischicht von 5,7 Meter zu durchdringen, während die Röntgenstrahlen schon von einer wenige Millimeter starken Bleischicht zurückgehalten werden. Neben dem großen physikalischen Interesse haben diese *Nordlichtstrahlen* auch eine große praktische Bedeutung: wegen ihres Einflusses auf die elektromagnetischen Vorgänge auf der Erde und

wegen der Störungen, die sie in den elektrischen Stark- und Schwachstromleitungen sowie bei der Radiotelegraphie und -telephonie ausüben.  $\diamond$  Das große Leitungssystem, das das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet mit den Wasserkraften Süddeutschlands und zum Teil auch Tirols verbindet, ist von 110 000 Volt Spannung auf 220 000 Volt umgestellt worden.  $\diamond$  In den Staaten Illinois und Indiana der Vereinigten Staaten von Amerika werden Rohrleitungen für eine *Gasfernversorgung* verlegt, die Ortschaften in einer Entfernung von über 850 Kilometer versorgen wird.  $\diamond$  Das *Luftschiff Graf Zeppelin* hat bisher 50 Fahrten von insgesamt rund 117 000 Kilometer ausgeführt. An Betriebsmitteln (Kraftgas, Benzin, Öl) wurden 340 Kilogramm für je 100 Kilometer Flugstrecke verbraucht.  $\diamond$  Die Pennsylvania Railroad Company benutzt versuchsweise *Betonschwellen*, da auf der stark belasteten Strecke Holzschwellen alle 90 Tage ausgewechselt werden müßten.  $\diamond$  Im Sommer 1929 wurden rund 180 000 Tonnen *Spitzbergenkohle* nach Norwegen verfrachtet.  $\diamond$  Von der gesamt. n Welterzeugung an Zink werden heute bereits 21% auf elektrolytischem Weg gewonnen.  $\diamond$  Die isländische Regierung errichtet bei Reykjavik einen 16-Kilowatt-Rundfunksender, der im Juni in Betrieb genommen werden soll.  $\diamond$  In *Rußland* gibt es heute weniger Fernsprechanchlüsse als 1914; ihre Anzahl beträgt 300 000.

#### Literatur

Das letzte Dezemberheft der Nachrichten des *Vereins Deutscher Ingenieure* veranschaulicht durch instruktive Bilder einige Großtaten der Technik im Jahr 1929: das Dorniergroßflugboot Do X und das Junkersgroßflugzeug G. 38, den Vierschraubendampfer Bremen, die Kabelhängebrücke Köln-Mülheim mit 1000 Meter Stützweite, die Dieseldrucklokomotive der Deutschen Reichsbahn, die 85 000-Kilowatt-Turbine (rund 110 000 Pferdestärken) im Kraftwerk Zschornowitz, eine Karussellöhrebank mit 12-Meter-Planscheibe, das große Ruthswärmspeicherwerk in Berlin und anderes mehr. Mit Recht können die Nachrichten zu diesen Bildern sagen, daß »diese Spitzenleistungen im Auslande nicht nur für die deutsche Technik sondern auch für das deutsche Ansehen überhaupt eindrucksvoll erworben haben und deutlich zeigen, auf welche Weise Deutschland seine Stellung in der Weltwirtschaft wiedererobern und befestigen kann«.

#### Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

**Berlin: Platz der Republik** Das Ergebnis des engern Wettbewerbs zu einem Ergänzungsbau des Reichstags und die Gestaltung des Platzes der Republik (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 333 und folgende), zu dem außer den Preisträgern des ersten Wettbewerbs von 1927 vom Reichsausschuß für Wettbewerbswesen noch einige Architekten aufgefordert wurden, liegt jetzt vor, ohne allerdings eine vollkommene Lösung der Aufgabe gebracht zu haben.

Der an die 1. Stelle gesetzte Entwurf der Düsseldorfer Architekten Heinrich de Fries und Emil Fahrenkamp hebt die jetzige Achse des Platzes der Republik durch Betonung der Nord-Süd-Achse auf. Er schiebt damit das Reichstagsgebäude zur Seite und stört dadurch das Gleichgewicht des Platzes, besonders noch durch das Verlegen der Siegessäule in Hinblick auf die neue Nord-Süd-Achse. Eine unmögliche Lösung. Besser entspricht den Verhältnissen der vom Preisgericht an die 2. Stelle gesetzte Entwurf der Münchener Georg Holzbauer und Franz Stamm. Die Platzgestaltung dieses Entwurfs schließt sich eng an die Vorschläge Hugo Häring's an, der an dem Platz der Republik, in Anlehnung an die Vorarbeit Martin Mächler's, die Reichsministerien konzentriert und damit der Gestaltung des Platzes ein relativ festes Bauprogramm zugrunde legt. Es ist notwendig, blickt man auf den unbefriedigenden Ausgang des Wettbewerbs, nochmals auf die Häring'schen und Mächler'schen Vorschläge besonders hinzuweisen.

#### Klassizismus

Ein formaler und ein politischer Faktor haben den Klassizismus in seiner Entstehung beeinflusst; die Wiederentdeckung des verschütteten Pompeji in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts und die demokratischen Ideen Frankreichs, die die Große Revolution vorbereiteten. Daher war in Frankreich der Klassizismus Ausdruck einer demokratischen Weltanschauung, der auch in politischen Forderungen und Zielen seinen Ausdruck fand. Die durch die Kleinstaaterie Deutschlands gegebene Enge und Beschränktheit der Umwelt verhinderte hier die politischen Konsequenzen der mit dem Klassizismus verbundenen Ideen und bog diese Bewegung ins sogenannte Geistig-Formale ab. Das Bürgertum überließ es weiter der aristokratischen Schicht über alle Machtmittel autokratisch zu verfügen und vertrat rein "geistige" Interessen. Ihm ist

der Sinn des Klassizismus »die Einordnung des Einzelwesens in das Allgemeinmenschliche der Idealkultur«.

In seinem Buch *Die Kultur des deutschen Klassizismus* /Berlin, G. Grote/ zeigt Eckart von Sydow, wie sich der klassizistische Gedanke in Leben, Geselligkeit, Kleidung und auf den mannigfachen Gebieten der Kunst durchgesetzt und jene allgemeine Geltung erhalten hat, die dazu berechtigt von einem klassizistischen Zeitalter zu sprechen. Am unmittelbarsten reagiert die Malerei, später die Plastik, zuletzt und am eindringlichsten die Baukunst, wenn sie auch in ihrer Auswirkung vielfach durch materiell-finanzielle Gründe gehemmt war. Weinbrenner, Schinkel und Klenze haben jedoch in außergewöhnlichem Maß ihre baulichen Vorstellungen verwirklichen können. Jeder dieser Drei hat in seinem Bezirk eine bestimmte Stilprovinz des Klassizismus in Deutschland geschaffen. Weinbrenner steht dem ausgehenden Barock noch am nächsten, Schinkel verkörpert den klassischen Gedanken am reinsten, während Klenze mit seinem Eklektizismus in die Trockenheit des Akademismus übergeht.

Die Stärke des Klassizismus lag darin ganz bewußt dem Ungeformten und Gefährlichen des Lebens das Geformte des Geistes, seiner äußern Unruhe die innere Ruhe und Stabilität entgegenzusetzen. Seine Gefahr war jedoch, daß dies auf Kosten der Wahrheit und Realität geschah, durch Verdrängung der Tatsachen, Fälschung der Zusammenhänge. Was bei den sogenannten Klassikern kaum noch zu rechtfertigen ist, wird beim "gebildeten" Bürger Verflachung und bequeme Ausflucht. Auch bei der klassizistischen Architektur geht die Schönheit oft auf Kosten der innern Wahrheit, wie überhaupt der imitative Geist des 19. Jahrhunderts seinen Ursprung im Klassizismus hat. Eine Erscheinung, die heute noch nicht überwunden ist.

#### Totenliste

Am 1. Dezember 1929 starb in Berlin der Architekt *Gustav Hart*, im Alter von 66 Jahren. Er stammte aus dem Kreis um Alfred Messel, an dessen Hauptwerk, dem Wertheimbau in der Leipziger Straße, er mitgearbeitet hat. Zahlreiche Bauten Berlins sind mit seinem Namen verbunden; so der Block des Ullsteinhauses in der Kochstraße, die Erweiterungsbauten des Weinhauses Kempinski in der Leipziger Straße, das Haus der Tschechoslowakischen Gesandtschaft in der Regentenstraße und viele Etagenhäuser.

Ebenfalls Anfang Dezember starb in Berlin, 72 Jahre alt, *Paul Seidel*, der früher lange Jahre Direktor des Hohenzollernmuseums gewesen war und als Dirigent der Kunstsammlungen in den Königlichen Schlössern den wertvollen Besitz des Hohenzollernhauses betreut hatte. In dem von ihm begründeten Hohenzollernjahrbuch veröffentlichte er zahllose Abhandlungen über die Gemälde alter Meister im Besitz der Preußenkönige, über das Verhältnis Friedrichs II zur bildenden Kunst, namentlich zu den von ihm gesammelten Franzosen, über Silber- und Goldschatz des Berliner Schlosses und anderes mehr, und er zeigte in seinem Urteil stets sichern Geschmack.

**Kurze Chronik** Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Typographischen Gesellschaft wurde im De-

zember 1929 in der Preußischen Staatsbibliothek eine Ausstellung unter dem Namen *Berliner Buchdruck einst und jetzt* gezeigt. ◊ Der Leiter der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin Günther von Pechmann ging eine Arbeitsgemeinschaft mit der Staatlich-Städtischen Kunstgewerbeschule Halle ein. Er veranlaßte, daß in der Keramischen Werkstätte der Schule ein *Porzellanofen für Versuchszwecke* aufgestellt wurde. ◊ Auf einem Diskussionsabend, den der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller zusammen mit dem Cityausschuß in Berlin veranstaltete, sprach Leberrecht Migge über die Grün- und Parkflächen kein unmöglicher Luxus sind sondern sogar gewinnbringend sein können. In dem von Daniel Krencker geleiteten Architekturmuseum der Technischen Hochschule in Berlin waren von Erwin Barth, dem ehemaligen Berliner Stadtgartendirektor, Entwürfe und Modelle der von ihm bearbeiteten Berliner Garten- und Parkanlagen zu sehen. ◊ An die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin wurden Erwin Barth und Erich Maurer als Dozenten für *Gartenkunst* berufen. ◊ Als Nachfolger Joseph Brix', den man zugleich für seine Verdienste um den deutschen Städtebau zum Ehrenmitglied ernannte, wurde Johannes Schmidt /Essen/ zum Präsidenten der *Freien Deutschen Akademie des Städtebaus* gewählt. ◊ Im September 1929 fand in Rom ein *Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongreß* statt. Die Themata waren: Planungsmethoden für die Erweiterung von Städten mit besonderer Berücksichtigung alter Städte und die Finanzierung von Kleinwohnungen.

## Literatur

Mit 1500 Einwohnern auf dem Quadratkilometer zählt das Ruhrgebiet zu den am dichtesten besiedelten Flächen Europas. 9 Großstädte mit zusammen 2 Millionen Einwohnern stoßen hier beinahe auf einander; daneben viele mittlere und kleinere Gemeinden und isolierte Zechenkolonien. Ein Konglomerat von Altem, Neuem und Neuestem, Dorfidylle neben Großstadtchaos. Die Industrie hat die Landschaft vollkommen verändert. Flüsse sind Abwässerkanäle, Berge sind Schutthalden, und letzte Waldreste gehen zugrunde. Dieses chaotische Durcheinander zeigt deutlich, wie desorganisiert die Wirtschaft betrieben wurde. Man hat Raubbau nicht nur mit den Menschen sondern auch mit der Natur getrieben. Während man früher diesen Zustand als unabänderlich ansah und möglichst nichts davon sehen und hören wollte, hat man heute den ästhetischen Reiz dieser Zufallsgebilde entdeckt. Wichtiger noch ist das Streben dieses Gebiet, das planlos bewirtschaftet wird, planend zu ordnen. Über dieses für Deutschland wichtigste Wirtschaftsgebiet unterrichten 2 Bücher: Der Gigant an der Ruhr, herausgegeben von M. P. Block, in der Sammlung Das Gesicht der Städte /Berlin, Albertusverlag/, ist ein Bilderbuch mit einer Einleitung von Hans Spethmann, das in zahlreichen Abbildungen einen Überblick über die Verschiedenartigkeit und das Nebeneinander dieses Industriebezirks gibt. Gewissermaßen ein Kommentar dazu ist das von Heinrich Hauser herausgegebene Buch Schwarzes Revier /Berlin, S. Fischer/, das nicht nur auf die wirtschaftstechnischen Probleme sondern vor allem auf die Menschen eingeht, auf ihr zum Teil sehr unmenschliches und hoffnungsloses Leben.

## EINZELNES

## Neuerscheinungen

## Sprachforschung

Nach 10jähriger Arbeit hat Ernst Gamillscheg, wie Eduard Wechßler Ordinarius für romanische Philologie an der Berliner Universität, bei Carl Winter in Heidelberg ein Etymologisches Wörterbuch der französischen Sprache erscheinen lassen und damit eine Leistung vollbracht, die Bewunderung weckt. Und der, der sine ira et studio dies Urteil fällt, glaubt es sich erlauben zu können; war ihm doch Frankreich schon vertraut, ehe der Sprachforscher, von dem er redet, seinen ersten Laut gelallt. 10 Jahre; eine merkwürdig kurze Zeit für das, was

vorliegt. Dem Genie ist es gegeben zu fliegen, wo sich der Alltagsmensch auf der scala sancta, die zur Höhe führt, kriechend die Kniee verwundet. Hätte der Schreiber dieser Zeilen ähnlichen Weg gewagt, er wäre in 30 Jahren nicht ans Ziel gelangt. Gamillscheg, durch seine Mutter ein Nachkomme des Tiroler Freiheitshelden Purtscher, wurde blutjung, 29jährig, um seiner phänomenalen sprachlichen Begabung willen (auch seinen Bruder Othmar, den Verfasser des Buchs Neue Heimat, scheint die Natur in gleicher Art bedacht zu haben), vom Privatdozenten in Wien zum Professor in Innsbruck befördert und von dort aus, noch nicht 40jährig, nach Berlin berufen. Es wäre auch in einer viele Druckspalten umfassenden Besprechung unmöglich den 1136 Seiten des Gamillschegschen Wörterbuchs irgendwie gerecht zu werden; geht es doch in nicht weniger als 41 Sprachen den Quellen des heutigen Französisch nach, und ruft es doch eine Unsumme geschichtlichen, geographischen, naturwissenschaftlichen, landwirtschaftlichen und weiß Gott noch was für andern Wissens zu Hilfe. Welche umfassenden Vorarbeiten in vielen Fällen nötig waren, um sichere Ergebnisse zu ermöglichen, beweist, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die 104 Seiten lange Abhandlung Gamillschegs über Wetzstein und Kumpf im Galloromanischen, im 6. Band des Archivum Romanicum. So darf die Berliner Philosophische Fakultät, nebst Wechßler, mit Stolz Gamillscheg zu ihrem Mitglied zählen, die beiden Romanisten, die in dem Haus walten, über dessen Eingang Friedrich II einst das berühmte Nutrimentum spiritus scizte. (Wer hat die Inschrift des Quintus Icilius entfernt, die ein Berliner Wahrzeichen gewesen, wie Neidkopf und Walfischreste? Sicher nicht der, der Esprit und Geist geschrieben.)

Auf der andern Seite der Straße, im alten Universitätsgebäude, steht der Hörsaal Max Eberts leer. Der Tod hat den Prähistoriker abgerufen. Noch hat der Gelehrte sein Reallexikon der Vorgeschichte vollendet (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 374) und im Nachwort mit rührender Liebe seines einzigartigen Weibes gedacht, der Mutter seiner Kinder, des treuesten der Wesen, das am Werk mitgearbeitet, der Frau, deren scharfem Auge kein Fehler entging. Dann ist er in qualvollen Wochen dahingesiecht. Wen werden Fakultät und Ministerium nun auf den Lehrstuhl berufen, auf dem als erster Gustaf Kossinna gesessen?

Hans Flemming





MAX QUARCK / NACH EINER FREI-  
LICHTAUFNAHME AUS DEM SOMMER  
1912